

SICHER. UND MORGEN?

SICHERHEITSPOLITISCHE
JAHRESVORSCHAU 2018

DIREKTION FÜR SICHERHEITSPOLITIK



ZUSAMMEN STÄRKER.



UNSER HEER

SICHER. UND MORGEN?

SICHERHEITSPOLITISCHE JAHRESVORSCHAU 2018

DIREKTION FÜR SICHERHEITSPOLITIK

DIE INHALTE DER EINZELNEN BEITRÄGE GEBEN DIE PERSÖNLICHE EINSCHÄTZUNG DER EXPERTEN WIEDER UND ENTSPRECHEN NICHT NOTWENDIGERWEISE DEN POSITIONEN DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT UND DER INSTITUTIONEN, FÜR DIE SIE TÄTIG SIND.

IMPRESSUM:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport.

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich, Bundesminister
für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Projektleitung: Generalmajor Dr. Johann Frank

Redaktion: Direktion für Sicherheitspolitik; Abteilung Verteidigungspolitik

Übersetzungen: Aus dem Englischen: Sprachinstitut des Bundesheeres
und Abteilung Verteidigungspolitik; Aus dem Russischen und aus dem
Englischen: Dr. Alexander Dubowy - Forschungsgruppe Polemologie und
Rechtsethik, Universität Wien

Grafik und Satz: Abteilung Verteidigungspolitik; Lukas Bittner, MA

Fotos: Bundesheer, Shutterstock.com

Herstellungsort: Wien

Druck: HPA/Heeresdruckzentrum

ISBN: 978-3-902275-47-9

Wien, Dezember 2017



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
BMLVS/Heeresdruckzentrum, UW-Nr. 943

INHALT

PROLOG

- 6 Vorwort – *Othmar Commenda*
- 8 Einleitung – *Johann Frank*

TRENDSZENARIO 2018 FÜR ÖSTERREICH'S SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

- 12 Sicherheitspolitisches Trendszenario 2018

ENTWICKLUNG DER GLOBALEN LAGE 2018

- 34 Globale machtpolitische Projektionen 2018 – *Mathew J. Burrows*
- 37 Globale Sicherheitstrends 2018 – *Richard Weitz*
- 40 Polemologische Perspektiven für 2018 – *Nicolas Stockhammer*

ENTWICKLUNG DER EUROSTRATEGISCHEN LAGE 2018

- 46 Die geopolitische Lage Europas im Jahre 2018 – *Herfried Münkler*
- 49 Eurostrategische Herausforderungen 2018 – *Ivan Krastev*
- 52 Ein postamerikanisches Europa? – *Mark Leonard*
- 56 Europäische Wirtschafts- und Finanzrisiken 2018 – *Martin G. Kocher und Klaus Weyerstrass*

DIE ROLLE DER BIG PLAYER 2018

- 62 USA, China und Russland 2018 – *Dmitri Trenin*
- 66 Die postwestliche Weltordnung 2018 – *Oliver Stuenkel*
- 70 Wandel in der außenpolitischen Doktrin der USA – *Hal Brands*
- 74 Die Rolle der USA in der Welt 2018 – *Walter Russell Mead und George E. Bogden*
- 77 Die globale Rolle Russlands 2018 – *Fyodor Lukyanov*
- 81 Einflussnahme Chinas auf Europa 2018 – *Gerd Kaminski*

ENTWICKLUNG RELEVANTER RÄUME IM EUROSTRATEGISCHEN UMFELD 2018

- 86 Entwicklungsperspektiven am Westbalkan 2018 – *Predrag Jureković*
- 89 Der Nahe Osten und Nordafrika 2018 – *Joost Hiltermann*

93 Osteuropa/Schwarzmeerregion 2018 – *Alexander Dubowy*

98 Afrika 2018 – *Gerald Hainzl*

101 Türkei 2018 – *Savaş Genç*

ENTWICKLUNG INTERNATIONALER ORGANISATIONEN 2018

106 Entwicklungen in der Europäischen Union 2018 – *Stefan Lehne*

110 Außen- und Sicherheitspolitische Strategien der EU 2018 – *Helga Maria Schmid*

114 Ständige Strukturierte Zusammenarbeit 2018 – *Sven Biscop*

117 Strategische Entwicklungen in der NATO 2018 – *Johannes Varwick*

120 Die Vereinten Nationen 2018 – *Richard Gowan*

124 OSZE 2018 – *Wolfgang Richter*

BRENNPUNKTE EUROPÄISCHER SICHERHEIT 2018

130 Hybride Bedrohungen und die niederländische Sicherheitspolitik:

Ein Beispiel gesamtstaatlicher Ambition – *Frank Bekkers*

134 Migration nach Europa 2018 – *Paul Collier*

137 Militärische Antworten auf systemischen Terrorismus – *Thomas Riegler*

141 Cyberbedrohungen und Cyberabwehr 2018 in Europa – *Jozef Bátora*

145 Militärische Entwicklungstrends in Europa 2018

– *Bastian Giegerich und Lucie Béraud-Sudreau*

149 Strategische Kommunikation 2018 – *Leyla Daskin*

ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER 2018

154 Geistige Landesverteidigung neu denken – *Christian Stadler*

158 Die Streitkräfteentwicklung des Österreichischen Bundesheeres 2018 – *Philipp Eder*

162 Einsätze des Österreichischen Bundesheeres 2018 – *Max Löwenthal-Maróicic*

165 Neue Entwicklungen von Cyber-Defence in Österreich 2018 – *Hermann Kaponig*

ANHANG

168 Die Autoren

VORWORT

Die aktuelle Sicherheitspolitische Jahresvorschau der Direktion für Sicherheitspolitik beschreibt eine fortschreitende Veränderung der Sicherheitslage für Österreich und die Europäische Union. Neue Unsicherheiten lösen eine Epoche relativen Friedens in Europa seit dem Ende der Jugoslawischen Zerfallskriege ab. Auch Österreich ist von Konflikten im europäischen Umfeld, von Terrorgefahren, Cyber-Angriffen, hybriden Konfliktpotenzialen und anderen Bedrohungen der Lebensgrundlagen der Bevölkerung betroffen. Die auch für das Jahr 2018 schwer kalkulierbaren sicherheitsrelevanten Entwicklungen wie die anhaltende Migration nach Europa bleiben zukunftsentscheidende Stellgrößen für die Sicherheitsvorsorge in Österreich.

Diese veränderte Sicherheitslage macht klar, dass große Herausforderungen für das Österreichische Bundesheer, aber auch für die Republik Österreich insgesamt gegeben sind. Das erfordert ein sicherheitspolitisches Umdenken. Früher bestand das österreichische Verteidigungskonzept primär darin, das Bundesheer auf die Abwehr konventioneller militärischer Angriffe vorzubereiten und damit auch potenzielle militärische Angreifer abzuhalten. In Zukunft wird es vor allem um die Vorbereitung und den Einsatz des Bundesheeres zur Sicherstellung der Überlebensfähigkeit des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems Österreichs gehen. Ebenso muss der Beitrag des Bundesheeres zur Prävention von Konflikten und zur internationalen Krisenbewältigung intensiv fortgesetzt werden, um negativen Auswirkungen auf die Sicherheitslage Österreichs entgegen zu steuern.

In diesem Sinn muss das Bundesheer auch zunehmend darauf ausgerichtet werden, nicht-konventionelle Angriffe gegen die Bevölkerung und die strategische Infrastruktur abzuwehren und so die staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern. Diese anstehende Aufgabe des Bevölkerungsschutzes geht weit über das hinaus, was bisher im Bereich des Katastrophenschutzes und der sicherheitspolizeilichen Assistenz geleistet wurde. Sie umfasst auch die Bewältigung von systemgefährdenden Krisen, Terrorgefährdungen und Großschadensereignissen. All das erfordert eine deutliche Verbesserung der personellen, strukturellen, technischen und gesetzlichen Rahmengrößen für das Bundesheer. Denn Sicherheit gibt es nicht umsonst.

Die neuen Herausforderungen lassen sich nur mit optimal ausgebildetem und motiviertem Personal bewältigen. In Österreich ist durch die Wehrpflicht eine Grundpräsenz von Sicherheitskräften gewährleistet. Aufgrund der demografischen Entwicklungen ist jedoch eine Verminderung des Rekrutierungspotenzials zu erwarten. Die Erhöhung der Attraktivität des Dienstgebers Bundesheer muss daher konsequent fortgesetzt werden.

General Mag. Othmar Commenda
Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres



Der wertvolle Beitrag der Miliz – vor allem zum Schutz der kritischen Infrastruktur – ist laufend an die neuen Risikolagen anzupassen. Vor allem muss die Reaktionsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Miliz durch regelmäßige verpflichtende Übungen und eine zeitgemäße und auftragsbezogene Ausstattung erhöht werden.

Auch die aktuell hohe Einsatzquote des Österreichischen Bundesheeres lässt sich nachhaltig nur bei einer entsprechenden budgetären Absicherung gewährleisten. Aktuell sind rund 1100 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz und rund 1000 im Assistenzeinsatz zur Verhinderung illegaler Migration. Insgesamt 850 Soldatinnen und Soldaten werden gleichzeitig als rasch verfügbare Reserven für Auslandseinsätze bereitgehalten. Damit erbringt das Bundesheer – gemessen an der personellen Gesamtgröße – im internationalen Vergleich eine der höchsten Einsatzquoten.

Das Österreichische Bundesheer ist die strategische Handlungsreserve der Republik. Keine andere Organisation kann Krisen ohne Abstützung auf zivile Infrastrukturen bewältigen. Auf allen Ebenen gesichert kommunizieren und das notwendige Personal auf Knopfdruck abrufen können sind Alleinstellungsmerkmale, aufgrund derer das Bundesheer in Zukunft auch vermehrt für gesamtstaatliche Sicherheitsleistungen bereitstehen muss, etwa für den Betrieb von IKT-Staatsgrundnetzen sowie bei Transport-, Logistik- und Versorgungsleistungen für die Bevölkerung. Nur mit entsprechenden gesetzlichen Handlungsgrundlagen und Ressourcen kann das Bundesheer nachhaltig auf diese neuen Aufgaben für die Sicherheit Österreichs ausgerichtet werden.

Mein Dank gilt den Autorinnen und Autoren dieser Jahresvorschau, aber auch den Expertinnen und Experten des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport für die professionelle Betreuung einer Publikation, die sich gleichermaßen an Fachleute, Diplomatie, Politik, Militär, Medien und an die interessierte Öffentlichkeit richtet.

Ich bin überzeugt, dass diese Jahresvorschau 2018 uns allen dabei helfen wird, die notwendigen Antworten auf die Sicherheitsherausforderungen zu finden, und dass dadurch im Sinne der geistigen Landesverteidigung zur Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins in Österreich beitragen wird.

EINLEITUNG

Die Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport gibt für das Jahr 2018 zum mittlerweile vierten Mal eine Sicherheitspolitische Jahresvorschau heraus. Namhafte internationale, österreichische und ressorteigene Expertinnen und Experten analysieren darin die für das Kalenderjahr 2018 zu erwartenden Entwicklungen der europäischen und österreichischen Sicherheitsvorsorge, wichtiger internationaler Institutionen, Regionen, Staaten sowie konkreter Bedrohungen und Konflikte. Daneben werden die Ergebnisse eines laufenden Monitorings zentraler Schlüsselfaktoren der europäischen und österreichischen Sicherheitslage in einem Trendszenario für die österreichische Verteidigungspolitik verdichtet.

Alles deutet darauf hin, dass die in Europa fast 15 Jahre währende Epoche des relativen Friedens seit dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege nun zu Ende ist und ein Zeitalter neuer Unsicherheiten anbricht. Die Hegemonie der USA erodiert, der islamistische Terrorismus hat eine neue Dimension erreicht und dabei Europa ins Visier genommen, die europäische Peripherie ist dominiert von Religions- und Bürgerkriegen, und die Massenmigration nach Europa fordert die europäischen Gesellschaften heraus.

Die Europäische Union selbst befindet sich mittlerweile auf dem Weg der Besserung, sie ist dabei, die Phase der Stagnation zu überwinden, auch wenn intern weiterhin erhebliche Bruchlinien zu erkennen sind. Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit vollzieht sich die Wende von einer bisher nur freiwilligen militärischen Kooperation hin zu einer auch strategisch angeleiteten Verteidigungszusammenarbeit.

Besondere Sorge bereitet den europäischen Sicherheitspolitikern das Anwachsen so genannter „hybrider Bedrohungen“. Instrumente der Globalisierung werden nicht nur im Sinn einer friedlichen „neuen Weltordnung“ genutzt, sondern zunehmend für versteckte Einflussnahme und Machtpolitik instrumentalisiert. Das Ziel dieser hybriden Machtausübung ist strategische Einflussnahme, weil Kontrolle insbesondere in Form territorialer Inbesitznahme heute nicht mehr realisierbar erscheint. Gezielte Einflussnahme soll die Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft schwächen. Dabei kann es im schlimmsten Fall zu massiver Gewaltanwendung bis hin zum Einsatz militärischer Mittel kommen.



Generalmajor Dr. Johann Frank
Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im BMLVS

Österreich ist heute in vielen Lebensbereichen unsicherer als zur Zeit des Kalten Krieges. Während dieser größtenteils berechenbar war, erfolgen die neuen hybriden Angriffe verdeckt, unübersichtlich und komplex verknüpft. Sie treffen uns nahezu ohne Vorwarnzeit und haben ein sehr hohes Eskalationspotenzial.

Einfache Krisen und Katastrophenlagen konnten in Österreich mit der Assistenzleistung des Österreichischen Bundesheeres bislang gut bewältigt werden. Hybride Angriffe, systemischer Terrorismus oder Sabotage kritischer Infrastrukturen könnten in naher Zukunft aber eine Dimension erreichen, für deren Bewältigung derzeit noch keine adäquaten Strukturen vorhanden sind.

Dies stellt die österreichische Sicherheitsvorsorge vor neue Aufgaben. Was wir vor allem benötigen sind die Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, eine Anpassung der Umfassenden Landesverteidigung, die Erneuerung der geistigen Landesverteidigung und der strategischen Kommunikation, eine Ausrichtung des Österreichischen Bundesheeres auf die Abwehr hybrider Bedrohungen, den Bevölkerungsschutz und die strategische Handlungsreserve der Republik sowie eine angemessene Beteiligung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.

Die Mitgestaltung und Umsetzung des Regierungsprogramms für die 26. Gesetzgebungsperiode ist eine Chance, notwendige Elemente der gebotenen verteidigungspolitischen Trendwende zu implementieren, und der österreichische Vorsitz im Rat der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 2018 bietet eine gute Gelegenheit, Österreichs Teilnahme an der europäischen Verteidigungszusammenarbeit zu profilieren.

„DAS TRENDSZENARIO 2018 IST CHARAKTERISIERT DURCH EINE ZUSPITZUNG VON GEOPOLITISCHEN KRISEN UND VON KONFLIKTEN IM UMFELD EUROPAS. DIE FAST 15 JAHRE WÄHRENDE EPOCHE DES RELATIVEN FRIEDENS IN EUROPA SEIT DEM ENDE DES JUGOSLAWI-ENKONFLIKTS SOWIE DER FRIEDENSDIVIDENDE IST ZU ENDE GEGANGEN. EIN NEUES ZEITALTER DER UNSICHERHEIT IST ANGEBROCHEN – MIT UNMITTELBAREN AUSWIRKUNGEN AUF ÖSTERREICH.“

(Sicherheitspolitisches Trendszenario 2018)





TRENDSZENARIO 2018 FÜR ÖSTERREICH SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK



SICHERHEITSPOLITISCHES TRENDSZENARIO 2018

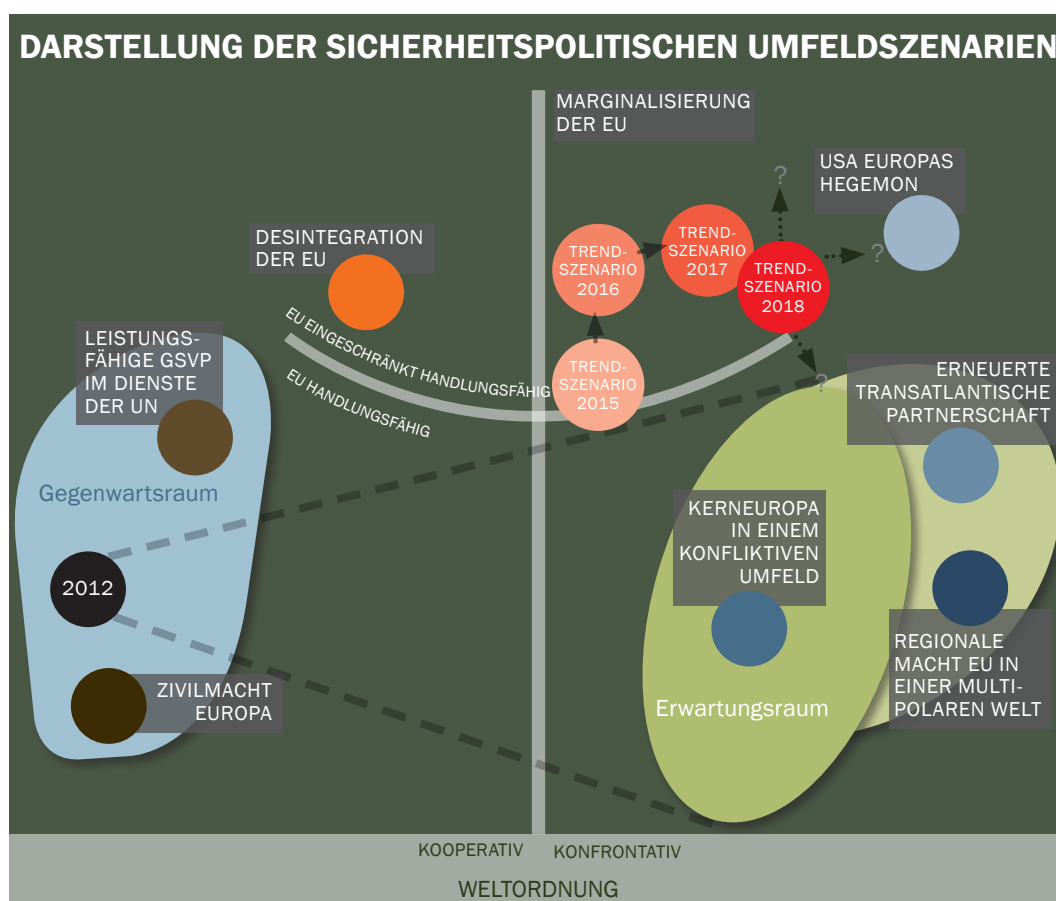
KONSEQUENZEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Das aktuelle Trendszenario 2018 weist eine zunehmend negative Entwicklung im sicherheitspolitischen Umfeld Europas und Österreichs aus. Es gibt zahlreiche geopolitische Krisen (Naher und Mittlerer Osten, Nordkorea, Ukraine), eine unsichere Weltwirtschaftsentwicklung und vermehrt bewaffnete Konflikte in der europäischen Peripherie. Die EU selbst befindet sich mittlerweile auf dem Weg der Besserung, sie ist dabei, die Phase der Stagnation zu überwinden, auch wenn intern weiterhin erhebliche Bruchlinien zu erkennen sind. Gleichzeitig ziehen sich die USA unter Präsident Donald Trump schrittweise aus ihrer globalen Verantwor-

tung zurück und werden vom Stabilitätsfaktor zur „Wild Card“. Das dadurch entstehende Machtvakuum wird wiederum von China, Russland und Regionalmächten (wie bspw. Iran, Saudi-Arabien) gefüllt, was für zusätzliche Konfliktodynamik sorgt. Darüber hinaus bleiben zahlreiche sicherheitspolitische Herausforderungen bestehen, oder sie nehmen sogar zu: Massenmigration, Terrorismus, hybride Konflikte, Cyberangriffe, Bedrohungen der Lebensgrundlagen sowie Instabilitäten in der europäischen Nachbarschaft (Westbalkan, Türkei, Naher und Mittlerer Osten).

Grundlage für das Trendszenario 2018 ist das zukunftsanalytische Modell der „Verteidigungspolitischen Umfeldszenarien“ aus dem Jahr 2011/12. Mit diesem Projekt wurden die verteidigungspolitischen Grundlagen für einen fähigkeitsbasierten Planungsprozess und die Überarbeitung der Teilstrategie Verteidigungspolitik vom Oktober 2014

geschaffen. Hierauf basierend wurden zentrale Faktoren aus dem Modell der Umfeldszenarien im Rahmen eines Szenario-Monitorings über eine Reihe von maßgeblichen Indikatoren überwacht, um daraus eine mittelfristige Trendentwicklung mit einer Perspektive von drei bis fünf Jahren abzuleiten.



Das Trendszenario 2018 basiert auf umfangreichen Vorarbeiten der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport aus dem Jahr 2011 (Gegenwartsraum). Es stellt eine konsequente Weiterentwicklung der Trendszenarien der vergangenen Jahre dar und beobachtet die sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeldentwicklung innerhalb des projizierten Szenarioraumes.

SCHLÜSSELFAKTOREN FÜR DIE SICHERHEITSPOLITISCHE UMFELDENTWICKLUNG

Globale machtpolitische Entwicklungen

Vor dem Hintergrund einer in wesentlichen Bereichen – Sicherheit, Wirtschaft, Soziales – zerrütteten, globalen (Un-)Ordnung ist die Vision einer funktionierenden globalen Sicherheitsarchitektur mit prosperierenden Staaten in weite Ferne gerückt. Unser Zeitalter ist geopolitisch von Komplexität, wechselseitigen Abhängigkeiten und Instabilitäten gekennzeichnet.

Auf der politischen Weltbühne zeichnet sich angesichts multipler Krisen in unterschiedlichen Regionen eine weitere Verfestigung des Trends zur konfrontativen Multipolarität ab. Stabil ist der Trend, was die konfrontative Ausprägung der globalen Machtpolitik anbelangt, unbeständig jedoch, was seine Ausrichtung mit einer wechselnden Polarität betrifft. So ist aus heutiger Sicht nicht auszuschließen, dass sich die derzeitige verstetigende Multipolarität der geostrategischen Player (USA, China, Russland) mittel- bis langfristig in eine Bipolarität



zurückverwandeln könnte. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn China und Russland ihre bilaterale Kooperation verstärken und sich in Opposition zu den USA positionieren. Ebenso denkbar, wenn gleich unwahrscheinlicher wäre ein Szenario, in dem die USA verstärkt die Kooperation mit Russland suchten, aber zugleich einen konfrontativeren Kurs gegenüber China einschlagen.

Wesentliche Indikatoren für eine solche Entwicklung sind eine feststellbare unilaterale Wende in der US-Außenpolitik durch die Trump-Administration und ein Machtvakuum in der EU – ohne einen bestimmenden hegemonialen Akteur. Augenfällig ist das Aufstreben der Machtkonkurrenten Washingtons sowohl in Peking als auch in Moskau, was auf geostrategischer Ebene eine Vertiefung der Gräben befürchten lässt. Während Russland auf die Minimierung des Einflusses anderer Großmächte im postsowjetischen Raum setzt, entfaltet sich China global durch die Ausweitung seines geoökonomischen Einflusses in Eurasien (Projekt „One Belt, One Road“). Befeuert wird diese konfrontative Multipolarität durch eine in hohem Maße fragile geoökonomische Gesamtlage und einen Wettbewerb um Energie-, Kapital- und Humanressourcen, aber auch um Schlüsseltechnologien. Cyberattacken sind integrale Elemente der Machtausübung geworden und spielen sich in einem weitgehend unregulierten Raum ab.

Auf absehbare Zeit wird diese kompetitive Ausgangslage eine nachhaltige Machtkonkurrenz und zugleich einen Rekurs auf harte Machtprojektioninstrumentarien wie Wirtschaftssanktionen oder militärische Drohgebärden in umkämpften Grenzregionen bewirken (Nordkorea, Ukraine, Türkei, Iran, MENA-Region, Arabische Halbinsel). Zumindest ein offener militärischer Konflikt ist weiterhin nur in geringem Ausmaß wahrscheinlich, wenn auch nicht gänzlich auszuschließen. Etwa im Sinn

der sogenannten „Thukydides-Falle“ durch die Gefahr, dass eine aufsteigende Macht in einen Konflikt mit einer vorherrschenden Macht gerät – was historisch in 12 von 16 vergleichbaren Konstellationen zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt hat.

Mit einer in Aussicht gestellten erhöhten regionalen Konfliktintensität in der Peripherie der vier globalen Machtblöcke (USA, China, Russland und EU-Europa) korrespondiert zudem eine mangelnde Konfliktlösungskapazität, insbesondere auf Ebene der schwächer werdenden internationalen Organisationen, allen voran der UNO. Dabei sind diese Organisationen als „kritische Infrastrukturen“ der internationalen Politik in hohem Maß gefordert. Aber wie mit der „Kindelberger-Falle“ umschrieben, ist ihre Bedeutung eng mit dem Aufstieg oder Niedergang der sie tragenden Hegemonialmächte verbunden. Ebenso groß ist die Abhängigkeit von der Bereitschaft großer Mächte, die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen mit Ressourcen zu unterstützen und das Konzept des effektiven Multilateralismus zu leben.

Globale Wirtschaftsentwicklung und Wohlstandsverteilung

Mittelfristig ist von einer andauernden Stagnation der Weltwirtschaft sowie von der Dominanz rivalisierender Wirtschaftsblöcke auszugehen. Der Westen stagniert infolge einer zunehmend protektionistischen Handelspolitik.

Die Urbanisierung nimmt rapide zu. Dadurch bilden sich in allen relevanten Weltmetropolen große Armutsviertel. Einige Städte mit einer breiten Basis an gut ausgebildeten Arbeitskräften haben eine florierende Wirtschaft, und sie werden zu einer echten globalen Drehscheibe für Innovation. Die meisten anderen Megacities werden als Fort-

schrittsverlierer an dieser Prosperitätsdynamik nicht teilhaben, was die globale soziale Ungleichheit weiter steigert.

Die Zunahme der Migration aus dem nahen Ausland (der jeweiligen Nachbarschaftsperipherie), aber auch aus instabilen Konfliktregionen wird kontinuierlich ansteigen. Diesem Umstand wird in Wohlstandszonen mit immer restriktiveren Grenzkontrollen begegnet. Die Regulierung kommender bzw. die Integration bestehender Zuwanderung bleibt auch für die nächsten Jahre eine wesentliche Herausforderung.

Das Wachstum in China hat sich auf ein jährliches BIP-Plus von vier bis sechs Prozent verlangsamt. Dies betrifft auch die europäischen Volkswirtschaften, deren Märkte mehrheitlich negativ darauf reagieren. Die bestehenden Handelsströme und -volumina nehmen sowohl aufgrund des protektionistischen Gesetzgebungsumfelds als auch aufgrund der Tatsache ab, dass China begonnen hat, eine eigene High-Tech-Industrie zu entwickeln. Die Beziehung zwischen den USA und China ist wirtschaftspolitisch eher kompetitiv als kooperativ. Als Mitbewerber konkurrieren die beiden größten globalen Volkswirtschaften um ähnliche Zielmärkte und entsprechende Anteile. China übernimmt sukzessive die Führung eines weitgehend unipolaren Asiens. Es gibt Anzeichen für eine Entwicklung zu einem unausgewogenen Wachstum (mit ebenfalls erhöhter Konfliktneigung) als Resultat eines globalen Wettbewerbs, der durch die ökonomische Polarität zwischen den USA und China befeuert wird.

Die EU bleibt neben den USA und China einer der drei größten globalen Akteure im internationalen Handel. Schon heute ist die EU der wichtigste Handelspartner für China. Jeden Tag werden Waren im Wert von 1,6 Milliarden Euro ausgetauscht. In Zeiten stagnierender heimischer Märkte bietet das

China-Geschäft für viele europäische Unternehmen die Chance, ihre Bilanz aufzuwerten. China wiederum drängt darauf, den europäischen Markt weiter zu erschließen. Mit Projekten im Rahmen der „One Belt, One Road“-Initiative (Direktzugverbindung von der chinesischen Ostküste über Russland und Belarus nach Wien, Balkankorridor vom Hafen Piräus über Serbien und Ungarn nach Westeuropa) will China seine ökonomische und strategische Position über Asien und Europa hinaus global stärken und absichern. Differenzen gibt es vor allem in Handelsfragen (Dumping, Benachteiligung von europäischen Firmen in China). Konflikte bestimmen auch das Verhältnis der EU zu den zunehmend protektionistischen USA. Ein offener Handelskonflikt erscheint aber wegen der transatlantischen Kapitalverflechtung, Abhängigkeiten US-amerikanischer Unternehmen vom EU-Markt und negativer Konsequenzen wie höhere Preise und Vergeltungsmaßnahmen wenig wahrscheinlich.

Aus dieser geoökonomischen Dynamik lässt sich jedenfalls ein erhebliches Konfliktpotenzial im Sinne einer anzunehmenden Multipolarität im internationalen System ableiten. Divergierende Interessenslagen im Bereich der Wirtschaft können nicht selten in eine Auseinandersetzung mit anderen, oftmals militärischen Mitteln ausarten.

Daneben schlägt sich die ausgebremste globale Wirtschaftsentwicklung in Zusammenhang mit dem Klimawandel und demographischen Umbrüche in Massenmigration und Flucht nieder. Derzeit leiden rund 795 Millionen Menschen auf der Erde an Hunger. 750 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Zahl der Betroffenen steigt. Aufgrund der Erderwärmung ist mit dem Verlust von großen Teilen des Agrarlandes in Subsahara-Afrika innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre zu rechnen. Das hat Potenzial, große Fluchtbewegungen nach Europa auszulösen.

Konfliktentwicklung in und um Europa

Ein stabiler Trend geht eindeutig in Richtung hybride und asymmetrische Konflikte, die meist mit hoher Intensität, teilweise aber auch niederschwellig ausgefochten werden. Ziel hybrider Angriffe ist nicht mehr die Kontrolle durch territoriale Inbesitznahme, sondern die gezielte Einflussnahme auf die Lebensgrundlagen von Gesellschaften sowie die staatliche Souveränität und Integrität. Die staatlichen und nichtstaatlichen Angreifer nutzen dabei gezielt Sicherheitslücken aus, die sich infolge unklarer Zuständigkeiten, Schwächen des staatlichen Krisenmanagements sowie mangelnder Ressourcen zur Abwehr ergeben. Es kommt zum Einsatz militärischer Mittel außerhalb der konventionellen Kriegsführung. Auch Instrumente der Globalisierung werden zunehmend für hybride Machtausübung genutzt.

Eine besondere Rolle kommt dem Cyber- und Informationsraum zu, der alle über das Internet weltweit erreichbaren Informationsinfrastrukturen umfasst. Schwerwiegende Angriffe mit Cyberwaffen (automatisierte Schadprogramme, „Backdoors“, „Jamming“, Mikrowellen) könnten zu erheblichen Beeinträchtigungen der Lebensgrundlagen von Staat und Gesellschaft führen. Im Cyberraum agieren nichtstaatliche Gegner mittlerweile auf Augenhöhe mit westlichen Streit- und Sicherheitskräften. Das bedeutet wiederum, dass gerade technisierte Gesellschaften in zunehmendem Maß vom Cyberraum abhängig und über diesen angreifbar sind. Er wird dadurch ein zentraler Austragungsort von Konflikten sowie ein Operationsraum im Rahmen klassischer und hybrider Kriegsführung. Denn im Cyberraum können mit vergleichsweise geringen Mitteleinsätzen große Effekte gegen scheinbar übermächtige Gegner erzielt werden.

Was klassische militärische Auseinandersetzungen angeht, so finden diese vermehrt in urbanen Räumen statt. Zudem zeichnet sich eine weiter fortschreitende Technologisierung (Digitalisierung, Automatisierung, Robotik) der Kriegsführung ab. Die Konflikte werden in höchst asymmetrischer Form ausgefochten. Die Ungleichheit bezieht sich weniger auf das Kräfteverhältnis als auf das bewusste Konterkarieren von Regeln und Normen (z.B. Kriegsvölkerrecht) durch einen Schwächeren. Hieraus erwächst eine prinzipielle Anarchie, die gewalttätige Konflikte nachhaltig prägen wird. Symptomatisch für diese Entwicklung ist der sogenannte „Islamische Staat“. Dieser bemüht eine Doppelstrategie: Einerseits agiert man (noch) als Terrormiliz mit paramilitärischem Anstrich, andererseits als eine perfide Terrororganisation, die vor allem die europäische Terrorismusbekämpfung noch länger herausfordern wird. Die dschihadistische Gruppierung, die 2018 als militärischer Player in Syrien und im Irak sehr wahrscheinlich erodieren wird, bedient sich gekonnt der Elemente Hybridität, Asymmetrie, Klandestinität, Anarchie und Flexibilität, um ihre Anliegen, sei es auf dem syrischen „Schlachtfeld“ als irreguläre Kampfeinheiten oder als Terroristen in europäischen Metropolen, mit unfassbar brutaler Gewaltakte zu untermauern.

Eine große Herausforderung für die Zukunft ist die Gefahr des „systemischen Terrorismus“, der weit über das bisher bekannte Bedrohungspotenzial hinausgeht. Im Unterschied zu konventionellen Terrorattacken von Kleingruppen oder Einzeltätern handelt es sich hier um einen souveränitätsgefährdenden Angriff von militärisch ausgebildeten und ausgerüsteten Kräften auf Staat, Gesellschaft und ihre Lebensgrundlagen.

Aktuell ist Europa von einer vierten Welle terroristischer Gewalt betroffen, die drei Ziele verfolgt: Erstens die Verbreitung eines permanenten Un-

sicherheitsgefühls, zweitens die Bindung von Sicherheitskräften und drittens die Spaltung und Radikalisierung westlicher Gesellschaften. Dazu bedient man sich aktuell dreier Anschlagsmuster: Von außen gelenkte Großanschläge, eigenverantwortlich durchgeführte Anschläge lokaler Schlägerzellen und Attentate durch opportunistische Gelegenheitsattentäter sowie selbstradikalisierte Einzelpersonen. Dagegen braucht es eine vernetzte Anti-Terrorstrategie, die sich aller notwendigen polizeilichen, nachrichtendienstlichen, justiziellen und militärischen Mittel bedient.

EU-Entwicklung

Das Trendszenario weist auf eine eher schwache EU hin. Auch wenn sich viele „Worst Case“-Szenarien im Zusammenhang mit wichtigen nationalen Wahlen 2017 nicht bewahrheitet haben, so bleibt ein weit verbreitetes Misstrauen in Eliten und Institutionen bestehen. Innerhalb der EU herrscht zudem Uneinigkeit hinsichtlich der Haltung gegenüber den USA und Russland sowie dem Umgang mit Massenmigration. Auf die sicherheitspolitischen Umbrüche der letzten Jahre wurde bislang zögerlich reagiert, was damit zusammenhängt, dass noch keine gemeinsame strategische Antwort auf die neuen Herausforderungen gefunden werden konnte.

Es gibt aber auch unverkennbar positive Entwicklungen, die den vorhaltenden Trend aufhellen und trotz aller Störfaktoren auf eine Konsolidierung schließen lassen. So schlägt für einige bereits getroffene Grundsatzentscheidungen in Sachen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 2018 die „Stunde der Wahrheit“: Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO) vollzieht sich die Wende von einer bisher freiwilligen militärischen Kooperation hin zu einer strategisch

angeleiteten Verteidigungsintegration. Gestärkt wird dies durch eine erstmals aktive Rolle der EU-Kommission in Verteidigungsfragen sowie durch rechtlich und politisch verbindliche Kriterien (Budget, Investitionen, Forschung, Projekt-Beteiligung und auch Operationen, wenngleich keine Beitragsautomatismen). Es gibt künftig auch eine Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence – CARD), einen systematischen Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten zu ihren Verteidigungsplänen. Gleichzeitig eröffnet der neu geschaffene Europäische Verteidigungsfonds (EDF) finanzielle Anreize für die Kooperation beim Erwerb militärischer (Kern-)Fähigkeiten und bei Rüstungsprojekten. Der Erfolg des gesamten Vorhabens, nämlich der Aufbau einer Verteidigungsunion mit einem gemeinsamen Fähigkeitspool (strategischer Transport, Kommandostrukturen, Ausbildung- und Logistikeinrichtungen), wird wesentlich vom Umsetzungswillen in Deutschland, Frankreich und Italien abhängig sein. Österreich hat im Falle des Gelingens, insbesondere aufgrund der isolierten Position in der NATO-Initiative „Partnership for Peace“, ein hohes Mitgestaltungsinteresse.

Die bevorstehende Abwicklung des Brexit dürfte sich sicherheitspolitisch weniger einschneidend auswirken als befürchtet. Darüber hinaus könnte der Brexit mittelfristig zu einer Festigung der Union führen – ebenso wie das Wiedererstarren Frankreichs als Player in der EU eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Achse erwarten lässt.

Ausschlaggebend für die verhaltene Prognose ist primär der Zeitfaktor. Denn die angesprochenen positiven Entwicklungen sind erst im Frühstadium, und es gilt, Fortschritte mit Relevanz auf die Gesamtlage der EU genau zu beobachten. Darüber hinaus wurden seit der Erstanalyse vor ca. zwei Jahren die Zentrifugaltendenzen innerhalb

der EU stets gravierender. Zu den ungebrems-ten Renationalisierungsambitionen in gewissen Mitgliedsstaaten kommen nun Separationsbewegungen (Katalonien, Schottland, teilweise Nordir-land etc.) hinzu. Trotz dieser Herausforderungen ist – auch wegen des wieder leicht wachsenden gemeinsamen Marktes – die Annahme einer fort-schrittsarmen, aber im Grunde stabilen Union am wahrscheinlichsten. Aufgrund struktureller Unsicherheiten, etwa der möglichen Konstitution eines Kerneuropas, ist für den Beobachtungszeitraum nicht anzunehmen, dass die EU weitere Integra-tionsbemühungen vorantreiben wird. Die Zeichen stehen eindeutig auf Konsolidierung und Selbst-findung in einer Post-Brexit-Ära.

2018 befindet sich die derzeitige Kommission auf der Zielgeraden ihrer Amtsperiode. Auf der Agen-da stehen das Management und Ausverhandeln des Brexit sowie die Implementierung der Grund-satzbeschlüsse in Richtung Verteidigungsunion. Damit im Rahmen des österreichischen Ratsvor-sitzes 2018 auch Initiativen für den Westbalkan gesetzt werden, wird es auf entsprechenden ak-tiven Einsatz der heimischen Politik ankommen.

Den grundsätzlichen Orientierungsrahmen für die GSVP bildet seit 2016 die Globale Strategie der EU (EUGS) mit drei Prioritäten: Reaktion auf externe Konflikte und Krisen, Aufbau der Kapazitäten der Partner sowie Schutz der Union und ihrer Bürger.

Für die Zukunft der GSVP hat EU-Kommissionsprä-sident Jean-Claude Juncker 2017 drei Szenarien entworfen: Das erste geht von „Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich“ aus. Demnach arbeiten die Mitgliedsstaaten der EU-27 im Sicherheits- und Verteidigungsbereich künf-tig häufiger zusammen – zumeist auf freiwilliger Basis. Man trifft je nach Bedarf Ad-hoc-Entschei-dungen und stützt sich auf erste Größenvorteile.

Konkret würde das bedeuten: interoperable Streit-kräfte, Krisenmanagement und Fähigkeitenauf-bau.

Das zweite Szenario beschreibt eine „geteilte Ver-antwortung für Sicherheit und Verteidigung“, wo-nach die Mitgliedsstaaten der EU-27 schrittweise eine verstärkte Solidarität an den Tag legen und ihre Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion verbessern. Das würde auf Ebene der Streitkräfte Programme zur Entwicklung innovativer Technolo-gien, Informationsaustausch, hochintensive Ope-rationen und ständige multinationale Streitkräfte-komponenten mit sich bringen.

Und schließlich geht das dritte Szenario von „ge-meinsamer Verteidigung und Sicherheit“ aus. Die An-nahme ist, dass die Mitgliedsstaaten der EU-27 ihre Zusammenarbeit in Richtung einer gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung verstärken. Hier würden die systematische und gemeinsame Beurteilung von Bedrohungen und Notfallplanung, gemeinsame Finanzierung und Beschaffung von Fähigkeiten, ver-besserte Resilienz und hoher Integrationsgrad der Streitkräfte zum konkreten Output zählen.

Was die europäischen Verteidigungsausgaben be-trifft, so sind diese weiter angestiegen – 2017 auf 219 Milliarden Euro. Da aber die Inflationsrate im Verteidigungsbereich wesentlich höher ist als allge-mein (vier bis sieben Prozent), konnten die Mehraus-gaben die Teuerungsraten nicht ausgleichen. Dazu hätte es 2017 mindestens 250 Milliarden Euro be-durft. Die Militärbudgets und Beschaffungen weisen überhaupt regional stark unterschiedliche Muster auf. Von 15 nord- und osteuropäischen Staaten ha-ben zehn ihre Verteidigungsinvestitionen erhöht; in West- und Südeuropa waren es von zwölf nur sechs Staaten. Von daher ist eine Relativierung der bishe-rigen Ausrichtung auf internationale Interventionen und ein neues ausbalancierteres Verhältnis zwi-

schen Heimatverteidigung und internationalen Einsätzen klar erkennbar. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Differenzierte Bedrohungswahrnehmungen halten an und bestimmen, wofür die Verteidigungsbudgets eingesetzt werden. Im Falle von Russland als Hauptbedrohung gilt der Fokus konventionellen Systemen. Staaten, die den Terrorismus als prioritäre Herausforderung betrachten, investieren in ein breiteres, auch expeditionorientiertes Spektrum. Allerdings behalten nur die großen NATO-Staaten ein breites nationales Fähigkeitsspektrum, kleinere Alliierte konzentrieren ihre begrenzten Mittel auf militärische Nischen- und Unterstützungsleistungen.

Bei den europäischen Rüstungsprogrammen gingen von 127 Beschaffungsvorgängen 51 Prozent in Luftsysteme, 31 Prozent in Landstreitkräfte und 24 Prozent in die Marine. Die größten Programme sind derzeit Mehrzweck- und Transport-Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge sowie Küstenschiffe.

Ein weiterer militärischer Entwicklungstrend geht in Richtung Erhöhung der Personalstärken. Bei der Bundeswehr wird die Stärke des Aktivkaders um 20.000 Personen angehoben, in Polen baut man eine 50.000 Personen starke Territorialverteidigungsorganisation auf, in Großbritannien und Frankreich werden neue Reservekräfte für den Heimatschutz aufgestellt.

Russland

Das beschädigte und konfliktgeladene Verhältnis zu Russland bleibt mittelfristig bestehen. Das Verhältnis zwischen der EU und Russland einerseits und den USA andererseits wird von gegensätzlichen Interessen, begründeten wie auch irrationalen Ängsten sowie dem Wunsch nach Gesichtswahrung dominiert. Genauso wird es durch eine komplexe mitunter verfahrenere innenpolitische Situation aller drei Akteure entscheidend verschärft. Hinzu kommen einander

ausschließende Narrative sowie das Fehlen einer gemeinsamen Zukunftsvision. Das bestehende wechselseitige Sanktionsregime lässt kaum Spielraum für eine Neuauflage einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ zu.

Als oberstes strategisches Ziel Russlands gegenüber dem Westen ist weiterhin von einer Schwächung der transatlantischen Achse und der sie tragenden Säulen EU und NATO auszugehen. Die EU-Russland-Beziehungen werden kurz- bis mittelfristig durch einen geopolitischen und geoökonomischen Wettbewerb um den postsowjetischen Raum im Südkaukasus, Osteuropa und teilweise am Westbalkan gekennzeichnet sein. Die Ukraine soll föderalisiert und zu einem neutralen Staat gemacht werden. Letzteres soll auch mit Moldawien geschehen. Weitere Ziele sind die Verhinderung eines NATO- und EU-Beitritts von Georgien sowie die Aufrechterhaltung der Sicherheitsabhängigkeit von Armenien. Osteuropa bildet insgesamt eine offene Flanke der EU: Abgesehen von fragilen Staatsstrukturen finden sich dort neben dem aktuell eingefrorenen Konflikt in der Ukraine ein partiell eingefrorener in Bergkarabach sowie dauerhafte territoriale Konflikte (Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Krim), wo auf absehbare Zeit mit keinen nachhaltigen Lösungen zu rechnen sein wird.

Moskau ist zudem darauf bedacht, einen Brückenkopf im Mittelmeer und den Zugang zu alten Militärbasen (Ägypten, Jemen, Libyen) zu erhalten. Als Mittel zum Zweck bedient sich Russland hybrider Strategien.

Das größte Risiko bleibt die Ukraine-Krise mit dem weiterhin gegebenen Eskalationspotenzial. Dies wird noch zusätzlich durch die Tatsache verschärft, dass die Trump-Administration bis dato keine klare Vision für die zukünftigen US-Russland-Beziehungen erkennen ließ. Die Rüstungskontrolle in Europa ist

über weite Strecken zum Erliegen gekommen. Auch die bevorstehenden Präsidentenwahlen in Russland lassen für 2018 auf keine Entspannung schließen. Russland wird sich aber – nicht zuletzt angesichts der Spannungen mit den USA – um eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Staaten sowie um eine Annäherung zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion bemühen.

Die russische Wirtschaft hat sich dem Sanktionsregime gegenüber bislang als äußerst resilient erwiesen. Am stärksten wirken sich die Sanktionen im technologischen Bereich aus, insbesondere im Erdöl- und Erdgassektor sowie in der Rüstungsindustrie. Dies wird auch 2018 so bleiben. Trotz der Sanktionen bleibt die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EU und Russland insbesondere im Energiebereich nach wie vor sehr hoch. Auch wenn die EU auch 2018 die Sanktionen beibehalten wird, ist mit einer von einigen EU-Staaten angestrebten Verschärfung nicht zu rechnen. Risikofaktoren stellen dabei die neuen US-amerikanischen Sanktionen und das konfliktgeladene Verhältnis zu den USA im Allgemeinen dar.

Wenngleich an der östlichen Peripherie Europas eine beschränkte militärische Konfrontation mit Russland theoretisch möglich erscheint, ist eine umfassende Herausforderung Gesamteuropas nicht erkennbar. Diese ist im Sinne der pragmatischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik Moskaus nicht intendiert bzw. strategisch nicht nachvollziehbar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Russland seine Interessen auch weiterhin aktiv vertreten wird, aber mit geringer Konfliktintensität.

NATO

Die NATO hat als geopolitischer Player wieder an Relevanz gewonnen. Die strategischen Prioritäten liegen einerseits auf der Bündnisverteidigung,

wenngleich diese nicht von allen Mitgliedern gleichermaßen priorisiert wird. Andererseits bleibt die NATO ein Bündnis im Einsatz, das neben Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen insbesondere in Afghanistan, im Kosovo und im Mittelmeer Präsenz zeigt. Allerdings ist die NATO als reine Militärorganisation alleine nicht in der Lage, alle Dimensionen hybrider Konflikte gleichermaßen abzudecken. Das angespannte Verhältnis zu Russland hat die Talfahrt in den Verteidigungsbudgets gestoppt und zu neuen militärischen Investitionsprogrammen geführt.

Die befürchtete Abkehr der USA von der NATO unter der Präsidentschaft Donald Trumps ist nicht erfolgt. Die USA haben ihre Zusagen zur Erhöhung der militärischen Präsenz in Europa bisher vollständig eingehalten. Sie wenden sich nicht ab, sondern dürften ein unbequemer, aber letztlich verlässlicher Partner bleiben. Freilich wird der Druck auf die europäischen Alliierten anhalten, ihre Verteidigungsausgaben auf die Höhe von zwei Prozent des BIP zu erhöhen. Intern befindet sich die NATO derzeit in einem Modus der Anpassung und der Strategiediskussion. All das wird ganz wesentlich vom Verhältnis zu Russland geprägt, das infolge des Ukraine-Konflikts spannungsgeladen und unsicher bleibt. Die NATO hat darauf mit Veränderungen in der Kommandostruktur und einer verstärkten militärischen Präsenz in Mittel- und Osteuropa reagiert. Der anstehende NATO-Gipfel im Juli 2018 wird von drei Themen dominiert werden: das Verhältnis zu Russland, Strukturreformen und Budget. Zwischen der NATO und der GSVP der EU besteht weiterhin kein Verhältnis auf Augenhöhe – im Gegenteil: Letztere wird zunehmend ein Teil der NATO (zurzeit bestehen 66 Kooperationen). Dennoch sollte eine strategische Autonomie der EU auch in Fragen der Sicherheit und Verteidigung im gemeinsamen europäischen Interesse liegen und weiterverfolgt werden – ohne auf militärtechnischer Ebene unnötige Duplizierungen auszulösen.

Stabilität der europäischen Nachbarregionen

Im eurostrategischen Umfeld gibt es aktuell 20 bewaffnete Konflikte. Das Umfeld Europas wird mittelfristig in hohem Maße von Instabilitäten und Konflikten charakterisiert sein. Diese zeigen sich unter anderem in Form von gewaltsamen Auseinandersetzungen unterschiedlicher Intensität, nicht konsolidierten Friedenszuständen und fragiler Staatlichkeit, Terroraktivitäten und einer Verstärkung des Migrationsdrucks in Richtung Europa. Derzeit wirkt sich diese politische Unordnung in den Nachbarregionen – begrenzt und nicht existenzbedrohend – auf die Stabilität der EU aus. Sollte jedoch in den Nachbarregionen kein positiver Umkehrtrend eingeleitet werden, ist mittelfristig auch eine weiträumige Bedrohung der Stabilität der EU und ihrer Mitgliedsstaaten denkbar – mit erheblichen Auswirkungen auf die Sicherheit der EU. Eine umfassende gegen Europa gerichtete militärische Bedrohung durch eine außereuropäische Macht ist im Beobachtungszeitraum nicht erkennbar.

Seit 2014 schwelt an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine ein bewaffneter Konflikt, von dem weiter ein großes Risiko ausgeht. Gekämpft wird um die durch prorussische Kräfte proklamierte Abspaltung der ukrainischen Verwaltungsbezirke Donezk und Luhansk. Es ist zwar kein offener Krieg zwischen Russland und der Ukraine ausgebrochen, aber es herrscht weiter ein Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden. Dafür haben sowohl Russland als auch die Ukraine den Status quo weitgehend akzeptiert. Dieser gibt der Ukraine die Möglichkeit, westliche Hilfe anzufordern und interne Reformen aufzuschieben. Gleichzeitig wird eine Integration der Ukraine in westliche Strukturen verhindert, wovon wiederum Russland profitiert. Versuche einer friedlichen Lösung des eingefrorenen Konflikts wird es wahrscheinlich über das Jahr 2018 hinaus

geben. Der Einsatz einer UN-Friedensmission wird zu den zentralen Fragen im Rahmen der Konfliktlösung gehören. Dabei bleiben aber nach wie vor viele Fragen offen.

Eine erneuerte Eskalation der Gewalt im Jahr 2018 ist relativ unwahrscheinlich, aber dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen. Ein weiterer Versuch Kiews, den Donbass-Konflikt mit militärischen Mitteln und womöglich gar mit westlicher Unterstützung zu lösen, würde für Moskau die rote Linie für den offenen Eintritt in den Konflikt überschreiten. Allerdings wird für Kiew angesichts der schweren sozioökonomischen Situation sowie der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2018 die Aufrechterhaltung innenpolitischer Stabilität wichtiger sein als die Reintegration der selbsternannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk in den gemeinsamen Staatsverband.

Mittelfristig verstetigt sich am **Westbalkan** der stabilitätsgefährdende Stillstand. Verantwortlich dafür sind Tendenzen des Nationalismus und der Sezession, mangelndes Vertrauen, autoritäre Entwicklungen und anhaltende sozioökonomische Probleme sowie das Vordringen des politischen Islamismus. Aufgrund dieser politischen und ökonomischen Instabilitäten sind interethnische Konflikte möglich. Der Ausbruch neuer gewaltsamer Konflikte größeren Ausmaßes ist aber unter der Voraussetzung einer fortgesetzten EU-Inklusionspolitik gegenüber der Region eher unwahrscheinlich. Eine fortschreitende Schwächung der EU hätte das Potenzial, inhärente Gegensätze am Westbalkan gefährlich zu verschärfen. Die Zündschnur des Pulverfasses Westbalkan liegt in den Händen Brüssels: Eine EU-Perspektive bleibt der Schlüsselfaktor für die Konsolidierung. Deshalb braucht es mehr proaktives EU-Engagement in der Region sowie eine fortgesetzte militärische Präsenz. Österreich kommt weiterhin eine verbindende und stabilisierende Rolle in der Region zu.

Die **Türkei** wird auf absehbare Zeit eine Problemzone sowie ein außen- und integrationspolitischer Bremsklotz Europas bleiben. Auch wenn sie bislang das Flüchtlingsabkommen eingehalten hat, wird dieses Faktum alleine vermutlich nicht ausreichen, um die Beziehungen zu den westlichen Partnern positiv zu gestalten. Diese sind seit dem gescheiterten Putsch von 2016 von wechselseitiger Entfremdung und Misstrauen gekennzeichnet. Innenpolitisch entwickelt sich die Türkei weiter in eine islamistisch-konservative Richtung, wodurch ebenfalls negative Konsequenzen für das gespannte Verhältnis zu Europa zu erwarten sind. Darüber hinaus wirkt sich ihre regionale Agenda destabilisierend auf das unmittelbare Umfeld aus.

Der **Nahe und Mittlere Osten** ist von einer höchst brisanten, durchwegs instabilen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation gekennzeichnet. Konflikte in der Levante, in der Sahel-Zone und andernorts sind von einer undurchschaubaren Verschränkung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure geprägt. Von besonderer Bedeutung ist die sich vertiefende Machtdiffusion der Regionalmächte – allen voran des Irans und Saudi-Arabiens – zu den nichtstaatlichen Akteuren. Aufgrund unterschiedlicher Interessen der wesentlichen Akteure USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Türkei, Ägypten im Nahen und Mittleren Osten als auch bedingt durch mangelnde Konfliktlösungskapazitäten der UNO ist kurz- und mittelfristig gesehen keine Pazifizierung oder Stabilisierung der Region absehbar. Der Terrorismus, der die Region nachhaltig destabilisiert, schwächt auch die Lösungskompetenz für die wirtschaftlichen und politischen Probleme dort.

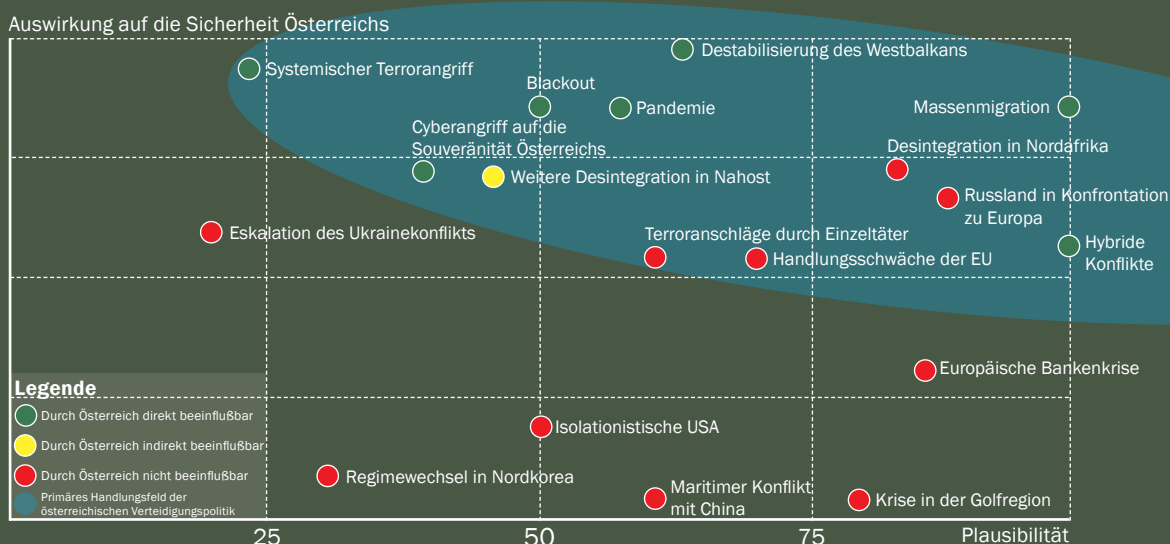
Trotz der Instabilitäten im Nahen und Mittleren Osten haben diese Faktoren geringe und allenfalls nur räumlich begrenzte Auswirkungen auf Europa. Bedrohlich für Europa sind in diesem Kontext Ter-

roranschläge, die als Konsequenz der Gebietsverluste des Islamischen Staats in Syrien und im Irak von ferngesteuerten Terrorzellen oder vorwiegend von selbstradikalisierten Einzeltätern durchgeführt werden, sowie verstärkte Flüchtlingsströme, insbesondere aus Syrien, dem Irak, Palästina oder Ägypten. Die größte Gefahr bleibt, dass sich die Kriege in Syrien, im Jemen, im Irak und in Libyen zu einem großen transnationalen Religionskrieg (Sunniten vs. Schiiten) oder einem Hegemonialkrieg (Iran vs. Saudi-Arabien) auswachsen. So ist infolge einer zunehmend aktionistischen Außenpolitik des nunmehrigen saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman nach der Militärintervention im Jemen (2015) nun auch eine Ausweitung des iranisch-saudischen Konflikts auf den Libanon zu beobachten. Davon könnte weiteres Eskalationspotential ausgehen und zu einer Stärkung von terroristischen Gruppierungen führen.

Generell sind in **Nordafrika** für den Beobachtungshorizont keine signifikanten sicherheitspolitischen Veränderungen zu erwarten. In Algerien könnten ein ungeordneter Wechsel an der Staatsspitze und damit verbundene politische Turbulenzen den Migrationsdruck in Richtung Europa kurzfristig erheblich ansteigen lassen. In Libyen erschweren die Fragmentierung der Institutionen und der Verbrauch der finanziellen Reserven des Gaddafi-Regimes eine politische Lösung und das Krisenmanagement von außen. Räumlich begrenzte Auseinandersetzungen in Libyen haben (noch) nicht das Potenzial, die gesamte Region zu destabilisieren. Auf militärstrategischer Ebene bleiben in der Region weiterhin die steigende Bedrohung durch hybride Konflikte und der zunehmende Bedarf an Stabilisierungs- bzw. Interventionskräften zur Bekämpfung des massiv zurückgedrängten Islamischen Staats auf der Tagesordnung.

VERTEIDIGUNGSPOLITISCHES RISIKOBILD FÜR ÖSTERREICH

Aus diesem Trendszenario sollen im Folgenden die wesentlichen sicherheitspolitischen Risiken für Österreich abgeleitet werden:



Auf der X-Achse wird die Plausibilität des Eintretens eines Risikos in Prozent dargestellt, auf der Y-Achse die angenommene negative Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs. Die jeweilige Farbe drückt die proaktive Beeinflussbarkeit des Risikos durch die Instrumente der österreichischen Verteidigungspolitik aus. Die in der Ellipse beinhalteten Risiken sind jedenfalls durch die Instrumente der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu behandeln. Nahezu allen Risiken kann nur mit einem gesamtstaatlichen Ansatz entgegengetreten werden, wobei das Österreichische Bundesheer in nahezu allen Fällen essentieller Bestandteil jeglicher Risikobewältigungsstrategie ist.

Das Trendszenario 2018 ist charakterisiert durch eine **Zuspitzung von geopolitischen Krisen und von Konflikten im Umfeld Europas**. Die fast 15 Jahre währende Epoche des relativen Friedens in Europa seit dem Ende des Jugoslawien-Konflikts sowie der Friedensdividende ist zu Ende gegangen. Ein neues Zeitalter der Unsicherheit ist angebrochen – mit unmittelbaren Auswirkungen auf Österreich. Zu nennen sind hier in erster Linie Hybride Konflikte, Cyberangriffe, Terrorismus, Massenmigration, instabile Nachbarregionen sowie eine volatile politische und wirtschaftliche Globalentwicklung.

Bei der **Massenmigration** ist grundsätzlich davon auszugehen, dass sie 2018 in ähnlichem Umfang wie 2017 (rund 42.000 Asylanträge) fortbestehen wird. Risiken eines sprunghaften Anstiegs ergeben sich im Zusammenhang mit Entwicklungen in der Türkei (Aufkündigung des EU-Flüchtlingspakts) und Desintegrationstendenzen in Nordafrika (Ägypten, Algerien und Libyen). Mögliche Konsequenzen wären sowohl steigende Migration als auch das Einschleusen von Terroristen nach Europa und Österreich. Stabilisierungseinsätze des Österreichischen Bundesheers vor Ort sowie Sicherheitskooperationen mit den örtlichen Streitkräften sind ein Beitrag zur Entschärfung dieser Faktoren.

Im unmittelbaren Einflussbereich Österreichs kann Massenmigration sowohl durch den verstärkten Grenzschutz als auch durch umfassende Sicherheitskooperationen mit den Staaten entlang der Westbalkanroute und der zentralen Mittelmeerroute eingedämmt werden. Zur Minimierung einer neuerlichen Eskalation auf dem Westbalkan sind die Einsätze des Österreichischen Bundesheers sowohl in Bosnien und Herzegowina als auch im Kosovo unverzichtbar. In Bosnien und Herzegowina ist Österreich der größte Truppensteller, im Kosovo hat Österreich das größte Auslandskontingent. Der Westbalkan wird auf absehbare Zeit der Schweregewichtsraum der österreichischen Sicherheitspolitik bleiben.

Aufgrund der neuen **hybriden Bedrohungen** ist Österreich heute in vielen Lebensbereichen unsicherer als zur Zeit des Kalten Krieges. Während letzterer berechenbar war, treten hybride Konflikte ohne Vorwarnzeit auf und haben ein hohes Eskalationspotenzial. Österreich ist auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene schon jetzt Ziel und Austragungsort hybrider Konflikte. Je nach Akteur, Absicht und Potenzial erfolgt die Konfrontation auf unterschiedlichen Eskalationsstufen. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet das Sanktionen für österreichische Firmen, Investitionen ausländischer Staatsfonds und Betriebe in Unternehmen der kritischen Infrastruktur in Österreich und damit einhergehender Kontrollverlust sowie die Herstellung technologischer Abhängigkeiten gegenüber außereuropäischem Akteuren.

Was den außenpolitischen Aspekt hybrider Bedrohungen angeht, so ist Österreich mit gezielten Destabilisierungsprozessen im europäischen Umfeld konfrontiert, insbesondere am Westbalkan. Die möglichen Konsequenzen sind wirtschaftliche Einbußen, außenpolitische Isolierung Österreichs in internationalen Organisationen, die Destabilisierung

der Nachbarschaft, das Entstehen radikaler politischer Gebilde und die gezielte Nutzung insbesondere des Westbalkans für hybride Aktivitäten gegen österreichische und europäische Sicherheitsinteressen.

Im politisch-gesellschaftlichen Bereich könnten sich hybride Bedrohungen folgendermaßen äußern: religiös-fundamentalistische Unterwanderung und Radikalisierung insbesondere im islamistischen Umfeld, Instrumentalisierung von Minderheiten und NGOs (Kulturvereine, Stiftungen), Verbreitung von Desinformation (Fake News), Finanzierung von Netzwerken organisierter Gewalt und Rekrutierung von Terroristen für den Jihad in Österreich.

Bereits mehrfach stattgefunden haben **Cyberangriffe** auf staatliche und nichtstaatliche Akteure in Österreich. Mittlerweile ist die Hälfte aller österreichischen Unternehmen davon betroffen. Es wird ein jährlicher Gesamtschaden von rund einer Milliarde Euro verursacht. Unter anderem wurden der Flughafen Wien-Schwechat, die österreichische Nationalbank, die Website eines prominenten österreichischen Politikers, das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, sowie das österreichische Parlament angegriffen. In Zukunft könnte es zu einem massiven Blackout (Strom- und Infrastrukturausfall) sowie massiven Cyberangriffen auf die Souveränität Österreichs kommen. Das hätte gravierende Auswirkungen. Laut einer Studie des Instituts für Technikfolgenabschätzung von 2017 beeinträchtigt ein Blackout „nicht nur sämtliche kritischen Infrastrukturen, die auf die Energieversorgung angewiesen sind, sondern unmittelbar auch alle Bürgerinnen und Bürger, wodurch sich zusätzliche Bedrohungen für die Gesellschaft ergeben.“ In solchen Situationen kann nur das Österreichische Bundesheer die Integrität der staatlichen Cybersysteme schützen.

Bei einer schweren **Pandemie** könnte ein hochansteckender Erreger laut einem Szenario von 2017 binnen eines Jahres 30 Millionen Menschen weltweit töten. Als Pandemien werden ansteckende Krankheiten bezeichnet, die sich rasch ausbreiten und dabei nicht an den Grenzen von Staaten und Kontinenten haltmachen. Theoretisch können Pandemien auch durch Terroranschläge und Biowaffen-Angriffe ausgelöst werden. Wie groß die Gefahr ist, zeigten mehrere Fälle in der jüngsten Vergangenheit: die Schweinegrippe (2009/2010) und das Ebolafieber (2014 bis 2016). Sollte Österreich durch eine Pandemie betroffen sein, wäre das Österreichische Bundesheer als strategische Handlungsreserve aufgrund der verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung, die strategische Infrastruktur und die lebenswichtigen Abläufe in der Grundversorgung unverzichtbar.

Der **Terrorismus** ist weiterhin ein großes Sicherheitsrisiko für Österreich. Mit der Rückkehr von Foreign Fighters kommen militärisch organisierte und ausgebildete Kämpfer auch nach Österreich. Es geht um rund 300 Personen, die sich in den vergangenen Jahren terroristischen Gruppen angeschlossen haben, um in Syrien oder im Irak zu kämpfen. Auch wenn es in Österreich noch zu keinen islamistisch motivierten Terroranschlägen kam, ist auf internationaler Ebene eine Zunahme von terroristischer Gewalt zu verzeichnen. Diese weist einen quasi-militärischen Organisationsgrad auf und zielt auf die Verbreitung eines permanenten Unsicherheitsgefühls, die Bindung von Sicherheitskräften und eine Spaltung westlicher Gesellschaften ab. Gleichzeitig wird der Zugang zu schweren Waffen und anderen Mitteln mit Massenschädigungspotenzial immer leichter. Es könnte somit auch in Österreich zu Terrorangriffen kommen, die sowohl qualitativ als auch quantitativ einem souveränitätsgefährdenden Angriff gleichkommen (Systemischer Terrorismus). Das Österreichische

Bundesheer kann hier sowohl bei der Prävention als auch zur Unterstützung der Polizei wesentliche Dienste leisten.

Die Handlungsschwäche der **Europäischen Union** bleibt insofern eine Belastung, als der künftige Kurs der EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nach wie vor offen ist, trotz der positiven Perspektive einer **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit** (PESCO). Österreich kann daher in wesentlichen Fragen nicht zur Gänze auf die Lösungskompetenz der Union vertrauen und muss selbst Vorsorge treffen – eigenständig oder gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten. Dies setzt entsprechende nationale Kapazitäten voraus. Die sich entwickelnde europäische Militärsammenarbeit PESCO ist für Österreich kein Einsparungspotenzial. Denn wer ein verlässlicher Kooperationspartner sein will, muss entsprechende Ressourcen einbringen und über eine leistungsfähige nationale Armee verfügen. Als Nicht-NATO-Mitglied hat Österreich ein hohes Mitgestaltungsinteresse – und zwar nicht nur in symbolischer, sondern in substanzieller Form. Voraussichtlich wird sich Österreich in den Bereichen Cyberabwehr, EU-Training und grenzübergreifender Katastrophenhilfe beteiligen. In einem zweiten Schritt sollen Gebirgskampffähigkeiten und ein rüstungsindustrielles Projekt eingebracht werden – letzteres entsprechend den Stärken der österreichischen Sicherheitswirtschaft und des Mitwirkungsinteresses von Partnerstaaten.

Auf **globaler Ebene** sind zunehmend konfrontative Multipolarität, Aufrüstung und Drohverhalten zu verzeichnen. Die USA haben sich unter US-Präsident Trump einem unilateralen Kurs verschrieben, was von China und Russland ausgenutzt wird. Die EU erscheint dagegen handlungsschwach, allerdings gibt es positive Entwicklungstendenzen. In der Ukraine oder in Syrien werden Stellvertreterkriege

ausgetragen. Ebenso droht an der Peripherie weitere Desintegration, Staatszerfall sowie die Herausbildung von Machtvakua. Es entstehen regionale Einflusszonen, an deren Rändern Konflikte ausgefochten werden (Balkan, Naher und Mittler Osten, Nordafrika). Generell sind enorme militärische Potenziale vorhanden, während sich die Rüstungsspirale weiterdreht. Der politische Wille, diese Macht auch einzusetzen, kann sich ändern. Damit bleibt auch in Zukunft ein **militärisch-konventionelles Restrisiko** für Österreich bestehen.

Das **Verhältnis Russlands zu Europa** ist aufmerksam zu beobachten, ob sich daraus längerfristig das Potenzial für eine umfassende militärische Konfrontation ergeben könnte. Derzeit ist das nicht der Fall. Wenn diese Konfrontation einträte, hätte das eine gravierende Neuausrichtung der Verteidigungspolitik der Union und ihrer Mitglieder zur Folge. Unmittelbar gilt es, Beiträge zu leisten, die eine weitere Eskalation bremsen und eine Trendumkehr hin zu einem Weg der Zusammenarbeit ermöglichen. Angesichts des konfrontativen Verhältnissen zwischen den USA und Russland und der vor dem Kollaps stehenden Rüstungskontrolle in Europa kommen vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) besondere Bedeutung zu. Während des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesministeriums für Landesverteidigung ein „Strukturierter Dialog über aktuelle und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen und Risiken im OSZE-Raum“ etabliert. Längerfristig sollen hier unter anderem auch mögliche Verhandlungen zu Rüstungskontrolle für Europa angesiedelt werden. Auch wurde gemeinsam überlegt, wie das Risiko von Missverständnissen und einer Eskalation durch Alarmierungsübungen vermindert werden kann.

Im **eurostrategischen Umfeld** haben sowohl die militärischen Interventionen als auch die nachfolgenden Stabilisierungsoperationen in der Vergangenheit nur teilweise zum gewünschten Erfolg geführt. Aktuell sind die verfügbaren militärischen Kräfte der europäischen Staaten unter Berücksichtigung der Durchhaltefähigkeit wegen der unterschiedlichsten Einsätze im Ausland, aber auch wegen der Einsätze im Inland grundsätzlich ausgespielt. Dieser Überdehnung steht ein steigender Bedarf an Streit- und Sicherheitskräften gegenüber. Der Mangel an internationalem Interventionswillen und die Überdehnung der militärischen Kräfte werden voraussichtlich zu einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage im eurostrategischen Umfeld führen. Die negativen Sicherheitskonsequenzen für Österreich liegen insbesondere in einem anhaltenden Migrationsdruck aus den Konfliktregionen, einem steigenden Terrorrisiko und in der Schwächung österreichischer Nachbarstaaten. Zu dieser Instabilität tragen auch Separationsbewegungen bei, ebenso wie gewaltsame Grenzveränderungen unter Einsatz militärischer Mittel wie zum Beispiel am Westbalkan oder in Osteuropa.

VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE KONKLUSIONEN

Aus den beschriebenen Risiken und Herausforderungen ergibt sich auf der **konzeptiven Ebene**, dass das System der Umfassenden Sicherheitsvorsorge (USV) – dies umfasst insbesondere auch die Österreichische Sicherheitsstrategie (ÖSS), die Teilstrategie Verteidigung, das Auslandseinsatzkonzept und die gesamtstaatlichen Koordinierungsstrukturen – evaluiert und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden muss.

Österreichs Verteidigungspolitik muss umfassend gedacht und weiterentwickelt werden. Im Zentrum aller Bestrebungen wird die Abwehr hybrider Bedrohungen stehen. Denn es ist davon auszugehen, dass die strategische Vorbereitung, Planung und Koordination des Einsatzes hybrider Machtmittel durch gegnerisches Militär erfolgt. Die Verteidigung dagegen erfordert ein hohes Maß an militärstrategischem Know-how und die entsprechende Abstimmung aller Mittel. Besonders herausfordernd ist das mögliche gleichzeitige Auftreten von Krisen oder Katastrophen und hybriden Angriffen, was eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge erfordert.

Oberstes Ziel ist es, die strategische Handlungs- und Reaktionsfähigkeit gegenüber der neuen hybriden Gesamtbedrohung herzustellen. Bei unmittelbar auftretenden, außergewöhnlichen Bedrohungen muss die Überlebensfähigkeit des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems Österreichs gewährleistet sein (Resilienz). Es kommt auch darauf an, die Einsatzkräfte im Fall eines eingetretenen Schadens zu verstärken. Der Schutz der Bevölkerung steht im Zentrum aller Überlegungen.

Auf der **operativen Ebene** konnten einfache Krisen und Katastrophenlagen bislang gut bewältigt werden – und zwar im Rahmen des verfassungsrechtlich geregelten Katastrophenschutzes und Maßnahmen unter Assistenzleistung des Österreichischen Bundesheeres. Problematisch wären aber unmittelbar auftretende, außergewöhnliche Bedrohungen, denen ohne Ausrufung des Verteidigungsfalles begegnet werden müsste. Hybride Konflikte, systemischer Terrorismus oder Sabotage kritischer Infrastrukturen könnten solche plötzlichen Krisen sein, für deren Bewältigung derzeit noch keine adäquaten Strukturen vorhanden sind. Sprich, es geht um Aufgaben für das Österreichische Bundesheer im Inneren, die zwischen Assistenz und Verteidigungsfall angesiedelt sind.

Insbesondere an der Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit besteht eine Sicherheitslücke, die zu schließen ist. Dafür braucht es entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen, eine Wiederherstellung der gesamtstaatlichen Koordination in sicherheitspolitischen Angelegenheiten, eine klare Aufgabenzuordnung und die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Lagezentrums.

Aufgrund seines militärischen Alleinstellungsmerkmals stellt das Bundesheer die strategische Handlungsreserve der Republik dar. Es ist am besten in der Lage, die Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft (Resilienz) zu gewährleisten – vor allem in Situationen, wo die Sicherheitsbehörden qualitativ und quantitativ überfordert sind. Dazu muss in einem ersten Schritt das Österreichische Bundesheer seine Autarkie wiederherstellen und zukünftig in der Lage sein, zumindest 14 Tage lang ohne Anschlussversorgung (Strom, Treibstoff,

Bevorratung, etc.) zu agieren. Auf der Grundlage dieser Handlungsautonomie kann das Österreichische Bundesheer dann in einem zweiten Schritt die ihm in der ÖSS zugeordnete Aufgabe der strategischen Handlungsreserve für andere staatliche Einrichtungen und insbesondere für die Bevölkerung übernehmen – sofern die dazu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen und weitere Ressourcen zugeordnet werden.

Es gibt noch weitere Aspekte im Leistungsprofil des Österreichischen Bundesheers, die von keinem anderen Sicherheitsakteur in Österreich kompensiert werden. Dazu zählen:

- Durchsetzung gegen militärische und paramilitärische Kräfte,
- Auftragserfüllung ohne Abstützung auf eine funktionierende zivile Infrastruktur,
- geschützte Mobilität zu Land und in der Luft,
- Abwehr militärischer und nichtmilitärischer Gefahren aus der Luft,
- gesicherte Kommunikation in allen Dimensionen,
- Cyberabwehr,
- zeitlich unbegrenzte personelle Durchhaltefähigkeit,

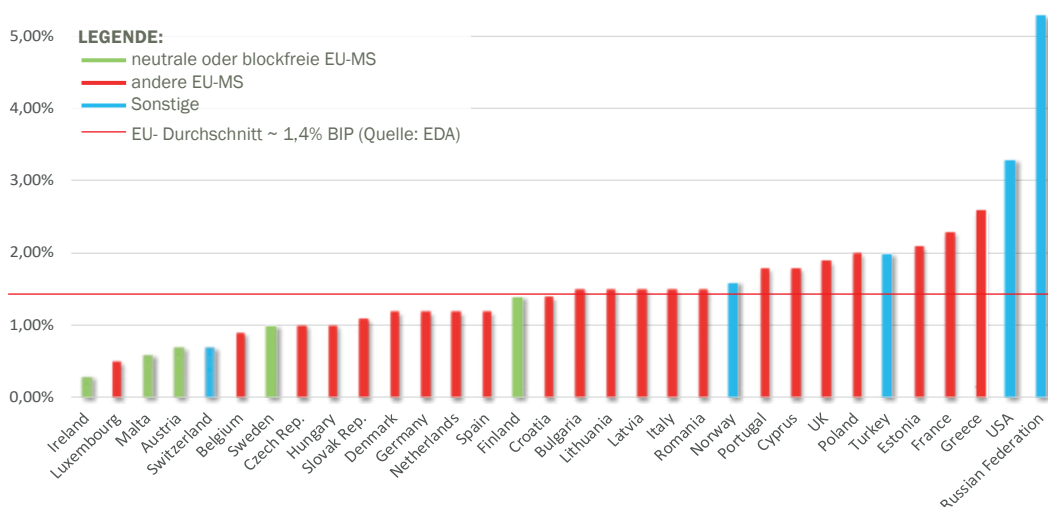
- Koordinierung ziviler und militärischer Einsatzmittel sowie
- strategische Früherkennung und nachrichtendienstliche Aufklärung.

Das muss bei der Entwicklung der geforderten gesamtstaatlichen Sicherheitsleistungen berücksichtigt werden. Der Aufbau ähnlicher Fähigkeiten in anderen Bereichen wäre unwirtschaftlich und operativ weniger effizient.

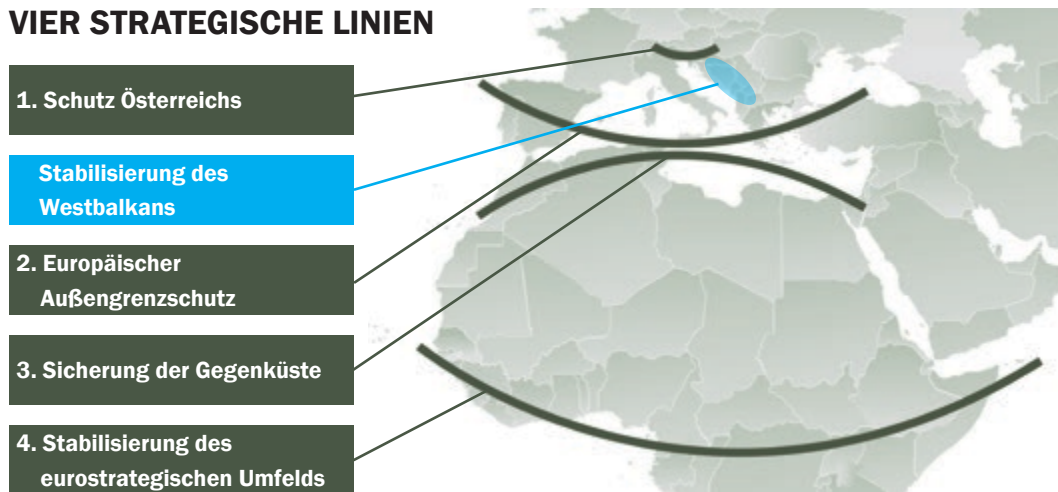
Mehr Sicherheit gibt es freilich nicht um weniger Geld: Das Österreichische Bundesheer muss weiter finanziell gestärkt werden, damit es die notwendigen Sicherheitsleistungen bestmöglich erfüllen kann. Im internationalen Vergleich beurteilt setzt sich ein ausgewogenes Verteidigungsbudget zu 50 Prozent aus Personalkosten, zu 30 Prozent aus Betriebskosten und zu 20 Prozent aus Investitionen zusammen. Bei einem derzeitigen Personalaufwand von mehr als 1,5 Milliarden Euro bedeutet das einen notwendigen Gesamtentwurf von ziemlich genau einem Prozent des BIP.

Weiters braucht es eine ausgewogene Mittelverteilung zwischen Grundwehrdienst, Kaderpräsenz

Verteidigungsbudget in % des BIP 2016



VIER STRATEGISCHE LINIEN



und Miliz. Letztere sollte durch eine Erhöhung der Einsatzbereitschaft, durch regelmäßige verpflichtende Übungstätigkeit sowie durch moderne Ausrüstung und Ausstattung gestärkt werden.

Aus der sicherheitspolitischen Lagebeurteilung ergibt sich zudem, dass das Österreichische Bundesheer zu internationalen Friedens- und Stabilisierungsmissionen sowie zum Kapazitätenaufbau in Drittstaaten einen gesteigerten Beitrag leisten muss. Denn die neuen Risiken lassen sich nicht im nationalen Alleingang bewältigen.

Die Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheers sind künftig als grundsätzliches Element zur Verteidigung österreichischer Sicherheitsinteressen anzusehen. Das erweiterte Engagement insbesondere in den Krisen- und Ursprungsländern von Massenmigration und Terrorismus ist eine Investition in Österreichs Sicherheit.

Das betrifft insbesondere die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten (etwa im Rahmen der Zentraleuropäischen Verteidigungskooperation – CEDC) und die Teilnahme an der GSVP der Union. Waren internationale Einsätze in der Vergangenheit insbesondere als Solidarbeiträge zur Stärkung der Funktionsweise internationaler Organisationen kon-

zipiert, so sind sie im Zeitalter unmittelbarer, hybrider Bedrohungen ein konkreter Beitrag zur Stärkung der nationalen Sicherheit. Im Vordergrund stehen dabei Beiträge zur Stabilisierung wichtiger Interessensräume – insbesondere in der Nachbarschaft Österreichs. In weiterer Folge geht es um Einsätze in jenen Regionen, in denen Österreich in Kooperation mit internationalen Partnern relevante Beiträge zur Minimierung von Risiken für Österreich und Europa leisten kann (z.B. Unterbindung illegaler Migration, Unterbrechung von vitalen Versorgungslinien).

Prioritär ist das Engagement aus heutiger Sicht entlang vier strategischer Linien: (1) in Österreich, (2) zum Schutz der europäischen Außengrenzen sowie (3) an der europäischen Gegenküste und dann (4) im weiteren eurostrategischen Vorfeld. Eine rational angelegte Sicherheitspolitik muss die Frage stellen und beantworten, wo der Ressourceneinsatz zur Erzielung der beabsichtigten Wirkung am effektivsten ist. Schon jetzt ist absehbar, dass der Westbalkan vorrangig bleibt. Die Beteiligung an der UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen als letzter großer Beitrags Österreichs steht außer Frage. Darüber hinaus sollte die Teilnahme an neuen Einsätzen, die aus der strategischen Perspektive Österreichs wichtig sind, etwa an einer möglichen Friedensmission in der Ukraine, geprüft werden.

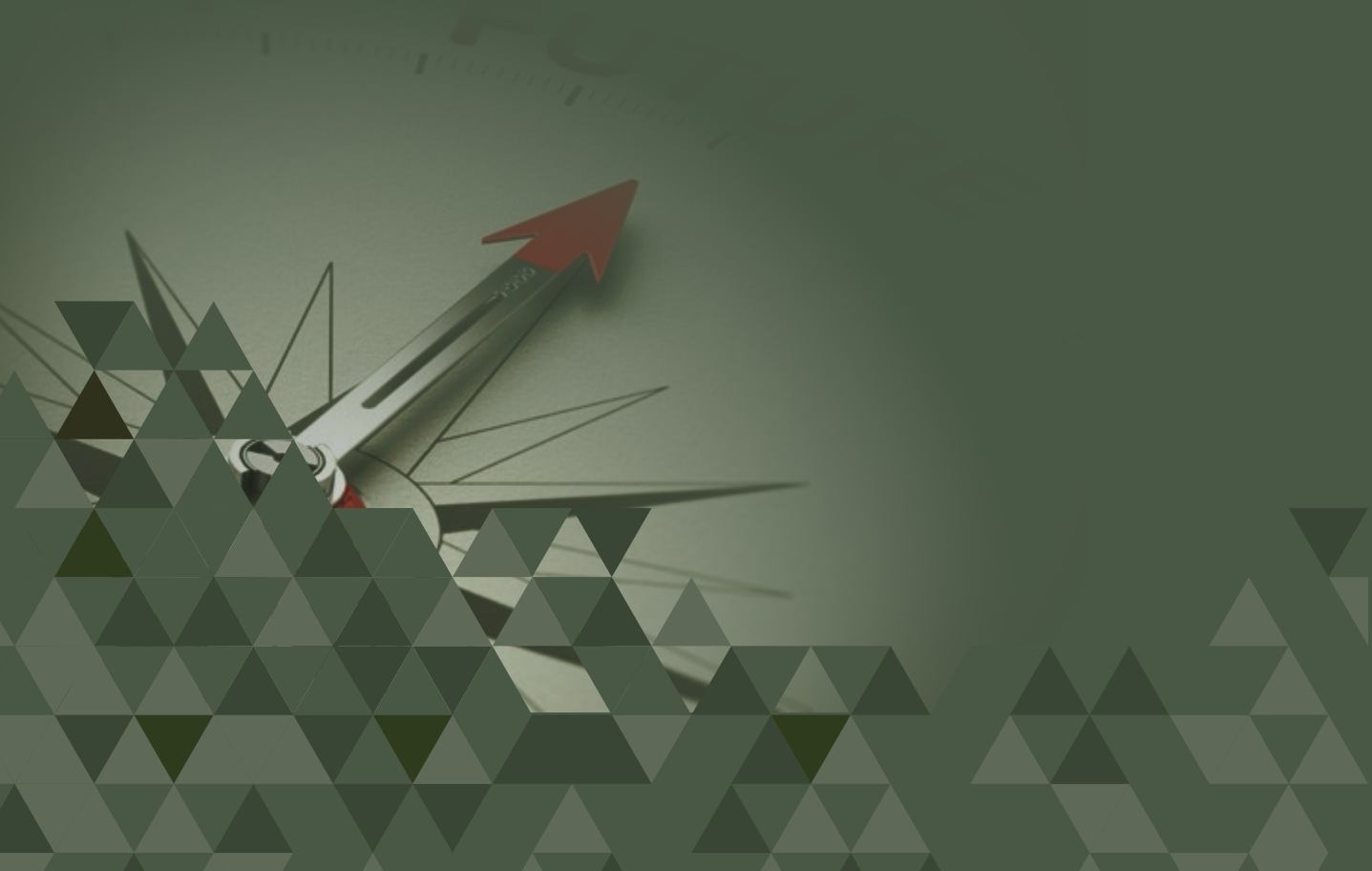
ZUSAMMENFASSUNG

- ▶ Österreich ist bereits von hybriden Risiken erfasst und somit nicht mehr im Friedensmodus der letzten Dekaden.
- ▶ Das Konzept der USV muss genauso wie die ÖSS, die Teilstrategie Verteidigung, das Auslandseinsatzkonzept und die gesamtstaatlichen Koordinierungsstrukturen evaluiert und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden.
- ▶ Es braucht eine Koordinierungsstelle für gesamtstaatliche Sicherheitspolitik und ein gesamtstaatliches Lagezentrum.
- ▶ Die österreichische Verteidigungspolitik ist auf hybride Konflikte und komplementäre Beteiligung an der GSVP-Entwicklung auszurichten. Die ULV muss dementsprechend angepasst und ergänzt werden.
- ▶ Wesentlich dabei ist die Erneuerung der geistigen Landesverteidigung. Ging es früher darum, die Staatsbürger „abwehrmotiviert“ zu halten, ist es heute wichtig, zuerst aufzuklären und Risiken plausibel zu kommunizieren.
- ▶ Das Verständnis von Anlässen, die den Verteidigungsfall begründen, ist zeitgemäß anzupassen. Es ist nicht mehr entscheidend, ob ein Angriff von innen oder außen erfolgt, sondern ob eine Bedrohung nur mit militärischen Mitteln und Verfahren bewältigt werden kann.
- ▶ Das Österreichische Bundesheer ist die einzige Organisation, welche die Aufgabe des Bevölkerungsschutzes und der strategischen Handlungsreserve der Republik übernehmen kann. Dazu benötigt es entsprechende gesetzliche Handlungsgrundlagen und Ressourcen.
- ▶ Es bedarf einer Erweiterung der Sicherheitsleistungen des Österreichischen Bundesheeres auch im Inneren (Schutz kritischer Infrastruktur durch die Miliz, substanzielle Beiträge im Rahmen eines erneuerten Bevölkerungsschutzes).
- ▶ Das internationale Engagement (Einsätze, Sicherheitskooperationen) muss entlang der vier strategischen Linien und mit Prioritätensetzung von innen nach außen weiterentwickelt werden.
- ▶ Die CEDC ist unter Einbeziehung der Staaten des Westbalkans zu einem mitteleuropäischen Sicherheitscluster weiterzuentwickeln. Für die Westbalkanstaaten ist das auch eine Vorstufe zum Heranführen an die EU-Integration.
- ▶ Es bedarf einer Weiterentwicklung der internationalen Kooperationen, insbesondere durch einen substanziellen und nicht bloß symbolischen Beitrag zu PESCO.
- ▶ Die 2016 eingeleitete Trendwende beim Verteidigungsbudget muss fortgesetzt werden. Erforderlich ist eine schrittweise Erhöhung des Verteidigungsetats auf ein Prozent des BIP.



**„DIE ZEIT IST AUS DEN FUGEN; FLUCH DER PEIN,
MUSS ICH SIE HERZUSTELLEN GEBOREN SEIN!“**

(Wilhelm Shakespeare)





ENTWICKLUNG DER GLOBALEN LAGE 2018



Globale Machtpolitische Projektionen 2018

Mathew J. Burrows

Wie die Natur verabscheut auch die Geopolitik ein Vakuum: Donald Trumps sprunghafte Führung beschleunigt den Aufstieg Chinas. Das Ansehen Pekings könnte beeinträchtigt werden, wenn es Nordkorea nicht zu zügeln vermag. Bei der finanziellen Integration der Europäischen Union wird es 2018 kaum Fortschritte geben. Der Iran wird seinen Einfluss aufgrund des begrenzten Engagements der USA ausbauen. Putin könnte die Welt nach seiner Wiederwahl mit Wirtschaftsreformen überraschen.

Eine nutzlose Präsidentschaft Donald Trumps

US-Präsident Donald Trump zog seine Kritik an der NATO zurück und wurde daran gehindert, die Beziehungen zu Russland zu verbessern, er hat aber die USA wie geplant aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und der Trans-Pazifischen-Partnerschaft

geführt. Seine Unterminierung des Iranabkommens ist bezeichnend für ein Jahr des amerikanischen Rückzugs. Pentagon-Chef James N. Mattis vertrat entgegen Trumps Geneigtheit, Nordkorea anzugreifen, eine Position der Zurückhaltung, aber durch weitere nordkoreanische Provokationen könnte 2018 die Lage in Richtung militärische Vergeltung kippen. Ohne einen Sieg in der Steuerreformde-

batte werden die Republikaner bei den Wahlen im November 2018 Sitze im Kongress verlieren. Ein immer wahrscheinlicher erscheinendes Scheitern der NAFTA-Gespräche wird den Marktoptimismus 2018 zum Platzen bringen und noch mehr Bürger gegenüber Trump negativ stimmen.

Eine Überraschung von Putin?

Wladimir Putin wird wiedergewählt werden, könnte aber das von ihm gewünschte hohe Maß an Zustimmung verfehlen. Wirtschaftsreformen können nicht ewig aufgeschoben werden, und einige Fachleute erkennen bereits Bemühungen seitens des Kreml, eine Rückzugsoption aus der Ukraine zu finden und gleichzeitig das Gesicht zu wahren. Dies soll es Russland erlauben, die Beziehungen zu Europa (aber nicht den USA) zu verbessern und die Sanktionen zu lockern. Mit den sich immer weiter verschlechternden Beziehungen zwischen den USA und Russland werden Gespräche über Rüstungskontrolle immer unwahrscheinlicher. Putin sieht die Zukunft Russlands in Asien. Somit bleibt die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit China und anderen asiatischen Staaten weiterhin prioritär.

Chinas „Going Global“-Strategie

Chinas milliarden schwere „One Belt, One Road“-Initiative, die Asien, den Nahen Osten und Europa miteinander verbinden soll, bildet die Grundlage für den Ausbau von Chinas Einfluss auf Eurasien. Für Russland ergeben sich mehr Vorteile als Nachteile durch den stärkeren Einfluss Chinas in seinem historischen Handelsraum. Teilweise ergibt sich dies aus dem Interesse, gemeinsam mit China den Autoritarismus in der Region zu stärken.

Die Gespräche über Chinas regionales Freihandelsabkommen (RCEP) mit seinen asiatischen Nachbarn könnten bis Ende 2018 abgeschlossen

werden, was die Chancen erhöht, dass China die Standards für den asiatischen Handel definieren wird. Da sich die USA auf einem absteigenden Ast zu befinden scheinen, wird Präsident Xi Jinping die Situation weiter auszunutzen. Dies könnte auch das Risiko weiterer Aggressionen von Seiten Chinas im Südchinesischen Meer erhöhen.

Die Neuausrichtung der Wirtschaft hin zu mehr Verbraucherorientierung erfolgt aufgrund Xis Jinpings Abneigung gegen überstürzte Wirtschaftsreformen langsam. Es ist unklar, wie weit sich seine Wiederwahl und politische Stärkung auf seine Risikofreudigkeit auswirken wird. Die hohe Verschuldung des Privatsektors bleibt auch 2018 ein großes Risiko für die Weltmärkte.

Minenfeld Nahost – nur dieses Mal ohne die USA

Trumps Abneigung, das Nuklearabkommen mit dem Iran zu verlängern, ist nicht der Todesstoß für das Abkommen, da es unwahrscheinlich ist, dass der Kongress scharfe Sanktionen verhängen wird. Dies ist jedoch der Beweis, dass die USA noch mehr internationale Führung abgeben werden. Der Iran wird sein Atomwaffenprogramm ebenfalls nicht wiederaufnehmen. Russland ist entschlossen, seine Errungenschaften zu verteidigen, und es stärkt die Beziehungen zu Israel, der Türkei und den Golfstaaten sowie dem Iran. Damit festigt Russland seine zentrale Stellung in der Region, selbst wenn Moskau nicht in der Lage sein wird, ein Friedensabkommen in Syrien zu arrangieren.

Europa

Die Wahl Emmanuel Macrons bietet der Europäischen Union eine Gelegenheit, wichtige Finanzreformen anzugehen, aber ironischerweise gibt es derzeit keine drohende Krise zu bewältigen, und

somit besteht auch keine Dringlichkeit, zu einer Einigung zu kommen. Angela Merkels Risikofreudigkeit wird in dieser Hinsicht entscheidend sein. Eine Stärkung der europäischen Verteidigung könnte aufgrund der anhaltenden Migrationsströme aus Afrika bessere Chancen haben. Die Brexit-Verhandlungen schreiten nur schleppend voran: Der bevorstehende Exodus von Banken und anderen Großunternehmen hat sich nicht als die erhoffte Schockbehandlung erwiesen, welche die Tories hinter einer gesetzlichen Scheidungslösung und der Eröffnung von Übergangsgesprächen vereint hätte. Die katalanische Krise könnte nun auch andere separatistische Ambitionen befeuern, besonders wenn es in der Provinz und im übrigen Spanien zu einem wirtschaftlichen Abschwung kommt.

Der Westen am Scheideweg

Sofern sich die politische Funktionsstörung der USA nicht legt, wird es Europa obliegen, westliche multilaterale Institutionen wie die WTO und die UNO voranzubringen. Japan und Indien sind zunehmend daran interessiert, den wachsenden Einfluss Chinas auszugleichen, während Peking seine eigenen internationalen und regionalen Institutionen durchsetzen möchte. Die US-Außenpolitik wird transaktional bleiben, wobei einer langfristigen Planung wenig Bedeutung beigemessen werden wird. China stärkt seine Position nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und Lateinamerika. Russland wird immer mehr als Juniorpartner Chinas wahrgenommen, will sich aber nicht vollständig von China vereinnahmen lassen. Dies wiederum bietet Anreize für eine Wiederaufnahme Russlands im Westen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Das sprunghafte Wesen der US-Führung deutet auf einen langfristigen Schaden für Washingtons Position und einen stärkeren Einfluss Chinas in der Weltpolitik hin.
- ▶ Der Welthandel wird einen schweren Schlag erleiden, wenn die NAFTA 2018 zerbricht.
- ▶ Ein Konflikt zwischen den USA und Nordkorea ist 2018 nicht auszuschließen.
- ▶ Ein harter Brexit oder kein Abkommen wird immer wahrscheinlicher; die Kooperation im Sicherheitsbereich ist aber noch nicht gefährdet.
- ▶ Der Iran ist der große Gewinner des Bürgerkriegs in Syrien; Russland ist ohne weiteres Eingreifen der USA vor Ort ebenfalls nicht aufzuhalten.

KEY MESSAGES:

- ▶ The erratic nature of US leadership points to long-term damage to Washington's position and stronger Chinese influence in global politics.
- ▶ Global trade will take a big hit if NAFTA unravels in 2018.
- ▶ A US-North Korea clash cannot be ruled out in 2018.
- ▶ A hard Brexit or no deal is increasingly likely; security cooperation however, is not yet endangered.
- ▶ Iran is the big winner of the Syrian civil war; Russia is also unstoppable without more US engagement on the ground.



Globale SicherheitsTrends 2018

Richard Weitz

Europa und Österreich werden sich 2018 verschiedenen größeren Herausforderungen stellen müssen: erstens der Schwäche der Europäischen Union und regionalen Abspaltungstendenzen; zweitens dem radikalen Populismus, befeuert durch die anhaltende Migrationskrise; und drittens der gespannten Beziehung zwischen Washington und Moskau.

Die EU – Separatismus und Populismus

Der Brexit wird die europäische Sicherheit noch auf Jahre beeinflussen. Aufgrund der starken und vielfältigen Verflechtungen des Vereinigten Königreichs mit der EU wird sich allein der Mechanismus für den Austritt weiter hinziehen. Voraussichtlich werden das wirtschaftliche Leistungsvermögen der EU und ihre Fähigkeiten im Sicherheitsbereich durch den Ausstieg geschwächt werden.

Die Migrationswelle wird den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten weiterhin erhebliche wirtschaftli-

che Kosten aufbürden. Auch lassen sich Auswirkungen auf die Sicherheit festmachen: Das Ausmaß der Migration wird es islamischen Extremisten ermöglichen, Terroristen nach Europa zu schleusen und Flüchtlinge zu radikalisieren.

2017 haben verschiedene Wahlen in Europa Schlaglichter auf weitere populistische Bewegungen in der gesamten EU geworfen. In Deutschland ging Angela Merkels vierter Wahlsieg bei den Bundestagswahlen mit dem Aufstieg der rechtspopulistischen AfD – der ersten radikal-nationalistischen Partei, der seit Jahrzehnten der Einzug in den Bundestag gelang – einher. Die neue österreichische

Regierung unter dem künftigen Bundeskanzler Sebastian Kurz wird Merkels Migrationspolitik weiter unter Druck setzen.

Die separatistische Bewegung Kataloniens hat das Potenzial, zum Vorbild für andere Abspaltungsbewegungen wie jene in Schottland zu werden.

Die Partnerschaft mit dem Osten

Nach Osten blickend wird sich die europäische Politik von der Expansion abwenden und stattdessen größeres Augenmerk auf engere Verbindungen mit Osteuropa legen. Dennoch verhindern nationalistische Politik und die russische Opposition immer noch mögliche Partnerschaften. Trotz der Hoffnung Österreichs auf eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Osten und Westen wird es aufgrund des Ukraine Konflikts weiterhin gegenseitige Sanktionen zwischen der EU und Russland geben.

In den kommenden Monaten werden Präsident Putin und seine Regierung eine härtere Haltung gegenüber Washington einnehmen, da ihre Enttäuschung über Trumps Unfähigkeit, die Beziehungen zu normalisieren, zunehmen wird. In den letzten sechs Monaten sind die Hoffnungen Russlands auf eine wesentliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen geschwunden. Trotz seiner Rhetorik hat sich Trumps Politik in Bezug auf europäische Sicherheitsfragen im Vergleich zu jenen der Obama-Administration kaum geändert. Moskau wird einsehen müssen, dass es Trump trotz seiner prorussischen Neigungen nicht möglich ist, den Kongress von einer Reduzierung der Sanktionen zu überzeugen.

Russland wird gegenüber Europa weiterhin kritisch und unkooperativ sein. In seiner Rede vom 19. Oktober vor dem Diskussionsklub Valdai sagte Putin, dass der größte außenpolitische Fehler Russlands

in den letzten Monaten darin bestanden habe, dem Westen zu sehr zu vertrauen, und dass der Westen „unser Vertrauen als Schwäche interpretierte und [...] ausnutzte“. Er versprach auch, unmittelbar und in gleicher Weise zu reagieren, sollten westliche Länder russische staatlich finanzierte Medien wie RT einschränken. Der Kreml wird versuchen, seinen wachsenden Einfluss in der Türkei, in Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens zu nutzen, um die Innen- und Außenpolitik Europas zu beeinflussen. Die bevorstehenden Wahlen in Russland werden den antiwestlichen Nationalismus noch weiter beflügeln.

Der Nahe Osten nach dem Islamischen Staat

Der Islamische Staat wird 2018 seine territorialen Zufluchtsorte im Irak und in Syrien verlieren. Mit der Verdrängung des Islamischen Staates wird jedoch eine ideologische Kraft beseitigt werden, die gegenwärtig die verschiedenen Mitglieder der Koalition zusammenhält. Gleichzeitig werden ausländische Kämpfer an ihren Herkunftsort zurückzukehren.

Islamistische Rekrutierer werden weiterhin aktiv soziale Medien benutzen, um die Selbstradikalisierung über den Nahen Osten hinaus zu fördern. Große Flüchtlingspopulationen in der EU könnten zwar auf die Rückführung in Gebiete, die nicht mehr vom Islamischen Staat kontrolliert werden, drängen, aber ethnische Spannungen und bewaffnete Milizen, die im gesamten Nahen Osten um regionale Kontrolle kämpfen, werden weiterhin für neue Flüchtlinge sorgen. Der Iran wird voraussichtlich die Instabilität im Irak nutzen, um seinen regionalen Einfluss auszuweiten, könnte dabei aber mit der Türkei und anderen von außen unterstützten irakischen Fraktionen in Konflikt geraten. Die türkische Regierung wird weiterhin zwischen der EU, Russland und ihren Partnern im Nahen Osten la-

vieren, aber der Iran, der Irak, die Türkei und Syrien werden gemeinsame Sache gegen die Autonomie Kurdistans machen.

Die US-amerikanische „Wild Card“

Präsident Trump hat sich aus mehreren von Europa unterstützten Projekten, darunter das Pariser Klimaabkommen, das Atomabkommen mit dem Iran und die vorgeschlagene transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, zurückgezogen. Im Laufe seiner bisherigen Präsidentschaft hat er jedoch seine Haltung zu verschiedenen anderen unorthodoxen außenpolitischen Themen gemäßigt. Dieser Prozess wird voraussichtlich 2018 weiter andauern.

Während Trump weiterhin die vermeintliche Ineffektivität der EU und die Lastenverteilung kritisieren wird, werden sich die USA für Zusammenarbeit und die Stärkung der NATO politisch einsetzen. Im Mittelpunkt des NATO-Gipfels im Juli 2018 werden der Terrorismus, Russland und die Verteidigungsausgaben stehen. Im relativ unwahrscheinlichen Fall, dass Trump doch vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Amt ausscheidet, wird Vizepräsident Pence trotz Widerstands aus Moskau und Brüssel Handlungsspielraum erhalten, die Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine, Georgien und anderen kulturell konservativen europäischen Staaten zu vertiefen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die Migrationsfrage wird den Populismus in der EU weiter vorantreiben, während der Brexit und andere separatistische Bewegungen die EU-Regierungen spalten und deren Aufmerksamkeit nach innen lenken werden.
- ▶ Bei den bevorstehenden Wahlen in Russland wird die nationalistische Rhetorik zunehmen und gepaart mit den andauernden Sanktionen die Spannungen mit Washington verschärfen.
- ▶ Die militärische Vernichtung des Islamischen Staates wird die Migrationskrisen und Terrorismus in Europa nicht beenden, da die Konflikte im Nahen Osten in anderer Form fortbestehen werden.
- ▶ Die Präsidentschaft Trumps wird sich weiter normalisieren, zumindest was die transatlantische Sicherheitsklammer betrifft.

KEY MESSAGES:

- ▶ Migration issues will spur domestic populism in the EU, while Brexit and other separatist movements will divide EU governments and focus their attention inwards.
- ▶ The forthcoming Russian elections will fuel tensions with Washington by heightening nationalist rhetoric, amid the continuation of sanctions.
- ▶ The dismantling of ISIS will not end Europe's migration and terrorism crises, since Middle East conflicts will persist in other forms.
- ▶ Normalization of the Trump presidency will continue, at least regarding transatlantic security ties.



POLEMOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR 2018

KRIEG UND UNORDNUNG IM POSTHEROISCHEN ZEITALTER

Nicolas Stockhammer

In der gegenwärtigen polemologischen Debatte werden unter der Prämisse, den Krieg verstehen zu wollen, sowohl unmittelbare Ausprägungen und Trends sowie konstante Transformationsprozesse als auch die zeitlose Natur des Krieges thematisiert. Im vorliegenden Beitrag sol-

len unter besonderer Berücksichtigung von neuesten Entwicklungen im Bereich der technologischen Kriegsführung einige der wesentlichen, hochaktuellen Zugänge und Schlussfolgerungen schlaglichtartig skizziert werden.

Erosion der binären Ordnung

Herfried Münkler beobachtet eine fortschreitende „Erosion der binären Ordnung“, eine Auflösung des Antagonismus von Krieg und Frieden, der beiden Aggregatzustände des Politischen. Konflikte der Gegenwart, vor allem unter dem Stichwort des „Hybriden Krieges“, positionieren sich strategisch bewusst in einer Grauzone zwischen militärischer Auseinandersetzung und einem eindeutigen Friedenszustand. Dabei scheint nicht mehr klar zu sein, wer mit welchen Instrumentarien gegen wen auf welchem Konfliktfeld agiert. Hybride Konflikte, für viele die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, unterlaufen die normative Ordnung des Völkerrechts, das sukzessive an Bedeutung zu verlieren scheint. Auch wird im Rahmen entstaatlichter Kriegsführung das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt.

Hybrider Krieg vs. Postmoderne Kriegsführung

Die Sinnhaftigkeit des Hybriditätsbegriffes wurde mehrfach hinterfragt, zumal dieser nicht treffsicher und zudem ideologisch sei. Stattdessen wurde der wertfreie Begriff der „Postmodernen Kriegsführung“ (H.-G. Ehrhart) vorgeschlagen. Asymmetrie bezieht sich in diesem Kontext insgesamt weniger auf das ungleiche Kräfteverhältnis als auf das vom unterlegenen Gegner praktizierte, bewusste Konterkarieren von Regeln und Normen.

Der konvergente hybride Terrorismus

Der „hybride Terrorismus“ (N. Stockhammer) nimmt Anleihen an den „Neuen Kriegen“. Der sog. „Islamische Staat“ (IS) bedient sich auch in Kombination gekonnt ihrer Elemente (Hybridität, Asymmetrie, Klandestinität, Lernfähigkeit

und Flexibilität), um seine Anliegen in Form von regelmäßigen Terroranschlägen auf europäische Metropolen durch vereinzelte Gelegenheitsattentäter oder projektierte Szenarien von Terrorzellen zu untermauern. Der transnationale Terrorismus der 2010er Jahre schöpft seine Sprengkraft aus der Konvergenz unterschiedlicher Modi Operandi, Szenarien und Tätertypologien. Eine gelingende Terrorismusabwehr ist deshalb mit Blick auf die Hybridisierung vernetzt auszurichten und kooperativ zu betreiben.

Technologische Kriegsführung als postheroische Kompensation

Das postheroisch motivierte Auslagern von Gewalt aufgrund der geringer werdenden Opferbereitschaft westlicher Gesellschaften ist ein unaufhaltbarer Trend. Durch eine fortschreitende Technologisierung wird strukturiert Gewalt abgekauft. Mit einer zunehmenden Fluidität von Konflikten (H. Münkler) geht eine Verlagerung derselben etwa in den Cyberraum einher. Dies lässt eine zweifelsfreie Zurechenbarkeit von Angriffen häufig problematisch werden (N. Forgó). Der vermehrte Einsatz von Drohnen oder robotisierten Elementen dient zur Kompensation taktischer Nachteile, die konventionellen Streitkräften aus Regelkonformität erwachsen.

Im Bereich der robotisierten Kriegsführung ist die technische Entwicklung, vor allem was den Grad der Autonomisierung (M. Madary) der Kampfroboter betrifft, rapide fortgeschritten.

Manche Streitkräfte, allen voran die US Army, haben hierbei bereits einen „On the loop“-Status erreicht, was so viel bedeutet, dass ein Mensch einen autonom agierenden Roboter oder eine ebensolche Kampfeinheit von mehreren Robotern nur noch mit bloßer Vetomacht überwacht. Dies bringt vor allem

bei sog. „Targeted killing“-Operationen natürlich erhebliche ethische Implikationen mit sich, die auch im Hinblick auf die ebenfalls komplexer werdende Kampfdrohnen-Technologie immer wieder thematisiert wurden.

Für den Cyber-War gilt, dass der Grad der Komplexität von Cyber-Attacken sukzessive zunimmt, wobei die Frage der Urheberschaft immer schwieriger zu beantworten ist. Der Cyber-Space ist längst zu einem Tummelplatz für eine Vielzahl von nichtstaatlichen Akteuren geworden, die hier mit geringem Aufwand mitunter maximale Effekte erzielen können. Dennoch bleibt der Cyber-Krieg im großen Stil staatlichen Akteuren vorbehalten, die bewusst auf die kritische(n) Infrastruktur(en) der angegriffenen Staaten und damit auf eine Destabilisierung abzielen. Eine derartige, fast symmetrische, zwischenstaatliche Konfrontation auf der fluiden Ebene der Bits und Bytes wird wahrscheinlich das dominierende Szenario der unmittelbaren Zukunft sein.

Lawfare als Facette der postheroischen Kriegsführung

Eine in unseren Breitengraden vom Begriff her noch neue Form der Kriegsführung ist das sog. „Lawfare“ (O. Kittrie). Das Recht ist längst zu einer mächtigen Waffe im Krieg geworden. Gleichmaßen eine raffinierte Strategie, den Gegner mit den Instrumentarien des Rechts zu lähmen, sollen militärische Ziele mit den Mitteln der Definitionshoheit über Normen durchgesetzt werden. Dient das Recht von seiner Idee her strukturell dem Schutz des Schwachen, so führt es jetzt zur militanten Schwächung des rechtsstaatlich organisierten Starken durch den regellosen Feind (v.a. durch eine missbräuchliche, da normsinnwidrige Berufung auf den Grundrechtsschutz). Hier gilt es, dem individuellen Zugriff auf unser Rechtssystem mit dessen eigenen Mitteln zu begegnen.

Ungesteuerte Massenmigration

Migration als Prozess und Integration als Notwendigkeit sind ein zeitloses Phänomen, das in sich zwar eine Herausforderung, aber keine Überforderung für intakte Gesellschaften bedeutet. Anders stellt sich die Lage dar, wenn die Zielräume zunehmend zivilisatorisch geschwächt sind und gleichzeitig die Zuströme ebenso ungesteuert wie massenhaft erfolgen. Aus sinnvoller Bereicherung droht dann gefährliche zivilisatorische Überforderung zu werden, die zwar keinen klassischen „Angriff“, aber dennoch eine existenzielle Bedrohung der Sicherheit der Zielgesellschaft (C. Stadler) darstellt. Im Sinne einer umfassend verstandenen Sicherheitsvorsorge müssen daher ebenso die eigene gesellschaftliche wie institutionelle Resilienz gestärkt, als auch in fairer Weise die entsprechenden Fluchtursachen bekämpft werden, um eine rechtsstaatlich legitime und menschenrechtlich verantwortliche Migrationssteuerung sicherstellen zu können.

Globale Sicherheitsunordnung

Die globale Sicherheitspolitik ist von Krisen und Unsicherheiten geprägt. Zum einen steht da das nachweisliche Ende der unbestrittenen Unipolarität (H. Brands) der USA – auch in der Funktion als globaler Sicherheitsgarant – im Raum, wodurch die Großmachtrivalität befeuert wird. Aspiranten um diese neue Führungsrolle sind China und Russland sowie ein möglicherweise wiedererstarkendes Europa. Zum anderen besteht Unklarheit darüber, wer willens und imstande ist, Washington als „Global Security Provider“ abzulösen. Als Resultat wird sich die geostrategische Unordnung weiter vertiefen, befördert durch sog. „Spoiler“ (H. Brands) wie Nordkorea, den IS, aber auch im Cyberbereich. Unmittelbare Konsequenzen dieses Sicherheitsvakuums sind pazifische Dissonanzen,

transatlantische Missperceptionen (D. Hamilton)
und eine anhaltende Krise der liberalen Ordnung
in und rund um Europa (I. Krastev).

KERNPUNKTE:

- ▶ Mit der Hybridisierung von Konflikten geht eine Erosion der binären Ordnung einher.
- ▶ Aktuelle hybride Konfliktphänomene lassen sich nicht mehr eindeutig (er-)fassen.
- ▶ Die postheroische Gesellschaft kompensiert Opferbereitschaft durch Technologie.
- ▶ Der Grad der Autonomie bei robotisierter Kriegsführung nimmt zu.
- ▶ Cyber-War bleibt ein staatliches Phänomen und zielt auf kritische Infrastrukturen.
- ▶ Immer häufiger wird das Recht als Waffe in asymmetrischen Konflikten instrumentalisiert (Lawfare).
- ▶ Ungesteuerte Migration ist ein Sicherheitsrisiko.
- ▶ Die Konvergenz ist das bestimmende Prinzip des hybriden Terrorismus.
- ▶ Auf geopolitischer Ebene wird im multipolaren System nach Neuordnung und Führungsmacht gestrebt.

KEY MESSAGES:

- ▶ The hybridization of conflicts leads to the erosion of the binary order.
- ▶ Current hybrid conflict phenomena can no longer be substantially captured.
- ▶ The postheroic society compensates human sacrifice by technology.
- ▶ The degree of autonomy in robotic warfare is increasing.
- ▶ Cyberwar remains a governmental phenomenon and targets critical infrastructure.
- ▶ In asymmetric conflicts, the law is instrumentalized as a weapon (lawfare).
- ▶ Unmanaged migration is a security risk.
- ▶ Convergence is the defining principle of hybrid terrorism.
- ▶ At the geopolitical level, efforts are also being made to reorganize the multipolar system and to dominate it.

**„EUROPA WIRD NICHT VON HEUTE AUF MORGEN UND NICHT AUS
EINEM GUSS ENTSTEHEN. VIELMEHR WERDEN GREIFBARE ERFOLGE
EINE ZUNÄCHST FAKTISCHE SOLIDARITÄT ERZEUGEN.“**

(Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman)





ENTWICKLUNG DER EUROSTRATEGISCHEN LAGE 2018

—



DIE GEOPOLITISCHE LAGE EUROPAS IM JAHRE 2018

Herfried Münkler

Die veränderte Außenpolitik der USA hat im Jahre 2018 erhebliche Folgen für die geopolitische Lage der EU. Das betrifft vor allem die Frage des iranischen Atomprogramms, wo gravierende Unterschiede zwischen der Politik der EU und den Ankündigungen des US-Präsidenten erkennbar sind, die sich 2018 zu Konflikten zuspitzen können. Mit dem Rückzug der USA aus ihrer dominanten Rolle im Vorderen Orient und ihrem bisherigen Engagement in Nordafrika werden den Europäern hier in wachsendem Maße Stabilisierungsaufgaben zufallen. Freilich wird trotz größerer Anstrengungen die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU

infolge innerer Konflikte beschränkt bleiben. Von großer Bedeutung für die Sicherheitslage der EU wird die Entwicklung ihres Verhältnisses zur Türkei sein.

Geopolitische Folgen des Rückzugs der USA aus ihrer globalen Verantwortung für die EU

Seit Beginn des Kalten Krieges war Westeuropa das sicherheitspolitische Mündel der USA; nach dem Ende des Kalten Krieges sind Mittel- und Mitteleuropa noch dazugekommen. Diese Konstellationen befinden sich seit einiger Zeit in einem Umbruch, der sich 2018 fortsetzen wird. Offen ist dabei jedoch die Frage, in welche Richtung es da-

bei gehen wird: in die eines stärkeren Beitrags der Europäer innerhalb der NATO, wie er von einigen Staaten Osteuropas präferiert wird, oder in die des Aufbaus eigener Fähigkeiten der EU, wie ihn einige Westeuropäer bevorzugen. Im Hintergrund dieser Alternative steht die Frage, von wem die größten sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU kommen: von einem wiedererstarkten und gegenüber der Ukraine aggressiv auftretenden Russland oder von der zusammenbrechenden Ordnung des Vorderen Orients und der Europa gegenüberliegenden Mittelmeerküste. Die Zögerlichkeit, mit der die Europäer auf den sicherheitspolitischen Umbruch reagieren, hängt auch damit zusammen, dass sie auf keine dieser Fragen bislang eine gemeinsame Antwort gefunden haben. Das dürfte auch 2018 so bleiben, wobei freilich mit der Weiterentwicklung einer eigenen europäischen Verteidigungskomponente unabhängig von NATO und USA zu rechnen ist.

Die Konfliktfelder und Kriege am Rand der EU und in der europäischen Peripherie

Nach wie vor sind im südöstlichen Balkan eine Reihe ethnischer wie religiöser Konflikte virulent, die in den zurückliegenden Jahren seitens der EU durch den Transfer erheblicher Finanzmittel sowie den in Aussicht gestellten Beitritt zur EU beruhigt worden sind. Diese Konflikte können jedoch jederzeit wieder ausbrechen, entweder, weil sich dort infolge der Sperrung der Balkanroute größere Massen von Migranten stauen, oder weil politische Akteure die EU dadurch zu größerem finanziellen Engagement nötigen wollen. Der Südosten Europas ist dessen verwundbarster Bereich – auch weil er im unmittelbaren Einflussbereich der Türkei liegt, der gegenüber sich die Distanz der EU 2018 weiter vergrößern kann. Die südöstliche Verwundbarkeit Europas ist für Österreich von herausgehobener sicherheitspolitischer Relevanz.

Die sich zuletzt abzeichnende Kooperation zwischen Russland und der Türkei kann sich weiterhin verstärken, aber auch wieder in die Konfrontationslage von 2015/16 zurückschlagen. Beide Szenarien sind für eine aktive Pazifizierungspolitik der EU im Nahen Osten schwierige Konstellationen, die mögliche Einflussnahmen behindern. Nach dem für 2018 absehbaren Zusammenbruch des vom Islamischen Staat geschaffenen Kalifatsstaats liegt es im vorrangigen europäischen Interesse, an einer Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien mitzuwirken und eine weitere Eskalation des Kurdenkonflikts zu verhindern. Misslingt dies, können sich die innergesellschaftlichen Kriege in Syrien und im Jemen, im Irak und in Libyen zu einem einzigen großen (transnationalen) Krieg miteinander verbinden, der dann gleichermaßen als Religionskrieg (Sunniten vs. Schiiten) wie als Hegemonialkrieg (Iran vs. Saudi-Arabien) ausgetragen wird. Eine solche Entwicklung zu verhindern, muss das vorrangige Ziel der europäischen Politik bei der Stabilisierung ihrer Peripherie sein.

An der Europa gegenüber liegenden Mittelmeerküste wird auch 2018 weiterhin Libyen das größte Problem darstellen, wobei sich dessen innere Probleme infolge der Aufzehrung des aus Gaddafi-Zeiten stammenden Staatsvermögens verschärfen dürften. Welche Folgen das für die Mittelmeerroute der Flüchtlinge hat, wird auch davon abhängen, welche Effekte die europäischen Initiativen im Tschad und in Niger zur Eindämmung der Flüchtlingsströme aus der Sahelzone haben. In jedem Fall ist von einem langfristig angelegten europäischen Engagement südlich der Sahara auszugehen, in dem neben finanzieller Unterstützung und wirtschaftlichen Projekten auch militärische Komponenten enthalten sein werden.

Die gewachsenen Zentrifugalkräfte in der EU

Die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU wird unterdessen durch die zuletzt beständig angewachsenen Zentrifugalkräfte innerhalb der EU in Frage gestellt. Dadurch verändert sich auch die geopolitische Lage der EU, die nicht als ein geschlossener Akteur auftritt, dessen Politik für Einflussnahmen von außen undurchdringlich ist, sondern zunehmend in voneinander getrennte und mitunter gegeneinander handelnde Akteure gespalten ist. In wirtschaftlicher Hinsicht sind hier die überschuldeten Südstaaten der EU und in poli-

tischer Hinsicht ist der Block der Visegrad-Staaten zu nennen. Zur Formierung als Sonderakteur in der EU trägt im Fall der Letzteren – auch – eine gegenüber der Union andere Wahrnehmung und Beurteilung der sicherheitspolitischen Herausforderungen bei. Die daraus erwachsenden Probleme für den Zusammenhalt der Union werden 2018 größer werden. Dabei wird Österreich sich entscheiden müssen, ob es weiterhin sich vor allem an den Westeuropäern innerhalb der EU orientiert oder stärker auf die Seite der Visegrad-Staaten überschwenkt. Die gelegentlich ins Gespräch gebrachte Position eines Vermittlers dürfte von allen möglichen Optionen die politisch riskanteste sein.

KERNPUNKTE:

- ▶ Da sich die USA unter der Präsidentschaft von Donald Trump weiter aus der weltpolitischen Verantwortung zurückziehen werden, fällt der EU zunehmend die Aufgabe einer Stabilisierung ihrer Peripherie zu.
- ▶ Als geopolitische Peripherie Europas, die eine sicherheitspolitische Herausforderung darstellt, sind in erster Linie der Vordere Orient, die gegenüberliegende Mittelmeerküste sowie die Sahelzone von Somalia bis Mali anzusehen.
- ▶ Die mit Russland seit der Annexion der Krim und der Unterstützung ostukrainischer Separatisten bestehenden Probleme dauern an, dürften aber in der zweiten Reihe stehen.
- ▶ Die politische Handlungsfähigkeit der EU wird durch innere Spaltungslinien (überschuldete Südstaaten, Visegrad-Staaten, Brexit-Verhandlungen) stark eingeschränkt.
- ▶ Nationalseparatistische Bestrebungen innerhalb des EU-Raumes werden die Aufmerksamkeit und Energie einiger Mitgliedsstaaten absorbieren und deren politische Handlungsfähigkeit begrenzen.

KEY MESSAGES:

- ▶ As the United States under President Donald Trump are retreating further from the global stage, the EU will have to stabilize its immediate periphery itself.
- ▶ The Near East, the southern coast of the Mediterranean and the Sahel region from Somalia to Mali will be the focal points in Europe's periphery.
- ▶ The problems caused by Russia's annexation of Crimea and the separatist efforts in Ukraine will persist but become less pressing.
- ▶ The political manoeuvrability of the EU will be significantly limited by internal fracturing (the indebted south of the Union, the Visegrad states, Brexit).
- ▶ Nationalist separatist movements within the EU will consume much of the attention of certain member states, curtailing their political room for action.



EUROSTRATEGISCHE HERAUSFORDERUNGEN 2018

WAS BEI DEM VERHÄLTNISS ZWISCHEN DER EU UND
RUSSLAND ZU BERÜCKSICHTIGEN IST

Ivan Krastev

Seit der Annexion der Krim hat sich Russland auf internationaler Ebene wieder erfolgreich als geopolitische Macht etabliert, allerdings um den Preis eines deutlich schlechteren Verhältnisses zum Westen und wirtschaftlichen Stillstands. Trotzdem gibt es keine Anzeichen, dass der Kreml in der näheren Zukunft seinen außenpolitischen Kurs radikal ändern wird.

Volatile Beziehungen im Jahr 2018

Alles deutet darauf hin, dass 2018 von hohen Risiken und starken Spannungen zwischen der Europäischen Union und Russland geprägt sein wird. Obwohl der Widerstand gegen den Druck des Westens und die Befreiung aus der politischen Isolation Moskaus Prioritäten in der Außenpolitik bleiben werden und obwohl großflächige militärische Konfrontationen im Baltikum oder weiteren Teilen der Ukraine weiterhin

sehr unwahrscheinlich sind, sind die jüngsten Provokationen entlang der Grenze zwischen russischen und NATO-Einflussbereichen nicht außer Acht zu lassen. Zudem spielen hybride Kriegshandlungen, vor allem in den Cyber- und Informationsbereichen, eine immer größere strategische Rolle, und die vermehrte Nutzung solcher Mittel ist auch 2018 zu erwarten. Diese ziemlich triste Aussicht auf die nähere Zukunft des EU-Russland-Verhältnisses ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen.

Zunächst betrifft dies die Dynamik des Verhältnisses zwischen Russland und den USA. Seit den russischen Eingriffen in den US-Präsidentenwahlkampf 2016 und der laufenden Kongress-Untersuchung von weiteren russischen Verbindungen in das Trump-Lager sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eisig. Die Wahrscheinlichkeit einer Besserung ist gering – nicht zuletzt aufgrund der Wahlen, die 2018 in Russland (Präsident) wie auch in den Ver-

einigten Staaten (Kongress) anstehen und in denen weitere russische Eingriffe und eine weitläufige Thematisierung von Trumps Verbindungen mit Russland erwartet werden. (Über-)Reaktionen sind auf beiden Seiten zu befürchten.

Des Weiteren haben nicht nur Russland, sondern auch eine Vielzahl der NATO-Mitgliedsstaaten im letzten Jahr ihre jährlichen Militärausgaben gesteigert. Im Zusammenspiel mit einer gestiegenen Konzentration von militärischem Gerät und Personal entlang beider Seiten der NATO-Russland-Grenzen ist die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Zwischenfälle gestiegen.

Im Hintergrund tragen auch die Unfähigkeit internationaler Organisationen wie der OSZE, die steigenden Spannungen unter Kontrolle zu bringen, und das Misstrauen, das seit der Annexion der Krim zwischen Russland und dem Großteil Europas herrscht, dazu bei, dass 2018 ein risikoreiches Jahr wird. Das Vertrauen zwischen Russland und dem Westen ist an einem Tiefpunkt angekommen.

Interne Turbulenzen

Die innenpolitischen Dynamiken Russlands und der EU sind für diese Einschätzung der Verhältnisse 2018 auch relevant. Obwohl die Präsidentschaftswahlen in Russland wenig Auswirkung auf die sicherheitspolitischen Prioritäten des Landes haben werden und sich auch spitzenpolitisch voraussichtlich wenig ändern wird, erlebt die russische Elite momentan doch einen Generationenwechsel, der gewisse Turbulenzen mit sich bringen könnte.

Auch die EU ist mit vielen Herausforderungen konfrontiert. EU-weit kommen schnell neue Parteien, neue Gesichter an die Macht, die den jetzigen Konsens, der über Sanktionen gegen Russland herrscht, ins Schwanken bringen könnten. Paradoxerweise

wird der Anstieg an russlandfreundlichen Regierungen europaweit das Risiko einer Konfrontation mit Moskau nicht vermindern, sondern kurzfristig sogar erhöhen. Die Bildung von russlandfreundlichen und russlandfeindlichen Blöcken auf EU-Ebene wird den Diskurs erhärten und eine gemeinsame Vorgehensweise unwahrscheinlich machen. Weitere NATO-Truppen aus den USA könnten die Lage zudem noch verschärfen.

Risikoszenarien verschärfen die Lage

Das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union wird auch durch einen „Spill-Over“ von Krisen außerhalb Europas (Syrien, Nordkorea) beeinträchtigt, ebenso durch Anschuldigungen, Russland mische sich in die nationale Politik einiger EU-Mitgliedsstaaten ein. Eine wichtige Konsequenz der Einmischungen des Kremls in die amerikanischen und französischen Präsidentschaftswahlkämpfe ist, dass alle russischen Aktivitäten nun als Teil einer größeren Destabilisierungsstrategie gesehen werden.

Die instabile politische Situation in der Ukraine ist ebenfalls ein Risikofaktor. Ohne größere Veränderungen der Lage in der Ostukraine wird es für russlandfreundliche Länder schwer sein, sich für eine Änderung des politischen Kurses einzusetzen.

Die Schwarzmeerregion als Knotenpunkt

Die Schwarzmeerregion wird 2018 der Hauptspannungspunkt sein. Dies lässt sich daraus ableiten, dass Russland sich militärisch dort engagiert, aber auch daraus, dass die Annäherung Russlands und der Türkei im Kontext der sich verschlechternden Verhältnisse Ankaras mit dem Westen droht, das Schwarze Meer in ein russisch-türkisches Gewässer zu verwandeln, was zu einer Vertiefung der Isolati-

on der Ukraine führen würde. Zusätzlich würde dies die Spannungen zwischen dem Kreml und der EU entlang der Balkanstaaten erhöhen. Es sollte auch festgehalten werden, dass sich laut Umfragen die Meinung der türkischen Gesellschaft immer mehr gegen Flüchtlinge wendet; daher können auch im Kontext des Flüchtlingsabkommens der EU mit der Türkei Probleme nicht ausgeschlossen werden.

Empfehlung für Österreich 2018

In diesem Sinne muss die Priorität für Österreich sein, auf Anzeichen der Destabilisierung des Bal-

kans oder der Schwarzmeerregion deutlich und aktiv reagieren zu können. Eine Verbesserung der Cyberabwehr-Kapazitäten würde auch die Wahrscheinlichkeit russischer Einmischungen in die österreichische Politik verringern. Obwohl Österreich als Nicht-NATO-Mitglied und durch den EU-Ratsvorsitz 2018 perfekt als Vermittler zwischen dem Kreml und dem Westen positioniert scheint, sollte Österreich dieser Verlockung aus dem Weg gehen. Die Erfolgchance eines Diskurses der beiden Seiten ist gering, die Gefahr, dass Österreich die eigene Position innerhalb der EU schwächt, hingegen groß.

KERNPUNKTE:

- ▶ **Moskau hat dem Westen klargemacht, dass ihre geopolitischen Interessen wenn nötig auch militärisch gesichert werden.**
- ▶ **Gesteigerte Militärausgaben auf beiden Seiten erhöhen die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Zwischenfälle.**
- ▶ **Die Polarisierung der Gesellschaften und der Politik auf beiden Seiten deutet auf eine Steigerung der Konfrontationsrhetorik hin.**
- ▶ **Die Krisen in Syrien und Nordkorea drohen sich in Form eines „Spill-Overs“ auf das EU-Russland-Verhältnis auszuwirken.**
- ▶ **Die negative Einstellung der türkischen Gesellschaft gegenüber Flüchtlingen könnte zu einer härteren Konfrontation mit der EU führen.**
- ▶ **Die Schwarzmeerregion wird aufgrund russischer Militäroperationen und dem Bündnis mit der Türkei der Hauptknotenpunkt für Spannungen mit der EU werden.**
- ▶ **Österreich sollte wirksame Handlungsoptionen entwickeln, um einer Destabilisierung des Westbalkans seitens Russlands und der Türkei entgegen zu wirken.**
- ▶ **Die österreichische Regierung sollte ihre Position in der EU nicht durch Vermittlungsversuche mit Russland verspielen.**

KEY MESSAGES:

- ▶ **Moscow has made it clear to the West that its geopolitical interests will be secured by military means, if necessary.**
- ▶ **Increased military spending on both sides increase the potential for military incidents.**
- ▶ **The polarization of societies and politics on both sides indicates an increase in confrontational rhetoric.**
- ▶ **The crises in Syria and North Korea threats to have repercussions on the EU-Russia relationship.**
- ▶ **Within Turkish society, anti-refugee sentiments are rising. This might lead to a tougher confrontation in EU-Turkey relations.**
- ▶ **The Black Sea region will most likely be the point of divergence in EU-Russia relations due to Russia's military involvements and its coalition with Ankara.**
- ▶ **Austria needs to develop a decisive policy option to counter the de-stabilization of the Balkans by Russia and Turkey.**
- ▶ **The Austrian government should not risk its relatively high political standing within the EU by advocating EU-Russia mediation.**



EIN POSTAMERIKA-NISCHES EUROPA?

Mark Leonard

Die Europäische Union wird sich 2018 einem zunehmend feindseligen strategischen Umfeld gegenübersehen. Sie wird zu einer kantianischen Insel in einer zunehmend hobbesianischen Welt. Ihr amerikanischer Beschützer wird sich weiter von der Weltbühne zurückziehen – und die Grundlage der liberalen Ordnung, auf der die EU beruht, in Frage stellen. Europa muss daher die transatlantischen Beziehungen neu überdenken und letztlich eine Strategie zu seinem eigenen Schutz entwickeln.

Die Erosion der liberalen Ordnung

Wir müssen mit neuen Kampfansagen an die liberale Weltordnung rechnen. In Wirklichkeit hat es nie eine einzige liberale Ordnung gegeben, sondern mindestens zwei: Die „dünne“ liberale Ordnung 1.0 war ein US-amerikanisches Projekt, das nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde, um Staaten vor der Unterwerfung durch imperiale Mächte zu schützen. Die Europäer fügten nach dem Ende des Kalten Krieges ihre deutlich stärkere liberale Ordnung 2.0 hinzu. Diese Ordnung hatte ihr Hauptaugenmerk auf der Garantie der individuellen Rechte jedes Menschen.

Sowohl die von den US-Amerikanern überwachte Sicherheitsordnung als auch die von Europa inspirierte Rechtsordnung werden 2018 weiter erodieren, und es wird keinen Akteur geben, der ihre Führung übernehmen könnte. Die liberale Ordnung 2.0 geriet 2008 in Schwierigkeiten, als Russland einen Krieg in Georgien auslöste, um das Abdriften des Landes nach Westen zu stoppen, und die USA bewiesen, dass ihre Bereitschaft, Ordnung durchzusetzen, begrenzt ist. Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers bildeten Russland und China eine durchsetzungskräftige Achse der Souveränität, die gegen die liberale Ordnung 2.0 auftritt. Aber diese Ablehnung der europäischen Normen fand innerhalb des europäischen Kontinents selbst statt, als Russland fünf Jahre später auch einen Teil der Ukraine annektierte und die USA nicht intervenierten.

Während sich die USA wahrscheinlich weiter von der Weltbühne zurückziehen werden, wird Europas Modell nun eine politische Version des „Galapagos-Syndroms“, wie die Japaner es nennen, erleben: Bis Ende des Jahrtausends waren japanische 3G-Handys so weit entwickelt und ganz anders als die Handys im Rest der Welt, dass sie außerhalb Japans niemand interessierten. Vergleichbares ist mit der EU geschehen: Sie wird kein Vorbild mehr für die Welt sein. Vielmehr ist ihre „postmoderne Ordnung“ zu einer gefährdeten Art geworden, die sich in einem schützenden Ökosystem entwickelt hat, abgeschirmt von der härteren modernen Welt, in der die meisten Menschen leben.

Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat uns daran erinnert, dass es noch schlimmer kommen könnte: Wir erleben sogar eine Rückentwicklung der „dünnen“ Ordnung 1.0, nicht durch externe revisionistische Mächte, sondern durch eine interne politische Revolution. Möglicherweise sehen wir noch eine neue Art der Globalisierung,

die „Weltordnung 0.5“, die die Technologien der Zukunft mit den Feindschaften der Vergangenheit verbindet. Diese neue Welt wird weiterhin von militärischen Interventionen geprägt sein – jedoch nicht von jenen „postmodernen“ Interventionen, die in den letzten Jahrzehnten dem Völkermord im Kosovo oder in Sierra Leone den Kampf ansagten. Die technologische Weiterentwicklung könnte eine Reihe von „Konnektivitätskriegen“ auslösen, in denen Handel, Internet und sogar Migration als Waffen eingesetzt werden. In dieser Welt könnten multilaterale Institutionen und Normen zu Schlachtfeldern werden, anstatt Konflikten Einhalt zu gebieten. Spannungen werden durch innenpolitische Vorgänge, die sich zunehmend um Identität, Misstrauen gegenüber Institutionen und Nationalismus drehen, noch verstärkt.

Konsequenzen für Europa und die EU

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder müssen eine Strategie entwickeln, um ihr zerbrechliches System gegen äußere Aggression und innere Implosion zu verteidigen, damit das Europa der Union als kantianische Insel in einer zunehmend hobbesianischen Welt überleben kann. Dieses „L'Europe qui protège“ wäre ein Übergang von einem universalistischen Jahrzehnt zu einem außergewöhnlichen Jahrzehnt.

Die größte Herausforderung für Europa wird das Umdenken in den transatlantischen Beziehungen sein. Die EU sollte den Atlantizismus nicht aufgeben, weil Europa und Amerika vor allem in militärischen Belangen füreinander die passenden Partner bleiben werden. Kurzfristig muss die EU jedoch versuchen, anders mit dem US-Präsidenten umzugehen und zu verstehen, dass strukturelle Veränderungen jenseits von Trump die transatlantischen Bindungen für immer verändert haben:

Die USA werden immer weniger europäisch und haben aus verschiedenen Gründen, die von Chinas Aufstieg bis zur „America First“-Doktrin reichen, das Interesse am Schutz Europas verloren.

Europäische Verteidigung im postamerikanischen Zeitalter

Europa wird mehr Druck machen müssen. Wo die Europäer zusammengearbeitet haben, in den Bereichen Datenschutz, Wettbewerbspolitik und Steuerpolitik, konnten sie auch aus einer Position der Stärke mit den USA verfahren. Die Europäer sollten sich auch nach allen Seiten absichern und Allianzen mit anderen eingehen. Die EU muss mit anderen Mächten zusammenarbeiten, um die globalen Institutionen vor Trumps Revisionismus zu schützen. Sie sollte sich keine Illusionen über die Motive Xi Jinpings oder der anderen Großmächte machen, aber die Tatsache, dass sie ihre außenpolitischen Beziehungen diversifizieren, dürfte sich positiv auf das Verhalten der USA auswirken.

Schlussendlich brauchen die Europäer eine Revolution bei der Zusammenarbeit im Sicherheits-

bereich. Nicht nur, dass 500 Millionen Europäer nicht erwarten können, dass 300 Millionen Amerikaner sie auf unbestimmte Zeit verteidigen, es lenken auch Terroranschläge immer mehr Wähler in die Arme nationalistischer Parteien. Die europäischen Exekutiven und Nachrichtendienste haben sich bisher bei der fruchtbaren Zusammenarbeit hauptsächlich auf ihre US-amerikanischen Kollegen verlassen, während die innereuropäische Koordination langsamer war. Angesichts der neuen Realitäten im europäischen Umfeld und der Notwendigkeit, Europas unmittelbare Peripherie, insbesondere die westlichen Balkanstaaten, die östlichen Nachbarn und Nordafrika, zu stabilisieren, muss gemeinsam gedacht und gehandelt werden.

In absehbarer Zeit wird es nicht um eine europäische Armee gehen, auch wenn die Zusammenarbeit bei der Ergänzung der militärischen Fähigkeiten, der Synchronisierung von Technologien und Verteidigungssystemen und der nuklearen Abschreckung mittelfristig das Ziel sein sollte. Das Handeln der EU muss sich auf die nationalen Politiken ihrer wichtigsten Mitgliedsstaaten stützen, und der Diskurs muss näher am Bürger stattfinden.

KERNPUNKTE:

- ▶ **Die europäischen Länder müssen die transatlantischen Beziehungen neu überdenken und letztlich eine Strategie zu ihrem eigenen Schutz entwickeln.**
- ▶ **Wir müssen mit neuen Kampfansagen an die liberale Weltordnung rechnen. In dieser Welt könnten multilaterale Institutionen und Normen zu Schlachtfeldern werden, anstatt Konflikten Einhalt zu gebieten.**
- ▶ **Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder müssen eine Strategie entwickeln, um ihr zerbrechliches System gegen äußere Aggression und innere Implosion zu verteidigen, damit das Europa der Union als kantianische Insel in einer zunehmend hobbesianischen Welt überleben kann.**
- ▶ **In absehbarer Zeit wird es keine europäische Armee geben, auch wenn die Zusammenarbeit bei der Ergänzung der militärischen Fähigkeiten, der Synchronisierung von Technologien und Verteidigungssystemen und der nuklearen Abschreckung mittelfristig das Ziel sein sollte.**

den. Gespräche über solche Vereinbarungen können auch Nicht-EU-Länder wie Norwegen – und in der Folge die Türkei und das Vereinigte Königreich – einbinden. Die EU wird all ihre Mittel und maximales Engagement benötigen, denn wir sind auf dem Weg in ein postamerikanisches Zeitalter.

KEY MESSAGES:

- ▶ **European countries must rethink transatlantic relations and finally develop a strategy to protect themselves.**
- ▶ **We must expect new challenges to the liberal world order. In this world, multilateral institutions and regimes could become battlegrounds rather than a brake on conflict.**
- ▶ **European leaders will need to develop a strategy to defend their fragile system from external aggression and internal implosion, to survive as a Kantian island in a Hobbesian world.**
- ▶ **It will not be about a 'European army' anytime soon, although cooperation on complementing military capabilities, synchronisation of technologies and defence systems, and nuclear deterrence should be a midterm goal.**



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZRISIKEN 2018

Martin G. Kocher und Klaus Weyerstrass

Die Gefahr eines protektionistischen Wettlaufs im Welthandel hat sich 2017 etwas verringert. Doch zahlreiche ungelöste politische und wirtschaftliche Konflikte innerhalb der EU könnten relativ große Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2018 haben. Zudem könnten bestimmte geopolitische Entwicklungen die Konjunktur 2018 erheblich eintrüben.

Grundsätzlich unterscheidet das Institut für Höhere Studien in seinen Prognosen zwischen Abwärtsrisiken und Aufwärtsrisiken (Potenziale). Im Folgenden wollen wir auf die wichtigsten Abwärtsrisiken für Österreich bzw. die Europäische Union im Jahr 2018 eingehen.

Protektionismus

Die Gefahr einer stärker protektionistischen US-Handelspolitik ist aufgrund von Widerständen im Kongress zuletzt geringer geworden. Gleichwohl ist seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise weltweit der Protektionismus tendenziell auf

dem Vormarsch – beziehungsweise gibt es immer mehr Vorbehalte gegen Handelsabkommen. Ein verstärkter weltweiter Protektionismus trübe eine exportorientierte kleine Volkswirtschaft wie Österreich besonders empfindlich.

Konflikte in der EU

In der EU könnte der Konflikt über eine Abspaltung Kataloniens von Spanien die Erholung von der tiefen Wirtschaftskrise bedrohen, wenn er anhält oder sogar weiter eskaliert. Ein großes Konjunkturrisiko geht jedenfalls vom beabsichtigten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU („Brexit“) aus. Während der Austrittsverhandlungen ist mit erhöhter Unsicherheit an den Finanzmärkten zu rechnen. Wie stark letztlich die Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich und die verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten sein werden, hängt entscheidend davon ab, wie die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU gestaltet werden. Aufgrund der geringen direkten Handelsverflechtung mit dem Vereinigten Königreich sollten die unmittelbaren negativen Folgen für die österreichische Volkswirtschaft begrenzt sein. Allerdings erwirtschaftet Österreich mit dem Vereinigten Königreich einen Handelsbilanzüberschuss, während der gesamte Handelsbilanzsaldo negativ ist. Zudem ist Österreich ein wichtiger Zulieferer für Industrien in Deutschland, für die das Vereinigte Königreich einen wichtigen Absatzmarkt bildet. Neben den Handelseffekten könnte die Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftspolitische Ausrichtung das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort EU insgesamt beeinträchtigen. Unter einem solchen Vertrauensverlust und möglicherweise ausbleibenden Direktinvestitionen aus dem außereuropäischen Ausland würde auch Österreich leiden. Der Brexit wird auch fiskalische Auswirkungen zeitigen. Mit dem Wegfall eines Nettobeitragszahlers erhöhen sich bei gegeb-

nem Budget die Zahlungen der verbleibenden Mitgliedsstaaten in das EU-Budget. Dabei geht es um einen dreistelligen Millionenbetrag.

Grenzen der Verschuldung

Das durchschnittliche Budgetdefizit im Euro-Raum ist aufgrund der guten Konjunktur deutlich gesunken. Gleichwohl ist in vielen Ländern als Folge der Wirtschafts- und der Staatsschuldenkrise die öffentliche Verschuldung auf ein hohes Niveau gestiegen. Dies trifft vor allem auf Griechenland zu, aber mit rund 130 Prozent Schuldenstand relativ zum BIP weisen auch Italien und Portugal hohe Schuldenquoten auf. Im Euro-Raum insgesamt beträgt sie knapp 90 Prozent, in Österreich knapp unter 80 Prozent. Damit ist der Spielraum, bei einem neuerlichen Konjunkturéinbruch die Wirtschaft durch finanzpolitische Maßnahmen zu stimulieren, deutlich geringer als vor der Krise. Das hohe Schuldenniveau ist vor allem deshalb bedenklich, weil steigende Zinsen im Zuge der notwendigen Normalisierung der Geldpolitik die Finanzierungskosten der öffentlichen Haushalte steigern werden. Die Risiken für die Staatsfinanzen sind zwar dadurch begrenzt, dass öffentliche Anleihen in der Regel lange Laufzeiten haben und sich deshalb steigende Zinssätze nur nach und nach in höheren Finanzierungskosten niederschlagen, wenn niedrigverzinsten Anleihen refinanziert werden müssen. Dennoch könnten an den Finanzmärkten bei steigenden Zinsen Zweifel an der Solvenz der hochverschuldeten Staaten aufkommen, was wiederum durch die Konstruktion des Euro-Raumes in höheren Risikoaufschlägen und in einem erneuten Aufflammen der Staatsschuldenkrise resultieren könnte.

Bankensektor

Der Bankensektor im Euro-Raum ist robuster als vor der Krise. Dazu hat vor allem die Etablierung der Bankenunion mit einer zentralisierten Bankenaufsicht und einem einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus beigetragen. Allerdings tauchten bereits im Laufe des Jahres 2017 Zweifel an der Wirksamkeit der neuen Regeln auf, als in Italien doch wieder der Staat eingriff, um in Schieflage geratene Banken zu retten. In Italien ist auch der Anteil notleidender Kredite recht hoch, was dazu führen kann, dass noch mehr Banken Liquiditätsprobleme bekommen. In Österreich ist dieses Problem gering, aber in der Krise musste sich auch Österreich an den europäischen Hilfsmaßnahmen beteiligen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass in einigen Mitgliedsländern die Banken mittlerweile einen großen Anteil der Staatsanleihen halten.

Ende der expansiven Geldpolitik

Auch von einem zu langen Festhalten an der lockeren Geldpolitik gehen Risiken aus. So kann es mittelfristig zu einem spürbaren Anziehen der Inflation kommen. Aber auch die Preise von Aktien oder Immobilien könnten aufgrund der hohen Liquidität stärker steigen, als es durch die Fundamentalfaktoren gerechtfertigt ist – erste Anzeichen für die Bildung von Preisblasen wurden vom Internationalen Währungsfonds schon konstatiert. Auch könnte, vor allem in Deutschland, nach dem bereits mehrere Jahre andauernden Aufschwung eine Überhitzung drohen. Eine solche mündet meist in einem scharfen Abschwung oder in einer Rezession, was auch Österreich in Mitleidenschaft ziehen würde. Gegenwärtig spricht aber nur wenig für ein solches Szenario.

Risiken außerhalb Europas

Geopolitische Risiken gehen etwa vom Terrorismus und den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten aus. Eine Eskalation dieser Konflikte würde zwar den globalen Warenhandel beeinträchtigen, was aber aufgrund des geringen Gewichts der betreffenden Volkswirtschaften eher begrenzte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft insgesamt und auf Österreich hätte. Gravierender wäre eine in einem solchen Szenario zu erwartende starke Erhöhung der Ölpreise. Dies würde Österreich unmittelbar über eine steigende Inflation treffen. Damit würden Einbußen an realer Kaufkraft für die privaten Haushalte einhergehen. Darüber hinaus würden importierte Vorleistungen teurer, was entweder die Gewinne der Unternehmen oder bei einem Weiterwälzen durch die Produktionsstufen wiederum die Kaufkraft der Konsumenten beeinflussen würde. Alle Prognosen gehen derzeit von einem Rohölpreis von klar unter 60 US-Dollar pro Barrel aus. Zu diesen Risiken ist die Gefahr einer Eskalation des Konflikts mit Nordkorea hinzugekommen. Eine kriegerische Auseinandersetzung hätte unabsehbare globale Folgen, bei Weitem nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Ein beträchtliches weltwirtschaftliches Risiko geht auch von der hohen Verschuldung des Unternehmenssektors in China aus. Je länger die chinesische Regierung eine Korrektur ihrer Politik hinauszögert, umso größer wird das Risiko eines krisenhaften Einbruchs.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die Gefahr eines protektionistischen Wettlaufs im Welthandel hat sich 2017 etwas verringert. Gleichwohl ist der Protektionismus weltweit tendenziell auf dem Vormarsch.
- ▶ Viele ungelöste politische und ökonomische Konflikte innerhalb der EU könnten möglicherweise relativ große Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung 2018 haben.
- ▶ Geldpolitik, Fiskalpolitik und makroprudenzielle Politik müssen in der EU erst sorgfältig aufeinander abgestimmt werden, um künftige Krisen zu verhindern.
- ▶ Einige geopolitische Risiken haben das Potential, die Konjunktur 2018 erheblich einzutrüben.

KEY MESSAGES:

- ▶ The danger of a protectionist spiral in world trade has declined a bit in 2017. Nonetheless, worldwide the tendency for more protectionism is still evident.
- ▶ Unsolved political and economic conflicts within the EU could have a relatively large impact on economic activity in 2018.
- ▶ Monetary policy, fiscal policy, and macroprudential policy must be coordinated better in the EU to avoid future crises.
- ▶ Some geopolitical risks have the potential to dampen the business cycle significantly in 2018.

**„NUR AUF DEM BEGRIFF VON ORDNUNG KANN
JENER DER FREIHEIT RUHEN.“**

(Klemens Wenzel Lothar von Metternich)





DIE ROLLE DER BIG PLAYER 2018



USA, CHINA UND RUSSLAND 2018

Dmitri Trenin

Die Beziehungen zwischen den USA, China und Russland, den drei führenden Militärmächten der Welt, werden 2018 von zunehmender Komplexität gekennzeichnet sein. Dies ist insbesondere aufgrund der wachsenden Entfremdung zwischen den USA und Russland, der militärisch geprägten chinesisch-russischen Entente sowie einer auf zahlreichen Ebenen kompetitiver werdenden Beziehung zwischen den USA und China der Fall. Das Ergebnis werden anhaltende Spannungen in Europa und zunehmende Unsicherheit über die Zukunft der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrollen sein.

Strategische Troika

Die USA und China sind zweifelsohne die beiden mächtigsten Nationen der Welt. In militärischer Hinsicht umfasst die Top-Liga allerdings drei Nationen: die USA, China und Russland. Der Bruch in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen im Jahr 2014 hat das strategische Gleichgewicht verschoben und Moskau noch näher an Peking gebracht. Die offiziell als „strategische Partnerschaft“ bezeichnete Beziehung zwischen China und Russland ist vielmehr als eine Entente zu betrachten. Dabei handelt es sich um eine grundlegende Übereinkunft zwischen China und Russland über die Notwendigkeit, die anhaltende globale Dominanz der USA durch eine multipolare Ordnung zu erset-

zen. Die Kooperationsformel dieser chinesisch-russischen Beziehung lautet: Niemals gegeneinander, aber nicht unbedingt immer miteinander.

China und Russland werden keinen neuen militärpolitischen Block auf der Grundlage eines Bündnisvertrages bilden. Dennoch werden sie einander auch weiterhin unterstützen und dabei stets auf Flexibilität bedacht sein. Die gegenwärtige Dreieckskonstellation scheint für China und nicht für die USA die größten Vorteile zu bringen. Dieser Trend wird 2018 anhalten, verbunden mit einer zunehmend gespannten Beziehung zwischen den USA und Russland sowie einer wachsenden Konkurrenz zwischen einem sich im Aufschwung befindenden China und einem – relativ gesehen – abfallenden Amerika.

Geringe Wahrscheinlichkeit eines Großmächtekonflikts

Die Wahrscheinlichkeit einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den US-Streitkräften und den Streitkräften Russlands oder Chinas wird weiterhin gering sein. Die nukleare Abschreckung zeigt ihre Wirkung. Jedoch besteht die Gefahr von Zwischenfällen mit nachfolgendem Eskalationsrisiko. Ein solcher Zwischenfall könnte sich zwischen russischen und US-amerikanischen bzw. NATO-Flugzeugen ereignen, die gefährlich nahe beieinander über die Ostsee und das Schwarze Meer fliegen. Dies gilt ebenso für US-amerikanische und russische Streitkräfte, die einander im Rahmen ihrer Operationen in Syrien aus Versehen angreifen könnten. Die Wahrscheinlichkeit solcher Vorfälle wird 2018 dank beidseitiger Zurückhaltung und der Niederlage des Islamischen Staates in Syrien und im Irak geringer. Was die Risiken ähnlicher Vorfälle zwischen den USA und China im Südchinesischen Meer oder in der Formosastraße anbelangt, so sind diese als sehr niedrig zu beurteilen. Sowohl Peking

als auch Washington werden ihr Möglichstes tun, um die Beziehung stabil und konfliktarm zu halten.

Potenzial für regionale Spannungen

Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit einer direkten Konfrontation zwischen den militärischen Großmächten im Jahr 2018 gering bleibt, wird es wahrscheinlicher, dass sich regionale Konflikte auf das Verhältnis zwischen den USA, China und Russland auswirken. Die Reaktion der Trump-Administration auf die nordkoreanischen Atomwaffen- und Raketenprogramme macht einen US-Angriff gegen Nordkorea vorstellbar, ebenso wie nordkoreanische Angriffe auf Südkorea oder Japan. Im Falle eines neuen Krieges auf der koreanischen Halbinsel wird China wahrscheinlich auf die eine oder andere Weise involviert sein. Russland würde höchstwahrscheinlich versuchen, sich aus dem Konflikt herauszuhalten, aber es könnte in diesen hineingezogen werden.

Die weitreichenden Folgen eines Krieges in Korea werden Washington wahrscheinlich davon abhalten, einen Präventivkrieg gegen Pjöngjang zu starten. China und Russland werden sich weiterhin für eine diplomatische Lösung des Konfliktes zwischen den USA und Nordkorea aussprechen und sowohl Anreizmaßnahmen als auch ein gewisses Maß an Druckmitteln einsetzen, um Pjöngjang dazu zu bringen, in einen Dialog mit Washington zu treten und den USA gegenüber gute Dienste anzubieten, um einen solchen Dialog zu unterstützen.

Die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts zwischen China und den USA im Zuge einer Eskalation des Taiwan-Konflikts wird sehr gering bleiben. China wird an einer Strategie festhalten, die langfristig eine Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland-China vorsieht und eine Autonomie der Insel innerhalb der Volksrepublik nach dem Hongkong-Modell

sichern würde. Es wird immer unwahrscheinlicher, dass die Vereinigten Staaten ernsthafte Anstrengungen unternehmen werden, um dieses Szenario zu vereiteln. Washington dürfte mit dieser Entwicklung grundsätzlich einverstanden sein, jedenfalls solange der Prozess friedlich verläuft. Eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan scheint aber auch Peking zu präferieren.

Chinas Auseinandersetzung mit dem US-Verbündeten Japan über die Diaoyutai- bzw. Senkaku-Inseln wird 2018 kaum eskalieren. Im Südchinesischen Meer wird China seine Präsenz kontinuierlich stärken, während die USA für die Einhaltung des Grundsatzes der Navigationsfreiheit plädieren werden. Ebenso ist die Konfliktwahrscheinlichkeit zwischen China und z.B. Vietnam oder den Philippinen als gering zu bewerten. Russland wird gegenüber den Differenzen zwischen China und anderen Staaten der asiatisch-pazifischen Region seine neutrale Haltung beibehalten, gleichzeitig aber seine Beziehungen sowohl zu Peking als auch zu den Mitgliedsstaaten der ASEAN-Gruppe vertiefen.

Chinesisch-russische Militärkooperation

Obwohl Moskau und Peking formal keine Verbündeten sind, ist eine weitere Intensivierung ihrer Kooperation zu erwarten. Russland wird China voraussichtlich einige seiner neuesten Waffensysteme und Waffentechnologien liefern, darunter das Flugabwehrsystem S-400 und das Kampfflugzeug Su-35. Die beiden Länder werden auch in Zukunft gemeinsame Militärübungen durchführen, sowohl in Ostasien, vom Japanischen Meer bis zum Südchinesischen Meer, als auch in Europa, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bzw. zum Mittelmeerraum. Auf diese Weise wird das chinesische Militär mit Unterstützung Russlands in Europa Einzug halten, und Eurasien wird militärstrategisch zu einem Ganzen.

Auswirkungen auf Europa

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Asien wird im Donbass auch im Jahre 2018 die Gefahr einer erneuten Eskalation nicht gebannt sein. Eine Konflikteinhegung etwa durch den Einsatz UN-mandatierter Truppen wird sich als schwierig erweisen, und die Vorbereitung eines solchen Einsatzes wird wahrscheinlich sehr lange dauern. Eine Vereinbarung zwischen den USA und Russland über den Donbass-Konflikt könnte möglicherweise durch Vermittlung von außen herbeigeführt werden. So wären beispielsweise chinesische UN-Peacekeeping-Truppen im Donbass vorstellbar. Ein einseitiges Nachgeben Russlands gegenüber den Forderungen der USA ist jedoch auszuschließen, und ein Kompromiss zwischen Moskau und Washington ist für die USA nur schwer zu akzeptieren.

Abgesehen von der Ukraine ist die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes zwischen den USA und Russland in Europa als äußerst gering anzusehen. Im Gegensatz zu den weit verbreiteten Ängsten sind die baltischen Staaten und Polen, alle Mitglieder der NATO, von Moskau zu keinem Zeitpunkt als mögliche Angriffsziele betrachtet worden. Im Jahr 2018 bleibt auch die Eskalation von Konflikten in Transnistrien, Abchasien oder Südossetien – Orte, an denen russische Streitkräfte stationiert sind – äußerst unwahrscheinlich. In Bergkarabach setzen sich der Westen und Russland gemeinsam für eine politische Lösung des Konfliktes ein.

Die entlang der russischen Westgrenzen aufgebaute militärische Drohkulisse zwischen Russland und der NATO wurde nunmehr zu einem festen Bestandteil der strategischen Landschaft Europas. Die Wiederholung einer Konfrontationsentwicklung wie zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO erscheint jedoch als unwahrscheinlich. Wenige im Westen glauben tatsächlich daran, dass Russland

Ambitionen hegt, Europa zu erobern, und in Russland werden die üblichen US-amerikanischen bzw. NATO-Truppeneinsätze noch nicht als konkrete Bedrohung angesehen.

Der innenpolitische Konflikt in den USA macht es außerordentlich schwierig, Lösungen in Fragen der amerikanisch-russischen Rüstungskontrolle zu finden. Der Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme von 1987, der die Produktion nuklearer Mittelstreckenraketen verbietet, droht angesichts gegenseitiger Vorwürfe aufgehoben zu werden, und der neue Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen (New START) von 2010 dürfte nicht

durch eine neue Vereinbarung ersetzt oder auch nur verlängert werden, wenn er 2021 ausläuft. Wenn die Rüstungskontrolle 2018 nicht reaktiviert wird, werden die Chancen, dass das gesamte Konzept der Rüstungskontrolle aufgegeben wird, zunehmen. Eine solche Entwicklung würde zu unregulierten Beziehungen zwischen den beiden Großmächten führen, die 80 bis 90 Prozent des globalen Atomarsenals besitzen. Was die Frage der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa anbelangt, erscheint ihre Wiederbelebung als unwahrscheinlich, und sei es nur aufgrund unüberbrückbarer Differenzen in der Frage der geopolitischen Architektur Europas.

KERNPUNKTE:

- ▶ **Das strategische Dreieck der drei führenden Militärmächte der Welt wirkt weiterhin zu Gunsten Chinas und zum Nachteil der USA.**
- ▶ **Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und den USA bleibt gering, zwischen China und den USA minimal.**
- ▶ **Der ungelöste Konflikt in der Ostukraine bleibt aufgrund des möglichen Eskalationspotenzials die größte gegenwärtige Bedrohung für die Sicherheit Europas.**
- ▶ **Eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa ist so gut wie ausgeschlossen, und die atomare Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland befindet sich am Rande des Zusammenbruchs.**
- ▶ **China hat Europa nicht nur mit seinen Infrastrukturprojekten, sondern auch mit seinem Militär erreicht. Letzteres dank der intensiven strategischen Beziehungen Pekings zu Moskau. Eurasien wächst militärstrategisch zu einem Ganzen zusammen.**

KEY MESSAGES:

- ▶ **The strategic triangle of the world's three leading military powers will continue to favour China, at a disadvantage to the United States.**
- ▶ **The likelihood of a military confrontation between Russia and the US will be relatively low, and minimal between China and the US.**
- ▶ **The unresolved conflict in Eastern Ukraine will remain the biggest threat to Europe's security due to the possibility of escalation.**
- ▶ **Conventional arms control in Europe is as good as dead. US-Russian nuclear arms control is in danger of collapse.**
- ▶ **China is gradually reaching out to Europe not only with its infrastructure projects, but also with its military, thanks to Beijing strengthening strategic ties with Moscow. A strategic Greater Eurasia is coming into being.**



DIE POSTWESTLICHE WELTORDNUNG 2018?

Oliver Stuenkel

Anstatt die bestehenden Institutionen internationaler Beziehungen direkt anzugreifen oder zu schwächen, werden die aufstrebenden Mächte – unter der Führung Chinas – eine „Parallelordnung“ aufzubauen versuchen, die zunächst die traditionellen internationalen Institutionen ergänzen soll. Während Peking sich weiterhin an bestehenden Formaten internationaler Zusammenarbeit beteiligen und diese unterstützen wird, verdrängt China zugleich die USA

als Hauptlieferant globaler öffentlicher Güter, wodurch die Themenführerschaft des Westens reduziert wird. 2018 dürfte dieser Prozess durch eine unberechenbare US-Außenpolitik und eine schwächelnde transatlantische Allianz beschleunigt werden.

Das derzeit geringe Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern und die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten großer aufstrebender Mächte wie Brasilien, Südafrika und Russland

ändern grundsätzlich wenig an der weitreichenden Machtverschiebung vom Westen in Richtung Osten – und zu einem viel geringeren Grad in Richtung Süden. Während die geoökonomischen und die geopolitischen Herausforderungen, mit denen Peking konfrontiert ist, nicht vernachlässigt werden dürfen, ist das wahrscheinlichste Szenario, dass China die US-amerikanische Wirtschaft in den kommenden Jahren überholt und dass Asien die Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert anführen wird. Dies ist ein weitgehend natürliches Phänomen, wenn man das steigende BIP pro Kopf und die demografische Dominanz Asiens betrachtet. Die Machtverteilung der Nachkriegszeit ist Geschichte. Ohne eine aktive Beteiligung der nun aufstrebenden Mächte, vor allem Chinas, kann in Zukunft keine globale Herausforderung mehr erfolgreich bewältigt werden.

Folgen für die Weltordnung

Das Wirtschaftswachstum hat Peking neues politisches Selbstbewusstsein verliehen, was auch im Rahmen des 19. Nationalkongresses der Kommunistischen Partei deutlich zum Ausdruck kam. Der Trend der chinesischen Außenpolitik Richtung Aufbau neuer internationaler Institutionen begann bereits vor der Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten. Die aktuelle Politik der USA beschleunigt zudem diese Entwicklung und schwächt nicht nur den Widerstand gegen Pekings globale Führungsrolle (zum Beispiel aufgrund der Kritik an Chinas Missachtung der Menschenrechte), sondern erhöht sogar die Nachfrage nach chinesischer Führung angesichts des zunehmenden Machtvakuum in der internationalen Politik. Während der Aufstieg Chinas vielen Beobachtern im Westen Sorge bereitet, stößt Xi Jinpings Davos-Rede zur Verteidigung der Globalisierung in Brasilien, Äthiopien, Indonesien und anderenorts auf breite Zustimmung. Mit der wachsenden

Zahl von Ländern weltweit, die von einem stabilen und wohlhabenden China abhängig sind, werden gleichzeitig alle westlichen Versuche, eine breite Koalitionen zur Isolation oder Bestrafung des Fehlverhaltens Pekings zu formieren, scheitern.

Die Bildung einer chinesischen Parallelordnung

Eine „Parallelordnung“ zu den aktuellen Strukturen ist bereits im Entstehen. Dazu zählen u.a. Institutionen wie die von BRICS geführte New Development Bank und die Asian Infrastructure Investment Bank (zur Ergänzung der World Bank), die Universal Credit Rating Group (zur Ergänzung von Moody's und S&P), China Union Pay (zur Ergänzung von Mastercard und Visa), das Cross-Border Interbank Payment System (CIPS – zur Ergänzung von SWIFT) und die BRICS-Gruppe (zur Ergänzung der G7). China und andere aufstrebende Mächte verfügen nicht über grundlegend neue Ideen zur Lösung globaler Probleme und versuchen auch nicht, globale Regeln und Normen zu ändern. Vielmehr dienen diese Institutionen als Instrumente, um Pekings Macht deutlicher zu projizieren, wie es einst auch westliche Akteure mit ihren Institutionen taten. Das heutige China unternimmt weder den Versuch, die bestehende Ordnung direkt zu konfrontieren, noch möchte es sich nahtlos in diese Ordnung einfügen. Vielmehr soll der Aufbau mehrerer China-zentrierter Institutionen Peking ermöglichen, seinen eigenen kompetitiven Multilateralismus zu nutzen und entsprechend seiner nationalen Interessen zwischen flexiblen Strukturen wählen zu können. Die Bewältigung des Prozesses einer sich rasch wandelnden globalen institutionellen Landschaft wird 2018 eine der wichtigsten außenpolitischen Herausforderungen sein.

Auswirkungen auf die systemische Stabilität

Die Zukunft der globalen Ordnung – höchstwahrscheinlich nicht mehr unter westlicher Führung – wird allgemein als chaotisch, verwirrend und gefährlich betrachtet. Heute spricht aber wenig dafür, dass die nun aufstrebenden Mächte die bestehende Ordnung destabilisieren wollen. Im Gegenteil: Peking, Delhi, Brasilia und andere sind weitgehend von der anhaltenden Offenheit und Stabilität des globalen Systems abhängig, zugleich suchen sie aber nach einem stärkeren Mitspracherecht bei Entscheidungsprozessen. Viel wird davon abhängen, wie schnell die außenpolitischen Entscheidungsträger in Peking und anderen Hauptstädten der aufstrebenden Mächte Verantwortung übernehmen – sei es zur Eindämmung eines nuklearen Nordkorea oder bei der Überwindung der Wirtschaftskrise in Venezuela, wo China (neben Russland und den USA) zum größten Investor und einem diplomatischen Schlüsselakteur aufgestiegen ist. Chinas Fähigkeit, komplexe Krisenszenarien zu beherrschen, wird daher zunehmend weltweit auf die Probe gestellt werden, mit teils erheblichen Auswirkungen auf die globale Ordnung. In vielen Bereichen kann erwartet werden, dass China eine relativ konstruktive Rolle spielt, so u.a. in Bereichen wie Klimawandel, Sicherheit und wirtschaftspolitische Steuerung. Bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten spielt China bereits heute weltweit eine entscheidende Rolle, sei es in Zentralasien durch die „One Belt, One Road Initiative“ („Neue Seidenstraße-Initiative“) oder in Lateinamerika, wo chinesische Banken mehr Kredite vergeben als alle anderen internationalen Banken zusammengenommen. Wichtige Ausnahmen bilden aber die Bereiche Demokratie und Menschenrechte. Keine der großen aufstrebenden Mächte räumt diesen Bereichen in ihren außenpolitischen Strategien hohe Priorität ein.

Folgen für Europa

Ein selbstbewusstes, vereintes Europa, mehr Globalisierung und mehr Offenheit gegenüber Multipolarität sowie eine stärker auf Asien ausgerichteten Außenpolitik ist unabdingbar, um Lösungen für globale Herausforderungen zu finden – sei es der Zusammenschluss zu einer „Grünen Allianz“ mit China zur Bekämpfung des Klimawandels oder der Abschluss des Handelsabkommens zwischen der EU und Mercosur zur Vermeidung eines völligen Abdriftens Südamerikas in den Wirtschaftsraum Chinas. Die EU sollte gemeinsame Strategien gegenüber dem Aufstieg Chinas entwerfen und versuchen zu vermeiden, dass einzelne Mitgliedsstaaten im Wettlauf um chinesische Investitionen in den Bereichen Sicherheit, Menschenrechte und Handelsregelungen in eine Abwärtsspirale fallen. Als Peking zu einem Beitritt zur Asian Infrastructure Investment Bank einlud, hätte die EU ihren Beitritt gemeinsam verhandeln sollen. Dies hätte der EU einen größeren Verhandlungsspielraum gewährt. Es ist zu erwarten, dass die EU-Mitgliedsstaaten auch in Zukunft mit ähnlichen Situationen konfrontiert sein werden.

KERNPUNKTE:

- ▶ In Zukunft können globale Herausforderung nur mehr unter Berücksichtigung Chinas erfolgreich bewältigt werden.
- ▶ Die aufstrebenden Mächte – unter der Führung Chinas – versuchen eine „Parallelordnung“ aufzubauen, welche die traditionellen internationalen Institutionen ergänzen soll.
- ▶ Der Trend chinesischer Außenpolitik zum Aufbau neuer internationaler Institutionen wird durch die US-Politik unter Präsident Trump noch weiter verstärkt.
- ▶ China und andere aufstrebende Mächte können in Fragen des Klimawandels, der Sicherheit sowie bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten etc. eine konstruktive Rolle spielen.
- ▶ Die Bereiche Demokratie und Menschenrechte sind für China und andere aufstrebende Länder jedoch nicht prioritär.
- ▶ Die EU sollte eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber Peking formulieren, um die eigenen Interessen besser wahren zu können.

KEY MESSAGES:

- ▶ In the future, global challenges will have to be resolved together with China.
- ▶ The rising powers, led by China, are trying to establish a “parallel order” to enhance the existing institutions.
- ▶ Trump’s foreign policy gives China further impetus to establish its own institutional framework.
- ▶ China and other rising powers can play a constructive role in tackling issues such as climate change, security policy or infrastructure.
- ▶ Democracy and human rights are no priorities for China and the other rising powers.
- ▶ The EU should develop a joint approach towards China in order to better protect its interests.



WANDEL IN DER AUSSENPOLITISCHEN DOKTRIN DER USA

Hal Brands

Seit 70 Jahren wird die US-Außenpolitik, wenn auch nur implizit, von einer Doktrin bestimmt, die als „Spiderman-Doktrin“ bezeichnet werden kann. Die Grundidee dieser Doktrin kommt im ersten Spider-Man Film aus dem Jahr 2002 zum Ausdruck: „Mit großer Macht kommt große Verantwortung“. Diese Doktrin war der Schlüssel zum US-amerikanischen Aufstieg im Rahmen des internationalen Systems. Die US-amerikanischen Part-

ner waren bereit, die enorme Macht der USA zu akzeptieren, weil sie glaubten, dass die USA diese Macht im Normalfall verantwortungsvoll einsetzen werden. Heute scheint die Trump-Administration dieses stillschweigende Übereinkommen zu brechen. Dies wird zu einem zentralen Problem US-amerikanischer Politik, nicht nur im Jahr 2018, sondern auch darüber hinaus.

Macht in den internationalen Beziehungen 2018

Große Macht wird in internationalen Beziehungen nur allzu oft als bedrohlich empfunden. Der Grund dafür liegt in der grundsätzlichen Möglichkeit, diese Macht zum Schaden der anderen auszuüben. Die Theorie einer „Balance of Power“ besagt, dass sich Staaten gegen Machtungleichgewichte im System der internationalen Beziehungen verbünden würden, um starke Machtkonzentration auszugleichen und die Gefahren, die solche Machtkonzentrationen mit sich bringen, abzumildern. Die USA haben es jedoch geschafft, diese Tendenz zu vermeiden und sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges (jedenfalls seit dem Zerfall der Sowjetunion) der mächtigste Akteur in den internationalen Beziehungen. Die meisten Staaten in- und außerhalb Europas haben sich mit der Führungsrolle der USA abgefunden. Der Historiker Geir Lundestad merkte an, dass sich die USA nach 1945 ein Imperium errichteten, allerdings ein „Imperium auf Einladung“.

Globale Legitimität der USA

Die globale Legitimität der Machtausübung durch die USA hat mehrere Gründe. Während des Kalten Krieges überzeugte die Gegenwart sowjetischer Bedrohung viele Nationen davon, dass die Alternative zur US-Hegemonie als massiv negativ empfunden wurde. Die Tatsache, dass die USA eine Demokratie sind, machte die Machtausübung durch die USA weniger bedrohlich als jene durch einen autoritären Staat. Vor allem aber haben die USA aufzuzeigen versucht, dass sie ihre enorme Macht konstruktiv ausüben können. Wie Gilford John Ikenberry erklärte, schuf Washington Allianzen und Institutionen internationaler Beziehungen, welche die USA an ihre Partner banden und die Verbündeten über die US-amerikanischen Absich-

ten grundsätzlich unterrichteten. Die USA bauten sich auf diese Weise einen Ruf einer zuverlässigen und in ihrer außenpolitischen Ausrichtung beständigen Hegemonialmacht auf. Ebenso waren sie führend an der Bewältigung wichtigster globaler Probleme beteiligt. Im Großen und Ganzen gelang es den USA, eine stabile und weitgehend positive globale Ordnung aufzubauen, welche die Sicherheit und den Wohlstand der USA durch Förderung der Sicherheit und des Wohlstands anderer Staaten gewährleistet.

Abweichung von der außenpolitischen Tradition der USA

Freilich gab es auch Situationen, in denen diese Tradition mehr missachtet als bedient wurde. Viele US-amerikanische Verbündete betrachteten den Krieg in Vietnam als ungerecht und unüberlegt. Auch der Irak-Krieg 2003 wurde als ein solcher Fall gesehen, in dem nach John Gaddis Formulierung „große Macht ohne große Verantwortung ausgeübt wurde“. Dennoch bestätigten diese Ausnahmen die Regel. Diese Ereignisse waren deswegen dermaßen alarmierend, weil sie den Eindruck erweckten, dass die Supermacht USA von ihrer Tradition einer nüchternen und konstruktiven Außenpolitik abweichen. Dies ist der gleiche Punkt, der auch Donald Trumps Politik so beunruhigend macht: Der Präsident hat bislang zahlreiche Schritte gesetzt, die ernste Zweifel am Bestand der „Spiderman-Doktrin“ aufkommen lässt.

Die asiatische Wende

Die US-amerikanische Administration verfolgt eine äußerst provokative Politik gegenüber Nordkorea, wodurch sich die ohnehin schon gefährliche Situation weiter zuspitzte. Dieses Verhalten bewog einige Beobachter zur Feststellung, dass Washington nunmehr beinahe genauso unberechenbar gewor-

den ist wie Pjöngjang. Trump scheint den Druck auf Nordkorea in der Hoffnung auf Pjöngjangs Rückzug erhöhen zu wollen. Gleichzeitig erhöht sich dadurch aber das Risiko einer Fehlkalkulation. Die USA könnten in eine diplomatische Falle tappen, in der es zwischen katastrophaler Eskalation und dem erniedrigenden Eingeständnis, dass Trumps militärische Drohungen unbegründet waren, zu wählen gelte. In ähnlicher Weise hat Trump den Atomdeal mit dem Iran untergraben. Er hat dies entgegen den Warnungen getan, dass das Ausscheiden der USA aus dem Atomdeal eine erneute nukleare Krise im Persischen Golf provozieren könnte und es erschweren würde, den regionalen Expansionsbestrebungen des Irans entgegen zu wirken.

In Bezug auf die internationale Diplomatie forderte Trump globale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des dschihadistischen Terrorismus und der Eindämmung Nordkoreas. Dennoch hat er die multilaterale Diplomatie aufgegeben, so u.a. in Bezug auf die Bekämpfung des globalen Klimawandels sowie durch den Rückzug aus dem Transpazifischen Handelsabkommen. Gegenüber den US-amerikanischen Verbündeten scheint Trump oft entschlossen zu sein, die Glaubwürdigkeit von US-amerikanischen Garantien zu schwächen, wie er sich bspw. zunächst weigerte, die NATO-Garantie nach Artikel 5 zu bestätigen.

America First

Die von Trump verkündete „America First“-Doktrin gründet auf einer eng nationalistischen Sicht der US-amerikanischen nationalen Interessen. Die Nachkriegsdiplomatie der USA war niemals altruistisch, dennoch gründete sie auf der Idee, dass die USA durch die internationale Politik des positiven Summenspiels („Win-win-Situationen“) insgesamt gewinnen. Im Gegensatz dazu vertritt Trump

einen Nullsummenspiel-Ansatz, bei dem der Gewinn für die anderen automatisch den Verlust für die USA bedeutet. „Wir haben andere Länder reich gemacht, während der Reichtum, die Stärke und das Vertrauen unseres Landes hinter dem Horizont verschwanden“, stellte Donald Trump in seiner Antrittsrede fest. Aus diesem Grund hat Amerika nunmehr eine rücksichtslosere Diplomatie zu verfolgen.

Erosion der bisherigen Rolle der Supermacht USA

Trump's Politik hat hierdurch den Eindruck einer Supermacht erweckt, die sich rücksichtslos verhält, bei zentralen Fragen von globaler Bedeutung nicht mehr zu führen bereit ist und die nationalen Interessen zunehmend exklusiv und nicht mehr integrativ versteht. Die Gefahren dieses Außenpolitikverständnisses sind tiefgreifend. Trumps Politik wird die Lösung transnationaler Probleme erschweren, das Eskalationspotential bereits belasteter Beziehungen erhöhen sowie wichtige US-amerikanische Allianzen und Partnerschaften schwächen. Mehr noch wird dieses Verhalten die Auffassung untergraben, wonach die USA grundsätzlich eine weitgehend positive und stabilisierende globale Rolle spielen, das heißt, die USA ihre Macht verantwortungsvoll einsetzen.

Diese Haltung wird nicht über Nacht verschwinden. Washington hat in dieser Hinsicht im Laufe der Jahrzehnte große Glaubwürdigkeit aufgebaut, und die meisten US-amerikanischen Partner scheinen darauf zu vertrauen, dass sich die Politik der USA nach der Präsidentschaft Trumps „normalisieren“ wird. Sollte allerdings Donald Trump weiterhin eine Außenpolitik verfolgen, welche die „Spiderman-Doktrin“ missachtet, laufen die USA Gefahr, als eine weniger vertrauenswürdige, mehr noch, als potenziell gefährliche Supermacht ange-

sehen zu werden, die es nach Möglichkeit einzudämmen gilt. Die Beziehungen zwischen den USA und Russland werden auch 2018 konfliktanfällig bleiben, und das Verhältnis zur EU wird deutlich abkühlen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die internationale Politik der USA eines positiven Summenspiels weicht zunehmend einem Ansatz des Nullsummenspiels.
- ▶ Die Außenpolitik unter US-Präsident Trump ist nicht konsistent. Sie funktioniert lediglich im Einzelfall, dies bestätigt jedoch die Abkehr vom Multilateralismus.
- ▶ Transnationale Probleme werden unter US-Präsident Trump schwerer gelöst, wodurch sich das Eskalationspotential von bereits belasteten Beziehung deutlich erhöht. Wichtige Allianzen und Partnerschaften werden dadurch 2018 geschwächt.
- ▶ Die weltweite stabilisierende Rolle der USA nimmt 2018 weiter ab, und das entstandene Machtvakuum wird allen voran durch China gefüllt.
- ▶ Die Beziehungen zwischen den USA und Russland werden 2018 konfliktanfällig bleiben. Auch das Verhältnis zur EU wird deutlich abkühlen.

KEY MESSAGES:

- ▶ US diplomacy is increasingly transitioning from a “win-win” approach to a zero-sum logic.
- ▶ US foreign policy under President Trump is not consistent; it only works from time to time – confirming the transition away from multilateralism.
- ▶ Transnational problems have little hope of being solved under President Trump, which heightens the potential for escalation of existing diplomatic tensions. Important partnerships and alliances will continue to deteriorate in 2018.
- ▶ The global stabilizing function of the United States will continue to shrink in 2018, with China moving to fill that power vacuum.
- ▶ Relations between Russia and the US will remain tense in 2018. America’s relationship with the EU will get frostier, too.



DIE ROLLE DER USA IN DER WELT 2018

Walter Russell Mead und George E. Bogden

In einem wahrscheinlich turbulenten Jahr 2018 wird laut Trump-Administration die „indo-pazifische Region“ im Zentrum der US-amerikanischen Aufmerksamkeit stehen. In dieser Region sind die wichtigen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der USA nicht immer deckungsgleich. Aus diesem Grund werden die USA bemüht sein, die Balance zwischen der Sorge um den Aufstieg Chinas, der Bedrohung durch Nordkorea, komplexen Handelsfragen und der Notwendigkeit einer breiten internationalen Koalition zu halten. Die Beziehungen zwischen den USA und Russland sowie zwischen den USA und der EU dürften weiterhin durch diplomatische Pattsituationen geprägt sein.

Die US-amerikanische Politik gegenüber China hat sich seit 1990 intensiv entwickelt. Mit dem Ende des Kalten Krieges versuchten die Präsidenten George H. W. Bush und Bill Clinton China in eine liberale ostasiatische Ordnung einzubinden, die auf Freihandel und der Verbreitung westlicher politischer Normen fußen sollte. In zunehmendem Maße sind die USA der Überzeugung, dass diese

Hoffnungen enttäuscht wurden. Nunmehr versucht Washington, Chinas wachsenden Einfluss in Ostasien einzudämmen. Dieser Politikwechsel wurde in der Regierungszeit Barack Obamas mit seiner „Pazifischen Wende“ deutlich. Dies war zu einem erheblichen Teil der nach 2012 aggressiver gewordenen chinesischen Regionalpolitik geschuldet.

Die Beziehungen zwischen den USA und Indien

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Indien war ein wesentliches Element der Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik nach Asien. In seiner Rede im Oktober 2017 unmittelbar vor der ersten Reise nach Neu-Delhi wies US-Außenminister Rex Tillerson auf gemeinsame Interesse und Kooperationen hin, die die USA und Indien miteinander verbinden. Zugleich merkte er in Bezug auf China an: „Während der Aufstieg Chinas parallel zum Aufstieg Indiens erfolgte, hat sich China weniger verantwortungsbewusst verhalten und die internationale, auf Regeln basierende Ordnung untergraben.“ Tillerson hob dabei Pekings Verletzungen des internationalen Rechts und der herrschenden Normen hervor. Mit diesen Bemerkungen äußerte der Chefdiplomat der Trump-Administration am Vorabend des chinesischen Parteitages herbe Kritik an Pekings Führung.

Die erneuerte Allianz mit Japan

Auf eine ähnliche Weise versucht die Trump-Administration ihre Japan-Politik auf der Grundlage gemeinsamer Anliegen und Bedrohungen aufzubauen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Japan in der ostasiatischen Sicherheit eine zunehmend wichtige Rolle übernommen. Chinas offensichtlicher Drang nach regionaler Hegemonie und die unvorhersehbare und unkontrollierbare Politik Nordkoreas bestimmen die japanischen Sicherheitsbedenken. Infolgedessen strebt Tokio eine enge Zusammenarbeit mit Washington an, und zwar unabhängig davon, wer die US-Präsidentschaft innehat. Der japanische Premierminister Shinzo Abe machte dies mit seinen Versuchen, eine starke persönliche Beziehung zum US-Präsidenten Donald Trump aufzubauen, deutlich.

Das Verhältnis zu Nordkorea

Die Nordkorea-Frage wird das US-amerikanische Engagement in der Region weiterhin bestimmen. Einerseits ist die Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms für die Sicherheit Japans und der Region von entscheidender Bedeutung, und die USA können die Bedenken ihrer Verbündeten wie Japan und Südkorea in einer derart drängenden Frage nicht einfach ignorieren. Andererseits beruhen die Hoffnungen auf Fortschritte bei der Lösung der Nordkorea-Krise größtenteils auf der Fähigkeit Washingtons, Peking zu einer aktiveren Rolle im Rahmen der Krisenlösung zu bewegen. An dieser Stelle offenbart sich das Dilemma: Es ist nur schwer möglich, China gleichzeitig einzudämmen und einzubinden.

Einfluss der US-amerikanischen Innenpolitik

Die Innenpolitik wird zweifelsohne Einfluss auf das US-amerikanische Vorgehen in der Region ausüben. US-Präsident Trump wurde nicht zuletzt aufgrund seiner freihandelskritischen Einstellung gewählt. Zudem hegt er ernste Bedenken gegen seiner Ansicht nach „schlechte Handelsabkommen“ seit den 1970er Jahren. Die asiatischen Verbündeten der USA jedoch sehen einen besseren Zugang zu den US-amerikanischen Märkten für ihre Interessen als zentral an. China würde sicherlich von den USA gewisse Handelsverpflichtungen im Austausch für eine uneingeschränkte Zusammenarbeit in der Nordkorea-Frage einfordern. Die US-Regierung wird die außenpolitischen Zielsetzungen mit den Forderungen ihrer Wähler in Einklang bringen müssen. Gleichzeitig machen die Wünsche eines großen Teils der US-Amerikaner nach einer weniger engagierten und weniger globalen Außenpolitik die Lage noch komplizierter. Nachdem 2018 Kongresswahlen stattfinden, kann angesichts der polarisierenden und unkonventionellen Art der Trump-Präsidentschaft

angenommen werden, dass sich die US-amerikanische Innenpolitik bedeutend auf außenpolitische Entscheidungen auswirken wird.

Die Beziehungen zwischen den USA und Russland

In den Beziehungen zwischen Washington und Moskau ist 2018 kein Durchbruch zu erwarten, trotz früher Anzeichen einer Détente, die ein außenpolitisches Kernstück des Trump-Wahlkampfs bildete. Zunehmende Kontroversen über die Frage nach der mutmaßlichen Einmischung Russlands in die US-amerikanische Innenpolitik sowie die laufenden Untersuchungen über die möglichen Verbindungen Russlands zur republikanischen Wahlkampagne dienen als Quelle ständiger Irritationen. Donald Trumps ehrgeizige Pläne zur Etablierung einer US-amerika-

nischen Energie-Dominanz in Europa, so insbesondere die Bemühungen die Exporte des Flüssiggases nach Osteuropa zu verdoppeln, lassen vermuten, dass der gegenwärtige geoökonomische und geopolitische Wettbewerb anhalten wird.

Die Beziehungen zwischen den USA und der EU

Die US-amerikanische Unterstützung für die integrativen Bestrebungen der EU wird 2018 schwach bleiben. Die Trump-Administration hat oftmals Kritik an der EU-Politik in den Bereichen Handel, Migration und Verteidigung geäußert. Die Trump-Administration hat auch den internationalen EU-Initiativen gegenüber – sei es in der Ukraine oder anderenorts – nur selten zugestimmt. Dieser Trend wird 2018 stabil bleiben.

KERNPUNKTE:

- ▶ **US-Präsident Trump will mithilfe verstärkter Verbindungen nach Tokio und Neu-Delhi Chinas Hegemonie im Indo-Pazifik entgegenreten.**
- ▶ **Während die Konfrontation mit China immer deutlicher wird, muss die Trump-Administration die Bedenken wichtiger Alliierten in der Region im Auge behalten.**
- ▶ **Wirtschaftliche Ängste der US-amerikanischen Wählerschaft werden Trumps Anti-Freihandelseinstellung festigen.**
- ▶ **Die russisch-amerikanischen Beziehungen werden weiter festgefahren bleiben, da das Misstrauen gegenüber Russland aufgrund der vermutlichen Einmischungen in die US-amerikanische Präsidentschaftswahl täglich wächst.**
- ▶ **Die Trump-Administration wird EU-Initiativen in Sachen Migration oder Wirtschaft weiter skeptisch gegenüberstehen.**

KEY MESSAGES:

- ▶ **President Trump has decided to confront China through a renewed initiative to strengthen ties with India and Japan, prioritizing security concerns over previous disputes.**
- ▶ **As competition with China heats up, American diplomacy must take the sentiments of allies into account.**
- ▶ **Domestic economic anxieties of the American electorate will continue to drive the new administration's anti-free trade public message.**
- ▶ **U.S.-Russian relations will likely remain stalled until there is a resolution to accusations concerning Moscow's involvement in the last American election.**
- ▶ **The Trump administration will remain apprehensive about supporting EU policies aimed at resolving immigration and economic issues on the continent.**



DIE GLOBALE ROLLE RUSSLANDS 2018

Fyodor Lukyanov

Im Jahr 2018 steht Russland vor der schwierigen Aufgabe, den Grundstein für die innere Transformation des politischen Systems bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung außenpolitischer Erfolge zu legen. Die Haupttrends russischer Politik bewegen sich dabei zwischen der Sicherung der Legitimität der Präsidentschaftswahlen sowie der beginnenden Transformation des politischen Systems als den innenpolitischen Hauptzielsetzungen für das Jahr 2018 und den zahlreichen außenpolitischen Herausforderungen, von den

konfliktbeladenen Beziehungen zu den USA über die schwierige diplomatisch-militärische Situation im Nahen Osten bis hin zum russisch-chinesischen Verhältnis.

Die innenpolitische Transformation

Obwohl das politische System Russlands für die politische Führung des Landes in hohem Maße lenkbar bleibt, bewegt sich Russland im gleichen politischen Kontext wie anderen Staaten. Es hat mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen wie Staaten mit langer Demokratietradition. Vor diesem

Hintergrund ist die wachsende Nervosität vor einer Anti-Establishment-Stimmung bei den kommenden Präsidentschaftswahlen deutlich zu beobachten.

Objektiv betrachtet braucht Vladimir Putin keine Konkurrenz zu fürchten. (Warum dies der Fall ist und wie es dazu kam, steht freilich auf einem anderen Blatt). Im Normalfall würde diese Situation ausschließlich Vorteile mit sich bringen, nicht aber im konkreten Fall. Die kommenden Präsidentschaftswahlen unterscheiden sich von den anderen dadurch, dass sie grundsätzlich die letzte Amtszeit Vladimir Putins einläuten. Die Hauptaufgabe Putins für die nächsten sechs Jahre wird in der Vorbereitung einer friedlichen Machtübergabe bestehen. Im Falle Russlands handelt es sich dabei nicht nur um die Suche nach einem geeigneten Nachfolger, sondern um die Transformation des gesamten politischen Systems, da das gegenwärtige politische Modell ausschließlich auf die Person Vladimir Putins zugeschnitten ist.

Die Wahl des Transformationsweges bleibt bislang unklar. Die meisten Beobachter russischer Innenpolitik sind sich aber in einem Punkt einig: Vladimir Putin wartet mit der endgültigen Entscheidung möglichst lange und lässt sich bis zum Schluss mehrere Handlungsoptionen offen. Die Frage der Transformation des politischen Systems ist mit der Frage nach der globalen Rolle Russlands eng verknüpft. Der Grund dafür liegt darin, dass das globale Agieren Russlands letztlich auf das Verhalten des Staatsoberhaupts zurückgeführt wird. So wird die Veränderung der Rolle Vladimir Putins im Rahmen des politischen Systems eine Veränderung des politischen Systems und des außenpolitischen Verhaltens Russlands zur Folge haben. Die innenpolitischen Hauptaufgaben des Jahres 2018 bestehen jedenfalls in der Gewährleistung einer möglichst hohen Legitimität der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den Augen der Bevöl-

kerung und im Beginn eines schrittweisen Transformationsprozesses. Vor diesem Hintergrund sind 2018 keine radikalen Veränderungen der außenpolitischen Zielsetzungen zu erwarten, denn die Aufrechterhaltung eines stabilen, vorhersehbaren außenpolitischen Umfeldes ist für eine erfolgreiche innere Transformation überaus vorteilhaft.

Die Beziehungen zu den USA

Die ideologisch-politische Konfrontation zwischen Russland und den USA wird 2018 deutlich intensiver. Der Grund dafür liegt in den innenpolitischen Grabenkämpfen in den USA selbst und der Russland-Frage als einem der Hauptinstrumente darin. Unabhängig von den tatsächlichen Ergebnissen der FBI-Untersuchung zur Frage der Verbindungen Donald Trumps nach Russland wird dieser Verdacht allein Einfluss auf die Zwischenwahlen zum Kongress ausüben. Vor diesem Hintergrund ist eine Verbesserung der russisch-amerikanischen Beziehungen nicht zu erwarten. Angesichts der eindeutig feindseligen Stimmung des Kongresses Russland gegenüber hat die Trump-Administration keine Möglichkeit, eine klare, positive Vision für die zukünftigen Beziehungen zwischen den USA und Russland zu entwickeln. Freilich bleiben intensive Kontakte zwischen den USA und Russland im Kontext der Syrien- und der Ukraine-Krise aufrecht; diese Kontakte zielen dabei aber lediglich auf eine Verminderung der Eskalationsrisiken ab. Gerade Gespräche zur Minimierung von Eskalationsrisiken tragen jedoch zur Vorhersehbarkeit des wechselseitigen Handelns entscheidend bei und verhindern eine direkte Konfrontation. Dies ganz unabhängig von offizieller Rhetorik.

Die Beziehungen zur EU

Die EU bleibt auch 2018 ungeachtet der Sanktionen der wichtigste Handelspartner Russlands.

Allerdings besteht auf der politischen Ebene nur wenig Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen. Das Hauptproblem besteht dabei weniger im Ukrainekonflikt, dessen Lösung nach wie vor weit entfernt zu sein scheint, sondern vielmehr darin, dass die EU eine komplexe innere Transformation durchlebt, die zentralen EU-Staaten mit ernststen inneren Problemen konfrontiert sind und die Beziehung zum wichtigsten Partner, den USA, sich in einer tiefen Krise befindet. Angesichts dieser Entwicklungen kann ein Neuanfang der Beziehungen zu Russland nicht ernsthaft erwartet werden. Ein solcher Neuanfang ist lediglich unter der Voraussetzung der Überwindung unionseuropäischer Krisen und einer innereuropäischen Konsolidierung denkbar.

Die Lage im Nahen Osten

Die Situation im Nahen Osten bleibt auch 2018 im Fokus russischer Außenpolitik. Russland gelang es innerhalb nur weniger Jahre, in dieser Region zur einflussreichsten raumfremden Macht aufzusteigen. Die wachsende Rolle Russlands im Nahen Osten im Allgemeinen und im Syrienkonflikt im Speziellen weckte das Interesse der zentralen regionalen Akteure – der Türkei, Ägyptens, Israels, Saudi-Arabien und anderer Monarchien des Persischen Golfes sowie nicht zuletzt des Irans – am russischen diplomatisch-militärischen Konfliktlösungspotenzial. Während die Politik der USA in der Region weiterhin unklar bleibt und die EU als eigenständiger Akteur in der Region gänzlich fehlt, unternimmt Russland den Versuch, den nahöstlichen Konfliktknoten mit Syrien in seinem Zentrum unter Beteiligung zentraler regionaler Akteure, aber ohne aktive Beteiligung anderer raumfremder Mächte zu lösen. Dieser Konfliktlösungsprozess wird durch die wachsenden Spannungen zwischen den regionalen Akteuren erschwert. So nimmt die Beziehung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien

bedrohliche Züge an. Nicht zu vergessen ist dabei auch das beginnende harte Vorgehen Israels gegen den wachsenden Einfluss des Irans. Russland besitzt allerdings einen entscheidenden Vorteil gegenüber anderen raumfremden Mächten: Es unterhält als einziger Staat gute Arbeitsbeziehungen zu allen wichtigen regionalen Akteuren. Das Halten der Balance zwischen unterschiedlichen Akteuren wird aber immer schwieriger. Das Jahr 2018 erlangt solcherart eine wegweisende Bedeutung für die russische Diplomatie, insbesondere angesichts möglicher Folgen des konfliktären Verhältnisses zu den USA.

Die Beziehungen zu China

Die Beziehung zu China und die Hinwendung Russlands zur asiatisch-pazifischen Region wird auch 2018 zu den zentralen Prioritäten russischer Außenpolitik zählen. Nach der Phase anfänglicher Euphorie wird dieser Prozess langsamer, aber auch nachhaltiger und zunehmend unumkehrbar. Die Reorientierung Russlands in Richtung Pazifik und die Wahl einer ausbalancierten Position zwischen Europa und Asien erfolgt aus objektiven wie auch aus subjektiven Gründen. Zu den objektiven Gründen zählt die Notwendigkeit, nachhaltige Beziehungen zu einer Weltregion aufzubauen, die sich im Vergleich zu anderen Regionen am schnellsten entwickelt. Zu den subjektiven Gründen zählt dagegen die Beziehungskrise im Verhältnis zur EU. In China vollzieht sich gerade eine Transformation des politischen Systems. Alles deutet auf die Abkehr vom ursprünglichen Modell des unbedingten Wechsels an der Staatsspitze hin. Zugleich begegnet China zahlreichen Herausforderungen in seinem gesamten Umfeld. Derzeit ist Russland de facto Chinas einziger Nachbarstaat, der keine Angst vor Chinas Aufstieg zeigt und keine Containment-Politik China gegenüber zu verfolgen trachtet. Dies wird das Interesse Pekings am Ausbau

der Beziehungen zu Russland stärken und Moskau die Möglichkeit gewähren, seine Beziehungen zu anderen Staaten der asiatisch-pazifischen Region auszubauen. Die Beteiligung an der Lösung der Nordkorea-Krise könnte sich 2018 für Russland dabei als ein wichtiges diplomatisches Asset erweisen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die Präsidentschaftskampagne im Frühjahr 2018 erfolgt ohne reale politische Konkurrenz, allerdings mit der klaren Zielsetzung, unangefochtene Legitimität der Präsidentschaftswahlen für die beginnende Transformation des politischen Systems zu sichern.
- ▶ Die Beziehung zu den USA wird zunehmend konfliktärer und durch gegenseitige Sanktionen sowie diplomatische Krisen gekennzeichnet sein.
- ▶ Angesichts der gegenwärtigen Krise der EU kann ein Neuanfang der Beziehungen zu Russland nicht ernsthaft erwartet werden. Ein solcher wäre lediglich unter der Voraussetzung der Überwindung der EU-Krise und einer innereuropäischen Konsolidierung denkbar.
- ▶ Eine diplomatische Lösung der Konflikte im Nahen Osten unter Beteiligung verschiedener Akteure bleibt im Fokus russischer Außenpolitik. Die Option eines weiteren militärischen Einsatzes wird aber weiterhin offen gehalten.
- ▶ Die Beziehungen zu China und zu anderen Staaten der asiatisch-pazifischen Region werden zu den zentralen Prioritäten in der russischen Außenpolitik zählen. Eine neue Periode russisch-chinesischer Beziehungen beginnt vor dem Hintergrund innenpolitischer Veränderungen Chinas und einer schrittweisen Zunahme zwischenstaatlicher Spannungen in der Region.

KEY MESSAGES:

- ▶ In early 2018 the presidential election campaign will be conducted without real political competition, but with the aim to secure the irrefutable legitimacy to begin the transformation of the political system in Russia.
- ▶ The relationship with the United States will grow increasingly tense, marked by diplomatic crises and mutual sanctions.
- ▶ The current state of the EU makes a fresh start with Russia highly unlikely; the EU must first surmount its internal tensions and consolidate politically before any such restart could see the light of day.
- ▶ A diplomatic solution to the conflict in the Near East, involving various other actors, remains Russia's foreign policy objective. However, the option of further military involvement remains on the table.
- ▶ Russia's relationship with China and the Asia-Pacific region will become more prominent in its foreign policy. A new period of Sino-Russian relations is dawning in the context of political transformation in China and rising tensions in the region.



EINFLUSSNAHME CHINAS AUF EUROPA 2018

Gerd Kaminski

Unter dem Leitgedanken des Chinesischen Traums und der nationalen Renaissance fokussiert die Volksrepublik China 2018 stärker auf das „neue normale“ Wirtschaftswachstum und die gesellschaftliche Stabilität im Inneren. Außenpolitisch weicht China unter Xi Jinping weitgehend von Deng Xiaopings Kurs des niedrigen Profils ab und tritt selbstbewusster bzw. stärker auf der Weltbühne auf.

Innovation und Globalisierung

In seiner Rede auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 betonte Xi Jinping die Bekämpfung der Kluft zwischen Osten und Westen, zwischen Stadt und

Land sowie die Verbesserung der Lebenszustände der Bevölkerung als wichtigen Beitrag zur Bewahrung der inneren Stabilität. Dies soll u.a. durch eine Umstrukturierung von arbeitsintensiver zu innovativer Industrie (IT, Umwelttechnologie usw.) und durch Zusammenarbeit mit dem Ausland erfolgen. Von weltweiter Bedeutung ist die Initiative „One Belt, One Road“ (OBOR), die China enger mit Eurasien und Afrika verbinden soll. Im Gegensatz zu den Handelsbeschränkungen der USA betont China den „freien Fluss der wirtschaftlichen Kräfte und die tiefgreifende Integration der Märkte“, wobei es als Verteidiger des freien Handels die Rolle des First-Players anstreben wird. Chinesische Wissenschaftler sprechen von einer Verwandlung der „Chinized Globalization“ zu einer „Globalized Chinization“.

Modernisierung des Militärs

Im militärischen Bereich wird Xi Jinping im Vergleich zu seinen Vorgängern einen kantigeren Kurs verfolgen. Für ihn geht die Wiedergeburt der chinesischen Nation mit der Stärkung der Streitkräfte Hand in Hand. In diesem Sinne wird China, wenn es um chinesische Souveränität und Sicherheit geht, auch in Zukunft nicht vor militärischen Fast-Zusammenstößen zurückschrecken und seine Flotten und Luftstreitkräfte weiter ausbauen. Ein verstärktes Schwergewicht wird auch der strategischen Bedeutung der IT- und Cybertechnologie zugemessen: „Die Wirkung einer Atombombe kann sich nicht mit der eines Hackers messen.“ So wird China seinen Wettstreit mit anderen Großmächten um die führende Rolle im Cyberspace 2018 fortsetzen. Laut Xi müssen zivile und militärische Sektoren ineinander integriert werden und Chinas Streitkräfte bis 2050 Weltniveau erreichen, damit gleichberechtigte Großmachtbeziehungen mit den USA gewährleistet werden.

Chinas Anspruch auf globalen Einfluss

Seit dem Beginn der Ära Xi zeigt China offen seinen Anspruch auf Mitentscheidung oder sogar Führung bei globalen Problemen. Dieser wurde auf dem 19. Parteitag noch gesteigert, als Xi erklärte, dass China näher in das Zentrum der Weltbühne rücken werde. Neben OBOR und Chinas Strategie, die G20 in einen dauerhaften Governance-Mechanismus zu verwandeln, wird China stärker auf regionale und globale Kooperationen fokussieren. Laut dem Rundschreiben der Chinese Association for International Understanding (Vorfeldorganisation des Zentralkomitees) von 2017 sucht China seinen Anteil an der Global Governance durch Organisationen wie den China-UN Peace and Development Fund, den China South-South Cooperation Fund on Climate Change, die

Asian Infrastructure Investment Bank, die Shanghai Cooperation Organisation, die BRICS-Staatengruppe (mit Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die China-EU Connectivity Platform und die „16+1“-Initiative mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas zu festigen. Darüber hinaus beteiligt sich China mehr an den UN-Friedenstruppen in Afrika und Zentralasien, und es eröffnete 2017 in Dschibuti seine erste Militärbasis im Ausland. All dies muss auch im Kontext der wirtschaftlichen Interessen Chinas betrachtet werden.

Machtkonzentration von Xi Jinping

Durch eine intensive Antikorruptionskampagne, die Wiederbelebung der kommunistischen Ideologie und eine verstärkte Meinungskontrolle wurde Xis Macht in der Partei und im Land enorm gefestigt. Angesichts interner und externer Herausforderungen wird China unter Xi von der kollektiven Führung zu einer einzigen durchsetzungsfähigen Spitze übergehen. Am Parteitag wurde Xi mit seinen Gedanken über eine neue Ära des chinesischen Sozialismus neben Mao und Deng gestellt und seine Autorität in überragendem Ausmaß gestärkt.

Auswirkungen auf Europa

Chinas Förderung der technischen Innovationen und Auslandsinvestitionen bietet Europa einerseits neue Kooperationsmöglichkeiten, andererseits wächst dadurch die chinesische Konkurrenz. Mit Initiativen wie OBOR und „16+1“ wird China seine Investitionen in zentral- und osteuropäischen Staaten erhöhen und dadurch seine geopolitische Einflussnahme ausbauen. Österreichs geopolitische und wirtschaftliche Interessen sind ebenfalls dort angesiedelt.

Für Österreich eröffnet sich v.a. die Chance, im Sinne der chinesischen Investitionen in Infrastruktur als Verkehrsdrehscheibe zu dienen. China wird

2018 weiter in die Direktzugverbindung von der chinesischen Ostküste über Russland und Belarus nach Wien investieren. Der Balkankorridor vom Hafen Piräus (seit 2016 im Besitz der chinesischen Großreederei Cosco) über Serbien und Ungarn nach Österreich und Westeuropa wird ausgebaut. Im Bereich der Telekommunikation modernisiert z.B. Huawei die Netzinfrastruktur in Serbien. Da mehrere Balkanstaaten für einen EU-Beitritt anstehen, dürfte China mit seinen Investitionen potenzielle Partner gewinnen.

Im Bereich der Schwerpunkte des laufenden Fünfjahresplans wie Umweltschutz und Hochtechnologie hat Österreich viel zu bieten. Sichtbare Ergebnisse sind die Gründungen österreichischer Technologie- und Umwelt parks in Nanchang (Provinz Jiangsu) und Jieyang (Provinz Guangdong).

In Fragen des Freihandels und der globalen Sicherheit (z.B. Nordkorea- und Iranpolitik) dürften sich Europa und China künftig weiter annähern, um der Isolierungspolitik der USA entgegenzuwirken.

KERNPUNKTE:

- ▶ China ändert seine außenpolitische Position und zeigt sich bereit, mehr Einfluss auf die Welt zu nehmen. Dabei bedient es sich v.a. der „One Belt, One Road“-Initiative, um seine Rolle auf regionaler und globaler Ebene zu stärken.
- ▶ Zur Förderung des Wirtschaftswachstums wird China massiv in die Entwicklung innovativer Technologie investieren und dabei seine Kooperationen mit führenden Industriestaaten ausbauen. Aufgrund des Protektionismus der USA versucht China, sich als Advokat für Freihandel und Globalisierung zu inszenieren.
- ▶ Militärisch wird China künftig weiter aufrüsten, und es dürfte bei territorialen Konflikten mit Nachbarländern noch kantiger handeln.
- ▶ Xi Jinpings Autorität ist zementiert. Diese neue Machtkonzentration wird Chinas Innen- und Außenpolitik beeinflussen.
- ▶ Innenpolitisch rückt Xi von Maos Klassenkampf zugunsten eines Ausgleichs zwischen Küsten- und Inlandsprovinzen sowie zwischen dem Status quo und den Wohlstandserwartungen der Bevölkerung ab.

KEY MESSAGES:

- ▶ China is shifting its geopolitical position and looks ready to exert more influence on the world. Initiatives like “One Belt, One Road” serve to strengthen its role regionally and globally.
- ▶ To maintain its economic growth, China will invest massively in innovative technologies, and will thus extend its cooperation with leading industrial nations. The rise of protectionism in the United States allows China to become the primary advocate of free trade and globalization.
- ▶ Militarily, China will continue to grow. Regional disputes could see more aggressive responses from the Chinese armed forces.
- ▶ Xi Jinping’s authority is set in stone. The new power dynamic will have a marked impact on Chinese foreign and domestic policy.
- ▶ Domestically, Xi will move away from Mao’s class struggle to focus on reducing the sharp differences between coastal and inland China, and look to make the status quo reflect the prosperity expectations of a new generation of Chinese.

„WIR WERDEN IN ERSTER LINIE IN EUROPA UND DEN UMLIEGENDEN REGIONEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN UND UNS GLEICHZEITIG IN WEITER ENTFERNTEN GEBIETEN GEZIELT ENGAGIEREN. WIR WERDEN GLOBAL HANDELN, UM DIE URSACHEN VON KONFLIKTEN UND ARMUT ZU BEKÄMPFEN UND DIE UNTEILBARKEIT UND UNIVERSELLE GÜLTIGKEIT DER MENSCHENRECHTE ZU VERTEIDIGEN.“

(Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU)





ENTWICKLUNG RELEVANTER RÄUME IM EUROSTRATEGISCHEN UMFELD 2018



ENTWICKLUNGS- PERSPEKTIVEN AM WESTBALKAN 2018

Predrag Jureković

Die Westbalkanstaaten werden 2018 vor der Herausforderung stehen, ihre teilweise schlechten intraregionalen Beziehungen zu verbessern und innerstaatliche Krisen zu beenden. Eine proaktive EU-Integrationspolitik ist dafür ein Schlüsselfaktor. Neben Nationalismus und religiösem Extremismus entwickelt sich die Abwanderung von jungen Bürgern zu einem Konsolidierungsproblem. Die Präsenz der Friedenstruppen EUFOR und KFOR bleibt als Sicherheitsnetz auch 2018 notwendig.

Innerstaatliche Krisen – Überwindung oder Verlängerung?

Mehrere Westbalkanstaaten werden 2018 mit der Herausforderung konfrontiert sein, Auswege aus innenpolitischen Krisen zu finden bzw. sich als funktionsfähige demokratische Staaten zu konsolidieren. Gute Chancen dafür hat grundsätzlich Mazedonien.

Im Frühjahr 2017 war die Demokratie des Balkanstaates noch ernsthaft gefährdet. Nationalistische Hooligans attackierten sozialdemokratische und ethnisch albanische Abgeordnete im Parlament. Der Konflikt zwischen den beiden größten Parteien hatte sich gefährlich zugespitzt. Dass es zu keiner weiteren Konflikteskalation kam und eine betont pro-europäische Regierung in Mazedonien gebildet werden

konnte, ist den Vermittlungsbemühungen von EU und USA zu verdanken. Die Chancen, dass Mazedonien 2018 Fortschritte im Streit mit Athen um den Staatsnamen erzielt und nach Rückschritten wieder zu den anderen EU-Kandidatenländern aufschließt, könnten steigen – vorausgesetzt, es gibt dafür die notwendige Unterstützung durch die Union.

Die Folgen des von einem Teil der montenegrinischen Opposition heftig abgelehnten NATO-Beitritts werden in Montenegro auch 2018 stark spürbar sein. Teile der von Russland politisch beeinflussten Opposition fordern vorgezogene Parlamentswahlen, um ihren Parlamentsboykott zu beenden. Als nächste reguläre Wahl ist im Frühjahr 2018 die Wahl des Präsidenten vorgesehen. Sollte die Opposition daran mit eigenen Kandidaten teilnehmen, wird sie sehr wahrscheinlich die Präsidentschaftswahl zu einem Plebiszit über den bereits vollzogenen NATO-Beitritt umfunktionieren.

Permanente Sezessionsdrohungen des Präsidenten des Staatsteils Republika Srpska und das im Hinblick auf eine gesamtstaatliche Kooperation teilweise destruktive Verhalten von Spitzenpolitikern aus allen drei „konstitutiven Volksgruppen“ (Bosniaken, Kroaten und Serben) und in beiden Entitäten haben 2017 die nationalistische Grundstimmung in Bosnien und Herzegowina (BuH) verstärkt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend sich zumindest bis zur Abhaltung der gesamtstaatlichen Wahlen im Herbst 2018 fortsetzen wird. Die Wahlen stellen eine neue Chance für konstruktivere politische Kräfte in BuH dar, sich zu profilieren und die EU-Integrationsagenda im Interesse aller Bürger hervorzuheben. Verstreicht auch diese Chance auf einen politischen Neubeginn in BuH, könnte sich auf internationaler Seite die Notwendigkeit für den Einsatz politischer Eingriffsrechte („Bonn Powers“ des High Representative) erhöhen.

Mangelndes Vertrauen in den intraregionalen Beziehungen

Eine Konsolidierung des Westbalkans auf hohem Niveau erfordert konstruktive bilaterale Beziehungen zwischen allen Nachbarstaaten. Insbesondere in den Beziehungen zwischen Zagreb und Sarajevo (bosnjakische Seite), Zagreb und Belgrad sowie Belgrad und Skopje (Regierung Zaev) besteht diesbezüglich für 2018 ein hoher Verbesserungsbedarf. Große Fortschritte sind allerdings nicht zu erwarten. Ein Spezialfall stellt in den intraregionalen Beziehungen das Verhältnis zwischen Belgrad und Prishtina/Priština dar. Die mangelnde Vertrauensbasis im „politischen Dialog“ wird durch die Vermittlungstätigkeit der EU ausbalanciert. Der vom serbischen Präsidenten angekündigte „inner-serbische Dialog“ für eine „realistische Kosovoposition“ könnte 2018 möglicherweise Fortschritte im Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern bringen. Dadurch wären auch kooperative Beziehungen zwischen Belgrad und Tirana leichter möglich. Beeinflusst werden die intraregionalen Beziehungen auch durch die unterschiedlichen geopolitischen Einflüsse. Neben den „westlichen“ Akteuren EU, NATO und USA spielen Russland – im christlich-orthodoxen Bereich – und die Türkei – im muslimischen Bereich – eine wichtige Rolle.

Wirtschaftliche Entwicklung

Der seit 2015 feststellbare Trend des leichten wirtschaftlichen Aufschwungs wird am Westbalkan auch 2018 fortgesetzt werden. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von 2,6 bis 4 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit wird weiter leicht zurückgehen, bleibt aber mit einer Bandbreite von 14 Prozent (Serbien) bis 25,5 Prozent (Kosovo) für europäische Verhältnisse sehr hoch. Strukturel-

le Probleme – Deindustrialisierung und fehlende Investitionen – bleiben bestehen. Repräsentative Umfragen zeigen einen starken Auswanderungswunsch der jungen Bevölkerung.

Friedensoperationen

Die mit exekutiven Mandaten ausgestatteten und von Österreich maßgeblich unterstützten internationalen Friedenstruppen EUFOR ALTHEA in BuH und KFOR im Kosovo werden auch 2018 eine wichtige stabilisierende Rolle spielen. Angesichts der noch immer stark präsenten nationalistischen Politik in der Region stellt ihre Präsenz ein notwendiges Sicherheitsnetz dar.

Islamismus

Der von Muslimen am Westbalkan mehrheitlich sehr tolerant interpretierte Islam wird auch 2018 durch verschiedene Spielarten des politischen Is-

lams herausgefordert werden. Dazu tragen u. a. der stärker werdende Einfluss der Türkei und aus den Golfstaaten sowie nicht de-radikalisierte Rückkehrer aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens bei. Die EU kann mit substanzieller wirtschaftlicher Hilfestellung und der Unterstützung funktionaler und laizistischer staatlicher Strukturen in BuH und Kosovo positiv gegensteuern.

Migrationsentwicklung

Die weitgehende Schließung der „Balkanroute“ für Migranten aus Asien und dem Nahen Osten als Folge des EU-Türkei-Abkommens hat den Migrationsdruck seit März 2016 zwar signifikant verringert, der Westbalkan bleibt jedoch Durchzugsgebiet für illegale Formen der Migration. Daran wird sich aller Voraussicht nach auch 2018 nicht viel ändern. Neben der bisherigen Hauptroute über Mazedonien, Serbien und Kroatien könnte auch BuH als Alternativroute von Schleppern stärker benützt werden.

KERNPUNKTE:

- ▶ Eine von der EU glaubwürdig vertretene und von Österreich aktiv unterstützte EU-Erweiterungspolitik bleibt der Schlüsselfaktor für die Konsolidierung des Westbalkans.
- ▶ Innerstaatliche Krisen (Bosnien und Herzegowina, Montenegro) und Konsolidierungschancen (Mazedonien) erfordern ein proaktives Engagement der EU.
- ▶ Der Brain Drain stellt neben Nationalismus und religiösem Extremismus die größte Gefahr für den Westbalkan dar. Gegenstrategien sind unbedingt notwendig.
- ▶ Auf dem Westbalkan könnten Alternativrouten für die illegale Migration entstehen.
- ▶ EUFOR ALTHEA und KFOR bleiben 2018 ein wichtiger Stabilitätsfaktor und ein notwendiges Sicherheitsnetz.

KEY MESSAGES:

- ▶ A credible expansion policy supported actively by Austria and the EU remains key to consolidating the Western Balkans.
- ▶ Intra-state crises (Bosnia and Herzegovina, Montenegro) and prospects for consolidation (Macedonia) require proactive engagement by the EU.
- ▶ Brain drain, along with nationalism and religious extremism, is the biggest long-term threat for the Western Balkans. Strategies to counter it are desperately needed.
- ▶ Illegal migration may find new routes along the Western Balkans.
- ▶ EUFOR ALTHEA and KFOR will remain crucial stabilizing factors in 2018.



DER NAHE OSTEN UND NORDAFRIKA 2018

Joost Hiltermann

Der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika (MENA) befinden sich in einer tiefen Krise, und es wird im kommenden Jahr kaum zu einer deutlichen Besserung kommen. Instabilität, Zersplitterung, bewaffnete Konflikte und Radikalisierung werden die Haupttrends bleiben. Die territorialen Verluste des Islamischen Staates werden wenig dazu beitragen, den Konflikt in der Region zu beenden. Die einzig sinnvolle Antwort der europäischen Staa-

ten besteht darin, keinen weiteren Schaden anzurichten und Deeskalation und Verhandlungslösungen zu unterstützen.

Eine von Konflikten heimgesuchte Region

Jene Länder, die sich derzeit in einem Konflikt befinden, dürften im kommenden Jahr wohl kaum auf Frieden hoffen. Vielmehr werden die Kriege in Syrien, im Jemen und in Libyen sowie der israelisch-

arabische Konflikt eher eskalieren, sich ausbreiten und möglicherweise überschneiden. Die Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien wird weiterhin hauptsächlich in Stellvertreterkriegen getragen werden. Der Streit zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der einen Seite und Katar auf der anderen wird vielleicht ruhiger werden, dürfte aber kaum beigelegt werden. Wenn die Trump-Regierung mit ihren Bemühungen zur Untergrabung des Atomabkommens zwischen den E3+3 (Vereinigtes Königreich, Frankreich, Deutschland, Vereinigte Staaten, Russland und China) und dem Iran fortfahren sollte, kann ein direkter oder indirekter gewaltsamer Konflikt nicht ausgeschlossen werden, da mögliche Auslöser – im Golf und in der Straße von Hormus, im Irak, im Jemen oder in Syrien – reichlich vorhanden sind.

Zunehmende Fragmentierung

Die zunehmend eskalierenden und sich ausbreitenden Konflikte führen zu einer immer größeren Fragmentierung in der Region, während Staaten, die bisher dem inneren Druck standhalten konnten, aufgrund von mangelhafter Staatsführung und dem damit einhergehenden Legitimationsverlust immer fragiler werden. Zu letzteren gehören Ägypten und Algerien, ebenso Monarchien wie bspw. Jordanien und Saudi-Arabien, deren weitere Stabilität in Frage gestellt werden muss. In dem Maße, in dem Staaten schwächer werden, nimmt der Einfluss nichtstaatlicher Akteure, die ihre eigenen lokalen oder regionalen Machtinteressen verfolgen, zu. Sie füllen neu entstandene Sicherheitsvakua, erobern Gebiete und gewinnen an Legitimität, indem sie der jeweiligen Bevölkerung ein gewisses Maß an Staatsführung bieten. Sie schüren auch ethnische und religiöse Spannungen. Dieser Trend wird sich in absehbarer Zukunft fortsetzen.

Rückzug der USA aus der Region

Zu dieser Dynamik trägt auch bei, dass die Vereinigten Staaten ihre Vermittlerrolle in der Region scheinbar nicht mehr wahrnehmen. Die Trump-Administration ist diplomatisch zurückhaltend und hat Saudi-Arabien einen Blankoscheck ausgestellt, während sie eine Konfrontation mit dem Iran durch ihren überstürzt kriegerischen Ton wahrscheinlicher macht. Vor allem mangelt es ihr an der Vision einer Weltmacht. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist festgefahren. Daran wird sich 2018 nichts ändern. Wir werden erleben, dass regionale Mächte weiter an Stoßkraft gewinnen: Russland in Syrien, der Iran im Irak, im Jemen und darüber hinaus. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate dürften mit zunehmend kräftigerer Verhinderungspolitik reagieren und regionale Spannungen verstärken. Die USA führen möglicherweise militärische Angriffe durch, werden aber wahrscheinlich keine aktive diplomatische Rolle spielen, geschweige denn Bemühungen betreffend den Wiederaufbau verwüsteter Städte wie Falluja, Mossul oder Raqqa unterstützen oder versuchen, polarisierte Gemeinschaften zu versöhnen.

Nicht in Angriff genommene wirtschaftliche Herausforderungen

Die Verbreitung von Konflikten macht Lösungen für drängende Wirtschaftsprobleme umso schwieriger. Die größten Herausforderungen in der Region sind die große Zahl junger Leute und die mangelnde Diversifizierung der erdölproduzierenden Staaten. Diese Faktoren werden eine wachsende Zahl von jungen Männern ohne brauchbare Perspektive weiter in die Hände bewaffneter Gruppen treiben oder dazu bringen, die gefährliche Reise nach Europa anzutreten. Informelle Märkte florieren und machen sich dort breit, wo der ge-

schwächte Zentralstaat keine Rolle mehr spielt. Die Schmuggler werden weiterhin Sicherheitsvakuua ausnutzen, um Migranten und Flüchtlinge aus Afrika über das Mittelmeer zu befördern.

Radikalisierung

Während die territorialen Bestrebungen des Islamischen Staates entschieden vereitelt werden konnten, nehmen die Missstände, denen die Unterstützung der Gruppe entstammt, weiter zu. Diese tiefliegenden Spannungen werden neue militante Gruppen und immer mehr unzufriedene junge Menschen hervorbringen, die auf der Suche nach Identität, Gemeinschaft und Aussicht auf Veränderung – welcher Art auch immer – in die Hände Radikaler getrieben werden. Übermäßig harte Sicherheitsmaßnahmen als Reaktion auf die Bedrohung durch regionale und externe Mächte werden diese Gruppen lediglich dazu bringen, bei fehlender territorialer Kontrolle asymmetrisch Krieg zu führen, und ihnen ein Weiterbestehen ermöglichen.

Ins Stocken geratene Vermittlungsbemühungen

Die Komplexität der heutigen Konflikte und der ungebrochene Ehrgeiz aggressiver militärischer Akteure machen es für die Vereinten Nationen und einzelne Staaten schwierig, die Konflikte in der Region friedlich oder zumindest mit einem tragbaren Maß an Gewalt zu beenden. Die Vermittlung durch die Vereinten Nationen in den Kriegen in Syrien, im Jemen und in Libyen hat sich als eine schwierige Aufgabe erwiesen und dürfte 2018 kaum nennenswerte Fortschritte bringen. Lediglich im Falle Libyens könnten sich neue Friedensbemühungen ergeben. Andere Bemühungen wie der von Russland initiierte Astana-Prozess für Syrien haben ebenso wenig Aussicht auf Erfolg. Die Welt kann sich im kommenden Jahr realistischer Weise kaum mehr

als eine gewisse Deeskalation in allen drei Ländern und möglicherweise eine fragile Machtteilung in Libyen erhoffen. Währenddessen bleibt die Lage in Israels drei größten Unruheherden – Gaza, Jerusalems Altstadt und an der nördlichen Grenze zum Libanon und zu Syrien – explosiv und wartet nur darauf, dass ein Funke sie entzündet.

Auswirkungen auf europäische Staaten

Die europäischen Staaten können effektiv wenig zur Stabilisierung der Region tun. Dennoch ist der Verzicht auf lindernde Maßnahmen angesichts der andauernden Bedrohung ihrer eigenen Stabilität durch Migrantenströme und Jihadisten-Angriffe keine Option. Die erste Regel sollte lauten, keinen weiteren Schaden durch übermäßig harte Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf solche Bedrohungen anzurichten, einschließlich Waffenverkäufen an Verbündete, die schwere Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht begehen, oder bedingungslose militärische Unterstützung für Stellvertreter, die ihre eigenen Interessen vertretend die betroffenen Gesellschaften noch stärker polarisieren. Unverhältnismäßige Reaktionen auf vermeintliche Bedrohungen können durch eine Verschärfung der Lage, die diese Bedrohungen überhaupt erst verursacht hat, nach hinten losgehen. Die Tatsache, dass europäische Staaten ihre Interessen im MENA-Raum meistens einseitig und oft gegeneinander durchzusetzen versuchen, macht die Lage noch komplizierter und bedingt, dass die EU keine langfristigen Planungen implementieren kann.

Stattdessen sollten die europäischen Staaten (1) ihre Bemühungen im MENA-Raum soweit es geht in einem EU-Rahmen koordinieren, außerdem sollten sie (2) die Vermittlungsbemühungen unter Führung der Vereinten Nationen mit Hilfe von erhöhten finanziellen Mitteln verstärken und ihre guten

Dienste in Abstimmung mit den Vereinten Nationen nutzen, um die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie können zu diesem Zweck erhebliche Anreize schaffen, vor allem die Zusage von Wiederaufbaufonds, sobald tragfähige politische Lösungen in Gang gesetzt werden. Des Weiteren sollten die europäischen Staaten (3) den noch handlungsfähigen Staaten bedingte Unterstützung gewähren, indem sie den Einfluss der Institutionen

stärken, ohne eine autoritäre Herrschaft zu begünstigen. Schließlich sollten die europäischen Staaten auch (4) ihren wirtschaftlichen Einfluss gegenüber dem Iran und Saudi-Arabien nutzen, um die Spannungen mittels Dialog zu lösen. Sollten die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aussteigen, so müsste die EU alles tun, um Teheran dazu zu bringen, sich an die Verpflichtungen desselben zu halten.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die MENA-Region ist mit zunehmenden Konflikten und zunehmender Fragmentierung konfrontiert, wobei noch handlungsfähige Staaten immer schwächer werden und nichtstaatliche Akteure sich vermehrt ausbreiten.
- ▶ Das Fehlen funktionierender Lösungen für die wachsenden wirtschaftlichen Herausforderungen der Region trägt zu sozialem Druck, Konflikten und Radikalisierung bei.
- ▶ Externe Akteure, die von den sich ausbreitenden Krisen in der Region betroffen sind, sind politisch gespalten und tendieren zu übermäßig harten Sicherheitsmaßnahmen als Reaktion auf die vermeintlichen Bedrohungen ihrer Sicherheit in Form von weiteren Migrantenströmen und jihadistischen Angriffen in städtischen Zentren.
- ▶ Eine angemessene europäische Reaktion sollte Maßnahmen vermeiden, die die Lage weiter verschlimmern, und diplomatische Bemühungen in Abstimmung mit den Vereinten Nationen unterstützen, um zu deeskalieren und Verhandlungen herbeizuführen.

KEY MESSAGES:

- ▶ The MENA region is facing increasing conflict and fragmentation, with states still standing growing evermore fragile and non-state actors proliferating.
- ▶ An absence of workable solutions to the region's mounting economic challenges is contributing to social pressures, conflict and radicalisation.
- ▶ External actors affected by the region's multiplying crises are politically divided, and tend toward overly securitised responses to the perceived primary threats to their security: further migrant flows, and jihadist attacks in urban centres.
- ▶ An appropriate European response should be a combination of refraining from measures that further inflame the situation and support of diplomatic efforts, in coordination with the UN, to bring about local de-escalation and negotiations.



OSTEUROPA/ SCHWARZMEERREGION 2018

Alexander Dubowy

Russland steht 2018 ganz im Zeichen der Präsidentschaftswahlen und des schrittweisen Transformationsprozesses des gesamten politischen Systems. Die Versuche einer friedlichen Lösung des Konfliktes im Osten der Ukraine werden wahrscheinlich über das Jahr 2018 hinaus fortgesetzt werden. Die konfliktbeladene Beziehung zwischen den USA und Russland, der starke Einfluss der Türkei, die wachsende Bedeutung des Irans sowie das Aufkommen Chinas werden auf die Entwicklungen im Südkaukasus großen Einfluss ausüben.

Russland

Innenpolitisch steht das Jahr 2018 im Zeichen der Präsidentschaftswahlen und der tiefgreifenden Transformation des politischen Systems mit Blick auf die Machtübergabe und die Regelung der Nachfolge Wladimir Putins im Amt des Präsidenten im Jahr 2024. Vor diesem Hintergrund ist mit weitreichenden Kaderrotationen, Verunsicherung der politischen Eliten und einer Intensivierung der Kämpfe zwischen unterschiedlichen Gruppen um den Zugang zur knapp werdenden Ressourcenbasis zu rechnen. Wirtschaftlich bleibt Russland angesichts einer leichten Erholung des

Wirtschaftswachstums und einer Stabilisierung des Rohölpreises wirtschaftlich weitgehend beständig.

Im Jahr 2018 wird angesichts des Wunsches nach einem stabilen außenpolitischen Umfeld zum Zwecke einer erfolgreichen inneren Transformation grundsätzlich nicht mit radikalen Veränderungen der außenpolitischen Zielsetzungen zu rechnen sein. Die Beziehungen zur asiatisch-pazifischen Region, insbesondere zu China, bleiben nach wie vor prioritär. Darüber hinaus stehen regional der Südkaukasus und Zentralasien aufgrund wichtiger Integrationsprojekte (Eurasische Wirtschaftsunion – EAEU, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit – OVKS, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit – SOZ) und der Brückenfunktion Zentralasiens zu Wirtschafts- und Sicherheitsprojekten mit China (One Belt, One Road – OBOR) für Moskau im Fokus der Aufmerksamkeit.

Das Verhältnis zur neuen US-Administration bleibt weiterhin stark angespannt. Die intensiven Kontakte im Rahmen der Ukraine und der Syrienkrise dienen vorrangig der Minimierung der Eskalationsrisiken und schließen eine Intensivierung des geopolitischen Wettbewerbes – u.a. im Südkaukasus, in Osteuropa und am Westbalkan – nicht aus.

Der Westbalkan zählt 2018 nicht zu Prioritäten der russischen Außenpolitik. Ungeachtet des ostentativen Vertrauensverhältnisses Russlands zu einzelnen Staaten des Westbalkans bleibt die Unterstützungsbereitschaft Moskaus vorwiegend auf den Bereich der Rhetorik beschränkt und ist wirtschaftlich nur von geringer Bedeutung, so liegt bspw. der Außenhandel zwischen Moskau und Belgrad um etwa Faktor zehn hinter dem Außenhandel Serbiens mit der EU. Selbst im Energiebereich, insbesondere nach dem Scheitern des South-Stream-Projektes, scheint Russland am Westbalkan zu schwächeln.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Region für Russland irrelevant geworden ist. Die jüngsten Aktivitäten Moskaus am Westbalkan offenbaren zwar die mangelnde Bereitschaft, substanzielle Ressourcen für die Region bereitzustellen, jedoch ist der Wille, die tief verwurzelten regionalen Probleme Westbalkans auszunutzen, um den Westen – in der Region seiner privilegierten Interessen – punktuell herauszufordern, durchaus vorhanden. Auf diese Weise dient der Westbalkan Moskau als ein kostengünstiges Feld zur Projektion der eigenen globalen – wenn auch stark begrenzten – Machtrolle; zudem erhofft Moskau, die NATO-Erweiterung zu verlangsamen. Diese erscheint am Westbalkan für Russland weniger aus sicherheitspolitischer Überlegungen, sondern aufgrund der Vorbildwirkung für den postsowjetischen Raum als überaus problematisch. Darüber hinaus verfügt Moskau aber über das Potenzial, als Gegenkraft zum wachsenden Einfluss der Türkei und Saudi-Arabiens in der Region aufzutreten, um die fortschreitende Islamisierung des Westbalkans zu verlangsamen.

Die EU-Russland Beziehungen bleiben ungeachtet der Sanktionspolitik von gegenseitigen (geo)ökonomischen Abhängigkeiten geprägt, vor allem im Energiebereich. Eine nachhaltige Normalisierung der Beziehungen ist aber – in erster Linie aufgrund der inneren Transformation der EU und der ungeklärten Zukunft der transatlantischen Beziehung – 2018 dennoch nicht zu erwarten. Das Verhältnis wird auch 2018 von Vorwürfen mutmaßlicher russischer Einflussnahme auf demokratische Willensbildungsprozesse im Westen überschattet sein, ernstzunehmende Beweise werden aber nach wie vor ausbleiben. Selbst wenn man Moskau sowohl den politischen Willen als auch die technische Befähigung zu einem solchen Eingreifen unterstellt, muss die Ursächlichkeit des Erfolges dieses Unterfangens angezweifelt werden. Vielmehr offenbaren diese Vorwürfe zunehmende Orientierungslosigkeit

angesichts globaler Veränderungen und eine tiefe politische und gesellschaftliche Krise des Westens, die wesentlich bedrohlicher erscheint als jedwede Versuche der Einflussnahme von russischer Seite. Die EU bleibt in ihrer Beziehung zu Russland gespalten und wird auch 2018 die Sanktionen beibehalten. Trotz der neuen US-amerikanischen Sanktionen ist aber mit einer von einigen EU-Staaten angestrebten Verschärfung der Sanktionen nicht zu rechnen. Russland wird sich angesichts des gestörten Verhältnisses zur EU um eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu einzelnen Mitgliedsstaaten der Union bemühen.

Ukraine

Die Versuche einer friedlichen Lösung des Konfliktes im Osten der Ukraine werden wahrscheinlich über das Jahr 2018 hinaus fortgesetzt werden. Der Einsatz einer UNO-Friedensmission wird 2018 zu den zentralen Fragen der Konfliktlösung gehören, dabei bleiben aber nach wie vor viele Punkte offen. Aus diesem Grund ist 2018 wohl nur mit einem begrenzten Einsatz entlang der Kontaktlinie zu rechnen. Die Fortsetzung des Einfrierens des Konfliktes im Südosten der Ukraine scheint aus heutiger Sicht am wahrscheinlichsten zu sein. Die Eskalation der Gewalt für das Jahr 2018 ist nicht gänzlich auszuschließen. Mit einem erneuten Versuch Kiews, den Donbass-Konflikt mit militärischen Mitteln – womöglich mit westlicher Unterstützung – zu lösen, wäre für Moskau die rote Linie für den offenen Eintritt in den Konflikt überschritten.

Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt aufgrund innerukrainischer politischer Konstellationen, insbesondere angesichts des beginnenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampfes, nach wie vor unwahrscheinlich. Die im Minsker Abkommen von Kiew geforderten Schritte stoßen auf starken Widerstand innerhalb der politischen

Klasse und sind derzeit nicht mehrheitsfähig. Der schwelende Konflikt im Osten des Landes sichert – über die Projektion einer äußeren Bedrohung für die Einheit der Ukraine – das labile innenpolitische Gleichgewicht und lenkt von den zahlreichen inneren Problemen ab, denen aufgrund struktureller Defizite und damit einhergehender Sachzwänge kaum adäquat begegnet werden kann. Für Kiew wird im Jahr 2018 angesichts der schweren sozioökonomischen Situation sowie der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Aufrechterhaltung innenpolitischer Stabilität wichtiger sein als die Reintegration der selbsternannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk in den gemeinsamen Staatsverband.

Der seit Langem schwelende und im November 2017 eskalierte Konflikt zwischen Ihor Plotnizki, dem Oberhaupt der Luhansker Volksrepublik, und den Luhansker Sicherheitseliten, allen voran Innenminister Ihor Kornet, bestätigte ein weiteres Mal die politisch instabilen Verhältnisse in Luhansk – im Gegensatz zur Donezker Volksrepublik. Dabei wurde der nur begrenzte Einfluss Moskaus auf die Eliten der Volksrepubliken offenbar. Die Luhansker Sicherheitseliten sind aus dem Konflikt als Sieger hervorgegangen, und der von Russland protegierte Ihor Plotnizki wurde als Republiksoberhaupt abgesetzt und interimistisch durch den Minister für Staatssicherheit Leonid Pasechnik ersetzt; zudem konnte der Konflikt lediglich unter Einsatz eines Kampfverbandes aus Donezk beruhigt werden.

Die machtpolitischen Grabenkämpfe in der Luhansker Volksrepublik werden im Jahr 2018 anhalten, ohne dabei allerdings einen nennenswerten Einfluss auf den Konflikt im Donbass auszuüben. Moskau wird eine Kompromisslösung suchen und als Mediator zwischen den verfeindeten Elitengruppen auftreten. Ein Zusammenschluss der beiden Volksrepubliken erscheint aber unwahrscheinlich. In

den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk wird auch 2018 mit Unterstützung Russlands neben dem Aufbau protostaatlicher Strukturen die Entwicklung einer eigenen Rechtsordnung und eigenständiger Finanz- und Wirtschaftsinstitute vorangetrieben. Je länger der Konflikt im Donbass andauert, desto schwieriger erscheint die Rückführung der Gebiete in einen gemeinsamen ukrainischen Staatsverband.

Moldau

Die innenpolitische Situation in Moldau bleibt im Jahr 2018 angesichts des offen ausgetragenen Konfliktes zwischen dem als prorussisch geltenden Präsidenten Igor Dodon und der als proeuropäisch geltenden Regierung instabil. Die Ernennung von Eugen Sturza zum neuen Verteidigungsminister deutet auf eine Konsolidierung proeuropäischer und präsidentenkritischer Kräfte vor den bevorstehenden Parlamentswahlen hin. Insbesondere die Umstände der Ernennung des Verteidigungsministers – mit der Aussetzung präsidialer Kompetenzen für einige Stunden durch das Verfassungsgericht – offenbaren einen innenpolitischen Konflikt in Chisinau. Trotz der scharfen Rhetorik der proeuropäischen Regierung ist eine völlige Abkehr von der bisherigen Neutralitätspolitik – inklusive einer Verfassungsänderung – nicht zu erwarten. Dennoch sind gewisse Schritte in Richtung einer NATO-Annäherung nicht unwahrscheinlich, die Schritte werden sich letztlich aber als nur wenig nachhaltig erweisen.

Die Parlamentswahlen werden wahrscheinlich den Sieg der Sozialisten bringen, allerdings dürften die proeuropäischen Parteien gemeinsam auf ein ähnlich hohes Ergebnis wie die Sozialisten kommen. Die Fortsetzung einer proeuropäischen Regierungskoalition ist somit nicht auszuschließen.

In Transnistrien wird die schwierige sozioökonomische Situation die Intensivierung innenpolitischer Grabenkämpfe in der nicht anerkannten Republik befördern. Die Lösung des Transnistrienkonfliktes hängt zu einem gewissen Grad von der Lösung des Konfliktes im Donbass ab: Die Einigung über eine UNO-Mission im Donbass würde dem ins Stocken geratenen 5+2 Format (Chisinau, Tiraspol, Russland, Ukraine und OSZE plus EU und USA als Beobachter) neues Leben einhauchen. Im Jahr 2018 ist aber weder eine nachhaltige Lösung noch das erneute Wiederaufflammen des Transnistrienkonfliktes zu erwarten.

Belarus und Südkaukasus

Die außenpolitische Ambition der Republik Belarus, sich als einen potenziellen Brückenstaat zwischen der EU und Russland zu positionieren, bleibt stabil. Die Bestrebungen, die stark an Russland ausgerichteten Beziehungen in Richtung der EU zu diversifizieren, sind dennoch lediglich als Versuch zu werten, sich durch eine Scheinannäherung an die EU eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Russland zu verschaffen. Die EU sollte eine grundlegende nachhaltige Verbesserung des Verhältnisses zu Belarus keinesfalls erwarten.

Das Jahr 2018 wird angesichts der Präsidentschaftswahlen in Georgien, Armenien und Aserbaidschan für den gesamten Südkaukasus von großer Bedeutung sein.

Armenien wird sich vorrangig auf das Integrationsprojekt der Eurasischen Wirtschaftsunion konzentrieren; die Beziehungen zur EU werden aber nach wie vor als eine wichtige Ergänzung zur eurasischen Integration betrachtet. Die äquidistante Haltung Aserbaidschans zur EU wie zu Russland bleibt aufrecht. Moskau wird die Politik des diplomatischen Taktierens zwischen Jerewan und Baku

auch im Jahr 2018 beibehalten. Nach den schweren Gefechten 2016 ist das Wiederaufflammen des Konfliktes um Bergkarabach im Jahr 2018 nicht auszuschließen. Die Präsidentschaftswahlen in Armenien und Aserbaidschan und die innenpolitischen Transformationsprozesse erhöhen die Eskalationsbereitschaft und verringern die Chancen für eine nachhaltige Lösung der Bergkarabach-Frage. Der Konflikt bietet aber auch die Möglichkeit einer Annäherung zwischen dem Westen und Russland, die sich gemeinsam für eine politische Lösung einsetzen.

Für Tiflis werden die Fortsetzung innenpolitischer Reformen und eine weitere Annäherung an die NATO sowie an die EU im Rahmen der Assoziierung vorrangig bleiben. Die Beziehung zu Russland bleibt stabil schwierig, ohne dabei aber in eine offe-

ne Auseinandersetzung zu münden. Die Gefahr des Aufbrechens schwelender Konflikte in Abchasien und Südossetien ist 2018 nicht groß.

Die konfliktbeladene Beziehung zwischen den USA und Russland wird auf die Entwicklungen in der Region großen Einfluss nehmen. Der Iran wird die Beziehungen zu Armenien wie auch zu Aserbaidschan gleichermaßen auszubauen versuchen. Die Türkei vertieft die Zusammenarbeit mit Aserbaidschan und Georgien, so u.a. im Rahmen der neuen Eisenbahnlinie Baku-Tiflis-Kars, und sie wird ihre Rolle als zentraler Akteur (neben Russland und den USA) im Südkaukasus verstärken. Im Jahr 2018 wird auch der Einfluss Chinas, ausgehend vom Freihandelsabkommen mit Georgien, in der Region zunehmen.

KERNPUNKTE:

- ▶ **Russland steht 2018 ganz im Zeichen der Präsidentschaftswahlen und der Transformation des politischen Systems.**
- ▶ **Eine friedliche Lösung des Konfliktes im Osten der Ukraine wird auch 2018 angestrebt. Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt wegen Vorbehalten Kiews weiter unwahrscheinlich. Eine UNO-Friedensmission wird 2018 für die Konfliktlösung zentral sein.**
- ▶ **Eine nachhaltige Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und Belarus ist 2018 nicht zu erwarten.**
- ▶ **Die Beziehung zwischen den USA und Russland, der starke Einfluss der Türkei, des Irans und Chinas werden auf die Entwicklungen im Südkaukasus stark einwirken.**

KEY MESSAGES:

- ▶ **For Russia, 2018 will be a year marked by the presidential elections and transformations in the political system.**
- ▶ **A peaceful solution to the Ukraine conflict will continue to be sought in 2018. The Minsk protocol is unlikely to be realized due to Kiev's concerns. A UN peacekeeping mission will be central to solving the conflict.**
- ▶ **A sustainable improvement in relations between the EU and Belarus is unlikely in 2018.**
- ▶ **The developments in the Caucasus region will be heavily affected by the US-Russia-Relations as well as influencing forces from Turkey, Iran and China.**



AFRIKA 2018

Gerald Hainzl

Aus europäischer Perspektive werden Terrorismus und Migration weiterhin bestimmende Themen auf der Afrika-Agenda bleiben, wenngleich die Menschen in Afrika am meisten davon betroffen sein werden. Positive Entwicklungen in den verschiedenen Regionen Afrikas könnten durch negative Entwicklungen in einzelnen Staaten empfindlich gestört werden. Das erweiterte Horn von Afrika – Äthiopien, Somalia, Sudan und Südsudan – wird auch 2018 der sicherheitspolitische Hotspot bleiben. Die EU und Österreich sollten sich als langfristiger Partner in Sicherheits- und Entwicklungsfragen etablieren, um zu nachhaltiger Stabilisierung beizutragen.

Terrorismus

Im Kampf gegen den Terrorismus in Westafrika werden die international unterstützten Anstrengungen unvermindert weitergehen, und die Vermischung von politischen und religiösen Anliegen mit wirtschaftlichen Interessen wird andauern. Im Sahel-Raum werden die G5-Sahel – Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad – die Bekämpfung terroristischer Gruppen fortführen und gelegentlich Erfolge erzielen können. Allerdings werden auch terroristische Gruppen dazulernen und ihre jeweiligen Strategien anpassen.

Der Kampf gegen Boko Haram im Grenzraum Nigeria, Kamerun und Tschad kann 2018 einige Erfolge vorweisen. Aufgrund der Heterogenität der Gruppe

und wegen des Einsatzes von Kindern als Selbstmordattentäter wird die Anzahl der Toten aber auf dem derzeitigen hohen Niveau bleiben. Nach den verheerenden Anschlägen in Mogadischu im Oktober 2017 wird die Regierung Somalias ihren Kampf gegen Al-Shabaab verstärken. Mehrere afrikanische Staaten könnten dazu ihre Kontingente im Rahmen der Mission der Afrikanischen Union (AMISOM) aufstocken.

Migration

In Regionen mit hohen terroristischen Aktivitäten wird auch die Zahl der Flüchtlinge hoch bleiben. Allerdings wird die weitaus größte Anzahl der Menschen in der jeweiligen Region bleiben.

Weiterhin zunehmen wird die Zahl der Menschen, die vom Land in die Stadt ziehen. Damit könnte sich die Sicherheitslage in Städten möglicherweise verschärfen, und soziale Spannungen sind zu erwarten. Eine signifikante ökonomische oder politische Destabilisierung in den Ländern Westafrikas oder am Horn von Afrika könnte das Niveau der Flucht- bzw. Migrationsbewegungen nach Europa deutlich anschwellen lassen. Bevölkerungsreiche Staaten wie Äthiopien, in denen ethnonationalistische Auseinandersetzungen an Intensität gewinnen, könnten zu dieser Akzentuierung beitragen.

Regionale Entwicklungen

Die Staaten in Westafrika haben große Fortschritte in den Bereichen Demokratie und regionale Kooperation gemacht. Obwohl ein Anstieg der Gewalt wie in Nigeria oder Konflikte innerhalb der Staaten und staatenübergreifend nach wie vor Herausforderungen sind, haben sich auch die Mechanismen der Konfliktprevention verbessert und tragen zu Stabilität bei. Drogen- und Menschenhandel sowie

extremistische Gruppen stellen aber nach wie vor einen Unsicherheitsfaktor dar.

Die Lage am Horn von Afrika bleibt 2018 fragil. Ethnonationalistische Tendenzen in Äthiopien lassen gewaltsame Konflikte mit Eskalationspotential am Horizont erscheinen. Somalia hat trotz neuer Regierung noch einen langen Weg der Stabilisierung vor sich, Rückschläge inklusive.

Im Sahel-Raum bleiben die Aktivitäten von terroristischen Gruppen sowie Schmuggelaktivitäten eine große Herausforderung. Daneben könnten Verteilungs- bzw. Umverteilungskämpfe unterschiedlicher Gruppen zu innerstaatlichen Konflikten führen.

Im zentralen Afrika bleiben besonders die gewaltsamen Konflikte in der Demokratische Republik Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik mit Implikationen für die Nachbarstaaten im internationalen Fokus.

Im südlichen Afrika ist die politische Lage in Zimbabwe weiterhin instabil. Auch wenn der Machtwechsel bei Drucklegung vollzogen worden ist, die politischen Spannungen dort könnten sich weiterhin gewaltsam entladen und zu einer Herausforderung für die gesamte Region werden.

Wahlen mit sicherheitspolitischen Implikationen

In mehreren Staaten Afrikas werden 2018 geplante Wahlen nicht stattfinden (können), wodurch die gegenwärtigen Amtsinhaber auch ihre Macht erhalten können. Wahlen im Südsudan sind zwar geplant, allerdings werden diese aufgrund des Bürgerkrieges für einen längeren Zeitraum verschoben werden, und Präsident Salva Kiir wird im Amt bleiben. In der Demokratischen Republik Kongo sollten bereits 2016 Wahlen abgehalten werden, die jedoch auf

Betreiben von Präsident Kabila nie stattgefunden haben. Auch er wird versuchen, 2018 an der Macht zu bleiben.

Internationales Krisenmanagement

Internationales Krisen- und Konfliktmanagement wird auch 2018 im Zentrum von Stabilisierungsmaßnahmen in Afrika stehen, wobei sowohl UNO als auch EU und AU ihren Beitrag leisten werden. Vor allem die EU dürfte sich weiterhin auf Ausbildung (Trainingsmissionen) konzentrieren. Engagement, das primär auf einer großen Anzahl von Soldaten basiert, wird weiterhin die Domäne von UNO und AU bleiben. Afrikanische Missionen wie AMISOM werden weiter stark vom sicherheits- und außenpolitischen Dispositiv der Entsendestaaten abhängig sein. Die Finanzierung von AU-Missionen wird weiterhin zu einem wesentlichen Teil von externen Akteuren getragen werden.

Ableitung und Konsequenzen für die EU und Österreich

Eine aktive Teilnahme an Stabilisierungsmaßnahmen in afrikanischen Krisenregionen und ein Beitrag zu deren langfristiger Stabilisierung sind im Interesse sowohl der EU als auch Österreichs. Die politische und finanzielle Unterstützung regionaler Stabilisierungsmaßnahmen sowie eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe könnten dies zusätzlich fördern.

Die EU und Österreich sollten nicht zu viel in zu kurzer Zeit von afrikanischen Staaten und Regionalorganisationen einfordern und die Erwartungshaltungen an der Praxis und nicht an theoretischen Konstrukten orientieren. Insbesondere sollten keine Forderungen aufgestellt werden, die selbst nicht eingehalten werden (können).

Eine zu enge Zusammenarbeit mit Regimen wie dem Sudan könnte eine negative Inspiration für andere Staaten darstellen und langfristige für kurzfristige Zielsetzungen opfern.

KERNPUNKTE:

- ▶ Migration und Terrorismus werden auch 2018 Thema bleiben.
- ▶ Langfristige Stabilisierungsmaßnahmen sollten nicht für kurzfristige Erfolge geopfert werden.
- ▶ Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten und Organisationen sollte auf Augenhöhe stattfinden.
- ▶ Nicht nur negative, sondern auch positive Entwicklungen sollten wahrgenommen werden.
- ▶ Investitionen in Konfliktprävention tragen zur Eindämmung von Flucht und Migration bei.

KEY MESSAGES:

- ▶ Migration and terrorism will remain on the agenda in 2018.
- ▶ Long-term stabilizing measures should not be sacrificed for short-term successes.
- ▶ Cooperation with African states and organizations should take place on an even playing field.
- ▶ We should pay attention not only to the negative developments but also to the positive ones in the region.
- ▶ Investing in conflict prevention directly contributes to reduced migration



TÜRKEI 2018

Savaş Genç

Die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) hat ihre Positionen zu Demokratie, EU-Reformen und Außenpolitik ab 2010 maßgeblich verändert. In der Außen- und Sicherheitspolitik hat die AKP-Regierung die arabischen Revolutionen weniger als einen Demokratisierungsprozess wahrgenommen, sondern vielmehr als Chance, über einen sunnitischen Konfessionalismus einen Neo-Osmanismus zu befördern. Daher hat sie das traditionelle säkular-kemalistische Konzept der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik durch alternative Konzepte abgelöst. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 hat die AKP-Regierung die türkische Verfassung größtenteils

ausgehebelt, indem sie den Notstand ausgerufen hat und seitdem das Land mit exekutiven Verordnungen regiert. Im Jahre 2018 wird sich die Türkei zugunsten der russisch-iranischen Achse von der NATO und der EU weiter abwenden.

Zwischen NATO und Russland

Es ist abzusehen, dass die AKP, die der Schirmherr der sunnitischen Muslime im Nahen und Mittleren Osten zu sein versuchte, in ihrer regionalen Sicherheitspolitik von bisherigen Ansprüchen als „Vorbild“, „Zentrum“ und „Ordnungsmacht“ abweicht und ab 2018 eine alternative Sicherheitspolitik verfolgen wird, in deren Zentrum die eigene Überlebensfähigkeit steht. Die beachtlichen Erfolge Russ-

lands und des Irans in Syrien haben die Träume der Türkei begraben, eine regionale Führungsmacht zu sein. Die durch den saudisch-iranischen Konkurrenzkampf aufgeheizten konfessionellen Konflikte, die wie im Falle der Katar-Krise unvorhergesehene Entwicklungen mit sich bringen, haben den Isolationsprozess der Türkei beschleunigt.

Dass die sicherheitspolitischen Begründungen für die Sanktionen Saudi-Arabiens und der USA gegenüber Katar bis vor kurzem auch teilweise auf die Politik der AKP-Regierung zugetragen haben, hat in Ankara die panische Befürchtung ausgelöst, nach Katar als nächstes Ziel auf die internationale Agenda zu rücken. Diese Angst wird auch 2018 die AKP-Regierung dazu treiben, Katar offen beizustehen und parallel dazu die Beziehungen zu Russland so weit zu vertiefen, dass Ankara auf der Schwelle zur Entscheidung für eine Mitgliedschaft in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) stehen wird. Der Wunsch der Türkei, die seit 1952 Mitglied der NATO ist, nun auch ein Mitglied der SCO zu werden, ist weniger das Verlangen Ankaras nach alternativen Sicherheits- und Verteidigungsbündnissen, sondern ein Sinnbild für die Existenzpolitik der AKP-Regierung. Ähnlich wie die Türkei sich während des Kalten Krieges bemüht hat, den Bedrohungen aus der Sowjetunion durch die Annäherung an das westliche Bündnis Herr zu werden und so ihre regionale Sicherheit zu gewährleisten, wird sie ab 2018 versuchen, den Druck aus dem Westen durch bessere Beziehungen zu Russland und China auszubalancieren.

Das kurdische Problem

Die AKP-Eliten wissen sehr genau, dass es schwer ist, dem türkischen Wähler den Bruch mit dem Westen sowie eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik im Schatten Russlands zu erklären. Daher haben sie sich für die Neuausrichtung ihrer Politik

des wachsenden Nationalismus und antikurdischer Codes bedient. Die Haltung der Türkei gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen der irakischen Kurden sowie der kurdischen Regionalbildung in Syrien ist jener ihrer westlichen Partner diametral entgegengesetzt. Den Kauf von russischen S400-Luftabwehrraketen sowie die neue Syrienpolitik an der Seite Russlands und des Irans erklärt die AKP ihrer konservativen und nationalistischen Basis mit einer eindeutig antikurdischen Rhetorik.

Flüchtlingsabkommen und Luftwaffenstützpunkt Incirlik

Unkontrollierte Migrationsströme, die in Europa mittlerweile über das Schicksal von Regierungen entscheiden, sind für die Türkei zu einem strategischen Instrument geworden, das sie gegen den Westen einsetzen kann. Ankara versucht, seinen Stellenwert im westlichen Raum weiterhin hoch zu halten, indem es Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und anderen Krisenregionen davon abhält, nach Europa zu reisen. Die Türkei wird auch im Jahr 2018 zu beweisen versuchen, dass sie für die EU-Staaten ein unverzichtbarer Partner ist. Auch wenn die Türkei durch eine effektive Umsetzung des Flüchtlingsabkommens bewiesen hat, dass sie ein Eckstein der Außen- und Sicherheitspolitik der Union ist, wird dies alleine vermutlich nicht ausreichen, um ihre Beziehungen zu ihren westlichen Partnern positiv zu gestalten.

Es ist wahrscheinlich, dass die Türkei 2018 weiterhin ihren Teil des Flüchtlingsabkommens erfüllt und diese Rolle weniger als ein balancierendes, strategisches Instrument ihrer Außen- und Sicherheitspolitik, sondern vielmehr als ein Mittel ihrer Wirtschaftspolitik einsetzt und damit ihre Wirtschaftsbeziehungen zu EU-Partnern intensiviert.

Der Luftwaffenstützpunkt in Incirlik, der von NATO-Partnern intensiv genutzt wird, spielt in Ankaras Sicherheitspolitik eine ebenso wichtige Rolle. Obwohl die USA die kurdische Arbeiterpartei PKK mit schweren Waffen ausrüstet, gestattet Ankara seinen NATO-Partnern weiterhin die Nutzung Incirliks. Die Türkei wird auch 2018 Wert darauf legen, trotz Krisen und höchst sensibler Materien (z.B. Umgang mit kurdischen Milizen) ihre Beziehungen zum Westen nicht zu gefährden.

Österreich und die Türkei 2018

Rund 140 österreichische Firmen sind gegenwärtig in der Türkei aktiv, einige schon seit Jahrzehnten. Darunter finden sich zahlreiche Unternehmen, die als Zulieferer für die Bauindustrie agieren. Zurzeit kämpft die türkische Wirtschaft mit großen Problemen. Die türkische Währung Lira wurde abge-

wertet; die Inflation ist seit November 2017 wieder zweistellig und die Arbeitslosenrate inzwischen bei über dreizehn Prozent.

Aus diesen Gründen sind für eine Erholung europäische und natürlich auch österreichische Investitionen entscheidend. Ankara wird im Jahre 2018 mehr darauf achten, die wirtschaftlichen, aber auch die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Österreichs und der anderen EU-Länder zu berücksichtigen.

Die AKP-Regierung könnte im Jahre 2018 dafür sorgen, dass sich europäische Politiker verstärkt von der Türkei abwenden. „Die Europäer“ wollten „die Türken“ nicht, würde Erdogan gerne sagen. Das würde dem „Opfernarrativ“ in der Europapolitik der türkischen Regierung entgegenkommen und wäre bei der Wählerschaft gut zu verkaufen.

KERNPUNKTE:

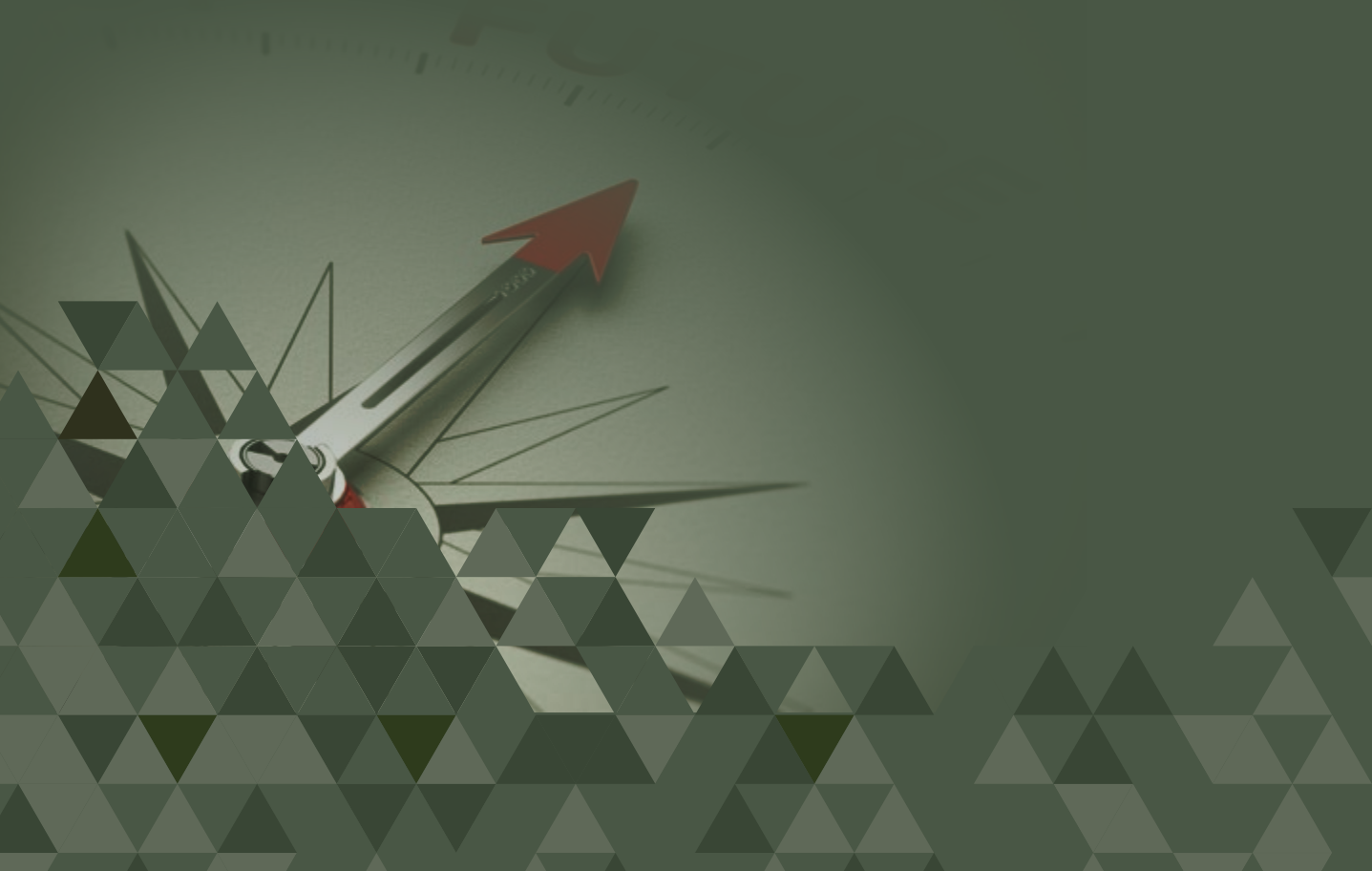
- ▶ Die Kurdenfrage setzt die türkische Außen- und Sicherheitspolitik unter Druck. Daher ist deren Neuausrichtung auch gegenüber dem „Westen“ (EU und NATO) für 2018 erwartbar.
- ▶ Der Aufstieg der Terrororganisation „IS“ hat die Türkei international und in der Kurdenfrage „isoliert“.
- ▶ Die Annäherung an Moskau hat für Ankara rein pragmatische Beweggründe: wirtschaftliche Interessen, Vergrößerung des internationalen Handlungsspielraums, regionale Einflussnahme.
- ▶ Erdogans politischer Führungsanspruch wird 2018 durch die wirtschaftspolitische Entwicklung maßgeblich beeinflusst werden.

KEY MESSAGES:

- ▶ The Kurdish question puts pressure on Turkey's foreign and security policy. A reorientation, even in regard to the "West" (EU and NATO), is to be expected in 2018.
- ▶ The rise of the Islamic State has isolated Turkey internationally and regarding the Kurdish question.
- ▶ Ankara's cosying up to Moscow is purely pragmatic: economic interests, increasing Turkey's diplomatic reach and regional influence.
- ▶ In 2018 Turkey's economic development will significantly influence Erdogan's claim to power.

**INTERNATIONALE ORGANISATIONEN SIND AUCH TEIL DER
„KRITISCHEN INFRASTRUKTUR“ DER SICHERHEIT ÖSTERREICHS
UND EUROPAS. WER HANDLUNGSFÄHIGE INSTITUTIONEN WILL,
MUSS AUCH IN DIESE INVESTIEREN.**

(Johann Frank)





ENTWICKLUNG INTERNATIONALER ORGANISATIONEN 2018



ENTWICKLUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION 2018

Stefan Lehne

Nach stürmischen Krisenjahren gelangt die EU 2018 in – relativ – ruhiges Fahrwasser. Führende Politiker in den Mitgliedsstaaten und die EU-Institutionen beabsichtigen, diese Zeit für ein intensives Arbeitsprogramm und für die Einleitung eines umfassenden Reformprozesses zu nutzen. Allerdings zeichnet sich bei den verschiedenen Reformkonzepten, aber auch bei den Verhandlungen über den Brexit oder über die zukünftige Finanzierung der EU beträchtliches Konfliktpotential ab. Unter diesen Bedingungen wird für Österreich die Übernahme des Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018 eine große Herausforderung darstellen.

Anfang 2018 findet sich die EU in besserer Verfassung, als die meisten Beobachter nur wenige Monate vorher angenommen hatten. Die wirtschaftliche Erholung hat nun alle EU-Länder erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist signifikant gesunken, und die wirtschaftlichen Prognosen für die nähere Zukunft sind günstig. Die Zahlen der Flüchtlinge und der illegalen Einwanderer gingen zuletzt stark zurück.

Populistische und EU-feindliche Parteien bleiben ein wichtiger politischer Faktor, aber die Befürchtung einer existentiellen Bedrohung der EU bewahrheitete sich nicht. Im Gegenteil, die britische Brexit-Entscheidung und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten bewirkten eine politische Konsolidierung der EU, da viele Bürger an-

gesichts dieser Entwicklungen die politische und rechtliche Stabilität des EU-Systems zu schätzen lernten.

Rückenwind für Reformen

Angesichts des durch diese positiven Entwicklungen bewirkten „Rückenwinds“ (Juncker) haben sich die Brüsseler Institutionen, aber auch Frankreich und Deutschland vorgenommen, 2018 ein weitreichendes Reformprogramm auf den Weg zu bringen. Die Palette der Vorschläge reicht von der Verteidigungspolitik über die Migrationspolitik und die Weiterentwicklung des Binnenmarkts bis zur Reform der Eurozonenarchitektur. Der Europäische Rat wird sich 2018 immer wieder mit dieser strategischen Agenda der EU auseinandersetzen. Im Mai 2019 soll dann ein umfassendes Reformprogramm bis zum Jahr 2024 festgelegt werden.

Die Agenda der Juncker-Kommission

Im letzten Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019 wird es auch darum gehen, die noch offenen Elemente des Legislativprogramms der Juncker-Kommission voranzubringen. Dazu zählen unter anderem die Vollendung der Energieunion und des digitalen Binnenmarkts, Fortschritte bei der Steuerharmonisierung und die Einbeziehung der Kapitalmärkte in den Binnenmarkt.

Migration

Die relative Beruhigung an der Migrationsfront wird dafür genutzt werden, die EU-Einwanderungspolitik zu konsolidieren. Vorrangig gehört dazu die Sicherung der Außengrenzen, unter anderem durch den Einsatz moderner Technologie bei der Grenzkontrolle und – dem US-Vorbild fol-

gend – dem Aufbau eines Systems zur Einholung elektronischer Reisegenehmigungen vor Antritt der Reise. Die Arbeiten an der Revision der Dublin-Verordnung, am Aufbau einer Europäischen Asylagentur, an effektiveren Vorkehrungen für die Rückführung illegaler Migranten und an der Stärkung der gemeinsamen Visapolitik werden 2018 fortgesetzt werden. Die Zusammenarbeit mit den Ursprungs- und Transitländern vor allem in Afrika wird ebenfalls große Beachtung finden und durch einen neuen Externen Investitionsplan unterstützt werden. In den Fragen der Lastenteilung und der Harmonisierung der Asylpolitik bestehen weiterhin erhebliche Meinungsdivergenzen unter den Mitgliedsstaaten.

Finanzielle Vorausschau

Voraussichtlich im Mai 2018 wird die Kommission ihren Vorschlag für die Finanzierung der EU in den kommenden Jahren vorlegen. Angesichts des bevorstehenden Ausscheidens von Großbritannien, einem wichtigen Nettozahler, ist mit besonders schwierigen Verhandlungen über die Höhe und die Priorisierung der Ausgaben zu rechnen. Mit einem Abschluss der Arbeiten ist erst im Frühjahr 2019 zu rechnen.

Außen- und Verteidigungspolitik

Die Stärkung der Stabilität in der Nachbarschaft, insbesondere in der Ukraine, in Syrien und Libyen wird im Mittelpunkt der EU-Außenpolitik stehen. Darüber hinaus wird sich die EU für die Wahrung der durch die Politik der Trump-Administration gefährdeten Errungenschaften multilateraler Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Klima, Handel und Nonproliferation (Iran-Abkommen) einsetzen.

In der Verteidigungspolitik soll die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit es ermöglichen, ambitioniertere Projekte in einem kleineren Kreis von Mitgliedsstaaten zu verwirklichen. Ein aus dem EU-Budget finanzierter Verteidigungsfonds soll der Forschung und Entwicklung neue Impulse verschaffen. Die Verteidigungsplanung der Mitgliedsstaaten soll in Zukunft koordiniert werden. EU-Militäreinsätze sollten organisatorisch und finanziell besser aufgestellt werden. Es wird allerdings mehrere Jahre dauern, bis die 2017/18 auf den Weg gebrachten Projekte eine tatsächliche Stärkung der militärischen Kapazität der EU bewirken. Letztlich wird die Tragweite der gegenwärtigen Dynamisierung der europäischen Verteidigungspolitik vor allem davon abhängen, ob die militärisch stärkeren Länder tatsächlich ihre Zusammenarbeit im Rahmen der EU organisieren.

Erweiterung

Auch in der Erweiterung der EU könnte das Jahr 2018 nach längerer Stagnation neue Dynamik bringen. Die bulgarische EU-Präsidentschaft plant für Mai ein Gipfeltreffen mit den Balkanländern. Neben der Weiterführung der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien erscheint auch die Aufnahme solcher Gespräche mit Albanien und Mazedonien möglich.

In der Türkei dürften sich im Vorlauf der Präsidentschaftswahlen 2019 die autoritären Tendenzen eher noch verstärken. Zwar dürfte der von Österreich geforderte Abbruch der Beitrittsverhandlungen nicht die notwendige Unterstützung in der EU finden, ein substanzieller Fortschritt dieser Gespräche ist jedoch nicht zu erwarten. Die Weiterführung des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei liegt im beiderseitigen Interesse. Ob man in anderen Bereichen wie beim Ausbau der Zollunion vorankommen kann, ist ungewiss.

Brexit-Verhandlungen

Die Verhandlungen über den Austritt von Großbritannien werden ein zentrales Thema der EU-Politik darstellen. Falls ein geordneter Austritt am 29. März 2019 – also wie in Artikel 50 EU-Vertrag vorgesehen zwei Jahre nach dem Austrittsantrag – über die Bühne gehen soll, müsste ein Vertrag bis Ende 2018 ausgehandelt sein. Dieser soll die Austrittsbedingungen regeln, also u.a. die Rechte der in Großbritannien bzw. auf dem Kontinent lebenden EU- bzw. britischen Bürger, das Grenzregime zwischen Irland und Nordirland und die finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens. Gleichzeitig sollen aber auch die Prinzipien der zukünftigen Handelsbeziehungen sowie ein Übergangsarrangement für die Zeit bis zur Klärung der Details des künftigen Verhältnisses festgelegt werden. Vor allem wegen der komplexen innenpolitischen Lage in Großbritannien wird sich der Verhandlungsprozess schwierig gestalten und viel Energie und Aufmerksamkeit erfordern.

Nationale Entwicklungen mit europäischen Folgen

Auch 2018 stehen einige wichtige nationale Wahlen an, die Auswirkungen auf die EU-Politik haben könnten. Mit besonderer Spannung werden die italienischen Wahlen im Frühjahr 2018 erwartet. Zwei populistische Parteien, die Lega Nord und Cinque Stelle, die der Teilnahme Italiens an der Währungsunion kritisch gegenüberstehen, rechnen sich gute Chancen aus. Falls sie stark abschneiden, könnte sich die Regierungsbildung schwierig gestalten. In Ungarn bemüht sich Premierminister Viktor Orban mit einem ausgeprägt EU-skeptischen Kurs um eine Konsolidierung seiner Machtposition bei den Parlamentswahlen im Frühjahr. Budapest und Warschau haben sich durch Einschränkungen der Medienfreiheit und umstrit-

tene Justizreformen die Kritik der Kommission, des Europäischen Parlaments und verschiedener Mitgliedsstaaten zugezogen – eine Auseinandersetzung, die auch im Jahr 2018 andauern dürfte.

2018 – Konsolidierung mit Störfaktoren

Nach mehreren vom Krisenmanagement geprägten Jahren besteht 2018 die Chance, ein ambitioniertes Arbeitsprogramm weiterzubringen und den Boden für weitreichende Reformen zu bereiten. Dabei könnten sich allerdings die in den Krisen

entstandenen Spaltungen in der EU und die Renationalisierungstendenzen in manchen Mitgliedsstaaten störend auswirken.

Österreich wird in der zweiten Jahreshälfte 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Ministerrat der EU übernehmen. Voraussichtlich werden der EU-Reformprozess, die Brexit-Verhandlungen und die Arbeiten an der zukünftigen finanziellen Vorausschau die zentralen Aufgaben in dieser Periode sein. Migration und innere Sicherheit sollten weitere Schwerpunkte darstellen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Insgesamt günstige Rahmenbedingungen lassen für die EU ein Jahr der Konsolidierung und der Reformen erwarten.
- ▶ Divergierende Reformprioritäten, gegensätzliche Interessen in Budgetfragen und die Brexit-Thematik bergen erhebliches Konfliktpotential in sich.
- ▶ Innenpolitische Entwicklungen in verschiedenen EU-Staaten wie die Parlamentswahlen in Italien oder die Verschärfung des EU-kritischen Kurses in Ungarn und Polen könnten zu Störfaktoren werden.
- ▶ Der österreichischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 werden sich angesichts der Verhandlungen über das EU-Reformprogramm, über die zukünftige Finanzierung der Union und über den britischen Austritt schwierige Aufgaben stellen.

KEY MESSAGES:

- ▶ In the EU's current situation, chances for consolidation and reform are good.
- ▶ Diverging priorities, opposing interests in budget issues and the Brexit process bear a great potential for conflict.
- ▶ Domestic developments in a number of EU member states, such as the elections in Italy or an increasingly EU-critical tone in Hungary and Poland could disrupt the status quo.
- ▶ The Austrian EU presidency in late 2018 will face a number of difficult tasks, with reforms, budgetary questions and the British exit from the union looming.



© NEUNAVFOR MED

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHE STRATEGIEN DER EU 2018

Helga Maria Schmid

Die Europäische Union hat auf der Basis der neuen Globalen Strategie ihren außenpolitischen Instrumentenkasten erweitert, um den integrierten Ansatz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Besonders im Fokus standen zuletzt Schritte zu engerer Kooperation im Bereich der Verteidi-

gungspolitik. Jede Soft Power braucht auch glaubhafte Hard Power, wenn sie auf Dauer ernst genommen werden will. Gleichzeitig investiert die EU aber auch verstärkt in Konfliktprävention, Mediation und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Nachbarstaaten.

Auch in schwierigen Zeiten ist die Europäische Union – im Gegensatz zu anderen – ein verlässlicher und stabiler Partner geblieben. Als außenpolitischer Akteur sind wir aber nur dann stark, wenn wir geschlossen auftreten und unsere Werte und Interessen entschieden vertreten. Deshalb haben wir in den letzten Jahren unsere Außen- und Sicherheitspolitik strategischer aufgestellt und unseren Instrumentenkasten erweitert.

Damit wir nicht nur in Reaktion auf Krisen aktiv werden, sondern auch langfristig und strategisch gemeinsam handeln können, hat die Hohe Vertreterin Federica Mogherini im Juni 2016 die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU vorgelegt. Die Globale Strategie rückt vor allem das Kerninteresse der EU-Bürger nach mehr Sicherheit in den Mittelpunkt und leitet davon das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Union ab. Wir sind nun dabei, mit konkreten Initiativen das außenpolitische Handeln der EU besser abzustimmen und schlagkräftiger zu machen. Dieser Prozess hat eine beachtliche Dynamik entwickelt: In den letzten zwölf Monaten ist hier mehr passiert als in den letzten zehn Jahren.

Fähigkeiten in der Verteidigungspolitik ausbauen

Die meisten und konkretesten Fortschritte gab es im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wo wir die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten stärken wollen. Dabei wird das Ziel oft missverstanden: Es geht weder um die Militarisierung der EU noch um eine Duplizierung von Fähigkeiten der NATO oder gar die Schaffung einer europäischen Armee. Worum es geht, ist eine EU, die ihre militärischen Fähigkeiten besser koordiniert und damit insgesamt handlungsfähiger wird.

Wenn die Mitgliedsstaaten ihre militärischen Fähigkeiten weiterentwickeln und auch technisch weiter auf der Höhe der Zeit bleiben wollen, müssen sie nicht nur mehr investieren, sondern sich vor allem besser abstimmen. Zurzeit leisten sich europäische Armeen 17 verschiedene Typen Kampfpanzer und 20 verschiedene Kampfflugzeuge – im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, die sich auf einen Typ Kampfpanzer und sechs Flugzeugtypen konzentrieren.

Um diese Doppelstrukturen und -ausgaben zu reduzieren und unsere europäischen Fähigkeiten zu stärken, wollen die Mitgliedsstaaten nun im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO) zusammenarbeiten. Dieses Instrument war schon im Lissabon-Vertrag vorgesehen und erlaubt einer Gruppe von Mitgliedsstaaten, im Bereich der militärischen Fähigkeiten gemeinsame Vorhaben voranzutreiben, die dann der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugutekommen können. Zusätzlich hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einen Vorschlag für einen Europäischen Verteidigungsfonds vorgelegt, der gemeinsame Rüstungsprojekte im Bereich der Forschung und Entwicklung mit EU-Mitteln unterstützen soll, wenn sie von mehreren Mitgliedsstaaten gemeinsam betrieben werden.

Bei all diesen Neuerungen nimmt die engere Koordinierung mit der NATO eine zentrale Rolle ein. In einer ganzen Reihe von Bereichen wurden bereits konkrete Kooperationsprojekte gestartet, unter anderem zu den Themen hybride Bedrohungen und Cyberverteidigung.

Integrierten Ansatz verfolgen

Gleichzeitig vergessen wir nicht, dass Sicherheitspolitik weit mehr ist als der Ausbau unserer militärischen Fähigkeiten. Wir bauen unsere Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung gemeinsam mit Partnerländern aus und engagieren uns aktiv in diplomatischen Foren zur Stärkung von Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik. Das Nuklear-Abkommen mit dem Iran ist ein gutes Beispiel, wie wir ohne militärischen Einsatz, aber dafür mit klassischem diplomatischen Engagement und viel Geduld Erfolge erzielen können. Ich habe im Auftrag der Hohen Vertreterin Federica Mogherini auch weiterhin den Vorsitz in der Gemeinsamen Kommission zur Überwachung des Abkommens; trotz aller Widrigkeiten wird das Abkommen auch bis heute vom Iran vollständig umgesetzt.

Diese Beispiele zeigen, dass die EU einen entscheidenden Mehrwert hat: Wir haben eine Vielzahl außenpolitischer Instrumente – von der Handels- und Entwicklungspolitik über zivile Krisenmissionen bis hin zu militärischem Engagement. Damit bringen wir insgesamt Ressourcen zusammen, die einzelne Staaten allein nicht haben oder aufbringen könnten.

Resilienz in der Nachbarschaft stärken

Auch in unserer direkten Nachbarschaft haben wir unser Engagement verstärkt. Das Stichwort lautet hier „Resilienz“: Wir wollen die Widerstandsfähigkeiten von Staaten und Gesellschaften in unserer Nachbarschaft stärken, damit sie in der Lage sind, besser auf externe Herausforderungen und Belastungen zu reagieren. Das Ziel dieses Ansatzes ist es, nicht mehr nur Kriseneindämmung zu betreiben, sondern frühzeitig und langfristig mit Vorsorge und Prävention auf globale Herausforderungen zu reagieren.

Der Westbalkan ist ein gutes Beispiel für eine Region, in der Europa auch heute ein zentraler Partner, Vermittler und Hoffnungsträger ist. Im Jahr 2018 wollen wir uns daher noch intensiver dort engagieren, um regionale Streitigkeiten zu entschärfen und gleichzeitig sicherstellen, dass durch Reformen die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften gestärkt wird. Wenn diese Reformen entschieden umgesetzt werden, werden wir von unserer Seite entsprechend handeln und können bei der europäischen Perspektive unserer sechs Partnerländer weiter voranschreiten.

Konsequenzen

Um glaubwürdig und schlagkräftig zu bleiben, müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten effektiv zusammenarbeiten und nach außen mit einer Stimme sprechen – die europäische Außenpolitik ist ein Mannschaftssport. Das betrifft vor allem jene Politikfelder, bei denen die interne und externe Dimension besonders eng verschränkt ist – wie zum Beispiel die Migrations- oder Erweiterungspolitik. In diesem Bereich spielt die europäische Außenpolitik eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung von Stabilität innerhalb der EU. Hier kommt es besonders darauf an, dass die EU-Institutionen und die Mitgliedsstaaten Hand in Hand agieren. Mit Sicherheit werden wir im zweiten Halbjahr 2018 eng und vertrauensvoll mit der österreichischen Ratspräsidentschaft zusammenarbeiten, um den europäischen Weg zu Frieden, Sicherheit und menschlicher Entwicklung voranzubringen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die EU wird ihre Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickeln und dabei strategisch denken und handeln. Zur Umsetzung der Globalen Strategie werden wir unsere Initiativen weiter vorantreiben und die neu eingerichteten Strukturen durch konkrete Projekte mit Leben erfüllen.
- ▶ Besonders im Bereich der Verteidigungspolitik gibt es eine wichtige neue Dynamik mit dem neuen Instrument der PESCO. Genauso wichtig bleibt zur Umsetzung des integrierten Ansatzes aber auch der Ausbau unserer zivilen Fähigkeiten: Krisenprävention und Mediation bleiben unser Kerngeschäft.
- ▶ Die Stärkung der Resilienz unserer Nachbarstaaten ist ein besonderer Schwerpunkt: Nur wenn Staaten und Gesellschaften widerstandsfähig sind, können sie mit kommenden Bedrohungen und Herausforderungen umgehen.
- ▶ Um glaubwürdig zu bleiben, müssen die EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten effektiv zusammenarbeiten und nach außen mit einer Stimme sprechen und Hand in Hand agieren.

KEY MESSAGES:

- ▶ The EU will continue to strategically develop its foreign and security policy. To implement the EU Global Strategy, we will push forward our recent initiatives and fill the new structures with life.
- ▶ There is an important new dynamic especially in the area of defence policy with PESCO as a central instrument. At the same time, we will build up our civilian capabilities to implement the integrated approach of our foreign policy. Conflict prevention and mediation remain our core business.
- ▶ Strengthening the resilience in our neighbourhood is another key focus. Only when states and societies are resilient, can they face and manage future threats and challenges.
- ▶ To remain a credible actor in the field of foreign policy, the EU institutions and Member States must work together effectively and speak with one voice.



STÄNDIGE STRUKTURIERTE ZUSAMMENARBEIT 2018

Sven Biscop

2018 wird das Jahr der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO). Die europäische Verteidigungslandschaft wird von ihrem Erfolg oder ihrem Scheitern geprägt sein. Die PESCO wird für die kleineren Mitgliedsstaaten klare Vorteile bringen. Diese sollten daher mit Enthusiasmus und Überzeugung teilnehmen und nicht, weil es keine andere Alternative gibt. Die Akteure, die im Kern nicht nur formell, sondern auch ideell dabei sind, werden anführen. Der Rest wird geführt werden.

Dass die PESCO nach ihrer „Einschläferung“ im Jahr 2010, nachdem man zum ersten Mal versucht hatte, sie umzusetzen, überhaupt wieder aufstanden ist, ist bemerkenswert – aber noch kein Erfolg. Ein Fehlschlagen der PESCO würde nicht das Ende jeglicher militärischen Zusammenarbeit europäischer Staaten bedeuten. Kooperation ist unvermeidlich, wie unzählige bi-, tri- und multilaterale Initiativen klar zeigen. Ohne PESCO wird Europa auf ebendiesem Niveau bleiben: ein Bündel der Zusammenarbeit hie und da, aber ohne großflächige Koordination, immer mit suboptimalen Ergebnissen. Sollte die PESCO aber funktionieren, so wird sich Europa sicherheitspolitisch grundlegend verändern: von einem „Bottom-up“-Zugang, der auf

Interoperabilität basiert, hin zu einer „top-down“ integrierten Verteidigungspolitik, die Streitkräfte-Pooling und -Spezialisierung ermöglicht.

Es gibt Grund für Optimismus, da sich um die PESCO eine federführende Koalition gebildet hat. Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Deutschland haben eine Führungsrolle übernommen, dazu stoßen Spanien und Italien. Zwischen den einst sehr divergenten Standpunkten von Paris – dass PESCO nur Sinn macht, wenn die Beitrittsansprüche fordernd genug sind – und Berlin – dass PESCO trotz allem umfassend bleiben muss – scheint ein Kompromiss gefunden worden zu sein. Die Kriterien, die am Tisch liegen, sind ambitioniert, aber realistisch: Alle Mitgliedsstaaten können sie erfüllen – wenn sie es wollen. Gleichzeitig gibt es Rückenwind von der Europäischen Kommission, die sogar finanzielle Anreize in den Raum stellt.

Kleine Mitgliedsstaaten können durch eine ambitionierte PESCO nur gewinnen.

Verankerung einer langfristigen Vision

Die Mitgliedsstaaten, die an der PESCO teilhaben wollen, verpflichten sich, 20 Prozent ihres Verteidigungsbudgets für Beschaffungen zu reservieren. Für viele Staaten, in denen zwei Drittel ihres Verteidigungsbudgets allein in die Gehälter der Militärbediensteten fließt, bedeutet das de facto, dass eine Budgeterhöhung notwendig ist. Im Grunde liegt der Wert aber darin, dass die PESCO abseits von innenpolitischen Stimmungsschwankungen eine langfristige strategische Vision für die europäische Verteidigungspolitik bringt. Im Unterschied zu den Verpflichtungen im Rahmen der NATO sind die Bedingungen der PESCO-Mitgliedschaft rechtlich bindend, vergleichbar etwa mit den Maastricht-Kriterien beim Beitritt zur Eurozone. Wenn ein Staat

einmal an der PESCO teilnimmt, werden zukünftige Regierungen es schwer haben, die Verpflichtungen sowie daraus resultierende Investitionspläne rückgängig zu machen.

Die Verteidigung der Verteidigungsbranche

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass im Rahmenwerk der PESCO multinationale Projekte, die strategische Mängel der EU zu vermindern versuchen, mit bis zu 30 Prozent Mitfinanzierung aus dem EU-Budget rechnen könnten. Dazu kommt, dass konkrete Maßnahmen getroffen werden, um die Teilnahme von Klein- und Mittelbetrieben zu sichern. Dies unterstützt die Verteidigungsbranche kleiner Mitgliedsstaaten, die zu einem großen Teil aus solchen Unternehmen besteht. Dadurch haben die kleineren Mitgliedsstaaten auch mehr Einfluss auf die Richtung, in die sich die PESCO entwickeln wird, als sie es bei einer rein bilateralen deutsch-französischen Initiative hätten. Es finden sich viele Parallelen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Vorläufer der Europäischen Union, im Jahre 1951. Damals wie heute merkten kleinere Mitgliedsstaaten erst nach ihrem Beitritt, dass die supranationale Struktur der Gemeinschaft ihre Interessen nicht bedrohte, sondern eher förderte.

Einsatzverpflichtungen

Die Staaten, die der PESCO beitreten, versprechen auch für alle militärischen Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) Truppen oder finanzielle Mittel bereitzustellen. Obwohl Operationen der GSVP nur mit Einstimmigkeit beschlossen werden können, haben sich Staaten in der Vergangenheit immer wieder geweigert, zu den Einsätzen, für die sie zuvor gestimmt hatten, beizutragen. Durch die

PESCO wird das verhindert. Dies ist für die Staaten, die auch in der Vergangenheit ihren Teil geleistet haben, vorteilhaft: Sie können jetzt mit mehr Solidarität ihrer Partner rechnen. Wenn diese keine Truppen beisteuern wollen, so müssen sie die Einsätze zumindest mitfinanzieren. Dies würde eines der Hauptziele der PESCO-Initiative, eine bessere multilaterale Finanzierung für gemeinsame militärische Unternehmungen, als es momentan der Athena-Mechanismus erzielt, erfüllen.

In Integration investieren

Die PESCO wird im Laufe der Zeit zu einer weitreichenden Integration der europäischen Verteidigungspolitik führen. Mehr und mehr Ausrüstung wird von Staaten gemeinsam entwickelt, gebaut und beschafft werden. Der nächste Schritt wird

sein, Fähigkeiten als gebündelte Kraft zu nutzen, anstatt sie auf die jeweiligen Teilnehmerstaaten aufzuteilen. Denkbar wäre etwa eine Flotte von Transportflugzeugen und Drohnen mit gemeinsamer Ausbildung, Wartung und Versorgung sowie einer einheitlichen Führungsstruktur, deren Luftfahrzeuge jedoch weiterhin im Besitz der beteiligten Staaten bleiben. Ein ähnliches Modell könnte für Marinestreitkräfte (entlang der Linie, die Belgien und die Niederlande bereits verfolgen) und Kampfflugzeuge entwickelt werden (nachdem jetzt von vielen europäischen Staaten Neubeschaffungen angedacht werden). Armeebataillone könnten ebenfalls in eine größere multinationale Struktur mit integrierten Versorgungseinheiten aufgenommen werden. Diese Schritte würden europäische Verteidigungsbudgets so kosteneffizient wie noch nie gestalten.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die Teilnahme an der PESCO verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten, unabhängig von politischer Veränderung an der Umsetzung einer langfristigen strategischen Vision festzuhalten.
- ▶ Die PESCO sichert die Interessen von Klein- und Mittelbetrieben in kleineren Mitgliedsstaaten besser.
- ▶ Dank PESCO können sich Staaten, die ihre Streitkräfte einsetzen wollen, auf die Solidarität anderer EU-Mitglieder verlassen.
- ▶ Die PESCO vertieft die Integration, was Verteidigungsausgaben kosteneffizienter machen wird.

KEY MESSAGES:

- ▶ Participating in PESCO is a way of committing successive governments to a long-term strategic vision on defence.
- ▶ The SME-dominated defence industry of smaller Member States will be better protected inside PESCO than out of it.
- ▶ Thanks to PESCO, those who want to deploy can be certain that they will never deploy alone.
- ▶ PESCO will generate deep integration, which will get the most out of our defence budgets.



STRATEGISCHE ENTWICKLUNGEN IN DER NATO 2018

Johannes Varwick

Die NATO hat sich als krisenfester und stabiler erwiesen, als viele erwartet haben. Sie befindet sich in einem Modus der permanenten, aber nicht revolutionären Anpassung. Die „Emanzipation der Europäer“ zu Lasten der NATO findet nicht statt.

Rolle der USA in der NATO

Nachdem das Jahr 2017 unter dem Vorzeichen eines gewissen „Trump-Schocks“ stand und Unsicherheit über die Rolle der USA im Bündnis und die Ernsthaftigkeit des US-amerikanischen Beistands-

versprechens unübersehbar war, dürfte 2018 in dieser Hinsicht mehr Klarheit herrschen. Von einer Konditionalisierung des Beistandsversprechens der USA ist trotz aller Sprunghaftigkeit des US-amerikanischen Präsidenten ebenso wenig die Rede wie von einer Abkehr von der NATO. Zudem haben die USA ihre Zusagen zur Erhöhung der militärischen Präsenz in Europa (bisher) vollständig eingehalten. Für das Haushaltsjahr 2018 sind die US-Finanzmittel dafür fast verfünffacht worden. Anhalten dürfte gleichwohl der US-amerikanische Druck auf die Alliierten zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben, die sich in der Mehrzahl der Mitgliedsstaaten 2018 auch tatsächlich weiter

erhöhen dürften – wenngleich nur als langsame Annäherung an das vereinbarte Ziel, bis 2024 auf die Höhe von zwei Prozent des BIP zuzusteuern.

Verhältnis zu Russland

Hinsichtlich der Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland sind weiterhin verschiedene Optionen denkbar. Wahrscheinlich ist erstens, dass die in Wales 2014 und Warschau 2016 getroffenen Grundsatzbeschlüsse weiter konkretisiert werden und sich das in einer verbesserten Abschreckungsfähigkeit der Allianz niederschlagen wird. Darauf deuten sowohl die Veränderungen in der Kommandostruktur als die Erhöhung der militärischen Präsenz in Mittel- und Osteuropa hin, die letztlich das Ziel haben, Russland vor jedweder Aggression gegen das NATO-Territorium abzuschrecken. Denkbar wäre zweitens, dass mit Russland ein neues Arrangement getroffen wird, das die Lage beruhigt, die beiderseitigen Aufrüstungsschritte und die teilweise gefährliche Eskalationsspirale politisch auffängt und zu einer Stabilisierung des Status quo führt. Hierzu bedürfte es jedoch insbesondere einer US-amerikanisch-russischen Verständigung, die auch aufgrund der innenpolitischen Lage in den USA schwierig ist. Nach den Präsidentschaftswahlen in Russland 2018 könnte sich jedoch eine neue Gelegenheit ergeben.

Möglichkeiten der EU-NATO-Zusammenarbeit

Die engere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU bleibt auf der Agenda, und Synergien zwischen beiden Organisationen könnten weiterhin besser genutzt werden. Nachdem die EU zahlreiche Initiativen zur Stärkung ihrer sicherheitspolitischen Rolle – u.a. im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (Permanent Structured Coope-

ration - PESCO) – unternommen hat, ist 2018 die Stunde der Wahrheit für die EU gekommen, ob sie tatsächlich einen sicherheitspolitischen Mehrwert schaffen kann. Die Vorstellungen über eine Art Emanzipation von den USA haben sich jedoch als unrealistisch erwiesen, auch was die Frage einer daraus erwachsenen Konkurrenz der GSVP zur Allianz betrifft. Wahrscheinlich ist, dass nicht die EU als Ganzes, sondern einzelne Mitgliedsstaaten untereinander enger kooperieren werden, und so ihre Handlungsfähigkeit erhöhen. Der Brexit könnte somit weniger Einfluss haben, als befürchtet. Zumal es intensive Bemühungen gibt, Großbritannien als NATO-Mitglied sicherheitspolitisch eng einzubinden. Finnland und Schweden haben sich aufgrund der wahrgenommenen Bedrohungen aus Russland ebenfalls in erheblichem Ausmaß an die NATO angenähert. Für Österreich bleibt die Pflege der Beziehungen zur NATO und die Beteiligung an den Operationen in Afghanistan und im Kosovo vordergründig.

Neues strategisches Konzept?

Anhaltende Diskussionen dürfte es auch weiterhin um die Gewichtung der Kernaufgaben Bündnisverteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit/Partnerschaften geben. Die gewollte und ja auch vollzogene Reorientierung auf Bündnisverteidigung wird nicht von allen Mitgliedern gleichermaßen priorisiert. Zudem bleibt die Allianz ein „Bündnis im Einsatz“ – neben einer Reihe an Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen, insbesondere in Afghanistan, im Kosovo und im Mittelmeer. Strittige Themen wie der Grad der Mitwirkung am Kampf gegen Terrorismus oder der NATO-Beitrag zu Bearbeitung regionaler Krisen bspw. im Irak, in Syrien oder in Afrika werden auf der Agenda bleiben und jeweils für allianzinterne Auseinandersetzungen sorgen. Die Frage, ob die USA die Unterstützung der NATO außerhalb des

transatlantischen Raumes in Anspruch nehmen könnten, etwa in Asien, ist hypothetisch, könnte sich aber dennoch stellen.

Nicht zuletzt der bevorstehende 70. Geburtstag der Allianz am 4. April 2019 wird dazu führen, dass die Stimmen zur Entwicklung eines neuen strategischen Konzeptes – das derzeitige stammt aus dem Jahr 2010 und einer anderen sicherheitspolitischen Welt – 2018 lauter werden dürften. Dabei sind allerdings eine ganze Reihe an Sollbruchstellen zu beachten, die es fraglich erscheinen lassen, ob 2018 das Jahr für neue strategische

Entwürfe sein wird. Dazu zählen trotz des offiziell proklamierten „360-Grad-Blicks“ der anhaltende Spagat zwischen Ost- und Süd-Orientierung, die allgemeine transatlantische Entfremdung, brisante Themen wie das schwierige Verhältnis der Türkei zu einigen anderen NATO-Mitgliedsstaaten, die Frage, wie aktiv die NATO im Cyberraum sein wird und wie sie zum Querschnittsziel größerer Resilienz beitragen soll. Erste Antworten in diesen Richtungsdebatten dürfte das Treffen der 29 Staats- und Regierungschefs im zweite Halbjahr 2018 in Brüssel bringen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die USA wenden sich nicht von der NATO ab, sondern dürften ein unbequemerer, aber verlässlicher Partner bleiben.
- ▶ Das Verhältnis zu Russland bleibt von großer Unsicherheit gekennzeichnet und bestimmt den strategischen Diskurs in der NATO.
- ▶ Die EU ist keine Konkurrenz zur NATO und die Allianz bleibt weiterhin die maßgebliche Sicherheitsorganisation.
- ▶ Ein neues strategisches Konzept der NATO ist nicht in Sicht und 2018 wird nicht das Jahr großer strategischer Entwürfe sein.

KEY MESSAGES:

- ▶ The United States are not abandoning NATO; they will remain a reliable partner but may become less compliant.
- ▶ The relationship with Russia will remain unstable and will dominate the NATO discourse.
- ▶ The EU is not in competition with NATO, and the alliance will remain the most prominent security organization.
- ▶ A new strategic paradigm for NATO is not imminent; 2018 will not be a year of drastic strategic designs.



DIE VEREINTEN NATIONEN 2018

Richard Gowan

2018 wird ein Jahr beträchtlicher Belastungen für die Vereinten Nationen. Die Situation in Korea, der Syrien-Krieg und die Debatten rund um das Atomabkommen mit dem Iran werden aller Wahrscheinlichkeit nach zu Spannungen im Sicherheitsrat führen. In Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo oder dem Libanon sind UNO-Friedenstruppen mit gefährlichen Gewaltszenarien konfrontiert.

Mit dem Beschluss zweier scharfer Sanktionspakete gegen Pjöngjang spielte der Sicherheitsrat 2016 eine tragende Rolle bei der Eindämmung der Atomkrise in Nordkorea. China und die USA werden bemüht sein, diese Kooperation weiterzuführen. Jedoch könnte es im Falle weiterer Provokationen Nordkoreas schwierig für den Sicherheitsrat werden, zusätzlichen gravierenden Sanktionen zuzustimmen. Falls Washington in Richtung einer militärischen Intervention auf der koreanischen Halbinsel drängt, könnte dies den

Abbruch der diplomatischen UNO-Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten bedeuten.

Diplomatie der Vereinten Nationen 2018

Die US-Regierung unter Donald Trump wird möglicherweise eine Spaltung im Sicherheitsrat auslösen, wenn sie weiterhin versucht, das Atomabkommen mit dem Iran zu untergraben. Die allgemeine Verschlechterung der Sicherheitssituation im Nahen Osten insgesamt wird 2018 ein zentrales Thema der Diplomatie der Vereinten Nationen darstellen. Der immer wahrscheinlicher werdende Ausbruch neuer Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hisbollah im Südlibanon bedeutet ein erhöhtes Einsatzrisiko für UNIFIL, den Langzeit-Friedenseinsatz der Vereinten Nationen in diesem Gebiet.

Darüber hinaus müssen die Vereinten Nationen möglicherweise eine neue Strategie gegenüber Syrien entwickeln. Russland und seine iranischen und syrischen Verbündeten wollen nicht, dass UNO-Peacekeeper oder UNO-Beamte auf syrischem Boden eine große Rolle spielen. Dennoch wird Moskau europäische Geldgeber drängen, an den Wiederaufbaumaßnahmen teilzunehmen, mit dem Argument, dass dies weitere Flüchtlingswellen unterbindet. Es könnte zu einer Situation kommen, in der UNO-Personal die Verantwortung der syrischen Regierung für die Bereitstellung kritischer Infrastruktur für die Bevölkerung übernimmt – und möglicherweise auch Flüchtlingsrückführungen koordiniert, obwohl es dadurch einem größeren terroristischen Risiko ausgesetzt wäre.

Engagements der Vereinten Nationen 2018

Andere Bemühungen der Vereinten Nationen im Nahen Osten wie etwa die Vermittlung im Jemen werden wenig Erfolg haben, solange die Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien anhalten. Den Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen könnten die Mittel zur Hilfe der leidenden Bevölkerung in der Region ausgehen, insbesondere wenn es zu neuen Auseinandersetzungen im Libanon und im Irak kommt.

In Afrika sehen sich UNO-Friedenstruppen mit ständigen gewaltsamen Konflikten konfrontiert, etwa im Südsudan oder in der Zentralafrikanischen Republik. Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Kongo, die nach einem umstrittenen Aufschub 2016 nun 2018 stattfinden sollen, könnten ebenfalls in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Unterstützern und Gegnern von Präsident Joseph Kabila enden. Zur Eindämmung der Konflikte in einem oder mehreren dieser Fälle werden die Vereinten Nationen aller Wahrscheinlichkeit nach militärische Verstärkung benötigen.

Kürzungen im Budget

Die Regierung Trump hat massive Kürzungen des Budgets für die Friedenserhaltung gefordert und wird den meisten Vorschlägen zur Aufstockung existierender oder Aufstellung neuer UNO-Einsätze gegenüber skeptisch bleiben. Eine mögliche Ausnahme stellt die Ukraine dar: Washington hat angedeutet, dass es die Aufstellung einer UNO-Friedenstruppe im Osten des Landes unterstützen könnte, um die Spannungen mit Russland abzubauen. Obwohl das Interesse Moskaus an dieser Option nicht absehbar ist, ist es möglich, dass die Vereinten Nationen 2018 einen Einsatz in der Ukraine starten werden.

In diesem Szenario könnten auf europäische Länder, vor allem auf solche außerhalb der NATO wie Österreich und Schweden, Forderungen nach der Unterstützung einer glaubwürdigen UNO-Präsenz, möglicherweise zusammen mit russischsprachigen Truppen aus Staaten wie Kasachstan, zukommen.

Sicherheitsfragen werden jedoch nicht die einzige Ursache für Spannungen in den Vereinten Nationen im Jahr 2018 sein. Die USA haben gedroht, sich aus dem Menschenrechtsrat zurückzuziehen, wenn dieser Israel weiterhin scharf kritisiert. Während europäische Regierungen bemüht sind, die USA davon abzuhalten, besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass Washington letztendlich einen solchen Schritt setzt.

Internationales Migrationsmanagement

Ein diplomatischer Schwerpunkt in New York wird die Migration sein. Im Juli 2018 sollen die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ein neues Paket zur Verbesserung des internationalen Migrationsmanagements beschließen. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu Spannungen zwischen europäischen Staaten und Entwicklungsländern hinsichtlich der Frage des Umgangs mit großen Migrationsströmen wie im Falle Libyens führen.

In New York werden auch Vorschläge von Generalsekretär Antonio Guterres zur Reform des Sekretariats der Vereinten Nationen sowie des Entwicklungssystems verhandelt werden. Für seine Pläne zur Straffung der antiquierten Führungsstrukturen konnte sich Guterres bereits die Unterstützung vieler Mitglieder sichern, unter anderem die der USA. Dennoch wird es lange Debatten über die finanzielle und strukturelle Seite dieser Reformen geben, die Guterres und die Vereinten Nationen von wichtigeren globalen Problemen ablenken könnten.

Globaler Kampf gegen den Klimawandel

Ein globales Thema, dessen Wichtigkeit Guterres während des gesamten Jahres 2018 betonen wird, ist die Stärkung des Pariser Klimaabkommens, trotz Präsident Trumps Ankündigung des Austritts der USA 2020. Wenngleich Trump Gesprächsbereitschaft in dieser Frage angedeutet hat, sind tatsächliche Gespräche zur Umgestaltung des Abkommens im Sinne amerikanischer Interessen vor 2018 unwahrscheinlich. Andererseits wird China eine immer bedeutendere Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel zukommen.

Chinas Profil innerhalb der Vereinten Nationen

China entwickelt sich zu einem immer ehrgeizigeren Akteur innerhalb der Vereinten Nationen und agiert zunehmend bestimmter in der Durchsetzung seiner Positionen, einschließlich jener im Bezug auf Menschenrechte. Peking wird weiterhin nach Wegen suchen, sich im Jahr 2018 innerhalb der Vereinten Nationen zu profilieren – möglicherweise sogar mit dem Versprechen, tausende neue Truppen für friedenserhaltende Einsätze zu entsenden, was von der Mehrheit der Staaten begrüßt wird, von den USA jedoch als Provokation betrachtet werden könnte.

Ein Risiko der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Regierung Trump und den Vereinten Nationen besteht im Falle des Rücktritts der derzeitigen amerikanischen Botschafterin in New York, Nikki Haley. Haley ist eine Mainstream-Republikanerin, die die radikalsten Anti-UNO-Vorhaben Trumps erfolgreich entschärft hat. Sie wurde bereits als potenzielle Außenministerin oder Präsidentschaftskandidatin gehandelt und könnte New York für ein höheres politisches Amt 2018

verlassen. Präsident Trump könnte an ihrer Stelle jemanden nominieren, der eine härtere Linie als amerikanischer Botschafter bei den Vereinten Nationen vertritt und damit Haleys moderater Gangart ein Ende setzen.

bedeutende Rolle bei der Handhabung schwerer Konflikte wie etwa dem um Nordkorea zukommen. Auch wenn die Vereinten Nationen eine fehleranfällige, fragile Institution sind, werden sie 2018 im Zentrum hochrangiger diplomatischer Prozesse stehen.

Die Vereinten Nationen als diplomatische Drehscheibe

Insgesamt wird – trotz der Gefahr zunehmender Spannungen innerhalb der Organisation – den Vereinten Nationen auch 2018 weiterhin eine

KERNPUNKTE:

- ▶ Das Risiko für einen Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA in Bezug auf Nordkorea besteht.
- ▶ Die zunehmende Anspannung der Situation im Nahen Osten wird den Druck auf UNO-Friedenstruppen sowie auf die Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen erhöhen.
- ▶ Die UNO-Friedenstruppen werden sich mit einem möglichen Anstieg der Gewalt in mehreren afrikanischen Ländern konfrontiert sehen, vor allem in der Demokratischen Republik Kongo.
- ▶ Die Vereinigten Staaten, Russland und die Mitglieder der Europäischen Union könnten eine neue UNO-Friedensmission in der Ukraine beschließen, mit dem Erfordernis einer beträchtlichen militärischen Beteiligung Europas, vor allem von nicht-NATO-Staaten wie Österreich.
- ▶ Die Einstellung der Regierung Trump gegenüber den Vereinten Nationen wird weiterhin negativ sein, und die USA werden sich möglicherweise aus dem Menschenrechtsrat zurückziehen.
- ▶ China wird seinen Einfluss innerhalb der Vereinten Nationen weiter ausbauen.

KEY MESSAGES:

- ▶ There is a risk of complete diplomatic collapse between China and the US on basis of the Korea question.
- ▶ Rising tensions in the Middle East will put yet more strain on UN-Peacekeeping and mediation efforts in the region.
- ▶ Furthermore, there is a potential for increased violence facing UN Peacekeepers in Central Africa, in particular the Democratic Republic of the Congo.
- ▶ The US, Russia and the EU could come to an agreement regarding a peacekeeping mission in the Ukraine, but European states, especially non-NATO members like Austria, must be ready to commit a large amount of troops.
- ▶ President Trump's position towards the UN will remain negative, and there is still a chance the United States leave the Human Rights Council.
- ▶ China will seek to continue expanding its influence in the United Nations Organization.



OSZE 2018

Entwicklung der politisch-militärischen Dimension unter Berücksichtigung des österreichischen Vorsitzes 2017

Wolfgang Richter

Die Krise der europäischen Sicherheitsordnung und die Destabilisierung der europäischen Peripherie werden auch 2018 das politische Spannungsfeld der OSZE bestimmen. Während der Ukraine-Konflikt, gegenseitige Beschuldigungen des Prinzipienbruchs und umfangreiche Militärmanöver die Bedrohungsperzeptionen in Ost und West verschärfen, fehlen weiterhin wirksame Instrumente der Sicherheitskooperation.

Um den Rückfall in eine dauerhafte Konfrontation in Europa zu verhindern, trat der österreichische Vorsitz 2017 dafür ein, die OSZE-Mechanismen der Transparenz und Deeskalation zu verbessern und die konventionelle Rüstungskontrolle zu revitalisieren. Vor den gleichen Herausforderungen wird auch der italienische Vorsitz 2018 stehen. Zudem muss er die Chancen neuer Friedensinitiativen für den Donbass ausloten.

Ukraine-Konflikt

Trotz sporadischer Feuergefechte blieb der Frontverlauf in der Ost-Ukraine 2017 unverändert. Die Kapazitäten der OSZE-Beobachtungsmission wurden gestärkt, doch wird ihr nicht jederzeit und überall Zugang gewährt. Der Kreml hat das Novorossija-Projekt aufgegeben und eine VN-Friedensmission vorgeschlagen. Doch unterstützt er weiter die Donbass-Rebellen, um die innere Entwicklung der Ukraine mitzusteuern und ihren NATO-Beitritt zu verhindern. Deshalb beharrt er auf einem Sonderstatus der Konfliktgebiete, der nach den Minsker Abkommen durch eine Verfassungsänderung und lokale Wahlen legitimiert werden soll.

Im ukrainischen Parlament zeichnet sich dafür weiterhin keine Mehrheit ab. Vielmehr bereitet Kiew die Reintegration des Donbass vor. Auf den Kreml-Vorschlag reagiert es ambivalent: Einerseits will es mit einer internationalen Polizeimission die Macht der Rebellen brechen. Andererseits sieht es in der Stationierung von Friedenstruppen (nur) an der Kontaktlinie die Gefahr, dass der Konflikt „eingefroren“ und die Reintegration verhindert wird. Kiew will daher eine internationale Präsenz im gesamten „besetzten Gebiet“ erreichen, die vollständige Kontrolle über die russisch-ukrainische Grenze zurückgewinnen und Russland zum Aggressor erklären. Eine politische Lösung zeichnet sich derzeit nicht ab. Die Gefahr einer neuen militärischen Eskalation ist somit noch nicht gebannt.

Russland und die NATO

Die NATO hat auf die Bedrohungsängste der östlichen Mitglieder mit militärischen Übungen und der Dauerpräsenz von vier multinationalen Kampfgruppen in den baltischen Staaten und

Polen reagiert, um die Bereitschaft zur Vorverteidigung zu signalisieren. Zusätzlich haben die USA eine Kampfbrigade nach Osteuropa verlegt, Material für eine weitere Brigade in Mitteleuropa eingelagert und für 2018 die Verlegung einer vierten Kampfbrigade angekündigt.

Moskau kritisiert, dass die Allianz eine konfrontative Sicherheitsstrategie gegen Russland verfolge und die Verpflichtung aus der NATO-Russland-Grundakte von 1997 gebrochen habe, keine zusätzlichen substantiellen Kampftruppen dauerhaft zu stationieren. Mit Manövern und Alarmübungen hat es seine militärischen Fähigkeiten demonstriert. Übersteigerte Bedrohungsperzeptionen beider Seiten und gefährliche Zwischenfälle in Grenznähe sowie auf und über der Hohen See haben die Lage verschärft und die Tendenz zum Aufbau einer neuen Konfrontationslinie in Europa verstärkt.

Fragiles Umfeld

Ungelöste Territorialkonflikte im postsowjetischen Raum bergen weiterhin Konfliktpotenzial. Die Entfremdung der Türkei vom Westen schreitet voran. Sie setzt die innere Repression fort, führt Krieg gegen die PKK und interveniert in Nordsyrien und im Nordirak, um das Entstehen kurdischer Staatsgebilde zu verhindern. Dafür duldet sie eine Stabilisierung des Assad-Regimes in Kooperation mit Russland und dem Iran. Die Lage an der südöstlichen Peripherie Europas bleibt fragil: Zwar scheint der Islamische Staat zu zerbrechen, doch setzt sich der Zerfall der staatlichen Ordnung und die Verlagerung des islamistischen Terrors fort.

Der Austritt Großbritanniens, das Erstarken europaskeptischer Kräfte, neue Separationsbestrebungen wie in Katalonien, die Bewältigung präzedenzloser Flüchtlingsströme seit 2015 und der

Streit um europäische Werte zeigen die Grenzen des Integrationsprojekts der EU. Ob eine Stabilisierung mit dem „deutsch-französischen Motor“ gelingt, bleibt ungewiss.

Mit dem „America first“-Konzept von Präsident Donald Trump ist die Politik der (bisherigen) westlichen Führungsmacht unberechenbar geworden. Trotz militärischer Machtdemonstrationen ist eine langfristige Strategie der USA zur Lösung von Konflikten in Europa, dem Nahen Osten oder Ostasien nicht erkennbar. Widersprüchliche Signale aus dem Weißen Haus, dem Regierungsapparat und dem Kongress verstärken die neue Ungewissheit.

OSZE-Vorsitz Österreichs 2017

Im Hinblick auf den sicherheitspolitischen Gesamtkontext der österreichischen OSZE-Vorsitzführung 2017 ist festzuhalten, dass klassisch militärische Aspekte wieder mehr in den Vordergrund gerückt sind – konventionell militärische Bedrohungsperzeptionen, Streitkräftedispositive und militärische Aktivitäten (Übungen, Truppenverlegungen) sowie militärische Kontakte bestimmen die Diskussion. Der geografische Fokus liegt dabei eindeutig in der Baltischen Region und im Schwarzmeerraum.

Der österreichische OSZE-Vorsitz konzentrierte sich darauf, die OSZE-Sonderbeobachtungsmission zu stabilisieren, den Sicherheitsdialog zu verbessern, die militärische Transparenz zu erhöhen und multilaterale Konzepte zur Prävention und Deeskalation militärischer Zwischenfälle zu stärken. Ein zusätzliches Treffen zu Militärdoktrinen förderte direkte militärische Kontakte, um den Diskurs über Bedrohungsperzeptionen zu versachlichen. Zudem hat Österreich die Hamburger Ministererklärung vom Dezember 2016 aufgegriffen, einen Strukturierten Dialog darüber zu führen, wie die konventionelle Rüstungskontrolle revitalisiert

werden kann. Eine informelle Arbeitsgruppe unter deutscher Leitung hat dazu als ersten Schritt u.a. einen Mapping-Prozess eingeleitet, der den Sicherheitsdialog auf eine Faktengrundlage zurückführen soll.

Da eine Anpassung des Wiener Dokuments derzeit politisch blockiert ist, zielte Österreich beim Wiener OSZE-Ministerrat im Dezember 2017 darauf, durch Einzelerklärungen die Risikoreduzierung zu stärken, die militärische Transparenz zu erhöhen, direkte militärische Kontakte zu fördern und den Strukturierten Dialog fortzusetzen.

Der italienische OSZE-Vorsitz 2018 wird vor den gleichen Herausforderungen stehen. Er muss den Sicherheitsdialog stärken, um Fehleinschätzungen zu vermeiden und zur militärischen Berechenbarkeit und Stabilität zurückzukehren. Als Troika-Mitglied wird Österreich in der OSZE-Leitung bleiben und Italien beraten. Es erscheint ratsam, für den verstärkten Sicherheitsdialog und die Militärbeobachtung und -beratung einen erweiterten Expertenpool vorzuhalten.

Im Bereich „Security Sector Governance and Reform“ wurde unter österreichischem Vorsitz ebenfalls daran gearbeitet, dieses unter Schweizer OSZE-Vorsitz 2014 initiierte Themenfeld in der OSZE stärker institutionell zu verankern. Darüber hinaus wurde in enger Kooperation mit dem OSZE-Sekretariat und den Feldmissionen auf regionaler Ebene qualitativer Kapazitätenaufbau angeboten. Eine bedarfsorientierte Fortsetzung der diesbezüglichen Aktivitäten ist 2018 geplant, v.a. auch im Hinblick auf den slowakischen OSZE-Vorsitz 2019, der diesen Themenbereich bereits als einen Arbeitsschwerpunkt bekannt gegeben hat.

KERNPUNKTE:

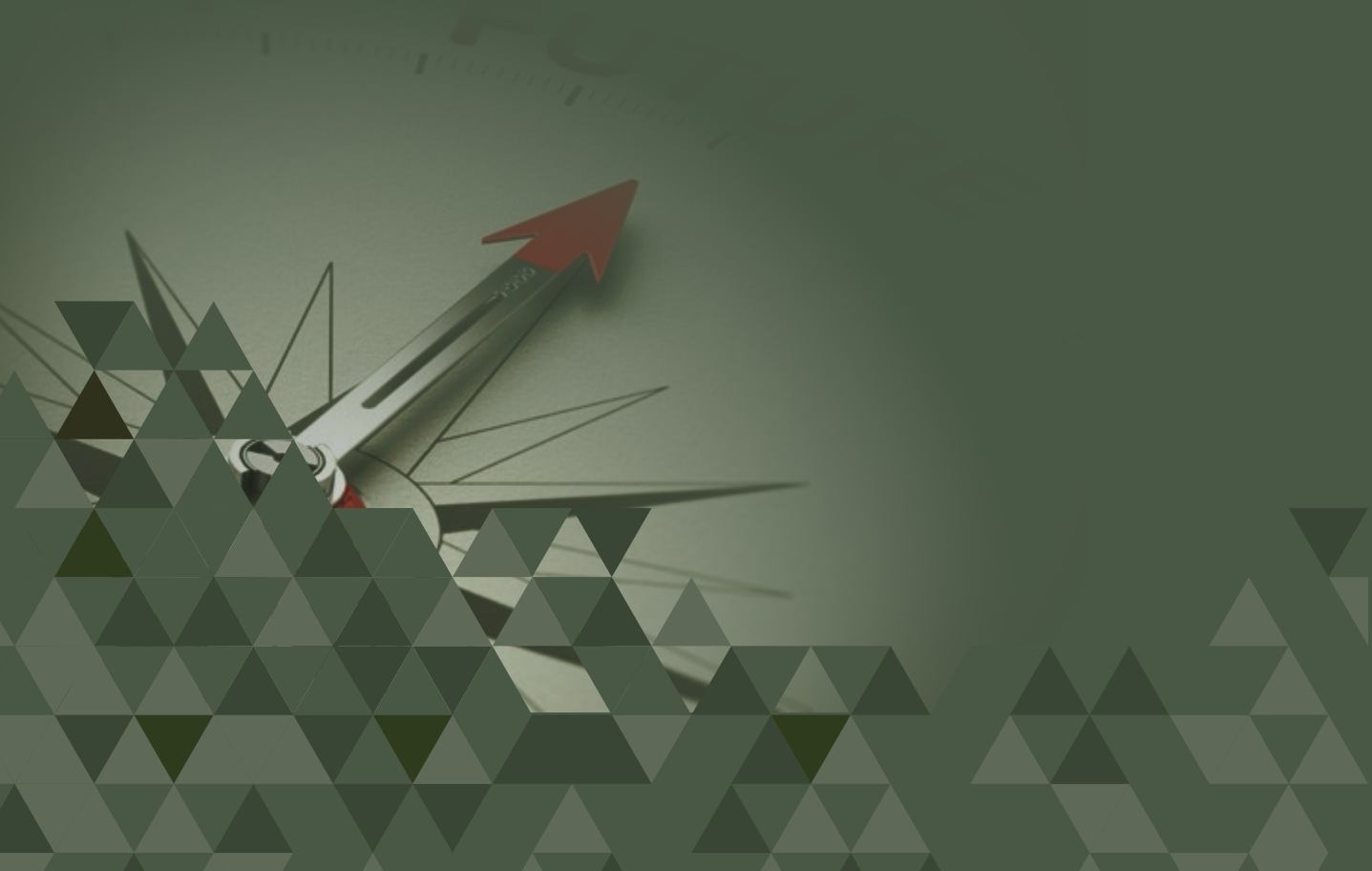
- ▶ Es bleibt im Interesse Europas, eine dauerhafte Ost-West-Konfrontation zu vermeiden und gemeinsames Handeln gegenüber globalen Sicherheitsrisiken zu ermöglichen.
- ▶ Die Minsker Vereinbarungen müssen umgesetzt, der Ukraine-Konflikt eingehegt und seine geopolitischen Folgen eingedämmt werden.
- ▶ Der Gefahr der Destabilisierung anderer Regionen in Europa muss aktiv begegnet werden.
- ▶ Der Sicherheitsdialog muss versachlicht, die militärische Transparenz erhöht und direkte militärische Kontakte wiederhergestellt werden.

KEY MESSAGES:

- ▶ It is in Europe's interest to prevent regression into permanent confrontation and enable common action on global security risks.
- ▶ The Minsk Agreements must be implemented, the Ukraine conflict hedged in and its geopolitical consequences contained.
- ▶ Destabilizing spill-over effects to other regions in Europe must be prevented actively.
- ▶ The security dialogue needs to be based on facts, military transparency enhanced and direct military contacts reestablished.

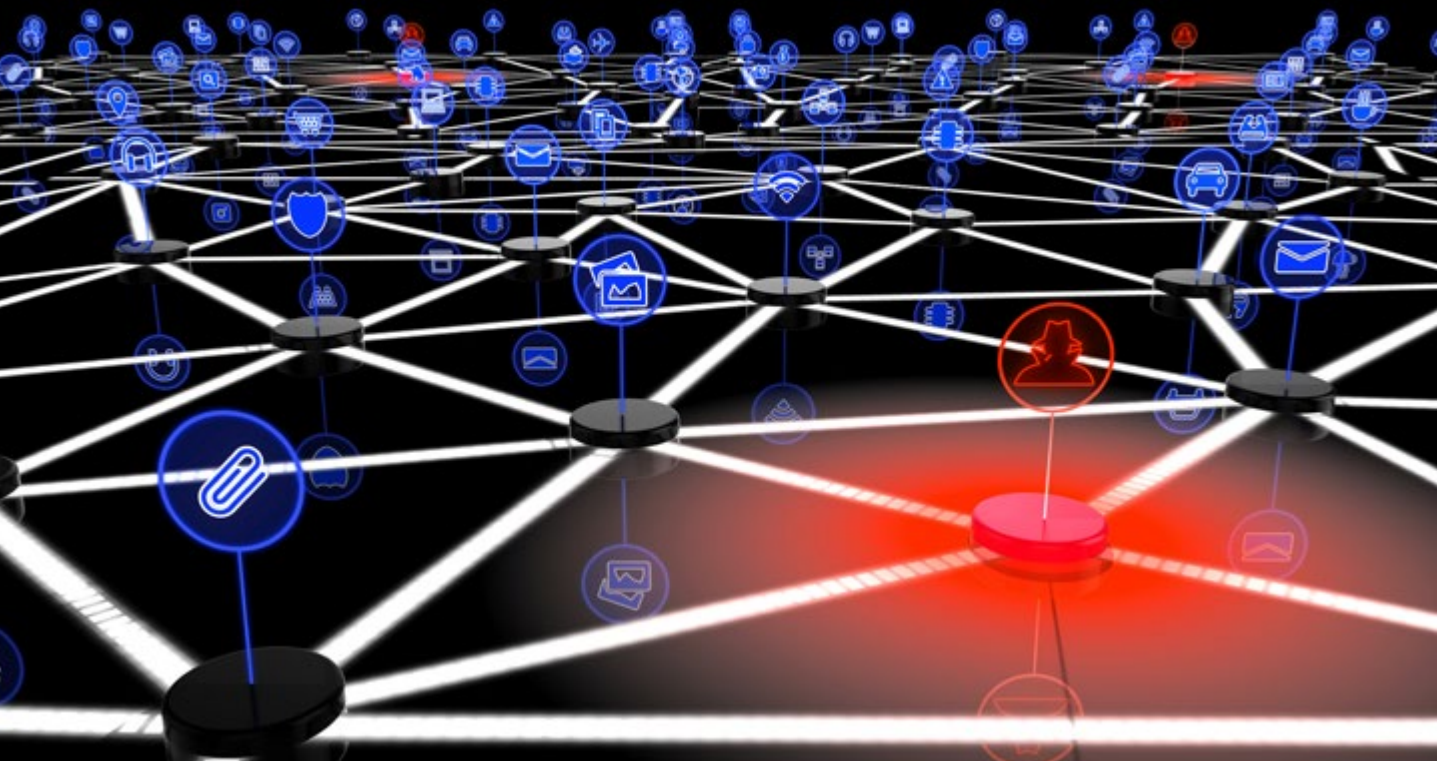
**„ALS DIE OHNMACHT AN DIE TÜR KLOPFTE, WAREN ES NICHT WIR,
SONDERN BRÜSSEL! DABEI VERGESSEN WIR, DASS WIR BRÜSSEL
SIND, IMMER!“**

(Emmanuel Jean-Michel Frédéric Macron)





BRENNPUNKTE EUROPÄISCHER SICHERHEIT 2018



HYBRIDE BEDROHUNGEN UND DIE NIEDERLÄNDISCHE SICHERHEITSPOLITIK

EIN BEISPIEL GESAMTSTAATLICHER AMBITION

Frank Bekkers

Hybride Bedrohungen erfordern gesamtstaatliche Antworten. Kleinere Nationen, die in Angelegenheiten der inneren und äußeren Sicherheit naturgemäß ausgelastet sind, müssen in der Bewältigung dieser Herausforderung besonders klug vorgehen. Die Niederlande verfolgen entsprechend ihrer politischen Kultur einen Bottom-up-Ansatz. Dieser könnte auch für Österreich Erkenntnisse liefern.

Der Abschuss von Flug MH17 als ein Weckruf

Am 17. Juli 2014 stürzte der Flug MH17 der Malaysia Airlines nach einem Treffer durch eine Rakete aus russischer Produktion in den Feldern der östlichen Ukraine ab. 298 Menschen starben. 196 davon waren aus den Niederlanden. Für die Niederlande wurde der Abschuss von Flug MH17 und dessen Nachwirkungen zu einem Weckruf. Es zeigte sich nicht nur, wie ein Staat, der kein Front-

staat ist, direkt von Spannungen in der Peripherie Europas betroffen sein kann, sondern auch, wie die niederländische Gesellschaft zum Ziel einer modernen Desinformationskampagne werden konnte. Mit dem Abschuss von MH17 überschritt die russische Desinformationsmaschinerie einen Rubikon: Es war das erste Mal, dass die gesamte Kraft des Staates dafür eingesetzt wurde, trotz einer Vielzahl von Gegenbeweisen, die Welt von einem falschen Hergang der Ereignisse zu überzeugen. Internettrolle, Hacker, Medien des Kremls wie RT oder Sputnik, ehemalige Armeeangehörige, Amtsträgerinnen und Amtsträger, aber auch anonyme Programmschreibende bündelten ihre Kräfte, um ihr gemeinsames Ziel zu erreichen: all jene zu diskreditieren, die behaupteten, dass Russland in irgendeiner Weise hinter dem Raketenangriff stand.

Sowohl der Abschuss selbst als auch die nachfolgende Desinformationskampagne stehen beispielhaft dafür, was heute als „hybride Bedrohung“ bezeichnet wird. Hybride Bedrohungen erfordern hybride Reaktionen: den integrierten Einsatz aller staatlicher Instrumente zur Verhinderung, Abschreckung, Milderung oder Bekämpfung solcher Bedrohungen. Der Vorfall rund um MH17 hat die niederländische Regierung dazu bewogen, darüber nachzudenken, wie sie ihre Machtmittel in einer Welt ausrichten soll, in der Staaten einander immer weniger vertrauen können und in der hybride Bedrohungen die größte Herausforderung für die Sicherheit darstellen.

Eine umfassende Sicherheitsstrategie

In den Niederlanden sind die Nationale und die Internationale Sicherheitsstrategie immer noch voneinander getrennt. Die Tatsache, dass es zwei eigenständige Dokumente gibt, wird der engen Beziehung zwischen innerer und äußerer Sicher-

heit nicht gerecht. Dies wird seit der Einführung der Nationalen Sicherheitsstrategie im Jahr 2007 von der niederländischen Regierung ausdrücklich anerkannt. Tatsächlich stellt die Regierungsvereinbarung des neuen Kabinetts, das seit 26. Oktober 2017 im Amt ist, fest: Das „Kabinett wird eine Sicherheitsstrategie formulieren, die sich gleichermaßen mit inneren und äußeren Bedrohungen – einschließlich Terrorismus – befasst und die gegenwärtige Internationale Sicherheitsstrategie ersetzt.“

Eine Strategie ist jedoch mehr als ein Dokument. Als Vorlage könnte hier die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) dienen. Sie ist weniger ein Dokument als vielmehr ein Prozess, bei dem alle Regierungsstellen eingebunden sind. Ein Schlüsselement ist das regelmäßig aktualisierte Nationale Sicherheitsprofil (NSP). Dieses verschafft einen vergleichenden Überblick über die Risiken aller Erscheinungsformen von Katastrophen, Krisen und Bedrohungen betreffend deren Wahrscheinlichkeit und Auswirkungen. Erstellt wird das NSP durch ein Netzwerk von staatlichen und nichtstaatlichen Analysekräften. Die Nationale Sicherheitsstrategie beschreibt auch die Fähigkeiten, die zur Beherrschung bzw. Minimierung der Risiken erforderlich sind. Der nächste Schritt ist eine kohärente Analyse des Fähigkeitenportfolios, die darüber informiert, dass konkrete Investitionsmöglichkeiten und -maßnahmen getroffen werden sollen. Dieser Schritt ist ebenso erforderlich, liegt jedoch außerhalb des Rahmens des Nationalen Sicherheitsprofils. Wie weit die Sicherheitsstrategie des neuen Kabinetts einen solchen umfassenden Prozess miteinschließen wird, bleibt abzuwarten.

Ein Nationaler Sicherheitsrat

Eine ausgewogene, koordinierte Nutzung aller Maßnahmen zur Vorbeugung und als Reaktion auf

hybride Bedrohungen erfordert zumindest enge interne und möglicherweise überministerielle Überwachungs-, Analyse-, Entscheidungs- und Kontrollfunktionen. Der maßgebliche Wissenschaftsrat für Regierungspolitik hat kürzlich empfohlen, einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten. Den Vorsitz soll der Ministerpräsident als die geeignetste Person zur Gewährleistung der Ausrichtung und Kohärenz der politischen Entscheidungen und der nachfolgenden Maßnahmen übernehmen.

Der Wissenschaftsrat bestreitet zudem die Annahme, dass kleinere Länder keiner formalen Strukturen oder Pläne bedürfen, da die Anzahl der Beteiligten begrenzt sei und die Koordination daher dezentral durch ein sorgfältiges interministerielles Machtgleichgewicht und/oder durch das Zusammenspiel einzelner Politiker gestaltet werden könne. Das Gegenteil sei der Fall: Kleinere Nationen seien naturgemäß in Angelegenheiten der inneren und äußeren Sicherheit sehr beansprucht und müssen deshalb die Strategieentwicklung herausragend beherrschen. Dies erfordert eine schlagkräftige Organisation, welche die Strukturierung und Priorisierung einer Vielfalt an Sicherheitsfragen aus den verschiedenen Ministerien ermöglicht.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrats stößt jedoch auf heftige Kritik. In den Niederlanden ist der Ministerpräsident traditionell *Primus inter Pares* und nicht Regierungschef. Sein Amt wird als „schlank und effizient“ bezeichnet. Die Errichtung einer neuen und relativ großen institutionsmäßigen Struktur unterhalb des Ministerpräsidenten würde die Schlankheit und vermutlich auch die Effizienz seines Amtes gefährden. Es ist daher davon auszugehen, dass das neue Kabinett keinen Nationalen Sicherheitsrat oder eine ähnliche institutionelle Struktur aufbauen wird. Alternativ werden die laufenden ressortübergreifenden Beratungs- und Abstimmungsprozesse intensiviert, sodass eine

vernetzte, dem Nationalen Sicherheitsrat vergleichbare Funktion entsteht. Insbesondere werden die Analyse- und Überwachungsfähigkeiten einer gesamtstaatlichen Vorsorgefunktion betreffend Sicherheitsrisiken und -bedrohungen gestärkt.

Ein Sicherheitsansatz über das Ökosystem

Die Erweiterung und Sozialisierung der Sicherheitsagenda spiegelt die niederländische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wider. Die Sicherheit der Menschen, die Grenzsicherheit, die Cybersicherheit und die sogenannte „Flow Security“ werden verstärkt berücksichtigt. Flow Security ist für die Niederlande ein aktuelles Thema, da der Wohlstand in den Niederlanden stark von einem intakten Verkehr von Personen, Kapital, Information, Technologie und Gütern und Dienstleistungen durch physische und digitale Versorgungslinien abhängt. Angesichts der Bedeutung der Sicherheit dieser Verkehrsströme müssen die Bereiche Energie, Klima, Rohstoffe und Cyber ein wesentlicher Bestandteil der niederländischen Sicherheitspolitik sein. Die Erfahrungen mit Krisen- und Stabilisierungseinsätzen aus den letzten zwei Jahrzehnten zeigen ebenfalls, dass ein integrierter Ansatz für Sicherheits- und Entwicklungsfragen notwendig ist. Zudem erfordern Terrorismusbekämpfung und Cybersicherheit Aufmerksamkeit.

Die verschiedenen Formen der Sicherheit überschneiden und beeinflussen einander wechselseitig. Eine Vielzahl unterschiedlicher staatlicher und gesellschaftlicher Akteure spielt dabei eine Rolle. Der Begriff eines „Sicherheitsökosystems“ ist daher besonders passend, da alle Bereiche der Gesellschaft abgedeckt werden sollen. Die staatlichen Sicherheitsbehörden sollten als Hüter dieses entstehenden Sicherheitsökosystems fungieren und erhebliche Anstrengungen unternehmen, um

die Beiträge externer Akteure zu den nationalen Sicherheitszielen anzuregen und zu nutzen. Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Parteien im Ökosystem ist nicht nur ein Muss, sondern auch eine Gelegenheit, die aktiv genutzt werden sollte, um umfassendere Antworten auf Sicherheitsherausforderungen, die sich auf verschiedenen Ebenen und Dimensionen auswirken, zu finden.

KERNPUNKTE:

- ▶ **Hybride Bedrohungen wirken sich auf die gesamte Gesellschaft aus und erfordern eine abgestimmte Reaktion des gesamten Staates und sogar der gesamten Gesellschaft selbst.**
- ▶ **Der niederländische Sicherheitsansatz steht im Einklang mit der niederländischen politischen Kultur: mehr von unten nach oben als von oben nach unten. Dies stärkt die Konsultations- und Koordinierungsmechanismen zwischen den Dienststellen sowie die vernetzten Informations- und Analysefähigkeiten von Nachrichtendiensten und Wissenseinrichtungen.**
- ▶ **Die institutionelle Verankerung bleibt weiterhin relativ schwach. Persönliche Vertrauensbeziehungen gelten als effektiver als die Einrichtung einer klaren Befehlskette vom Ministerpräsidenten abwärts.**
- ▶ **Dieser vernetzte Ansatz kann flexibel und leistungsfähig sein. Ob eine solche lose Kommandostruktur auch eine ernsthafte Belastungsprobe übersteht, bleibt abzuwarten.**

KEY MESSAGES:

- ▶ **Hybrid threats endanger the whole of society, and thus warrant a response by the entire body of the state – and even the whole of society itself.**
- ▶ **The Netherlands' approach to security is in harmony with their political culture: bottom-up rather than top-down. This strengthens the coordination and consultation mechanisms and information networks of government bodies.**
- ▶ **The institutional foundation remains a weak one; personal connections are seen as a more effective structure than a clear chain of command under the prime minister.**
- ▶ **This network approach can be very flexible and effective. Whether or not such a loose command structure can withstand a serious test remains to be seen.**



MIGRATION NACH EUROPA 2018

Neue Ansätze, neue Lösungen

Paul Collier

Für viele Millionen Menschen, die in Gesellschaften mit hohem Gewaltpotenzial oder extremer Armut leben wie Afghanen oder Nigerianer, ist Europa die logische Zieldestination – weniger als 4000 km entfernt. Dies ist ihnen bewusst: Manche Umfragen schätzen, dass sich bis zu 40 Prozent eine Emigration in den Westen vorstellen können. Zwischen ihnen und Europa stehen nur Massenmigrationsbeschränkungen.

Kontrolle der Massenbewegungen

Bis 2015 hatte Europa wirksame Grenzkontrollen, aber das hat sich dramatisch geändert. Drei illegale Routen sind seitdem entstanden, die von Schlepperorganisationen betrieben werden. Die erste ist die östliche Mittelmeerroute, die kurze Seereise zwischen der Türkei und Griechenland; die zweite ist die viel längere Seereise von Libyen nach Italien, die sogenannte zentrale Mittelmeerroute; die dritte ist die westliche Mittelmeerroute, die kurze Seerei-

se von Marokko nach Spanien. Sowohl die Türkei als auch Marokko sind funktionierende Staaten, die ihre Küsten kontrollieren können, und so sind Massenbewegungen von ihren Küsten aus im Wesentlichen geopolitische Strategien ihrer Regierungen, um Druck auf Europa auszuüben. Die besten Mittel zur Steuerung dieser Ströme dürften daher für beide Seiten vorteilhafte diplomatische Abkommen sein.

Der Migrationsstrom aus Libyen ist eine gänzlich andere Situation. Nach dem Sturz Gaddafis 2011 existiert keine libysche Regierung mit ausreichenden Mitteln, um eine effektive Kontrolle der Küste möglich zu machen. Dies wird auch 2018 so bleiben. Um das Machtvakuum zu füllen, müsste die Europäische Union entweder eine großflächige militärische Intervention entlang der fast 1800 km langen Mittelmeerküste in Erwägung ziehen – oder alternativ einen radikal neuen diplomatischen Kurs verfolgen. Dadurch würde die Entstehung einer legitimen, vereinten und militärisch handlungsfähigen libyschen Regierung begünstigt.

Die EU in einer Pattsituation?

Zusätzlich zu diesen Eindämmungsmaßnahmen ist es aber auch ethisch und praktisch unabdingbar, dass die EU wirksame Strategien entwickelt, die auf die Umstände eingehen, die den Migrationswunsch in den afrikanischen Staaten erst entstehen lassen. Wenn dies nicht geschieht, wird der immer direktere Konflikt zwischen denjenigen, die die Aufnahme von Migranten befürworten, und jenen, die Grenzkontrollen bevorzugen, in den europäischen Staaten, die von der Migration betroffen sind, noch hitziger werden. Jeder Flügel ist stark genug, die Vorstellungen des anderen zu vereiteln, aber nicht, um ihre eigenen durchzusetzen. Dies wird die gegenwärtige Lage nur noch verschlechtern: Die Grenzen werden durchlässig bleiben, Migranten werden weiter gesellschaftlich ausgegrenzt

und diskriminiert werden, während die wirklichen Bedürfnisse der Flüchtenden und Armen nicht effektiv behandelt werden können.

Der Zustrom von 2015 erfolgte, weil die Bedürfnisse der Flüchtenden aufgrund des grausamen Konflikts in Syrien nicht erfüllt werden konnten. Der Zustrom von größtenteils jungen Männern aus friedlichen aber armen Regionen, der sich seit 2015 abzeichnet, kann auf die Perspektivenlosigkeit und das langfristige Entwicklungsdefizit ihrer Herkunftsländer zurückgeführt werden. Beide Gründe müssen separat behandelt werden.

Mehr als 20 Millionen Menschen auf der Flucht

Weltweit sind über 20 Millionen Menschen auf der Flucht. In „Gestrandet“ (Siedler, 2017) schlagen Alex Betts und ich einen neuen Ansatz vor, der auf unserer Arbeit mit der jordanischen Regierung fußt. Flüchtlinge sind keine natürlichen Migranten nach Europa: Syrische Flüchtlinge flohen in sichere Nachbarländer wie Jordanien, die Türkei oder den Libanon – und blieben dort in der Hoffnung, dass sie nach Hause zurückkehren können. Viele kehren bereits in friedlichere Teile Syriens zurück. Für viele dieser Flüchtlinge war die unmittelbarste Sorge nicht kostenloses Essen oder ein Zelt in einem Lager, sondern die Autonomie, die ein Arbeitseinkommen ermöglicht. Verständlicherweise zögerten die Regierungen der Zufluchtsländer, ihnen Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt zu gewähren, aber Europa kann dies ermöglichen. Europäische Unternehmen können an diesen Zufluchtsorten Arbeitsplätze, die von Flüchtlingen und Bürgern gleichermaßen in Anspruch genommen werden, anbieten, und die europäischen Regierungen können den Zufluchtsländern Finanzmittel und Märkte zur Verfügung stellen. Ansätze dieser Herangehensweise manifestieren sich bereits jetzt mit Unterstützung der Europäischen Kommission und der Weltbank.

Dieses als „Jordanien-Modell“ bekannte System wird bereits großflächiger in Äthiopien und Malaysia angewandt. Im Gegensatz dazu ist die kurze „Ära der offenen Türen“ in Deutschland klar gescheitert: Weniger als fünf Prozent der syrischen Flüchtlinge siedelten sich in Deutschland an, aber diese fünf Prozent waren jene, die die nötigen finanziellen Mittel hatten, um sich einen Platz auf einem Boot zu sichern; zumeist waren es Menschen mit Universitätsausbildung. Doch obwohl nur die „Elite“ der Syrer nach Deutschland kam, haben aufgrund der komplizierten Arbeitsmarktstandards nur 14 Prozent einen Arbeitsplatz gefunden. Dazu kommt, dass ebendiese Elite für den Wiederaufbau Syriens dringend gebraucht wird. Wenn diese Elite in Deutschland, Österreich und anderen zentraleuropäischen Staaten bleibt, wird das Leiden von Millionen zurückgebliebenen Syrern verlängert.

„Pivot to Africa“?

Viele weitere Millionen Menschen leben in extrem armen und gänzlich perspektivenlosen Gesellschaften. Jugendliche dürfen dennoch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht verlieren. Im Gegensatz zu Afrika wächst China – und daher zieht es chinesische Jugendliche nicht nach Europa. Europa muss alles in seiner Macht Stehende tun, um Afrika wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Die wichtigsten europäischen Akteure, die Arbeitsplätze schaffen können, sind seine Unternehmen. Die Politik muss mehr Anreize kreieren, um europäische Unternehmen zu ermutigen, in Afrika zu investieren. Die Europäische Investitionsbank und ihre nationalen Gegenstücke bilden eine geeignete Drehscheibe, um dies zu koordinieren. Die deutsche Regierung nutzte ihren G20-Vorsitz im vergangenen Jahr, um die „Compacts with Africa“-Initiative zu starten, die Investitionen in Afrika erleichtern und attraktiver machen soll. Großflächige Kooperationen mit zehn afrikanischen Staaten werden bereits aktiv gestaltet.

Europa lernt aus den Fehlern von 2015. Jetzt müssen wir die vielversprechenden Fortschritte ausbauen.

KERNPUNKTE:

- ▶ Bis 2015 hat es in Europa wirksame Grenzkontrollen gegeben, aber das hat sich dramatisch geändert. Drei illegale Routen wurden eröffnet, die von Schleppern betrieben werden.
- ▶ Sowohl die Türkei als auch Marokko sind funktionierende Staaten, die ihre Küsten kontrollieren können.
- ▶ Anders ist die Situation in Libyen nach Gaddafi. Die libysche Regierung kann keine Kontrolle über die Küstenstriche ausüben.
- ▶ Europa muss Strategien entwickeln, um die Ursachen der Massenmigration aus armen Staaten an der Quelle zu bekämpfen.
- ▶ Europa muss alles in seiner Macht Stehende tun, um Afrika wirtschaftliche Möglichkeiten zu eröffnen. Die Politik sollte Unternehmen ermutigen, in Afrika zu investieren.

KEY MESSAGES:

- ▶ Until 2015, Europe had functioning border controls, but that has since changed drastically. Three main illegal routes have arisen that are used by criminal organizations.
- ▶ Turkey and Morocco are functioning states that can effectively control their coastlines.
- ▶ Libya, on the other hand, has not been able to guarantee coastline integrity successfully since the toppling of the Qaddafi regime.
- ▶ Europe must develop strategies to fight the root causes of mass migration.
- ▶ Europe has to work to create economic opportunities for the African continent. Public policy should aim to encourage European businesses to invest in Africa.



MILITÄRISCHE ANTWORTEN AUF SYSTEMISCHEN TERRORISMUS

Thomas Riegler

Weniger Anschläge weltweit, dafür mehr Terrorismus in Europa – so lässt sich der Trend auf den Punkt bringen. Waren 2016 in Europa mit 265 Todesopfern so viele zu beklagen wie seit 14 Jahren nicht mehr, so weist die Statistik im ersten Halbjahr 2017 82 Opfer aus. Unter anderem hat es Barcelona, London, Manchester, Paris, Stockholm und das finnische Turku getroffen. Auch 2018 dürfte Europa verstärkt gefährdet sein.

Nicht auszuschließen ist dabei das Risiko eines systemischen Terrorismus gegen Lebensgrundlagen von Staat und Gesellschaft. Deswegen braucht es bei der Terrorismusbekämpfung eine aktive Rolle des Militärs im Sinne gesamtstaatlicher Sicherheit: Allfällige Assistenzleistung für die Polizei, Cyberabwehr, Präventionsprogramme und internationale Stabilisierungseinsätze.

Die Implosion des Islamischen Staats und seine Folgen

Das gestiegene Terrorrisiko in Europa ist bedingt durch den Niedergang des sogenannten Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien. Dieser verlegt sich wieder darauf, als Untergrundorganisation zu operieren, bzw. hat bereits in der Vergangenheit Anstrengungen unternommen, Kämpfer nach Europa einzuschleusen. Dort sollen Anschläge den Rückhalt für die Anti-IS-Allianz schwächen und die gesellschaftliche Polarisierung vorantreiben. 2018 wird der Terrorismus daher weiterhin eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung bleiben. Einerseits lässt sich eine Steigerung der Gewalt erwarten. Weil Terroristen Angst und Schrecken verbreiten wollen, sind immer dramatischere Anschläge zur Erreichung ihrer Ziele notwendig. So wurden bereits konkret Attentate gegen den FIFA World Cup 2018 in Russland angedroht. Andererseits stellt der Cyberraum eine immer kritischere Domäne dar: Angriffsmöglichkeiten, die früher nur Nationalstaaten vorbehalten waren, können nun von Kleingruppen und Individuen genutzt werden.

In der Wahl der Mittel war der Terrorismus zuletzt durch Regression gekennzeichnet. 2016 inspirierte der IS-Propagandist Abu Mohammed al-Adnani mit seinem Aufruf, gegen „sogenannte Zivilisten“ vorzugehen, eine Anschlagsschwelle von Kleingruppen und selbstradikalisierten Einzeltätern. Der Einsatz eines Messers, einer Pistole oder eines Rammfahrzeugs reichten aus, um zum „Märtyrer“ zu werden. Große, akkordierte Anschläge mit langer Vorbereitungszeit wie am 11. September 2001 oder später in Madrid und London (2005) traten in den Hintergrund.

Es gibt aber auch Ausnahmen. Die Anschläge von Paris vom 13. November 2015 forderten alleine 130 Todesopfer und 683 Verletzte. Ähnlich wie schon zuvor bei den Terrorattacken im indischen

Mumbai (2008) waren mehrere Gruppen von Attentätern mit Schnellfeuerwaffen aktiv, die an verschiedenen Orten einer Metropole gleichzeitig zuschlugen.

Dass der Terrorismus das Potenzial hat, die Lebensadern moderner Gesellschaften empfindlich zu treffen, zeigen weitere Beispiele aus der Vergangenheit. Es gab Enthauptungsschläge gegen Kommando- und Kontrolleinrichtungen wie den Mörserangriff der Provisional Irish Republican Army (PIRA) auf Downing Street (1991), den Flugzeugeinschlag ins Pentagon (2001) oder die Bombe, die Anders Breivik 2011 im Osloer Regierungsviertel zündete. Mehrmals sind Verkehrsnetze, Flughäfen und Großveranstaltungen ins Visier genommen worden. Und man erinnere sich an die wirtschaftlichen Verheerungen infolge der PIRA-Lastwagenbomben 1992/93 im Londoner Finanzdistrikt und der Anschläge gegen das World Trade Center (1993 und 2001). Je weiter die globale Vernetzung fortschreitet, desto schockartiger sind die Kaskadeneffekte, die solche Disruptionen losstoßen.

Die neue Gefahr des systemischen Terrorismus

Wie sich anhand der historischen Entwicklung des Terrorismus zeigt, kommt es zu „Sprüngen“ bei der taktischen und operationellen Vorgangsweise, aber auch was die Gewaltintensität angeht. Das Aufkommen von Flugzeugentführungen, der Autobombe und des Selbstmordattentats sind solche „Wegmarken“. Eine Massenvernichtungswaffe wie Nervengas wurde bereits 1995 in der Tokioer U-Bahn ausgebracht. Ähnliches könnte sich wieder ereignen.

Aktuell begünstigen Faktoren wie der leicht zugängliche Waffen-Schwarzmarkt und die Rückkehr von militärisch ausgebildeten Jihad-Freiwilligen aus den nahöstlichen Konfliktgebieten ein neues Level von

systemischem Terrorismus – also von Terrorattacken, die darauf ausgelegt sind, so viele Menschen wie möglich mit quasi-militärischen Mitteln zu töten. Dies kommt im Unterschied zu den Handlungen von Einzeltätern und Kleingruppen einem Angriff auf das System und damit einer Kriegshandlung gleich. Das kann die Einsatzkräfte qualitativ und quantitativ rasch überfordern. Im Falle von Mumbai dauerte es drei Tage, bis die zehn (!) Angreifer niedergekämpft waren. Bilder indischer Polizisten, die mit Lee Enfield-Repetiergewehren hoffnungslos unterlegen waren, gingen um die Welt. Systemischer Terrorismus zielt überhaupt auf eine grundlegende Beeinflussung – wenn nicht gar Destruktion – staatlicher Handlungsmacht und Souveränität ab. Dagegen ist der bisherige konventionelle Terrorismus von vornherein nicht darauf ausgerichtet, das System ins Wanken zu bringen – sondern allenfalls entsprechende Dynamiken anzustoßen.

Der systemische Terrorismus muss auch in engem Zusammenhang mit anderen Bedrohungen gesehen werden. Zwischen organisierter Kriminalität, illegalem Waffenhandel, Cyberattacken und sogenannte „hybriden Konflikten“ (Einsatz von paramilitärischen Kräften, verdeckte Operationen, „False Flag“, Desinformation) sind die Übergänge fließend. Ebenso bieten Instabilitäten in der europäischen Nachbarschaft – etwa am Westbalkan oder in Libyen – Terroristen die Möglichkeit, sich festzusetzen. Die heutige europäische Terrorismusbekämpfung stammt dagegen im Wesentlichen noch aus den 1970er und 1980er Jahren. Sie ist auf begrenzte Gewalt- und Anschlagsmuster damaliger Attentäter zugeschnitten. Für die Zukunft ist es notwendig, neue Mechanismen einzurichten. Klar ist auch, dass dies angesichts der vielgestaltigen Bedrohungslage vernetzt geschehen muss (Informationsaustausch, Synergien, gemeinsame Lagebewertung und Übungen).

Militär und Terrorismusbekämpfung

Für eine aktive Rolle des Militärs bei der Terrorismusbekämpfung im Inneren gibt es zahlreiche Beispiele: So spielte die britische Armee 1969 bis 2007 eine wesentliche Rolle im Nordirlandkonflikt. Im Rahmen von Geiselbefreiungsaktionen wurden militärische Spezialeinheiten bereits eingesetzt (Operation Nimrod 1980). In Frankreich sind seit 2015 bis zu 10.000 Soldaten bei potenziellen Anschlagzielen und in Risikozonen im städtischen Raum präsent – gemäß der Devise „schützen, abschrecken, beruhigen“. Ebenfalls seit 2015 sichern Soldaten in Belgien besonders gefährdete Einrichtungen. Seit 2008 patrouillieren in einigen italienischen Großstädten Militär und Carabinieri gemeinsam. Und seit 2016 unterstützt das Österreichische Bundesheer bei der Bewachung von Botschaften und ähnlichen Einrichtungen in Wien.

Selbstverständlich ist in erster Linie die Polizei zuständig. Aber nicht nur aufgrund der Gefahr eines systemischen Terrorismus besteht mittlerweile Konsens, die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit zugunsten eines umfassenden Ansatzes aufzugeben. Abgesehen von realisierten Hilfsleistungen könnte bei eskalierender Bedrohungslage der Einsatz militärischer Krisenreaktionskräfte mit hoher Mobilität und Feuerkraft von Nöten sein. Es liegt auf der Hand, dass der Polizeiapparat bei Anschaftsformen mit Massenvernichtungswaffen, unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtungen, Drohnen, Luftabwehrsystemen und Cyberwaffen nicht oder nicht in der notwendigen Größenordnung vorhält. Sprich, es könnte jederzeit zu Situationen kommen, wo die Sicherheitsbehörden schlicht machtlos sind. Genau dann wirkt der systemische Terrorismus souveränitätsgefährdend und kommt einem militärischen Angriff gleich, dem entsprechend entgegenzutreten ist. Darüber hinaus könnte das Militär mit eigenen Präventions-

programmen tätig werden und perspektivlosen Jugendlichen Chancen bieten. Und schließlich sind bereits eingeleitete Stabilisierungsmissionen sowie Kooperationen mit Drittstaaten (Nord- und Westafrika) zwecks Grenzsicherung, Ausbildung und Informationsgewinnung zu intensivieren.

KERNPUNKTE:

- ▶ Europa wird zunehmend Schauplatz von Terroranschlägen. Die Gewaltintensität steigt sich, ebenso die Opferzahlen.
- ▶ Die Gefahr eines systemischen Terrorismus gegen Lebensgrundlagen von Staat und Gesellschaft ist gegeben.
- ▶ Neue Bedrohung erfordern neue Wege in der Terrorbekämpfung – diese muss künftig verstärkt gesamtstaatlich gedacht werden.
- ▶ Gegebenenfalls könnte der Einsatz militärischer Mittel im Inneren notwendig werden, wenn polizeiliche Kräfte gegen Terrorangriffe alleine nicht ausreichen.
- ▶ Weiters kann das Militär in Form von Präventionsprogrammen aktiv werden und die Kooperation mit Drittstaaten forcieren, etwa bei Informationsgewinnung, Kapazitätsaufbau und Ausbildung.

KEY MESSAGES:

- ▶ Europe is becoming a theatre of terrorism. The level of violence is increasing, as well as the number of victims.
- ▶ There is a potential danger of systemic terrorism against the livelihoods of state and society.
- ▶ New threats call for new approaches to counterterrorism – from now on, this has to be done in a comprehensive way.
- ▶ The usage of military means on home territory could be necessary if police forces are not able to deal with terrorist attacks on their own.
- ▶ Furthermore the military could be active in prevention programs, as well as intensify their cooperation with third states in the areas of intelligence gathering, capacity building and training.



CYBERBEDROHUNGEN UND CYBERABWEHR IN EUROPA 2018

Jozef Bátora

Cybersicherheit ist ins Zentrum der nationalen und EU-Sicherheitsstrategien gerückt. 2016 gab es täglich mehr als 4000 Angriffe durch sogenannte Ransomware, 80 Prozent aller Firmen in Europa haben zumindest schon einen Vorfall im Bereich der Cybersicherheit erlebt. In manchen EU-Mitgliedsstaaten machen Cyberverbrechen etwa 50 Prozent aller Verbrechen aus. 2015 sind die Cyberangriffe über alle Branchen hinweg um 38 Prozent angestiegen. Das ist der größte Anstieg in den letzten 12 Jahren.

Kritische Infrastruktur als Angriffsziel

Die kritische Infrastruktur in den europäischen Ländern ist für Cyberbedrohungen sehr anfällig. Cybe-

rangriffe gehören zu den Gefahren, die Ausfälle im Bereich der kritischen Infrastruktur verursachen können, und die entsprechende Sicherung der Netzwerke wird weiterhin eine Herausforderung für Betreiber und Regierungen darstellen. Angriffe können industrielle Steuerungssysteme ins Ziel nehmen, die als Schnittstellen zwischen elektronischen und physischen Mechanismen kritischer Infrastrukturelemente dienen. Solche Angriffe können entweder über Web-basierte Links oder für den Fall, dass ein industrielles Steuerungssystem nicht mit dem Internet verbunden ist, über persönliche Geräte oder Datenaustausch erfolgen.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Cyberangriff vom 17. Dezember 2016, der das ukrainische Energieversorgungsnetz zum Ziel hatte und in Teilen von Kiew eine Stunde lang die Elektrizitätsversorgung lahmlegte. Die Gefahr von Cyberangriffen, wie er in der Ukrai-

ne verübt wurde, ist, dass das Schadprogramm so konzipiert ist, dass es Schutz- und Kontrollschalter in elektrischen Trafostationen direkt steuert. Offensichtlich kann diese Art von Schadprogramm angepasst werden, sodass die Angriffe auch gegen andere kritische Infrastruktureinrichtungen geführt werden können.

Auch 2018 werden böswillige Akteure voraussichtlich weiterhin auf kritische Infrastruktur in Europa abzielen. Eines der größten Probleme ist, dass ein maßgeblicher Teil der kritischen Infrastruktur Europas und ihrer Betriebstechnologien vor Jahrzehnten konzipiert wurde, als Außenverbindungen noch nicht vorgesehen waren. Diese Elemente der kritischen Infrastruktur sind heute schutzlos gegenüber jener Art von Schadprogrammen, wie wir sie in der Ukraine erlebt haben. Das Schadprogramm konnte im Vergleich zu früheren Vorfällen alleine tätig werden und eine Anzahl von Aktionen automatisch durchführen. Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur erfordern heute – verglichen mit nur vor ein paar Jahren – geringere menschliche Ressourcen und können verschiedene Sektoren und/oder Länder gleichzeitig ins Ziel nehmen. Dass die für den Betrieb der ukrainischen Stromversorgung verwendeten Technologien sich nicht wesentlich von den anderen weltweit eingesetzten unterscheiden, verdeutlicht, dass solche Angriffe eine Bedrohung für die kritische Infrastruktur der gesamten westlichen Welt sind.

Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur in einem oder mehreren EU-Mitgliedsstaaten könnten sich auch 2018 europaweit auswirken. Die Prozesse der europäischen Integration haben bei den EU-Mitgliedsstaaten eine hohe gegenseitige Abhängigkeit bei der kritischen Infrastruktur geschaffen. Der Energiesektor und der Telekommunikationssektor sind jene Bereiche, wo sich Auswirkungen am wahrscheinlichsten auf andere Länder erstrecken. Auch wenn die Schweiz und Norwegen nicht der Europäi-

schen Union angehören, sind sie doch mit den Netzwerken kritischer Infrastruktur verbunden, weshalb Angriffe gegen deren Netzwerke ebenso eine Gefahr darstellen. Da die EU-Mitgliedsstaaten in der Cybersicherheit unterschiedlich vorbereitet sind, könnte zudem ein Angriff auf schwächere Staaten Auswirkungen in anderen EU-Ländern haben.

Cyberangriffe, bei denen die zunehmende Vernetzung des „Internet der Dinge“ genutzt wird, werden sich 2018 intensivieren. In der Union sind Milliarden von Geräten darüber miteinander verbunden. Dazu gehören auch Geräte, die Teil der kritischen Infrastruktur sind. Durch die Anbindung an das Internet können Geräte wie Autos, Drucker oder medizintechnische Apparate, die normalerweise nicht vor web-basierten Angriffen geschützt sind, gehackt werden, und das kann erhebliche Auswirkungen haben.

Cyberangriffe gegen die EU bleiben Teil der hybriden Kriegsführung

Wie eine Reihe von Cyberangriffen auf den Deutschen Bundestag 2015 und 2016 zeigen, waren Russland und andere Mächte aktiv an Versuchen beteiligt, Informationen zu stehlen sowie das Vertrauen zwischen Regierungsinstitutionen und Bürgern zu untergraben. Darüber hinaus wurden soziale Medien wie Facebook und Twitter aktiv genutzt, um falsche Informationen und Misstrauen zu verbreiten und die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern zu beeinflussen. Im Fall Russlands wurden Cyberangriffe als Elemente in einer breiter angelegten hybriden Kriegsführung eingesetzt. Im Verborgenen agierende IT-Firmen beschäftigen in Russland Hunderte von freiberuflichen Kräften, die Social-Media-Gruppen und Blogs unter gefälschten Identitäten beeinflussen. Dabei konzentrieren sie sich auf sensible Themen, die die Einheit der EU untergraben wie z.B. Migrationskrise, Brexit oder Wahlen. Dieser Trend wird sich auch 2018 fortsetzen.

Künstliche Intelligenz kann Allianzen in Europa untergraben

Eine weitere Bedrohung betrifft die künstliche Intelligenz und ihre Verwendung zur Beschädigung des Vertrauens innerhalb von Allianzen und Kooperationsabkommen in Europa. In Krisensituationen tauschen die Partner von Verteidigungsbündnissen Video- und Audiomaterial aus, das mit Hilfe von KI-Geräten leicht verändert und aktualisiert werden kann. Während solche Versuche aufgrund der Mangelhaftigkeit der Technologien, die in den vergangenen Jahren für solche Zwecke eingesetzt wurden, relativ leicht zu entlarven waren, ist die künstliche Intelligenz inzwischen so weit fortgeschritten, dass gefälschte Videos und Sprachaufnahmen leicht real erscheinen können, zumindest für einen bestimmten Zeitraum, eine Zeit, die den Feinden der EU bei internationalen Krisen erhebliche taktische Vorteile verschaffen kann.

Es werden auch autonome Waffensysteme mit künstlicher Intelligenz entwickelt. Anfang 2017 wurde bekannt gegeben, dass das US-Militär den Einsatz eines Schwarms von 103 Perdix-Drohnen erfolgreich testete. Nachdem der Schwarm in die Luft gesetzt worden war, führte er mit Hilfe von künstlicher Intelligenz eine Reihe von vorher festgelegten Aufgaben selbständig aus und schaffte es dabei, sich wiederholt neu zu formieren und anzupassen. Das US-Militär suchte nach Unternehmen, die bis Ende 2017 1000 derartige Drohnen ausliefern konnten. Im Juni 2017 fand ein erfolgreicher Test der China Electronics Technology Group im Auftrag des chinesischen Militärs statt, bei dem ein Schwarm von 119 Drohnen mit Hilfe künstlicher Intelligenz Formationen in der Luft einnahm.

Im Allgemeinen ermöglicht der Einsatz von künstlicher Intelligenz in Drohnenschwärmen oder anderen distributiven kollaborativen Systemen die Anwendung von Schwarmtaktiken. Schwärme von Tau-

senden von Drohnen mit künstlicher Intelligenz, die kostengünstig mit 3D-Druckern produziert werden, könnten eine große Herausforderung für Kampfflugzeuge oder Flugzeugträger darstellen, da sie diese umkreisen und – so sie mit Waffen ausgestattet sind – auch angreifen könnten. Simulationen, die von der US NAVY 2016 durchgeführt wurden, zeigen, dass, wenn acht Drohnen ein Schiff angreifen, durchschnittlich drei dessen Abwehr durchdringen, trotz fortschrittlicher automatisierter Drohnen-Abwehrsysteme wie „Phalanx“. Das US-Militär hat auch die Verwendung von Drohnenschwärmen zur Verteidigung gegen angreifende Drohnenschwärme getestet. Das US-amerikanische und das chinesische Militär prüfen Möglichkeiten, Schwärme von autonomen Drohnen oder Unterwasserfahrzeugen als Teil asymmetrischer Herausforderungen für konventionelle Waffensysteme wie Kampfflugzeuge, taktische Bomber oder Marineschiffe einzusetzen. 2018 ist mit weiteren Tests mit Drohnenschwärmen künstlicher Intelligenz durch das US-amerikanische und das chinesische Militär zu rechnen. Auch wird es Entwicklungen in deren Doktrin und Taktiken geben, um auf die technologischen Verbesserungen zu reagieren.

EU muss Cyberbedrohungen wirkungsvoller bekämpfen

Die Reaktionen auf die sich rasch ausbreitenden Cyberbedrohungen haben eine Reihe von Anpassungen sowohl auf EU-Ebene als auch in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ausgelöst. Praktische Maßnahmen wurden beispielsweise von den Agenturen Europol und Eurojust gesetzt: Im November 2016 koordinierten sie einen erfolgreichen Einsatz, bei dem eine cyberkriminelle Infrastruktur, bekannt als „Avalanche“, durch eine Operation in über 30 Ländern unschädlich gemacht wurde.

Die Europäische Agentur für Netzwerksicherheit (ENISA) mit Sitz in Athen organisiert seit 2010 „Cy-

ber Europe“-Übungen zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Abwehrfähigkeit. Die Übungen, an denen alle zwei Jahre etwa 40 Experten aus dem Großteil der Mitgliedsstaaten teilnehmen, umfassen eine Reihe von Cyberabwehrszenarien sowie Übungen und Simulationen zum Cyberkrisenmanagement. Im Jahr 2013 richtete EUROPOL das Europäische Zentrum für Cyberkriminalität (EC3) ein, um seine Kapazitäten im Umgang mit Cyberkriminalität auszurichten. Im Oktober 2017 wurde in Finnland das European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats (Hybrid CoE) ins Leben gerufen. Das Hybrid CoE ist eine Initiative der EU und der NATO sowie ausgewählter Mitgliedsstaaten beider Organisationen, die darauf abzielt, verschiedene Quellen hybrider Bedrohungen einschließlich Cyberangriffen zu bekämpfen.

Schließlich schlug die Europäische Kommission im September 2017 die Einrichtung der EU-Agentur für

Cybersicherheit vor. Sie wird sich auf die Ressourcen der ENISA stützen und in erster Linie darauf abzielen, die bestehenden Rechtsvorschriften und Regelungen in der EU und den assoziierten Staaten besser zu gestalten. Sie wird die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie über die Sicherheit von Netzwerk- und Informationssystemen unterstützen und einen „EU-Rahmen für die Zertifizierung von Cybersicherheit“ bilden. Dessen Ziel ist die Standardisierung von Sicherheitszertifikaten für das Milliarden von intelligenten Geräten umfassende „Internet der Dinge“. 2018 wird die institutionelle Architektur der EU zur Bekämpfung von Cyberbedrohungen kohärenter und effizienter um die ENISA herum gestaltet. Darüber hinaus wird erwartet, dass bis Mai 2018 alle EU-Mitgliedsstaaten eine nationale Cybersicherheitsstrategie, eine nationale Behörde für Netzwerk- und Informationssicherheit sowie Computer Security Incident Response Teams (CSIRTs) eingerichtet haben.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die kritische Infrastruktur in Europa ist durch Schadprogramme stark gefährdet.
- ▶ Auf Grund der gegenseitigen Vernetzung in Europa können sich Ereignisse auf mehrere Länder auswirken.
- ▶ Das „Internet der Dinge“ wird eine wachsende Herausforderung für die Cybersicherheit darstellen.
- ▶ Cyberangriffe werden als Teil der hybriden Kriegsführung gegen die EU weitergehen.
- ▶ Künstliche Intelligenz kann ein Mittel sein, um Allianzen in Europa zu untergraben. Bestehende Doktrinen und Taktiken in Bezug auf den Einsatz konventioneller Waffensysteme werden dadurch in Frage gestellt.
- ▶ Die organisatorischen Kapazitäten auf EU-Ebene zur Bekämpfung von Cyberbedrohungen werden wirkungsvoller gestaltet werden.

KEY MESSAGES:

- ▶ Critical infrastructure in Europe is threatened by malware.
- ▶ Interconnectedness in Europe can trigger cascading events.
- ▶ The “Internet of Things” will represent a growing cyber-security challenge.
- ▶ Cyber-attacks as part of hybrid warfare against the EU will continue.
- ▶ Artificial Intelligence can be a tool to undermine alliances in Europe. This could challenge current doctrines and tactics pertaining to uses of conventional weapons systems.
- ▶ EU-level organizational capacities to counter cyber-threats will be streamlined.



MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGSTRENDS IN EUROPA 2018

Bastian Giegerich und Lucie Béraud-Sudreau

Die veränderte Sicherheitslage in Europa, gekennzeichnet durch ein die europäische Sicherheitsordnung in Frage stellendes Russland und anhaltende Instabilität im Nahen Osten und in Nordafrika, die mit einer direkten terroristischen Bedrohung und Migrationsdruck verbunden ist, hat zu einem Anstieg der Verteidigungsausgaben in den EU-Mitgliedsstaaten und zu Anpassungen in den Streitkräftestrukturen dieser Staaten geführt. Dieser Trend wird sich 2018 fortsetzen.

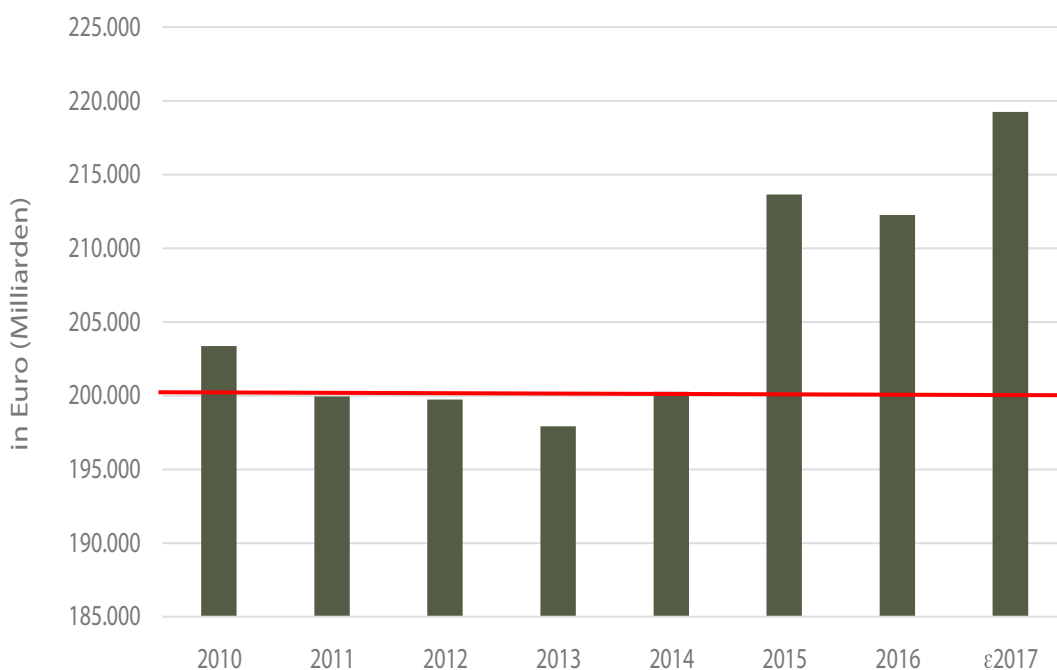
Verteidigungsausgaben in Europa steigen weiter

Der seit 2014 zu beobachtende Trend der steigenden Verteidigungsausgaben in Europa wird 2018 in absoluten Zahlen weiter anhalten. Für die EU-Mitgliedsstaaten wird dieses Ausgabenwachstum allerdings weiterhin hinter der Inflationsrate im Verteidigungssektor zurückbleiben, weshalb sich höhere Budgets nicht in unmittelbarer Form als erweiterter finanzieller Spielraum in diesem Politikfeld niederschlagen werden. Wenngleich die For-

schungsergebnisse hierzu im Moment noch nicht eindeutig sind, könnte sich möglicherweise die Einschätzung durchsetzen, dass die wirtschaftliche Erholung in weiten Teilen Europas zusätzliche fiskalische Spielräume eröffnet. Vor allem NATO-Mitgliedsstaaten würden in diesem Fall wegen des Ausgabenziels der Allianz in der Höhe von zwei Prozent des BIP für Verteidigung in Zugzwang geraten. Ein moderates Wachstum der Ausgaben für Forschung und Entwicklung kann in der Gesamtschau der EU- und NATO-Mitgliedsstaaten in Europa eintreten. Der investive Anteil an den Verteidigungsausgaben könnte möglicherweise entgegen dem Trend der vergangenen Jahre insgesamt steigen, nicht zuletzt, da das hiermit verknüpfte Ausgabenziel von 20 Prozent der Gesamtausgaben, sowohl von EU und NATO als Referenzgröße genutzt, politisch für viele Mitgliedsstaaten einfacher umzusetzen sein dürfte als das erwähnte Zwei-Prozent-Ziel.

Differenzierte Bedrohungswahrnehmungen halten an

Unter den EU-Mitgliedsstaaten werden vier Diskussionsstränge die Strategiedebatte nachhaltig beeinflussen. Russland wird von einer Reihe von Staaten als direkte militärische Bedrohung charakterisiert werden, obwohl sich die Bedrohungswahrnehmung zunehmend auf das Feld der politischen Einflussnahme erweitern wird. Die Fähigkeit, hybride Risiken und Bedrohungen zu analysieren, wird in der EU und der NATO steigen. Die Übersetzung der analytischen Erkenntnisse in gesteigerte Resilienz und Maßnahmen der gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsvorsorge kann allerdings langsamer voranschreiten. Hinsichtlich der terroristischen Bedrohung Europas kann sich eine größere Zahl von in den Auswirkungen limitierten Anschlägen ereignen, die möglicherweise die Einsatz- und Sicherheitskräfte örtlich und zeitlich be-



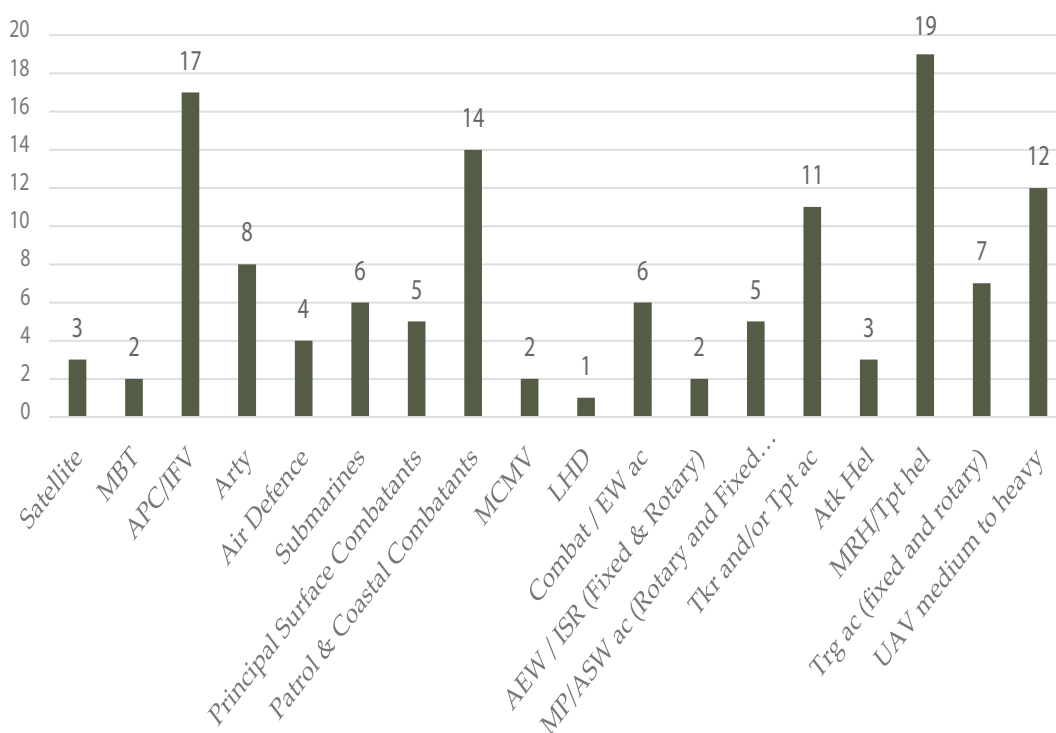
■ Verteidigungsausgaben Gesamt (Grafik: Autor)

grenzt überfordern. Vor diesem Hintergrund werden die Bemühungen der EU-Staaten, die interne und externe Dimension von nationaler Sicherheit enger miteinander zu verknüpfen, zunehmen. Exemplarisch seien hier die Pläne Dänemarks genannt, das verstärkt darauf hinarbeiten will, Teile der Streitkräfte für Aufgaben der nationalen Sicherheit im eigenen Land verfügbar zu machen.

Auswirkungen auf Europa

Das gegenwärtige Sicherheitsumfeld wird Auswirkungen auf die Streitkräftestrukturen und Beschaffungsmaßnahmen in Europa haben. Einige Länder werden versuchen, zusätzliches Personal für die Streitkräfte zu gewinnen und die Rolle von Reservisten zunehmend aktiv zu gestalten und auszubauen. Diejenigen Staaten, deren Bedrohungswahrnehmung vor allem von Russland dominiert wird, werden versuchen, ihrerseits Fä-

higkeiten aufzubauen, die das Beherrschen von Räumen und die Verwehrung des Zugangs zu diesen stärken, sogenannte Anti access/area denial (A2AD)-Fähigkeiten. Für kleinere Staaten mit begrenzten Mitteln kann sich hieraus eine Priorität auf militärische Aufnahme- und Unterstützungsleistungen ableiten. Die NATO wird das Ziel einer militärischen Schengenzone verfolgen, die Hindernisse für die schnelle und umfassende grenzüberschreitende Verlegung von militärischem Personal und Gerät in Krisenzeiten abbauen würde. Trends in Forschung und Entwicklung sind oftmals nicht eng mit geplanten militärischen Beschaffungen verknüpft. Dem versucht z.B. die Europäische Verteidigungsagentur mit Hilfe einer sogenannten Strategischen Forschungsagenda zu begegnen. EU-Institutionen einschließlich der Europäischen Kommission und der Verteidigungsagentur werden ab 2018 versuchen, die neuen Instrumente des Europäischen Verteidigungsfonds und der



Übersicht der Beschaffungsschwerpunkte (Grafik: Autor)

koordinierten jährlichen Überprüfung der Verteidigungsplanung (CARD) zu nutzen, um politische und finanzielle Anreize zu setzen, neue multinationale Beschaffungsprogramme einzuleiten.

KERNPUNKTE:

- ▶ Die Verteidigungsausgaben werden in Europa in absoluten Zahlen ansteigen, aber weiter hinter der Inflationsrate im Verteidigungssektor zurückbleiben.
- ▶ Der investive Anteil an den Gesamtausgaben im Verteidigungssektor kann leicht ansteigen.
- ▶ Bemühungen, die interne und externe Dimension nationaler Sicherheit stärker miteinander zu verknüpfen, werden zunehmen und durch konkrete Maßnahmen im nationalen Rahmen hinterlegt werden.
- ▶ Eine Zahl von EU- und NATO-Mitgliedsstaaten wird Investitionen vornehmen, die darauf abzielen, ihrerseits A2AD-Fähigkeiten gegenüber Russland vorzuhalten.
- ▶ Initiativen zur Stärkung der Verteidigungskooperation in Europa werden von EU-Institutionen dazu genutzt werden, politische und finanzielle Anreize für multinationale Beschaffungsprogramme zu setzen.

KEY MESSAGES:

- ▶ Defence expenditure will rise in absolute terms in Europe, but this increase will not surpass the rate of inflation in the defence sector.
- ▶ Defence investment as a share of overall defence spending can be expected to increase slightly.
- ▶ Efforts to improve the nexus between the internal and external dimensions of national security will increase and will be underpinned by concrete initiatives on the national level.
- ▶ A number of EU and NATO member states will undertake investments that aim to provide A2AD capabilities vis-à-vis Russia.
- ▶ Initiatives to strengthen defence cooperation in Europe will be used by EU institutions to create political and financial incentives for multinational procurement programmes.



STRATEGISCHE KOMMUNIKATION 2018

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR DIE EUROPÄISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Leyla Daskin

Im Bereich der strategischen Kommunikation werden für die Europäische Union und Österreich 2018 unterschiedliche Herausforderungen zum Tragen kommen. Sie reichen von gezielten Desinformationskampagnen über Radikalisierungstendenzen in sozialen Netzwerken bis hin zur falschen Darstellung von Regierungspositionen. Der Bedarf nach einer gezielten und strategisch ausgerichteten Kommunikation wird sowohl für die EU als auch für Österreich weit oben auf der Prioritätenliste der Entscheidungsträger stehen. Die bereits in vergangenen Jahren eingeleitete Verstärkung der strategischen Kommunikationskapazitäten wird 2018 in jedem Fall fortgesetzt werden.

Strategische Kommunikation ist zu einem Modewort geworden, wobei oft unklar bleibt, wofür der Begriff im konkreten Anwendungsfall steht. Hier wird unter strategischer Kommunikation die zielgerichtete Verwendung von Kommunikation durch eine Organisation verstanden, um definierte Ziele zu erreichen. In der Praxis deckt strategische Kommunikation eine breite Palette von Aktivitäten ab: von klassischer Presse- und Medienarbeit über die Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu umfassenden Informationskampagnen. Sie ist eng verbunden mit anderen Bereichen wie etwa der Public Diplomacy. Dem Produzieren und Verbreiten von Information ohne übergeordneter Zielsetzungen fehlt das strategische Element. Ein solches Ziel liegt meistens in der Beeinflussung eines klar definierten Personenkreises, etwa sprachlicher Minderheiten, (potenti-

eller) Anhänger einer politischen Strömung oder von Personen mit Migrationshintergrund.

Kontext hybrider Bedrohungen

Die strategische Kommunikation hat vor allem im Kontext hybrider Bedrohungen eine besondere Bedeutung. Sie ist im militärischen Bereich grundsätzlich nichts Neues. Jedoch wollten die EU-Mitgliedsstaaten zum einen erst sehr langsam das geänderte Sicherheitsumfeld wahrhaben, zum anderen unterläuft der Bereich der Kommunikation enormen Veränderungen. Technologischer Fortschritt und das Entstehen neuer Formen des Informationsaustauschs – etwa in den Sozialen Medien – haben die Art, wie Menschen Informationen erhalten und miteinander kommunizieren, grundlegend verändert. Massenmedien mit einem klaren Sender-Empfänger-Konzept wurden durch neue Formen direkter und ungefilterter Informationskanäle ersetzt, in denen die Bürger sowohl Empfänger als auch Produzenten von Informationen sind. Dies erweitert auf der einen Seite die Verbreitung von Nachrichten über Multiplier, zugleich entstehen aber dadurch auch Informationsfilter, sogenannte Echokammern, die schwer zu erreichen sind.

Darüber hinaus verstärkt die sogenannte „Post Factual Era“ die traditionellen Kommunikationslinien. Desinformation und manipulative Nutzung von Evidenz sind zu einem Phänomen geworden, das die Kommunikationsbemühungen öffentlicher Institutionen vor neue Herausforderungen stellt.

Strategische Kommunikation in der EU

Die Europäische Union reagierte mit der Einrichtung eigener Abteilungen in ihren Institutionen. Vor allem der Europäische Auswärtige Dienst hat in Einklang mit der EU-Globalstrategie 2016 seine strate-

gischen Kommunikationskapazitäten gestärkt und neu organisiert, er bedient sich einer Strategie, die sich auf drei Task Forces für den Osten, den Süden und den Westbalkan stützt. In allen drei Bereichen wird in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Kommission gearbeitet. Im Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 13. November 2017 vereinbarten die Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten, die Arbeit der drei Task Forces weiter zu verstärken, sie betonten, dass es wichtig sei, positive Botschaften in der Nachbarschaft zu vermitteln und Desinformation zu begegnen.

Wesentlich für eine sinnstiftende strategische Kommunikation der EU ist eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten. Diesbezüglich wurde im November auch ein Treffen mit den StratKom-Direktoren der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten zusammen mit den Sprechern der Ständigen Vertretungen abgehalten. Ein solches soll nun mehrmals jährlich mit dem Ziel stattfinden, Kampagnen vorab zu besprechen, anzugleichen, Erfahrungen auszutauschen, Ressourcen zu bündeln und gemeinsame Kommunikationsstrategien zu entwickeln.

Rolle der Mitgliedsstaaten

Abhängig von der geopolitischen Lage sowie der ethnischen Zusammensetzung der jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten herrscht ein sehr unterschiedliches Verständnis von strategischer Kommunikation vor. Während baltische Staaten schon seit geraumer Zeit mit Desinformation konfrontiert sind, bildet sich in anderen EU-Staaten wie Österreich erst langsam das Bewusstsein für diese Form der Einflussnahme externer Kräfte.

Viele EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland und Frankreich, haben mittlerweile begonnen, inten-

siv in den Bereich zu investieren. Neue Organisationsstrukturen werden aufgebaut, mit dem Ziel, Desinformation aufzudecken, aber auch zunehmend (Gegen)narrative zu entwickeln.

Strategische Kommunikation in Österreich

Die österreichische Politik hat sich bislang nicht ausreichend mit der Thematik auseinandergesetzt. So ist strategische Kommunikation kein obligater Bestandteil bei der Erstellung oder Implementierung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Dokumenten. Zwischen tagespolitisch motivierter Kommunikation etwa in Form von Presseaussendungen einerseits und strategischen Kommunikationsmaßnahmen wie der Identifizierung von

mittel- bis langfristigen Prioritäten, Zielgruppenanalysen, gefolgt von der Erarbeitung und Umsetzung gezielter Kampagnen andererseits sollen zum Aufbau einer abgestimmten strategischen Kommunikationskultur künftig Synergien und Konvergenzen geschaffen werden.

Besonders wichtig ist die strategische Kommunikation für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Neben dem Bundespressedienst wäre auf gesamtstaatlicher Ebene ein Element für strategische Kommunikation einzurichten sowie eine Verbesserung der Kommunikationselemente in den Ressorts vorzusehen. Österreich wird dieser Thematik im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2018 besonderes Augenmerk schenken.

KERNPUNKTE:

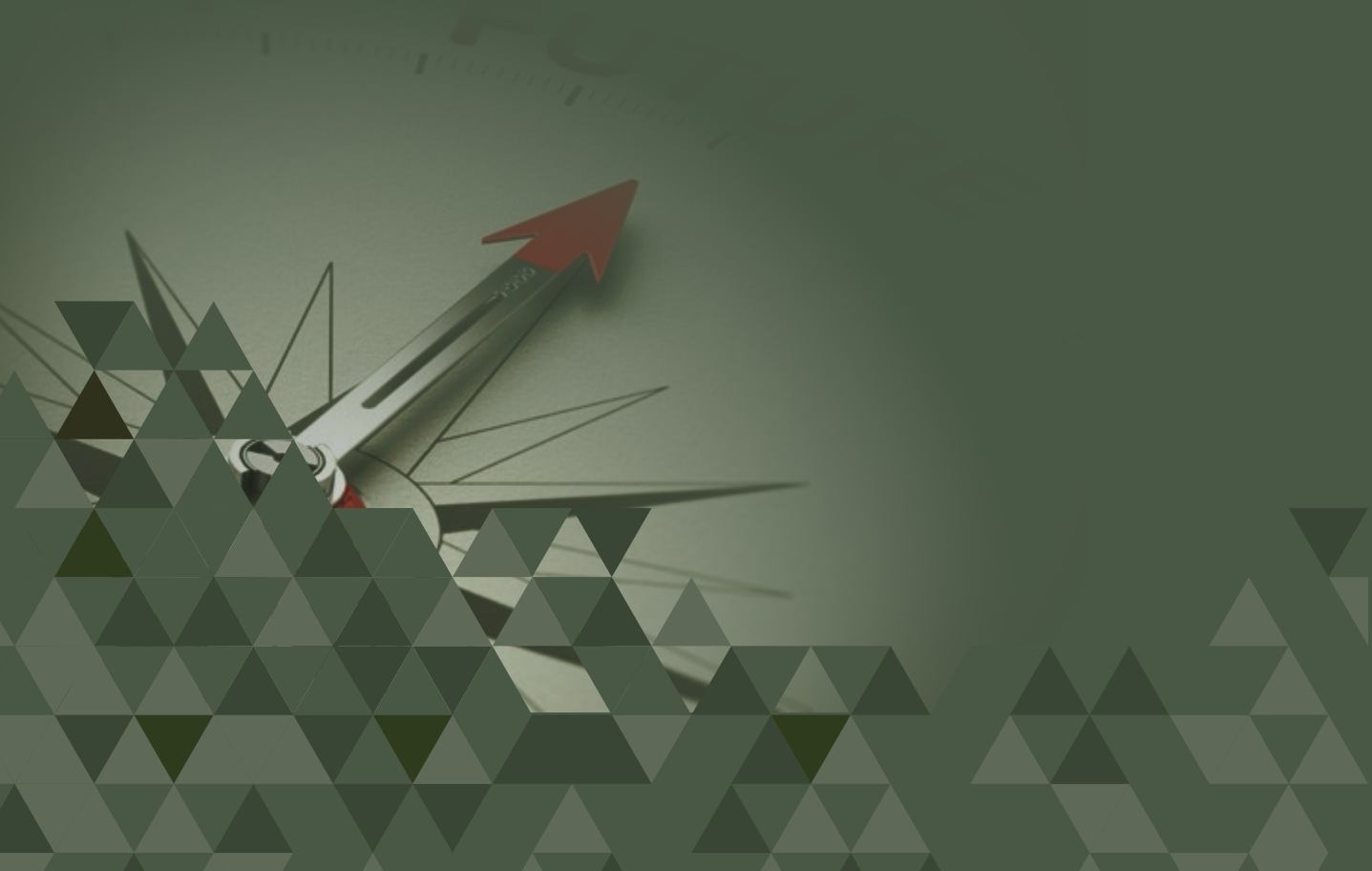
- ▶ Im Rat für Auswärtige Angelegenheiten wurde die steigende Bedeutung der strategischen Kommunikation auf EU-Ebene bestätigt.
- ▶ Die Mitgliedsstaaten haben damit eine hohe Erwartung an die EU ausgedrückt, sie müssen jedoch auch ihren Beitrag leisten.
- ▶ Angesichts neuer Technologien und einer Post Factual Era bedarf es neuer Ansätze in der Kommunikationskultur. Desinformation und manipulative Nutzung von Evidenz sind zu einem Phänomen geworden.
- ▶ Die Kommunikationsbemühungen öffentlicher Institutionen stehen vor neuen Herausforderungen.
- ▶ Auch für Österreich wird es 2018 wichtig sein, einen gezielten strategischen Ansatz in seiner gesamtstaatlichen Kommunikation zu verfolgen.
- ▶ Strategische Kommunikation muss fester Bestandteil der Policy-Entwicklung und -Umsetzung werden.

KEY MESSAGES:

- ▶ The Foreign Affairs Council confirmed the growing importance of strategic communications at the EU level.
- ▶ Member States have expressed high expectations for the EU in the field of strategic communications, but need to contribute actively as well.
- ▶ New technologies and the „post factual era“ call for different approaches to communications culture. Disinformation and the manipulative use of evidence have become a new phenomenon.
- ▶ The communications efforts of public institutions are facing new challenges.
- ▶ For Austria, it will be important to pursue a targeted strategic approach in its communication in 2018 and beyond.
- ▶ Strategic communications must become an integral part of policy development and implementation.

**„NACH MEHR ALS ZEHN JAHREN DES PERSONALABBAUS,
GRAVIERENDEN EINSCHNITTEN BEI GERÄT UND WAFFENSYSTEMEN
UND EINEM HISTORISCHEN TIEFSTAND BEIM VERTEIDIGUNGS-
BUDGET (2015: 0,55 PROZENT DES BIP) MUSS DIE IM JAHR 2016
EINGELEITETE TRENDWENDE FORTGESETZT UND DAMIT DER
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG ALLER PARLAMENTSPARTEIEN VOM 26.
NOVEMBER 2015 KONSEQUENT UMGESETZT WERDEN.“**

(Positionspapier des Generalstabs, 2017)





ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER 2018



GEISTIGE LANDESVERTEIDIGUNG NEU DENKEN

Christian Stadler

Das Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ entstammt den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Obzwar seit über 25 Jahren diese Blockkonfrontation überwunden ist, muss dennoch im Umfeld der EU eine akute Konfliktualität konstatiert werden („Ring of Fire“).

Stichworte aktueller, auch das Jahr 2018 sicherheitspolitisch mit hoher Wahrscheinlichkeit prägender Herausforderungen sind nach wie vor schwelende Konflikte auf dem Westbalkan und die toxische Situation am Schwarzen Meer mit der Moldawien-Krise im Nordwesten, der Ukraine-Krise im Norden, der Georgien-Krise im Osten und der Türkei-Krise im Süden. Auch schwelt der Konflikt im Kaukasus zwischen Armenien und Aserbai-

dschan um Bergkarabach, der Iran kommt nicht zur Ruhe, der sunnitische Orient ist im permanenten Krisenmodus, u.a. im Kampf gegen den zwar konventionell schwächer werdenden, aber deshalb für EUropa nicht ungefährlichen „Islamischen Staat“, die orientalisch-islamische Welt steht im Bann des transnationalen islamistischen Terrorismus, Nordafrika ist ebenfalls hochgradig fragil, einerseits was die offenen Krisenherde wie Libyen, Mali und Ägypten betrifft, andererseits aber kämpfen auch andere nordafrikanische Staaten um ihre Zukunft, v.a. aufgrund explosionsartigen Bevölkerungswachstums.

Europas Sicherheit unter Druck

Geostrategisch wird EUropa massiv von der Ukraine-Krise in seinem existenziell relevanten Verhältnis zu Russland belastet. Durch die auch 2018 weiterhin anhaltende Migration aus kulturell fernen Räumen wird der soziale Zusammenhalt sowie der immanente Wertekonsens unserer Gesellschaft massivem Druck ausgesetzt. Ebenfalls eine für EUropa bedrohliche Entwicklung nimmt der transnationale Terrorismus, aber auch andere hybride Kriegeformen wie Cyberwar, Fakewar und Lawfare werden 2018 für EUropa immer mehr zum drängenden Sicherheitsproblem. All diese Krisen und Konflikte – obwohl in den seltensten Fällen direkt klassisch militärisch gegen EUropa vorgetragen – fordern stets ein Opfer: die Sicherheit EUropas. Weder die informierte Öffentlichkeit noch die politischen Eliten sind sich bewusst, in welchem Ausmaß die Sicherheit EUropas und seiner Bürgerinnen und Bürger bereits unter Druck, ja streckenweise in Gefahr ist. Es herrscht eine hochgradige Verdrängungshaltung, die „verdeckte Bedrohungen“ nicht wahrhaben will – was ja auch der Sinn verdeckten Vorgehens ist!

Notwendige kritisch-reflexive Analyse

Daher bedarf es einer umfassenden kritisch-reflexiven Analyse der Bedrohungen und Herausforderungen – denn was man nicht wirklich als bedroht wahrnimmt, kann auch nicht verteidigt werden. Es gilt daher, zunächst (1) Sicherheit (ggf. auch Frieden) als solche/n radikal neu zu definieren und als nachhaltige Kulturleistung (und nicht als seit vielen Jahrzehnten schlicht selbstverständlichen Naturzustand) zu begreifen. Sodann sind (2) die unterschiedlichen neuartigen – sich ständig neuen Gegebenheiten anpassenden – Bedrohungsweisen kontinuierlich aufzuweisen, um zuletzt (3) jene Forderungen, Konzepte, Strategien in politische Realität umsetzen zu können, die notwendig sind, um solcherart den staatlichen Kernwert – und Verfassungsauftrag – Sicherheit (und damit Frieden in Freiheit) gewährleisten zu können.

Diese intellektuelle Aufklärung – nämlich vor allem (1) und (2), z.T. auch (3) – forschungsbasiert zu leisten, ist die essenzielle Aufgabe einer Neuen Geistigen Landesverteidigung. Während es vormals primär darum gegangen ist, die Bevölkerung trotz militärisch überlegenem Osten (ab)wehrmotiviert zu halten, geht es heute bei einer neu zu denken- den Geistigen Landesverteidigung zusätzlich darum, die Bevölkerung überhaupt erst einmal über Wesen und Wert von Sicherheit substanziell – wieder – aufzuklären, sodann im zweiten Schritt die tatsächliche – allerdings verdeckte – Bedrohungslage plausibel und glaubwürdig aufzubereiten. Erst wenn diese beiden Aufgaben erfüllt sind, macht es in einem dritten Schritt überhaupt Sinn, entsprechende Strategien im Bereich militärischer, ziviler oder wirtschaftlicher Landesverteidigung auszuarbeiten.

Neue Strategien denken

Diese dialektische Aufgabe angemessen leisten zu können, setzt einen interdisziplinären Ansatz voraus, d.h. man kann die Dinge nicht nur militärisch, oder nur rechtlich, oder nur sicherheitspolitisch oder nur ökonomisch, oder nur zivilisatorisch-kulturell betrachten, es müssen systematisch alle Faktoren in den Prozess „Neuer Geistiger Landesverteidigung“ einfließen und berücksichtigt werden. Ein solcher polemologischer Mehr-Ebenen-Ansatz, der wesentlich interdisziplinär konzipiert ist, muss daher folgende drei Reflexionsdimensionen mit den entsprechenden – platonischen – Methodiken umfassen:

1. Epithymetikon – Nährstand (Ressourcen, Technologie, Ökonomie),
2. Thymoeides – Wehrstand (Macht, Recht, Militär) und
3. Logistikon – Lehrstand (Religion, Medien, Ideologie).

Gesellschaftliche Resilienz

Speziell die Dimension des Logistikons ist von immenser Bedeutung für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Resilienz. Es wäre viel zu kurz gegriffen, die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit einzig und allein mit Mitteln der Ökonomie (vgl. wirtschaftliche Landesverteidigung) oder der Politik (vgl. zivile und militärische Landesverteidigung) sicherstellen zu wollen. Grundlegend für gelingende Resilienz ist es, dass die weltanschauliche Wertebasis einer Gesellschaft wohlfundiert und „belastbar“ ist, es kommt somit wesentlich auf die Logos-Ebene an. Falls es auf dieser geistig-kulturellen Ebene zu essentiellen Friktionen und Erschütterungen, Unsicherheiten sowie Spannungen kommt, greifen sämtliche Wehrstand- und letztlich auch Nährstand-Resilienzmaßnahmen notwendig ins Leere.

Verantwortung einer Neuen Geistigen Landesverteidigung

Nicht ursächlich, aber doch wesentlich beschleunigend hat die aktuelle Migrationskrise hier Schwachstellen und Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufgewiesen, die mittlerweile diese „logische“ Ebene zur größten Problemzone für die Resilienz unserer Gesellschaft werden lassen. Anhaltende Sicherheit wurde durch fluides Wachstum, Geist wurde durch Geld, Opfer durch Materialeinsatz, ja Heroismus durch Postheroismus ersetzt, und sobald diese positive Wohllbensspirale durchbrochen wird, damit systemische Stagnation einsetzt und dann aber gleichzeitig „ungleichzeitige“ Not-Gemeinschaften mit unseren Wohlstands-Gesellschaften zivilisatorisch zusammentreffen, sind Friktionen von tektonischem Ausmaß geradezu vorprogrammiert. Hier wäre daher die Neue Geistige Landesverteidigung besonders gefordert, ihre Verantwortung dem Gemeinwesen gegenüber unmittelbar wahrzunehmen und auf der Ebene des Logos die notwendige Resilienz durch entsprechende fundierte Bildungsarbeit wahrzunehmen.

Um aber zu verstehen, dass diese Fragen letztlich Aufgaben der Landesverteidigung sind, muss man sich zunächst des Wesens und Wertes von Sicherheit vergewissern haben, denn ähnlich dem Verhältnis von Menschenwürde und Menschenrechten sind letztere nur jeweils geschichtliche Erscheinungsweisen der Bedrohung der ersteren, aber als deren Bedrohung ihrerseits dadurch legitimiert.

KERNPUNKTE:

- ▶ 2018 wird zwar nicht der militärische Frieden, aber die politische Sicherheit Europas weiterhin einer massiven hybriden Bedrohung seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit, seiner demokratischen Institutionen und seiner liberalen Wertordnung ausgesetzt sein.
- ▶ Geistige Landesverteidigung hat daher nicht nur im Sinne der klassischen Wehrebereitschaft zu wirken, sondern bereits im Vorfeld Wissen und Wollen zur aktiven Aufrechterhaltung von umfassender Sicherheit in Österreich und Europa aufzubauen.
- ▶ Um diese Aufgabe angemessen erfüllen zu können, muss Geistige Landesverteidigung nicht nur in den Bildungsbereich einwirken, sondern selbst im kritischen Diskurs auch mit zivilen Bildungsinstitutionen militärwissenschaftlich fundiert entwickelt und vorgetragen werden.
- ▶ Geistige Landesverteidigung hat der Hybridität der Bedrohung daher insofern Rechnung zu tragen, als sie ihrerseits einen interdisziplinären Ansatz wählen muss, um mit polemologischer Methodik den unterschiedlichen Dimensionen der Bedrohung unserer Sicherheit (ökonomisch – politisch – kulturell) ebenenspezifisch entgegenwirken zu können.

KEY MESSAGES:

- ▶ 2018 may not challenge Europe's immediate military security, but its political environment will continue to be affected by hybrid threats undermining its economic output, its democratic institutions and its liberal values.
- ▶ Spiritual national defence must therefore prepare us not only for classical forms of warfare, but rather create and shape the knowledge and motivation required for a comprehensive conception of security for Austria and Europe.
- ▶ To achieve this, spiritual national defence must not only play a part in education. There must be a factual, critical discourse surrounding it in the context of civilian education institutions.
- ▶ Spiritual national defence is uniquely suited to counter the hybrid threats of today due to its interdisciplinary and multi-level approach (economic/political/cultural) to defence.



DIE STREITKRÄFTE- ENTWICKLUNG DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESHEERES 2018

Philipp Eder

Im September 2017 wurde durch den Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres das neue Militärstrategische Konzept genehmigt. In diesem Dokument wird mit einer langfristigen Perspektive von zehn Jahren und darüber hinaus beschrieben, wie sich aufgrund künftiger umfassender (hybrider) und davon beurteilter militärischer Herausforderungen und Bedrohungen das Österreichische Bundesheer weiterentwickeln soll.

Ausbau der Reaktionskräfte

Der Ausbau der für eine Erstreaktion im Rahmen einer Schutzoperation im Inland vorgesehenen Reaktionskräfte ist im Jahr 2018 Schwergewicht der Streitkräfteentwicklung des Österreichischen Bundesheeres. Diese müssen so strukturiert und ausgestattet sein, dass sie ab Alarmierung innerhalb kürzester Zeit ohne Einsatzvorbereitung aus dem Stand Einsatzaufgaben wahrnehmen können. Die Einsatzbereitschaft muss analog zu den schon bestehenden Kaderpräsenzeinheiten

gestaltet sein. Dies bedeutet mindestens 90% Befüllungsgrad bei Personal und Material, Individual- und Team-Ausbildung sind abgeschlossen, regelmäßige Übungstätigkeiten wurden durchgeführt.

Mittelfristiges Ziel der angelaufenen Reform „Landesverteidigung 21.1“ ist, in Summe 6000 Soldatinnen und Soldaten als Reaktionskräfte, davon zumindest 1000 innerhalb von 24 Stunden sowie eine Brigade binnen 72 Stunden mobilisieren zu können. Simulationen eines großflächigen Ausfalls der kritischen Infrastruktur infolge von Elementarereignissen außergewöhnlichen Umfangs oder gezielten umfassenden Anschlägen zeigen, dass eine kritische Phase staatlicher Stabilität mit erhöhtem Bedarf an Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung nach spätestens 72 Stunden zu erwarten ist.

Stärkung der Fähigkeiten aller Einsatzkräfte des Bundesheeres

Auch für die Folgekräfte bis zur Gesamtstärke von 55.000 Soldatinnen und Soldaten muss die Einsatzorganisation zeitgerecht eingenommen werden können. Die aus Einsparungsgründen bisher praktizierte Teilausstattung von Verbänden ist in Richtung Vollausrüstung in allen Fähigkeitsbereichen – Vorbereitung, Projektionsfähigkeit, Führung, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Wirkung im Einsatz, Truppenschutz sowie Unterstützung und Durchhaltefähigkeit – weiterzuentwickeln.

Die aktuellen und künftigen Herausforderungen verlangen von der militärstrategischen Führung über die neuen Kommanden der oberen taktischen Führung und die Militärkommanden sowie Brigaden die Fähigkeit zu raschen Führungsabläufen unter allen Einsatzbedingungen. Einsätze des Bundesheeres werden im Inland und im Ausland

zunehmend inmitten der Bevölkerung stattfinden, v.a. aber in Städten. Schon im Krisenfall werden die Lebensgrundlagen der Bevölkerung, die auch notwendige Versorgungsgüter des Bundesheeres betreffen, bedroht sein.

Weiterentwicklung der Kommanden der oberen Führung und ihrer Verbände

Daher ist die Unabhängigkeit bzw. Autarkie der Einsatzkräfte des Bundesheeres – v.a. im Hinblick auf die jederzeitige Verfügbarkeit der erforderlichen Versorgungsgüter – durch das Kommando Logistik im Zusammenwirken mit den anderen Kommanden der oberen Führung und durch die Verbände des Bundesheeres herzustellen. Die Verfahren der Logistik sind auf Krisenfestigkeit, Autarkie und Durchhaltefähigkeit auszurichten. Bei einem massiven Ausfall kritischer Infrastrukturen wie z.B. einem Blackout wird von einem Zeitraum von bis zu zwei Wochen ausgegangen, bis der Ausfall der Lebensgrundlagen wieder vollständig behoben ist. Dies bedeutet, dass alle Einsatzkräfte bis zu 14 Tage logistisch unabhängig, selbstständig und durchhaltefähig agieren können müssen.

Das Kommando Luftstreitkräfte und seine beiden großen Verbände müssen künftig auch gegen Bedrohungen durch ferngesteuerte, unbemannte (Kleinst-)Flugzeuge, so genannte „Drohnen“, sowohl durch militärisch-staatliche als auch nicht-staatliche Akteure befähigt sein. Ihnen kann durch ein breites Spektrum an Maßnahmen begegnet werden. Vor allem Systeme der elektronischen Kampfführung zur Störung der Aktivitäten von Drohnen sind in das Fähigkeitsportfolio für die erfolgreiche Aufgabenerfüllung der militärischen Gefahrenabwehr aus der Luft aufzunehmen.

Der Cyber-Raum ist im Rahmen des Kampfes in Computernetzwerken Einsatzgebiet des Kommandos Führungsunterstützung und Cyber Defence, wenn auch territorial unbeschränkt, da er an keinerlei nationale Grenzen gebunden ist. Jedoch gibt es immer eine Schnittstelle zur realen Welt, z.B. Server, und damit eine nationale physische Komponente. Um die militärische Handlungsfreiheit zu erhalten, ist der Eigenschutz durch IKT-Sicherheit im Cyber-Raum sicherzustellen. Diese Aufgabe wird zur Aufgabenerfüllung im Inland, aber auch für die Auslandskontingente des Bundesheeres immer wichtiger.

Die Spezialeinsatzkräfte sowie das Kommando Landstreitkräfte mit seinem Kommando Schnelle Einsätze müssen rasch für Einsätze im In- und Ausland verfügbar sein. Ihre Hauptaufgabe ist der Kampf der verbundenen Waffen in einer Schutzoperation gegen subkonventionelle Gegner. Davon abgeleitet sind sie befähigt, die Abwehr terroristischer Bedrohungen und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in einer Terrorsituation, in der mit den Sicherheitskräften nicht das Auslangen gefunden wird, im Rahmen von Assistenzeinsätzen zu unterstützen. Die 7. Jägerbrigade, primär vorgesehen für Einsätze zur Stabilisierung im Ausland, bereitet sich auch auf die oben genannten Einsätze im Inland weiter vor. Die 6. Jägerbrigade entwickelt ihre Expertise für den Kampf im Gebirge für In- und Auslandseinsätze als europaweites Kompetenzzentrum weiter. Die 4. Panzergrenadierbrigade baut ihre Fähigkeiten als „schwere Brigade“ weiter aus.

Neue Fähigkeiten entwickeln, vorhandene verbessern

Unbedingt notwendig ist auch 2018 die Mitarbeit an Weiterentwicklungen bei neuen und verbesserten militärischen Einsatzverfahren wie dem

Kampf um Dominanz im elektromagnetischen Spektrum (v.a. Cyber-Verteidigung und Elektronische Kampfführung) sowie beim Kampf um und mit Information unter Ausbau der Fähigkeiten zur Strategischen Kommunikation. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der technischen Entwicklungen, etwa in den Bereichen autonome Systeme, Robotik oder künstliche Intelligenz.

Kernkompetenz und Alleinstellungsmerkmal des Österreichischen Bundesheeres bleibt auch 2018 der Kampf in Form des räumlichen und zeitlichen Zusammenwirkens von Kräften und Mitteln verschiedener Waffengattungen im Gefecht und das Beherrschen aller taktischen Verfahren. Die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Bundesheeres erfordert ein breites Leistungsspektrum, um aktuellen und künftigen Bedrohungen entsprechend begegnen zu können.

KERNPUNKTE:

- ▶ 2018 wird das Schwergewicht der Streitkräfteentwicklung des ÖBH im Ausbau der Erstreaktionsfähigkeit für eine Schutzoperation im Inland liegen.
- ▶ Mittelfristiges Ziel der Streitkräfteentwicklung ist, bis zu 6.000 Soldaten und Soldatinnen als Reaktionskräfte innerhalb kürzester Zeit zur Verfügung zu haben. Auch die Folgekräfte müssen bis zur Gesamtstärke (derzeit 55.000) zeitgerecht zur Verfügung stehen können.
- ▶ Die Fähigkeit zu raschen Führungsabläufen muss sowohl auf der militärstrategischen Ebene als auch bei den vier Kommanden der oberen Führung (Land, Luft, Logistik, Führungsunterstützung & Cyber-Defence) und unter allen Einsatzbedingungen vorhanden sein.
- ▶ Neben der Weiterentwicklung der militärischen Einsatzverfahren bleibt auch 2018 die Kernkompetenz des ÖBHs der „Kampf der Verbundenen Waffen“.

KEY MESSAGES:

- ▶ In 2018 the primary developmental focus of the Austrian armed forces will be on expanding their first response capabilities for protection on the domestic level.
- ▶ A further goal is to have 6.000 troops ready to deploy when needed. Further deployments up to full capacity (currently 55.000 troops) must also be readily available.
- ▶ The Austrian armed forces must optimize the chain of command on a military-strategic level, across all services (land, air, logistics command support and cyber-defence) and be ready for any scenario.
- ▶ Aside from developing new deployment strategies and capabilities, the Austrian armed forces will continue consolidating its core capability, the joint arms warfare in 2018.



EINSÄTZE DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESHEERES 2018

Max Löwenthal-Marovic

Das Österreichische Bundesheer wird auch 2018 einen wesentlichen Beitrag zum internationalen Krisen- und Konfliktmanagement leisten. Im Fokus steht dabei das vitale sicherheitspolitische Interesse Österreichs an der Bekämpfung der Ursachen von Migration und Terrorismus. Dies wird durch die substanzielle Beteiligung an Initiativen im bi- und multilateralen Rahmen mit Kontingenten und mit Spezialisten gewährleistet.

Operationen und Missionen

Wie schon in den vergangenen Jahren liegt das Schwergewicht der österreichischen Beteiligungen weiterhin am Westbalkan. Österreich leistet einen substanziellen Beitrag zur EU-Mission EUFOR Althea sowie zur NATO-Mission KFOR im Kosovo. Dieses Engagement dient dem vitalen Sicherheitsinteresse Österreichs an einer stabilen Nachbarschaft und unterstützt gleichzeitig die Ambition, das Thema Westbalkan im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes wieder höher auf die politische

Agenda der EU zu setzen. Aus diesem Grund ist auch nicht mit einer Verringerung der Beteiligung am Balkan in diesem Zeitraum zu rechnen.

Österreich hat großes Interesse an einem stabilen Nahen und Mittleren Osten. Daher beteiligt es sich auch weiterhin mit einer Logistikeinheit bei der VN-Mission UNIFIL. Auch über das Jahr 2018 hinaus wird sich das Bundesheer in dieser Region engagieren.

Aufgrund der anhaltenden Instabilität an Europas Grenzen und insbesondere an der afrikanischen Gegenküste wird die Migrationsproblematik auch im Jahr 2018 ein dominierendes Thema bleiben. Ein Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderung liegt im sicherheitspolitischen Interesse Österreichs und begründet auch militärisches Engagement. Es gilt hier insbesondere zur Bekämpfung der vielfältigen Fluchtursachen einen Beitrag zur Stabilisierung der Lage vor Ort zu leisten. Dies kann etwa durch die Unterstützung des Aufbaus von funktionierenden Streitkräften vor Ort oder durch Truppenpräsenz erfolgen.

Österreich leistet im Rahmen der internationalen Gemeinschaft einen wertvollen Beitrag in Form von Militärberatung und Ausbildungsunterstützung. Man denke an die EU-Trainingsmission in Mali (EUTM MLI) und an die NATO geführte Resolute Support Mission (RSM) in Afghanistan. Wie schon in den vergangenen Jahren kooperiert Österreich bei EUTM MLI mit Deutschland, und es ist derzeit im Bereich der Infanterieausbildung tätig. Im Rahmen von RSM wird sich Österreich im Jahr 2018 an der Ausbildung von Infanterie- und Spezialeinsatzkräften beteiligen.

Zusätzlich leistet Österreich auch einen direkten Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheitslage durch den Einsatz von Truppen vor Ort. Hier ist Ös-

terreichs Beteiligung an der VN-Mission MINUSMA in Mali hervorzuheben.

Darüber hinaus engagieren sich international anerkannte österreichische Expertinnen und Experten in kleineren Missionen wie zum Beispiel UNTSO im Nahen Osten, MINURSO in der Westsahara, der EU-Beobachtermission in Georgien (EUMM GEO) oder der OSZE-Mission in der Ukraine.

Ein direkter Beitrag zur Bewältigung der Auswirkungen der Migration über das Mittelmeer nach Europa wird auch 2018 durch die Beteiligung an der maritimen EU-Mission EUNAVFOR MED SOPHIA geleistet werden.

Reservekräfte für internationales Krisenmanagement

Neben den erwähnten Entsendungen hält das Bundesheer im Inland Kräfte für Einsätze im Rahmen der EU bzw. der NATO bereit. Diese werden aber nicht auf die in der Teilstrategie Verteidigungspolitik von 2014 vorgesehenen 1100 Soldatinnen und Soldaten angerechnet. Im Jahr 2018 hält Österreich eine schnelle Reaktionskraft für den Einsatzraum Bosnien und Herzegowina mit über 100 Einsatzkräften bereit. Zusätzlich beteiligt sich Österreich im 1. Halbjahr 2018 mit einer Panzergrenadierkompanie als Reservekraft, einer Infanteriekompanie zur Force Protection und einer Hubschrauber-Staffel und im 2. Halbjahr 2018 mit einer Hubschrauber-Staffel an der EU-Battlegroup der BENELUX-Staaten. Bemerkenswert ist auch die österreichische Führungsrolle im Rahmen der Operational Reserve Forces (ORF) für den Einsatzraum Kosovo. Österreich stellt seit Mitte 2017 die Führung und den Großteil der Kräfte des ORF-Bataillons für den Einsatzraum Kosovo. Diese Führungsrolle läuft mit Ende des 1. Halbjahres 2018 aus. Eine weitere Beteiligung ist noch in Beurteilung.

Assistenzeinsätze

Der laufende Einsatz an der Staatsgrenze zur Bewältigung der Migrationsströme soll lageabhängig auf ähnlichem Niveau – mit rund 900 Soldatinnen und Soldaten – weitergeführt werden. Eine Beendigung des Einsatzes ist derzeit nicht absehbar.

Das Bundesheer überwacht auch weiterhin einen Teil der diplomatischen Vertretungen im Rahmen eines sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes. Die Frage, ob dem Bundesheer, wie noch Anfang 2017 geplant, neue „originäre Aufgaben“ zugewiesen werden, wird erst durch die neue Bundesregierung beantwortet werden können.

Ressourcen

Das Österreichische Bundesheer ist auch im Jahr 2018 durch die geforderte Dauerleistung von 1100 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sowie die Abdeckung der nationalen Erfordernisse für die laufenden Beitragsleistungen zur inneren Sicherheit stark gefordert. Der hohe Gleichzeitigkeitsbedarf von Personal und Material stellt eine besondere Herausforderung für die Ressourcenbereitstellung dar. Dies betrifft vor allem die Aufbringung und Ausbildung von Personal im notwendigen Umfang von ca. 2000 Soldatinnen und Soldaten. Bisher war das Bundesheer aber in der Lage, alle Einsätze erfolgreich durchzuführen.



KERNPUNKTE:

- ▶ Österreich wird sich weiterhin maßgeblich am internationalen Krisen- und Konfliktmanagement beteiligen.
- ▶ Das Schwergewicht der Beteiligungen liegt weiterhin am Balkan.
- ▶ Herausforderung bleibt die Aufbringung notwendiger Ressourcen.
- ▶ Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die Ursachen der Migration.

KEY MESSAGES:

- ▶ Austria will continue to contribute substantially to international crisis and conflict management.
- ▶ The main effort of Austrian contributions continues to be in the Balkans.
- ▶ Funding of required resources remains a challenge.
- ▶ The focus is on fighting the root causes of migration.



NEUE ENTWICKLUNGEN VON CYBER-DEFENCE IN ÖSTERREICH 2018

Hermann Kaponig

Mit fortschreitender Digitalisierung und Vernetzung wächst die Abhängigkeit von IT-Prozessen und IT-Infrastrukturen. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Angriffspunkte durch immer mehr internetfähige Endgeräte. Auch im Militär stellt die fortschreitende Vernetzung der Detektions- und Wirkmittel sowie der Informations-, Waffeneinsatz- und Lage-darstellungs-Systeme eine zusätzliche Herausforderung dar. Cyber-Defence und Elektronische Kampfführung wachsen immer weiter zusammen. Insgesamt ist ein Trend zu verstärkter gesamtstaatli-

cher und multinationaler Kooperation und Zusammenarbeit im Cyber-Bereich erkennbar. Die existierenden und im Aufbau befindlichen hochspezialisierten und rasch verfügbaren Kräfte aller militärischen, polizeilichen und zivilen Organisationen sollen im Anlassfall stabilisierend wirken und den Normalzustand wiederherstellen können. Der eingeschlagene Weg der Bewältigung gesamtstaatlicher und internationaler Herausforderungen im Cyber-Bereich wird auch im Jahr 2018 konsequent weiter gegangen.

Ein Kommando für den Cyber-Raum

Der Cyber-Raum als neue Domäne ist im Gegensatz zu Land, See, Luft und Weltraum ein virtueller Raum, der eigenständig existiert, aber auch alle anderen Räume durchdringt. Ein Großteil der Kommunikation, egal ob zwischen Menschen oder Maschinen, findet darin statt. Die dabei entstehenden Daten werden von Maschinen gesammelt, verarbeitet und analysiert, wobei jeder neue Datensatz die Präzision der Erkenntnisse weiter erhöht. Die so gewonnenen Einblicke und Erkenntnisse sind Grundlage für die Entwicklung und Optimierung hoch skalierbarer Systeme, die bedarfsangepasste Leistung in der geforderten Qualität und im erforderlichen Zeitraum zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig funktionieren diese Systeme nur mehr bei aufrechter Netzverbindung. Die Abhängigkeit steigt kontinuierlich und kumuliert an jenem Punkt, an dem die Netzwerke und auch die Daten selbst eigenständiger Teil der kritischen Infrastruktur werden – und damit lohnende Ziele darstellen. Deren Schutz, vor allem wenn Angriffe darauf souveränitätsgefährdend werden, obliegt dem Österreichischen Bundesheer. Mit dem Militärstrategischen Konzept 2017 wurde Cyber-Defence als Einsatzaufgabe der Teilstreitkraft Cyber-Truppe in der Domäne Cyber-Raum definiert.

Im Jahr 2017 wurde mit dem Kommando Führungsunterstützung und Cyber-Defence ein neues Kommando der oberen Führung geschaffen, dessen Kernaufgabe neben dem Schutz der eigenen Netze die Verteidigung eben dieser Souveränität im Cyber-Raum ist. Als zentraler Kompetenzträger wird es den Herausforderungen der Zukunft im Cyber-Raum militärisch wirksam und nachhaltig entgegenzutreten. Darüber hinaus übernimmt es in

den unterhalb der Souveränitätsgefährdung liegenden Eskalationsstufen als gesamtstaatliche Handlungsreserve im Cyber-Krisenmanagement Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Cyber-Raum.

Der gesamtstaatliche Ansatz

Die Vernetzung, die Digitalisierung und der Cyber-Raum als Ganzes sind zuallererst als Chancen zu verstehen, bedürfen aber einer begleitenden, kontinuierlichen Risikoanalyse und der Entwicklung von Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz gegen Angriffe verschiedenster Akteure mit unterschiedlichster Motivation. Das Spektrum reicht von klassischen Kriminellen mit monetären Zielen bis hin zu staatlichen Stellen mit politischen Interessen.

Heute sind Gesellschaften als Ganzes, aber auch individualisierte Meinungsbildungsprozesse über den Cyber-Raum angreif- und beeinflussbar. Störung, Zerstörung oder Veröffentlichung von sensiblen und/oder kritischen Daten können nachhaltigen Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen haben.

Um diesen Herausforderungen entgegenzutreten zu können, bedarf es eines umfassenden, gesamtstaatlichen Lösungsansatzes. Staatliche und private Organisationen arbeiten in einer kooperativ-integrativen Herangehensweise Seite an Seite, um die Sicherheit und das Funktionieren des Staates in allen Eskalationsstufen gewährleisten zu können. Grundlage und Handlungsrichtlinien hierfür liefert die Österreichische Strategie für Cyber-Sicherheit (ÖSCS), die beginnend mit dem Jahr 2018 einer Überarbeitung unterzogen werden wird.

Quo vadis? Going international!

Der Cyber-Raum ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass er keine territorialen Grenzen aufweist. Daher sind auch allein nationale Strategien zur Aufrechterhaltung der Sicherheit nicht zielführend. Ohne internationale Lösungen wird man den steigenden Bedrohungen nicht wirksam entgegenreten können. Daher wird Österreich sowohl auf EU-Ebene als auch im Rahmen der OSZE Lösungsansätze mitentwickeln. Neue Kooperationen, etwa die mit Israel 2017 initiierte, werden weiterentwickelt und etabliert.

Das Bundesheer wird sich 2018 jedenfalls im Wege der EU Preparatory Action des European Defence Research Programme (PADR) verstärkt einbringen. Im Rahmen der Multinational Capability Development Campaign (MCDC) wird 2018 eine Cyber Defence Operational Planning Exercise (EDA-CDOPEX) zur Entwicklung des International Cyber Operations Planners Guide (ICOPC) durchgeführt. Dieser Leitfaden wird Grundlage gemeinsamer Fähigkeitsentwicklung sein.

KERNPUNKTE:

- ▶ Cyber-Defence dient der Wahrung der Souveränität Österreichs im Cyber-Raum.
- ▶ Die Verteidigung des Cyber-Raums kann nur kooperativ-integrativ gewährleistet werden. Cyber-Defence ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die sich des Kommandos Führungsunterstützung und Cyber-Defence in seiner Funktion als militärischer Kompetenzträger bedient.
- ▶ Militärische Cyber-Bedrohungen sind vom Normbetrieb über eine Cyber-Krise bis hin zur militärischen Landesverteidigung im Cyber-Raum zu bewältigen.
- ▶ Cyber-Warfare ist mittlerweile integraler Bestandteil jedweder modernen hybriden Kriegsführung.
- ▶ Der Wandel vom mechanisierten zum digitalisierten Gefechtsfeld erfordert den verstärkten Aufbau von militärischen Cyber-Kräften.

KEY MESSAGES:

- ▶ Cyber defence guarantees Austria's sovereignty in cyberspace.
- ▶ Defending Austria's cyberspace can only work on a cooperative and integrative basis. It is a task that requires the attention of the entire state, with the Communications and Information Systems and Cyber Defence Command at the helm.
- ▶ Military cyber threats, whether standard threats, cyber crises or military operations, must be confronted in cyberspace.
- ▶ Cyber warfare has become a fundamental aspect of modern hybrid warfare.
- ▶ This shift from mechanical to digital warfare requires a greater development of military cyber capabilities.

AUTOREN

Prof. Dr. **Hal Brands**, geboren 1983, ist Henry A. Kissinger Distinguished Professor für Internationale Beziehungen an der Johns Hopkins University School of Advanced International Studies (SAIS). Zu seinen jüngsten Publikationen zählen „Making the Unipolar Moment: U.S. Foreign Policy and the Rise of the Post-Cold War Order“ (2016), „What Good is Grand Strategy? Power and Purpose in American Statecraft from Harry S. Truman to George W. Bush“ (2014).

Prof. **Jozef Bátora**, PhD, geboren 1976, lehrt an der Fakultät für Politikwissenschaften an der Comenius Universität in Bratislava und an der Fakultät für Internationale Beziehungen an der Webster Vienna Private University. Er war Gastprofessor an der Universität Stanford sowie Forscher an der ARENA-Universität in Oslo und an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Frank Bekkers, geboren 1960, ist Programmdirektor am The Hague Centre for Strategic Studies (HCSS) in Den Haag. Er ist Co-Autor zahlreicher, vorwiegend sicherheitsbezogener Publikationen.

Prof. Dr. **Sven Biscop**, geboren 1976, ist Direktor des „Europe in the World Programme“ am Egmont – Royal Institute for International Relations in Brüssel und Professor an der Universität Gent. Er ist Honorary Fellow am Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskolleg in Brüssel, Senior Associate Fellow beim Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik in Wien und beim Centre for European Studies an der People's University in Peking. 2017 wurde ihm das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Dr. **George E. Bogden**, geboren 1988, ist Forscher am Hudson Institute, Fulbright Public Policy Fellow und Fox International Fellow.

Dr. **Mathew J. Burrows**, geboren 1953, ist ehemaliger CIA-Beamter und Autor von „US Global Trends“-Berichten. Er ist derzeit Direktor der Strategic Foresight Initiative bei der Washingtoner Denkfabrik Atlantic Council. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen „Global Risks 2035“ und ein gemeinsamer Bericht zum Thema globale Weltordnung mit dem Moskauer Primakov Institute of World Economy and International Relations (IMEMO).

Dr.in **Lucie Béraud-Sudreau**, geboren 1987, ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London und befasst sich dort mit Fragen der Verteidigungswirtschaft und militärischen Beschaffungen.

Prof. Sir **Paul Collier**, geboren 1949, ist Professor für Wirtschaft und Politik an der Oxford Universität und Mitglied der „British Academy“. Collier war Berater am G20-Gipfel 2017 und gehörte laut „Foreign Policy“ zu den „Top 100 der einflussreichsten Menschen“ 2016. Er ist Autor zahlreicher Publikationen und Inhaber vieler Auszeichnungen, unter anderem der „President´s Medal“. 2014 wurde er für seine wissenschaftlichen Verdienste geadelt.

Leyla Daskin, MLitt, geboren 1991, ist Referentin in der Abteilung Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport. Sie hat am französischen Institut d'Etudes Politiques und am Centre for the Study of Terrorism and Political Violence der University of St Andrews studiert.

Dr. **Alexander Dubowy**, geboren 1982, ist Senior Researcher an der Forschungsgruppe für Polemologie und Rechtsethik (Universität Wien, Landesverteidigungsakademie Wien), Koordinator der Forschungsstelle für Eurasische Studien (EURAS) an der Universität Wien und Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLVS.

Brigadier Mag. **Philipp Eder**, geboren 1968, ist Leiter der Abteilung Militärstrategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport. Davor war er u.a. Kommandant des ersten österreichischen Kontingents der International Stability and Assistance Force (ISAF) in Kabul, Afghanistan, Kommandant des Panzergrenadierbataillons 35, Leiter des Instituts für Höhere Militärische Führung der Landesverteidigungsakademie Wien sowie Projektleiter des Strategischen Führungslehrgangs der Bundesregierung.

Dr. **Bastian Giegerich**, geboren 1976, ist Director of Defence and Military Analysis am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Von 2010 bis 2015 war er in verschiedenen Funktionen für das Bundesministerium der Verteidigung in Berlin tätig. Seit 2015 ist er Direktor der Abteilung Verteidigungs- und Militärische Analysen am IISS.

Dr. **Savaş Genç**, geboren 1973, promovierte an der Universität Heidelberg und ist seit 2017 Visiting Scholar (Alexander von Humboldt Stiftung, PSI) am Institut für Politische Wissenschaft. Davor war er Professor für Internationale Beziehungen in Istanbul. Als Erasmus Visiting Professor lehrte er an zahlreichen europäischen Universitäten. Er war Direktor des Research Centre for Contemporary Civilizations und Abteilungsleiter für Internationale Beziehungen an der Fatih Universität in Istanbul und leitete unter anderem Projekte wie „The Perception of Turkish Foreign Policy in the Middle East“.

AUTOREN

Richard Gowan, geboren 1978, ist Experte für die Vereinten Nationen im European Council on Foreign Relations und lehrt an der Columbia University. Davor war er Forschungsdirektor am Center on International Cooperation der New York University. Er verfasst regelmäßig Artikel für Politico und World Politics Review zu den Themen multilaterale Beziehungen und Krisenmanagement.

Dr. **Gerald Hainzl**, geboren 1970, arbeitet seit 2004 als Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Dr. Hainzl hatte zahlreiche Studien- und Forschungsaufenthalte in afrikanischen Staaten. Er ist Mitglied in mehreren Forschungsnetzwerken, hat zahlreiche Publikationen zum Thema Afrika verfasst und hält Vorträge und Lehrveranstaltungen an tertiären Bildungseinrichtungen im In- und Ausland.

Dr. **Joost Hiltermann**, geboren 1956, ist Programmdirektor für die Bereiche Mittlerer Osten und Nordafrika bei der NGO International Crisis Group. Die NGO versucht letale Konflikte zu verhindern, zu mildern und zu beenden. Er war Autor zweier Bücher und zahlreicher Essays, Artikel und Kommentaren in bekannten Publikationen.

Dr. **Predrag Jureković**, geboren 1969, ist seit 2003 Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er ist außerdem österreichischer Co-chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace (PfP) Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes.

Univ.-Doz. Dr. **Gerd Kaminski**, geboren 1942, ist Leiter des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung, Ehrenprofessor an der N.Y. State University und der Peking Universität. Er ist Autor von 74 Büchern mit Themen zu China und Inhaber des China Special Book Award 2017.

Generalmajor Ing. Mag. **Hermann Kaponig**, geboren 1963, ist Absolvent des 16. Generalstabslehrgangs. Aktuell ist er Kommandant des 2017 neu aufgestellten Kommandos Führungsunterstützung und Cyber Defence des Österreichischen Bundesheeres sowie Cyber Koordinator des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport.

Prof. Dr. **Martin G. Kocher**, geboren 1973, ist Direktor des Instituts für Höhere Studien und Professor an der Universität Wien. Sein wissenschaftliches Spezialgebiet ist die Verhaltensökonomie.

Ivan Krastev, geboren 1965, ist Chairman des Centre for Liberal Strategies (CLS) in Sofia, Bulgarien, Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien, Founding Board Member des European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied des Advisory Board der ERSTE Foundation, des Global Advisory Board der Open Society Foundations in New York, des Advisory Council of the Center for European Policy Analysis (CEPA) sowie der European Cultural Foundation (ECF).

Stefan Lehne, geboren 1951, ist derzeit Visiting Scholar bei Carnegie Europe, ehemaliger österreichischer und EU-Diplomat.

Mark Leonard, geboren 1974, ist Mitbegründer und Direktor des European Council on Foreign Relations (ECFR). Zudem ist er ein Mitglied des Global Future Council des World Economic Forum im Bereich internationale Sicherheit. Früher arbeitete er als Direktor für Auswärtige Politik am Centre for European Reform und als Direktor am Foreign Policy Centre. Außerdem war er Vorsitzender der WEF Global Agenda Council im Bereich Geoökonomie.

Oberstleutnant des Generalstabsdienstes Mag. **Max Löwenthal-Maróicic**, geboren 1976, ist Absolvent des französischen Generalstabslehrgangs und seit Juli 2017 Leiter des Referates „Internationales Krisenmanagement“ in der Abteilung Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport.

Fyodor Lukyanov, geboren 1967, ist Chefredakteur der Zeitschrift „Russia in Global Affairs“ und Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik (SVOP).

Prof. Dr. **Walter Russell Mead**, geboren 1952, ist James Clarke Chace Professor of Foreign Affairs and the Humanities am Bard College und Distinguished Fellow am Hudson Institute.

Prof. Dr. **Herfried Münkler**, geboren 1951, ist Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zurzeit ist Münkler außerdem Fellow der Siemens Stiftung München.

AUTOREN

Oberst a.D. **Wolfgang Richter**, geboren 1949, ist seit 2010 Senior Associate in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Seine Forschungsthemen sind Europäische Sicherheitsordnung, Konflikte im OSZE-Raum, Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Von 2005 bis 2009 war er Leitender Militärberater der deutschen Vertretung bei der OSZE in Wien. Davor war er im Generalstabsdienst der Bundeswehr, bei der NATO sowie bei den Vereinten Nationen und der Abrüstungskonferenz tätig.

Dr. **Thomas Riegler**, geboren 1977, ist Mitarbeiter in der Abteilung Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport. Er veröffentlichte drei Bücher zum Thema Terrorismus sowie zahlreiche Artikel zur österreichischen und internationalen Zeitgeschichte.

Helga Maria Schmid, geboren 1960, gestaltet seit über einem Jahrzehnt die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Nach ihrem Eintritt in den deutschen auswärtigen Dienst arbeitete sie u.a. als Beraterin für Außenminister Klaus Kinkel und Joschka Fischer. Von 2003 bis 2005 war sie Leiterin des Ministerbüros und des Leitungsstabes im Auswärtigen Amt. Anschließend wechselte sie nach Brüssel in den Stab des Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana. Nach Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) 2011 wurde Frau Schmid die erste stellvertretende Generalsekretärin und Politische Direktorin des EAD. Im September 2016 ernannte die Hohe Vertreterin Federica Mogherini sie zur Generalsekretärin des EAD.

Ao.Univ.-Prof. MMag. DDr. **Christian Stadler**, geboren 1966, ist Leiter der Forschungsgruppe Polemologie & Rechtsethik der Universität Wien an der Landesverteidigungsakademie, Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLVS, ebenso Mitglied im Expertenrat für Integration (BMEIA) und der Migrationskommission (BM.I), sowie der Société de Stratégie (Paris).

Dr. **Nicolas Stockhammer**, geboren 1975, ist Politikwissenschaftler (Forschungsaufenthalte u.a. in Berlin und an der Stanford University) und seit Juli 2014 im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit der Landesverteidigungsakademie Wien als wissenschaftlicher Mitarbeiter (Senior Post-Doc Researcher) der Forschungsgruppe Polemologie und Rechtsethik der Universität Wien tätig.

Prof. Dr. **Oliver Stuenkel**, geboren 1982, ist Associate Professor für Internationale Beziehungen an der Getulio-Vargas-Stiftung (FGV) in São Paulo, non-resident Fellow des Global Public Policy Institute (GPPI) in Berlin und Kolumnist für Americas Quarterly (AQ) und EL PAÍS. Unter anderem publizierte er „The BRICS and the Future of Global Order“ (Lexington, 2015) und „Post-Western World“ (Polity, 2016).

Dr. **Dmitri Trenin**, geboren 1955, ist Direktor des Carnegie Moscow Center.

Prof. Dr. **Johannes Varwick**, geboren 1968, ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er berät verschiedene Bundesministerien (Verteidigungsministerium, Auswärtiges Amt) in Deutschland und ist Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik.

Richard Weitz, geboren 1961, ist Senior Fellow und Direktor des Center for Political-Military Analysis am Hudson Institute. Seine aktuelle Forschungstätigkeit umfasst regionale sicherheitsbezogene Entwicklungen in Europa, Eurasien und Ostasien sowie die Außen- und Verteidigungspolitik der USA.

PD Dr. **Klaus Weyerstrass**, geboren 1969, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien und Privatdozent an der Universität Klagenfurt. Er forscht im Bereich der makroökonomischen Modellierung.

HEUTE IST ÖSTERREICH SICHER. UND MORGEN?

Die Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat internationale und österreichischen Expertinnen und Experten eingeladen, die für Österreich und Europa im Jahr 2018 sicherheitsrelevanten Entwicklungen zu analysieren. Daneben wurden die Ergebnisse eines laufenden Monitorings wichtiger Faktoren in einem Trendszenario für die österreichische Verteidigungspolitik 2018 verdichtet.

Die eurostrategische Entwicklung, die nach wie vor stagnierende europäische Integrationsdynamik, die Krisen und Konflikte an der europäischen Peripherie, Terrorismus, Migration und vor allem hybride Bedrohungen stellen die österreichische Sicherheitsvorsorge vor neue Aufgaben:

- ▶ Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge
- ▶ Anpassung der Umfassenden Landesverteidigung
- ▶ Erneuerung der geistigen Landesverteidigung und der strategischen Kommunikation
- ▶ Ausrichtung des Österreichischen Bundesheeres auf die Abwehr hybrider Bedrohungen, den Bevölkerungsschutz und die strategische Handlungsreserve der Republik
- ▶ Erweiterung der Sicherheitsleistungen des Österreichischen Bundesheeres im Inneren
- ▶ Weiterentwicklung des internationalen Engagements mit neuer Prioritätensetzung
- ▶ Angemessene Mitwirkung an der sich verstärkenden europäischen Verteidigungskooperation (PESCO)
- ▶ Schrittweise Erhöhung des Verteidigungsetats auf ein Prozent des BIP

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

Amtliche Publikation der Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung und Sport.

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich, Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS, Roßbauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: BMLVS, Direktion für Sicherheitspolitik,

Fotos: Bundesheer, Shutterstock.com

Druck: HPA/Heeresdruckzentrum

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des

Österreichischen Umweltzeichens, HPA/Heeresdruckzentrum, UW-Nr. 943